

Migranten werden Schwaben; In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 77-78; Ausg. 47

Length: 2206 words

Byline: Arnfrid Schenk

Body

Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von Stuttgart, sitzt an einem sonnigen Herbstnachmittag am Konferenztisch seines Büros im ersten Obergeschoss des Rathauses und ärgert sich. Und zwar "saumäßig, auf gut Schwäbisch gesagt". Über ein Buch, das Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister aus Berlin, geschrieben hat. *Neukölln ist überall* heißt es und belegt seit Wochen Platz eins der Bestsellerlisten. Die Botschaft lautet, vereinfacht formuliert: Die Integration in Deutschland ist gescheitert.

Schuster sieht das anders. Denn vor zwölf Jahren beschloss er, die Ausländer in seiner Stadt abzuschaffen. Auf seine ganz eigene Art. Der CDU-Mann stellte sich hin und sagte: "Jeder, der in Stuttgart lebt, ist ein Stuttgarter." Er löste das Amt des Ausländerbeauftragten auf - braucht man ja nicht, wenn es keine Ausländer mehr gibt - und schmiedete stattdessen ein "Bündnis für Integration". Ein überparteiliches Netzwerk, in dem sich Bürgerinitiativen, Migrantenvereine, Stiftungen, Stadt und Land gemeinsam für Bildung starkmachen. Integration ist seitdem nicht mehr Sache des Sozialamtes, sondern Chefsache. "Ich wollte, dass die Migranten Teil der Stadtgesellschaft werden", sagt Schuster.

Und dann kommt so ein Buch, das wieder einmal breit Probleme beschreibt, über Migranten klagt, die in der Schule versagen, aber nur wenige Seiten für Erfolge und Lösungsansätze übrig hat.

Das beste Beispiel dafür, dass Neukölln nicht überall ist, ist Stuttgart. In der Stadt mit den 600000 Einwohnern leben Menschen aus 180 Nationen. Die meisten von ihnen kommen aus der Türkei, aus Italien, Griechenland und Kroatien. Über 40 Prozent der Stuttgarter haben einen "Migrationshintergrund", unter den Jugendlichen hat sogar jeder zweite ausländische Wurzeln - das ist weit mehr als in Berlin, Köln oder Hamburg. Dass das kaum jemand mitbekommt, ist ein gutes Zeichen dafür, dass die Integration funktioniert.

Das hat viel mit Schuster zu tun, was hat ihn angetrieben? Der 63-Jährige mit der unaufgeregten Sprache sagt: Er habe es immer als Kompliment empfunden, dass die Stadt Menschen aus aller Welt anziehe, die sich hier bessere Zukunftschancen erhofften. Und als Herausforderung: Man will ja, dass sie gute Stuttgarter werden; und bei gut denken die Schwaben natürlich immer "ans Schaffen". Man will Menschen in der Stadt, die etwas leisten, sei es in Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur. Dafür muss man ihnen Chancen bieten.

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Und noch eine Antriebsfeder gab es: Schuster hatte damals ein demografisches Szenario für Stuttgart in Auftrag gegeben. Was dabei herauskam, war nicht schmeichelhaft: Die Statistiken zeigten die Stadt, in der es viermal so viele Autos wie Kinder gibt, auf dem direkten Weg, sich in ein großes Altersheim zu verwandeln. Wenn die Kinder der Einwanderer auch noch wegziehen würden, wäre der Weg sehr kurz.

Stuttgart ist eine Stadt der Ingenieure, eine reiche Stadt, hier sitzen die Aushängeschilder der deutschen Industrie: Daimler, Porsche, Bosch, dazwischen zahlreiche Hidden Champions, Mittelständler, oft führend auf dem Weltmarkt. Eine Stadt, die Fachkräfte braucht, mit einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent. Zum Vergleich: Berlin hat zwölf Prozent. Ist unter diesen Bedingungen Integration überhaupt noch ein Kunststück, Herr Schuster?

"Natürlich haben wir es leichter", sagt der Bürgermeister, "es gibt mehr Ausbildungsplätze, bessere wirtschaftliche Bedingungen." Aber er sieht Integration nicht als eine Frage des Geldes. Es gehe darum, alle an einem Netzwerk zu beteiligen, ein basisorientierter Ansatz, den man in Neukölln auch versuchen könne. Außerdem beginne Integration bei der Bildung, nicht auf dem Arbeitsmarkt.

Um Majlinda Sylja hat die Stadtverwaltung geworben. Nach dem Realschulabschluss begann die Albanerin mit einer Ausbildung für Bürokommunikation. Mit dem Programm "Deine Stadt - deine Zukunft" richtet sich Stuttgart an Auszubildende mit Einwanderungsgeschichte, 30 Prozent sind es bereits in der Stadtverwaltung. Mehr als in jeder anderen Großstadt. Majlinda Sylja ist 19 Jahre alt, hat lange blonde Haare, wäre da nicht ihr Name, jeder hielte sie für eine Schwäbin. Geboren ist sie in Prishtinë, aufgewachsen in einer Kleinstadt nahe Stuttgart; ihr Vater ist Facharbeiter. "Hier ist meine erste Heimat", sagt sie. Sie hatte immer viele deutsche Freunde, trotzdem haben ihre Eltern und Verwandten "ganz schön geschaut", als sie ihnen gesagt hat, dass sie bei der Stadt anfängt. Ihre Ausbildungsleiterin erzählt von einer türkischen Mutter, die ihr gesagt habe: Seit sie wisse, dass die Stadt Einwanderer einstellen wolle, fühle sie sich angekommen in Deutschland.

Längst gilt Stuttgart als Vorreiter kommunaler Integrationspolitik: Das Bündnis für Integration diene dem Europarat als Vorlage für einen Integrationsleitfaden; als der Bund seinen nationalen Integrationsplan entwickelte, war der Rat der Stuttgarter gefragt, die Unesco zeichnete die Stadt aus, und Stuttgart bekam den von Bundesinnenministerium und Bertelsmann Stiftung ausgelobten Preis für Integration. Nicht nur wegen der zahlreichen Förderprojekte, sondern auch wegen des "Gemeinschaftsgeistes", der in Stuttgart herrsche.

Das überrascht, gilt doch der Schwabe unter anderem als eigenbrötlerisch, als einer, der gern "bruddelt", also an anderen rumkritisiert, und "Reischmeckten" gegenüber sehr reserviert ist: Menschen, die nicht aus Schwaben kommen, aber trotzdem hier sind. Und ausgerechnet in so einem Umfeld gelingt die Integration?

Fragt man Gari Pavkovic nach dem Stuttgarter Erfolgsgeheimnis, hat er viele Antworten parat. Er ist der Leiter der Integrationsabteilung. Sein Büro ist wenige Schritte vom Rathaus entfernt, im fünften Stock des Tagblatt-Turms, von seinem Fenster aus kann er die Innenstadt überblicken. Die Sonne geht gerade unter, aber wenn es darum geht, Stuttgart zu erklären, denkt er nicht an Feierabend. Es sei die Gemengelage, sagt er, kleine Weltstadt und großes Dorf zugleich. Es herrsche eine ausgeprägte Leistungsethik, "wenn der Schwabe sieht, der Türke oder der Bosnier schafft was, dann spart er nicht mit Anerkennung".

Auch Pavkovic hat sich diese Anerkennung erarbeitet. Er war zehn Jahre alt, als er aus Mostar nach Schwaben kam. 1969 war das. Er schaffte es von der Hauptschule aufs Gymnasium, beim Abi war er Jahrgangsbester im Fach Deutsch. Dass er aufs Gymnasium kam, hatte er glücklichen Umständen zu verdanken. Seine Mutter hatte durch Zufall erfahren, dass es in Deutschland mehr gibt als nur die Hauptschule. Sie suchte nach einem Gymnasium für ihren Sohn, das ihn für ein Probejahr aufnahm. Nach dem Abi wollte er dann nicht mehr zurück nach Jugoslawien, um dort Arzt zu werden, wie seine Mutter sich das erträumt hatte. Er entschied sich für ein Psychologiestudium, arbeitete danach bei verschiedenen Beratungsstellen, war lange beim Jugendamt und wurde ein Experte für das Interkulturelle. Aus dem Malus wurde ein Bonus. Dem Integrationsbeauftragten liegt viel daran, dass nicht länger Zufälle über die Bildungskarrieren von Kindern entscheiden.

Draußen ist es Nacht geworden, Pavkovic sagt, dass hier die Haltung vorherrsche, "nicht die Stadt oder der Staat soll es richten, sondern wir müssen es richten". Gemeinsam mit den Migranten. Das ist nicht nur eine Frage des

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Geldes. Die Stabsabteilung für Integration hat nur sieben fest angestellte Mitarbeiter. "Aber sie hat ein paar Tausend haupt- und ehrenamtliche Integrationshelfer. Wir fördern und fordern das Ehrenamt bis zum Anschlag." So gibt es zum Beispiel das Netzwerk "Stuttgarter Paten für Bildung und Zukunft"; es umfasst 40 Projekte, vom Vorlesepaten im Kindergarten bis zum Lernbegleiter beim Übergang von Schule in den Beruf - getragen wird es von 1500 Freiwilligen.

Vielleicht ist es tatsächlich dieser Gemeinschaftswille, der Stuttgart von einer Stadt wie Berlin unterscheidet. Ein Wir ist hier deutlicher zu spüren. Alteingesessene engagieren sich genauso wie Zugewanderte, Gemeinderäte ebenso wie deutsch-türkische Unternehmer. Integration wird in Stuttgart nicht als Kostenfaktor oder Kriminalprävention gesehen. Es geht darum, kein Talent zu verlieren.

Es gibt noch viel zu tun: Die Arbeitslosenquote unter den Ausländern ist mit 9 Prozent fast doppelt so hoch wie unter den Deutschen. Noch immer kommen fast 80 Prozent der Hauptschüler aus Einwandererfamilien, am Gymnasium sind es nur 25 Prozent. Jedes Jahr investiert Stuttgart 600 Millionen Euro in Kinder und Jugendliche, natürlich nicht nur für die Migranten unter ihnen. Aber Angebote wie vorschulische Sprachförderung, Schulsozialarbeit und interkulturelle Elternbildung kommen ihnen besonders zugute.

Donnerstagmorgen im Stuttgarter Osten. Im Raum 202 der Raitelsbergschule übt ein Dutzend Frauen eine Vorstellungsrunde. "Mama lernt Deutsch" heißen die Kurse, die an 15 Stuttgarter Schulen stattfinden. 1800 Mütter haben daran schon teilgenommen. "Ich komme aus dem Irak", sagt die Frau in der ersten Reihe, "bin seit zwölf Jahren in Deutschland, habe drei Kinder, mein Sohn soll einmal Ingenieur werden." Bei den Hausaufgaben kann sie ihm und seinen Geschwistern nicht helfen, auch deshalb besucht sie den Kurs.

Auch das Deutsch-Türkische Forum, ein Stuttgarter Bürgerverein, macht sich stark für die Bildung in der Stadt. Es hat mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung ein Stipendienprogramm für begabte und engagierte türkischstämmige Gymnasiasten und Studenten aufgelegt. Agabey-Abla, Großer Bruder - Große Schwester, heißt das Programm, die Stipendiaten sollen türkischstämmigen Grund- und Hauptschülern in Alltag und Schule helfen, um ihre Aufstiegschancen zu verbessern. Cansu Abursu ist so eine "große Schwester". Sie ist 20 Jahre alt, studiert Wirtschaftswissenschaften in Hohenheim, später will sie einmal in einem großen Konzern arbeiten. Ihre "kleine Schwester" ist die neunjährige Grundschülerin Deryanur. Deutsch ist ihr Lieblingsfach, da hat sie eine Eins, in Mathe eine Vier. Eigentlich verstehe Deryanur Mathe, sagt ihre Mentorin, aber sie mache viele Flüchtigkeitsfehler. Einmal die Woche treffen sich die beiden, rechnen, machen Hausaufgaben oder gehen in die Bibliothek. Deryanur himmelt ihre Mentorin an, sie möchte einmal studieren wie sie, aber nicht Wirtschaftswissenschaften, sondern Jura. Rechtsanwältin will sie werden oder, noch lieber, Richterin.

Einer, der Bildung fördert, ist auch Muammer Akin. Der türkische Schwabe hat im Stadtteil Bad Cannstadt die BiL-Schule für Einwandererkinder gegründet. Keine Hauptschule, sondern Realschule und Gymnasium unter einem Dach, staatlich anerkannt mit baden-württembergischen Lehrplänen. *BiL* steht im Türkischen für Wissen. Akin hat sich in der Kantine einen Tee geholt. Warum hat er eine Privatschule gegründet? "Weil es Kinder mit Migrationshintergrund noch schwer haben im staatlichen Schulsystem, weil zu viele von ihnen auf der Strecke bleiben oder in der Hauptschule landen und viel zu wenige das Abitur machen." Weil ihm so eine Schule auch geholfen hätte. Akin machte nach der Hauptschule und einer Ausbildung zum Industriemechaniker auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur und studierte Pädagogik.

Es gibt solche Schulen auch in anderen Städten, aber in Stuttgart finden sich mehr Unterstützer. So hat zum Start der Privatschule ein Mann die pädagogische Leitung übernommen - ehrenamtlich -, der vor seiner Pensionierung das staatliche Schulamt in Stuttgart leitete. 350 Schüler hat die Schule, 18 Prozent von ihnen sind nicht türkischstämmig, haben aber meist auch ausländische Wurzeln. Akin wünscht sich mehr deutsche Schüler. Auf einem Hügel über Bad Cannstadt soll im Januar der Neubau der Schule fertig sein. Zur Eröffnungsfeier werden die Bürgermeister von Stuttgart und Istanbul kommen.

Das Buch von Buschkowsky hat Akin nicht gelesen, man wisse ja schon nach der Überschrift, was drin stehe. "Schreiben Sie doch, Stuttgart könnte überall sein."

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Daimlerkonzernzentrale, Werk Untertürkheim. Vor dem Mercedes-Benz-Museum wartet Nejdett Niflioglu, grauer Anzug, rechts und links eine Pressesprecherin. Der gelernte Industriekaufmann und Betriebswirt ist vor 20 Jahren angetreten, "um das typische Bild zu ändern: Türke am Fließband, im Blaumann, die Hände ölfleckig." Dazu hat er den Daimler-Türk-Treff gegründet, mit mittlerweile 529 Mitgliedern das größte und älteste Mitarbeiternetzwerk in Deutschland. Als sie in den neunziger Jahren anfangen, türkischstämmige Mitarbeiter mit "Akademikerhintergrund" zu suchen, waren sie zu sechst. Inzwischen war sein Rat beim nationalen Integrationsgipfel gefragt, er stand bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens mit Kanzlerin Angela Merkel auf dem Podium. Andere Konzerne wollen das Konzept kopieren: Der Leiter des Daimler-Türk-Treffs geht mit seinen Kollegen raus in Schulen, an Universitäten, sie erzählen dort die Geschichte ihrer Karrieren. "Unsere bloße Existenz ist ein gutes Argument gegen Vorurteile", sagt Niflioglu.

Vor dem Stuttgarter Bahnhof, der die Stadt bekannter machte als ihre Integrationspolitik, hängt noch ein Wahlkampfplakat der OB-Wahl. Es ist vom Grünen Fritz Kuhn. Schuster hatte schon im Januar entschieden, nicht mehr anzutreten. Was auf dem Plakat des kommenden Bürgermeisters steht, müsste ihm gefallen: "Nur ein weltoffenes Stuttgart bleibt Heimat."

Graphic

Ein starkes Team: Die Mentorin Cansu Abursu (re.) hilft der Grundschülerin Deryanur einmal pro Woche bei den Hausaufgaben

Nejdett Niflioglu hat vor 20 Jahren den Daimler-Türk-Treff gegründet

Gari Pavkovic leitet die Integrationsabteilung der Stadt Stuttgart

Load-Date: November 15, 2012

Jeder dritte Deutsche will keine Moschee vor der Haustür; Moschee oder Asylbewerberheim in der Nachbarschaft? Damit hätten laut einer Umfrage mehr als 30 Prozent ein Problem. Unter Geringverdienern ist die Toleranz größer.

ZEIT-online

Mittwoch 4. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: UMFRAGE; Ausg. 36

Length: 226 words

Body

Die Baustelle der DITIB-Zentralmoschee in Köln

© dpa

35 Prozent der Deutschen haben einer Umfrage zufolge "große oder sehr große Probleme" mit einem **Asylbewerberheim** in ihrer Nachbarschaft. Laut der Befragung des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap für den RBB ist der Wert in Westdeutschland (35 Prozent) und Ostdeutschland (37 Prozent) dabei nahezu gleich.

Ähnlich hoch ist die Zahl der Befragten, die größere Probleme mit einer Moschee (33 Prozent) und einem Einkaufszentrum (27 Prozent) in ihrer Umgebung hätten.

Die Ablehnung war dem RBB zufolge unter Menschen mit Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3.000 Euro deutlich höher (40 Prozent) als bei Befragten mit einem Haushaltseinkommen von bis zu 1.500 Euro (34 Prozent). Dagegen gab es kaum Unterschiede zwischen Erwerbstätigen (39 Prozent) und Arbeitslosen (36 Prozent).

Als Grund für ihre Meinung verwiesen 44 Prozent der Befragten, die größere Probleme mit einem Asylbewerberheim hätten, auf "erhöhte Kriminalität" oder "Unsicherheit", 31 Prozent auf "Krach" und "Unruhe". Zehn Prozent äußerten Sorge vor einem Wertverlust ihrer Immobilie.

Über den Umgang und die Unterbringung von Flüchtlingen wird wieder verstärkt diskutiert, seitdem im Berliner Bezirk Hellersdorf Rechtsextreme und einige Anwohner gegen ein Asylbewerberheim protestieren.

Load-Date: September 4, 2013

Von der Bühne zur Abschiebung; In ihrer Heimat waren sie Musiker, in Deutschland sind sie Flüchtlinge: "Can't Be Silent" begleitet die Band The Refugees zwischen Flüchtlingswohnheim und Rampenlicht.

ZEIT-online

Freitag 16. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: DOKU "CAN'T BE SILENT"; Ausg. 34

Length: 1002 words

Byline: Anne-Sophie Balzer

Body

Musiker von The Refugees, vorne MC Trelös, links hinten Sam.

© Neue Visionen

Good things come to those who wait. Der Spruch hängt an der Wand des Zimmers, das sich Sam mit zwei anderen Männern teilt. Mit dem Warten hat er Erfahrung, mit den guten Dingen weniger. Sam ist 29 Jahre alt und kommt aus Gambia. Seit fünf Jahren lebt er in Deutschland, vier davon verbrachte er in einem Flüchtlingswohnheim in Reutlingen. In seiner Heimat war Sam Musiker, spielte Trommel, Schlagzeug und sang. In Deutschland ist er Flüchtling, zum Stillstand und Warten verurteilt.

Als der Musiker Heinz Ratz von der Band Strom & Wasser 2011 mit dem Fahrrad durch Deutschland fährt und Flüchtlingsheime auf seiner Route besucht, lernt er viele Musiker, Sänger und Rapper kennen, manche von ihnen sind in ihren Heimatländern bekannte und erfolgreiche Künstler. Ratz lädt sie ein, mit seiner Band auf Tournee zu gehen und eine CD aufzunehmen. *Strom & Wasser featuring The Refugees*. Es ist ein beinahe unmögliches Unterfangen. Die Musiker müssen in ihren zugeteilten Bezirken bleiben, dürfen nicht einmal ihr Dorf ohne Genehmigung verlassen, Residenzpflicht heißt das und dient der absoluten Kontrolle über die Aktivitäten der Asylsuchenden.

Der Dokumentarfilm, der die Geschichte dieses Projekts erzählt, heißt *Can't Be Silent* und ist die erste Kinoproduktion von Julia Oelkers, einer TV-Journalistin, die sich schon lange mit Rassismus und Asylpolitik beschäftigt. Oelkers zeigt die Flüchtlinge als Musiker und die Musiker als Flüchtlinge. Unterstrichen wird dies durch harte Gegenschnitte: hier die Bühne, dort der Wohncontainer, hier die umjubelten Musiker, dort die namenlosen Flüchtlinge.

Die Regisseurin erzählt von dem Afghanen Hosain, der erst 18 ist und aufgrund seiner kritischen Raptexte mit 15 aus seiner damaligen Heimat Iran fliehen musste. Hosain, der Unglaubliches auf seiner Flucht erlebt hat und trotzdem voller Energie ist, der immerzu Musik hört und auf der Straße anfängt zu rappen. Hosain, der seine

Von der Bühne zur Abschiebung In ihrer Heimat waren sie Musiker, in Deutschland sind sie Flüchtlinge: "Can't Be Silent" begleitet die Band The Refugees zwischen....

Mutter stolz machen möchte, der seine große Liebe zurückgelassen hat und auf dem Seeweg nach Griechenland beinahe ertrunken wäre. Und dem in Deutschland die Abschiebung in den Iran droht.

Oder von Jacques, der schon als Kind in seiner Heimat Elfenbeinküste dicht bei den Trommlern saß, um sich alles abzugucken. Jacques sagt, er möchte den Menschen mit seiner Trommel Freude bringen: "Aber wenn ich nur im Lager bin, bin ich eingesperrt und niemand kann wissen, was es in meinem Herzen gibt." Seit vier Jahren lebt er im Flüchtlingslager Bramsche in Niedersachsen, einem Containerdorf. Die Polizei kommt regelmäßig nachts um vier und reißt die Menschen aus dem Schlaf, um sie zum Flughafen zu bringen, wo sie abgeschoben werden. Eine Filmszene spielt am Stacheldrahtzaun des Lagers. Männer stehen am Fenster und rauchen, sie schicken ihre Kinder zum Zaun und lassen sie das Filmteam fragen, warum man sie an diesem Ort halte wie Schwerverbrecher.

Die Geschichten der Musiker ähneln sich, alle erzählen von Gewalt, von Traumata, von Todesängsten und der traurigen Erkenntnis, dass Deutschland, das Land der Verheißung, sie zwar aufnimmt, ihnen aber auch nicht helfen will. Und sie berichten davon, wie es ist, immer nur Flüchtling zu sein, statt Trommler, Rapper, Vater, Teil der Gesellschaft.

In einer bezeichnenden Szene steht Oelkers mit zwei Musikern vor deren Heim und liest einen Brief vor, der in behäbigem Beamtendeutsch erklärt, dass das Filmteam leider keine Drehgenehmigung für die Innenräume des Heims bekomme. Man versichere jedoch, dass es im Heim viele Aktivitäten gebe, die Flüchtlinge könnten malen und einmal pro Woche komme ein Sportlehrer. Die Musiker erzählen, dass ihre Mitbewohner regelmäßig aus dem Fenster sprängen. Die Container seien aber nicht hoch genug, um sich mehr als ein Bein zu brechen.

In Reutlingen durften Oelkers und ihr Team drehen. Dort hängen keine Bilder, die Toiletten laufen über und die Küche ist leer bis auf zwei riesige Spülbecken. In einem Zimmer stehen sechs Betten. Die Regisseurin zeigt diese würdelosen Lebensverhältnisse und übt Kritik an ihnen. Sie tut das nicht belehrend, sondern hält die Kamera darauf und lässt die Menschen erzählen.

Die Musik gibt den Flüchtlingen Kraft, weiterzumachen

Ein Film über Flüchtlingsschicksale läuft Gefahr, bei den Zuschauern ein schlechtes Gewissen hervorzurufen. So etwas endet selten produktiv. Meist ist man nur erleichtert, wenn die Lichter im Kinosaal wieder angehen. Bei *Can't Be silent* ist das anders und zwar, weil er die Asylsuchenden auch außerhalb jener Orte zeigt, in denen sie zum Warten und Nichtstun verdammt sind. Im Film sieht man die Musiker auf der Bühne, wie sie leuchten und aus sich herausgehen.

Auf dem TFF in Rudolstadt, einem Festival für Folk- und Weltmusik, spielen Heinz Ratz, seine Band und The Refugees vor etwa 5.000 Zuschauern, alle sind aufgeregt und glücklich. MC Nuri, der aus Dagestan kommt, erzählt: "Vorhin ist ein Junge zu mir gekommen und meinte: Ey, das machst du gut. Das gibt uns Kraft, weiterzumachen."

Es gibt auch entlarvende Szenen: Als Ratz und seine Musiker im Kanzleramt den Preis für Integration im Kanzleramt entgegennehmen, hat die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer ganz offensichtlich keinen blassen Schimmer, worum es in dem Projekt geht. Sie schüttelt ungelenk Hosains Hand, der sich freut wie ein kleiner Junge, dann gibt es Würstchen. Ein paar Wochen später bekommt Hosain einen Brief: Seine Duldung wird nicht verlängert, ihm droht die Abschiebung.

Sam aus Gambia findet für diese Diskrepanz die richtigen Worte: "Wenn du auf der Bühne stehst, klatschen alle, tanzen und sind happy. Wenn du nicht auf der Bühne stehst, sehen die Menschen nur den Flüchtling in dir."

Noch bis Dezember 2013 geben Strom und Wasser featuring The Refugees deutschlandweit Konzerte.

Von der Bühne zur Abschiebung In ihrer Heimat waren sie Musiker, in Deutschland sind sie Flüchtlinge: "Can't Be Silent" begleitet die Band The Refugees zwischen....

End of Document

Mustafa ist Mathekönig; Sie sprechen kaum Deutsch und wissen wenig über das Schulwesen. Aber sie wollen ihre Kinder unterstützen. Ein Elternkurs für Migranten in Kreuzberg bietet Hilfe an.

ZEIT-online

Dienstag 24. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Schulung für Migranten-Eltern; Ausg. 37

Length: 1258 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Eine Mutter fotografiert am 05.09.2013 in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) mit einem Handy auf dem Schulhof einer Grundschule eine Gruppe von i-Dötzchen. Einen Tag nach dem offiziellen Schulanfang machen sich rund 151 000 i-Dötzchen in NRW erstmals auf den Weg in ihre Klassen. Foto:

© Caroline Seidel/dpa

Aischa und Hassan N.M.* strahlen, wenn sie von ihrem jüngsten Sohn Mustafa erzählen. Sie sind glücklich, weil er so glücklich ist in der Schule. "Ich bin der König in Mathe", erzählt ihr Junge manchmal zu Hause. Seine Eltern verstehen nicht, dass "Mathekönig" ein Rechenspiel ist. Aber sie verstehen, dass Mustafa stolz darauf ist, was er leistet.

Die N.M.s sind vor knapp 14 Jahren aus dem Irak geflohen und haben in Bayern Asyl bekommen. Lange lebten sie in Nürnberg. Seit vier Jahren wohnt die Familie mit den vier Kindern zwischen 13 und sechs Jahren nun in Berlin. Dort hat der Vater Arbeit als Bäcker gefunden.

Aischa und Hassan N.M. nehmen an einem Elternkurs in einer Kreuzberger Grundschule teil, der vor allem Migranten-Eltern das deutsche Bildungssystem erklärt und ihnen vermitteln soll, wie sie ihre Kinder unterstützen können, damit die in der Schule zurechtkommen. Die Mutter trägt an diesem Vormittag Jeans und ein silbrig glänzendes Kopftuch. Sie erzählt, wie groß sich Mustafa fühlt, weil er endlich Hausaufgaben machen muss wie seine drei älteren Geschwister. "Er geht sogar freiwillig früh ins Bett", sagt der Vater.

Viele Eltern können ihren Kindern in der Schule wenig helfen - wenn sie schlecht Deutsch sprechen, in ihren Herkunftsländern nur kurz zur Schule gegangen oder selbst im deutschen Schulsystem gescheitert sind. Sie begreifen manchmal nicht, was ihre Kleinen in der Schule lernen oder haben zu viel Respekt davor. Aber Mustafas Eltern und die anderen Mütter im Kurs beobachten sensibel, wie ihre Kinder in der Schule ankommen. Hassan und Aischa N.M. machen sich ähnliche Sorgen wie viele bildungsbürgerliche deutsche Eltern: Welchen Abschluss kann und soll unser Kind machen? Ist diese Schule wirklich die richtige für mein Kind?

Mustafa ist Mathekönig Sie sprechen kaum Deutsch und wissen wenig über das Schulwesen. Aber sie wollen ihre Kinder unterstützen. Ein Elternkurs für Migranten in....

Eltern starkmachen, Kinder fördern

Die vier Mütter und der eine Vater, die sich an diesem Mittwoch im Elterncafé einer Kreuzberger Grundschule treffen, sprechen alle Arabisch. Sie haben zwischen drei und sechs Kindern. Als Ziel des Kurses nennt die Leiterin Barbara Tennstedt, die Eltern starkzumachen, damit sie ihre Kinder fördern können. Denn der Erfolg der Kinder hängt im deutschen Schulsystem stark von den Möglichkeiten der Eltern ab. In den sogenannten Brennpunktschulen in Stadtteilen wie Kreuzberg sind überdies die Lehrer mit den geballten Problemen oft überfordert.

Manche Programme versuchen vor allem Mütter mit gemeinsamem Frühstück oder Stricken zu locken, um mit ihnen überhaupt ins Gespräch zu kommen und ihre Hemmschwelle vor der Schule abzubauen. Das family-Programm, entwickelt vom "Forum Neue Lernkultur" und der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, möchte mehr als zufällige Gespräche, es will die Eltern selber bilden. Sie sollen Methoden an die Hand bekommen, mit denen sie das Lernen in den Alltag ihrer Kinder integrieren. Am Ende sollen sie erkennen, wie sie ihre Kinder am besten ermutigen und herausfordern.

Aischa und Hassan N.M. sind schockiert von der Schule in Kreuzberg. "Die Schule in Bayern ist viel besser", klagt der Vater. "Die Kinder lernen viel schneller." In Bayern hatten Mustafas Geschwister allerdings höchstens zwei oder drei andere Kinder in der Klasse, deren Eltern nicht gut Deutsch sprachen oder die von Hartz IV lebten.

In der Kreuzberger Lemgo-Grundschule, in die Mustafa geht, haben mindestens 75 Prozent der Eltern so wenig Geld, dass sie Bücher und Hefte nicht selbst bezahlen müssen. Die meisten Familien leben in der Werner-Düttmann-Siedlung in der Nähe. 80 Prozent der rund 3.000 Bewohner kommen aus arabischen Ländern, der Türkei oder Exjugoslawien. Die Hälfte ist arbeitslos. Die Siedlung wurde in den achtziger Jahren gebaut, mit Bäumen und Plätzen. Heute ist sie ein Ghetto, sagt Farag Abdel Kawy. Er arbeitet als Elternbeauftragter der Siedlung und ist Koleiter des Elternkurses. Wenn er nicht übersetzen würde, könnten viele der Teilnehmer dem Programm von Barbara Tennstedt nicht folgen.

Manche hätten regelrecht Angst vor Lehrern, sagt Kawy. Andere glaubten, Bildung und Erziehung sei allein Sache der Schule, sie dürften sich da nicht einmischen. In den ersten Stunden des Kurses versucht Tennstedt deshalb zunächst, das Selbstbewusstsein der Eltern zu wecken. Sie lässt sie einen Zeitstrahl mit Fotos ihrer Kinder basteln. Daran sollen sie sehen, was ihr Sohn oder ihre Tochter bis zur Einschulung schon alles gelernt hat und was ihr Anteil daran ist.

Mit Plakaten lockt man die Eltern nicht in einen Kurs

Die Kurse erreichen allerdings oft die Eltern, die sich wie die N.M.s ohnehin Gedanken über die Fortschritte ihrer Kinder machen. Sie können aber, so Tennstedts Hoffnung, als Multiplikatoren wirken: also wieder anderen Eltern helfen, die sich nicht in einen Elternkurs trauen. Seltener kommen auch diejenigen, deren Kinder schon große Schwierigkeiten haben. Eine dritte Gruppe von Müttern kommt laut Tennstedt einfach deshalb, weil die einen Ort suchen, an dem sie sich ernst genommen und geborgen fühlen.

Mit Plakaten lockt man die nicht. Tennstedt und Kawy brauchen Menschen wie Fadia Chahrour. Die kontaktfreudige 43-Jährige kenne alle in der Siedlung. Sie kann manche der Bewohner motivieren. Als sie 17 war, ist Chahrour mit ihrer Familie aus dem Libanon geflohen. Auch sie trägt ein Kopftuch, hat vier Kinder und hat lange mit ihrem Mann in dessen Laden gearbeitet. Sie versteht zwar, wie die Menschen in der Siedlung leben, spricht aber selbst perfekt Deutsch, ihr ältester Sohn geht zur Uni und sie hat sich vor Kurzem zur Sozialhelferin ausbilden lassen. Seither hilft sie im Schulcafé der Lemgo-Schule. Sie glaubt nicht nur an Tennstedts Motto: "Es hilft euch Eltern, wenn ihr mehr wisst und selbstbewusster werdet - und es macht eure Kinder stark, wenn ihr euch kümmert." Fadia Chahrour lebt es auch vor.

An die Grenze der Eltern gehen

Mustafa ist Mathekönig Sie sprechen kaum Deutsch und wissen wenig über das Schulwesen. Aber sie wollen ihre Kinder unterstützen. Ein Elternkurs für Migranten in....

Tennstedt weiß, dass sie mit ihrem Konzept der Elternbildung manchen der Mütter und Väter viel abverlangt, zum Beispiel wenn sie wie an diesem Tag ein Interview mit einer Entwicklungspsychologin auf ihrem Laptop zeigt. Eine Diskussion will nicht recht zustande kommen. Aber sie will die Teilnehmer zum Denken herausfordern.

Außerdem versucht sie immer wieder, vor allem die Mütter dazu zu bewegen, selbst aktiv zu werden. "Hast du dich zur Elternsprecherin wählen lassen?", fragt sie eine der Teilnehmerinnen. Eine andere möchte sie überreden, in der Klasse ihres Sohnes zu hospitieren, damit sie sieht, dass das Kind in dem jahrgangsübergreifenden Unterricht nicht nur Schimpfwörter von den Großen lernt.

Am Ende jedes Treffens geben die beiden Leiter den Eltern Hausaufgaben auf. Diesmal ermutigen sie sie, mit ihren Kindern bis zum nächsten Mal ein Abenteuer zu erleben. Zettel werden verteilt, auf denen auf Arabisch und Deutsch Ausflugsziele genannt werden, die wenig oder keinen Eintritt kosten, zum Beispiel ein Kinderbauernhof oder das Tempelhofer Feld.

Mustafas Vater sagt, er habe schon viel gelernt in dem Kurs. Es hat ihn zum Beispiel beruhigt, zu hören, dass jedes Kind anders sei und sich anders entwickle. Dass eines manchmal wütender sei als die anderen. Mit seinem Sohn diskutiere er jetzt mehr, und er glaube nicht mehr, immer alles selbst bestimmen zu müssen.

* Name von der Redaktion geändert

Load-Date: September 25, 2013

Israel tauscht Flüchtlinge gegen Rüstungshilfe; Zehntausende illegale Einwanderer aus Eritrea und dem Sudan sollen Israel verlassen und nach Uganda umsiedeln. Das ostafrikanische Land erhält dafür Geld und Waffen.

ZEIT-online

Freitag 30. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ZWEI-STUFEN-PROGRAMM; Ausg. 36

Length: 371 words

Body

Flüchtlinge aus Süd-Sudan in Israel

© Oren Ziv/AFP/GettyImages

Israel will ab Oktober Zehntausende **Flüchtlinge** aus Eritrea und dem Sudan nach Uganda bringen lassen. Wie die Zeitung *Haaretz* berichtet, hat Israel ein Abkommen mit dem ostafrikanischen Land geschlossen. Uganda erhält im Austausch Wirtschafts- und Rüstungshilfe.

Der israelische Innenminister Gidon Saar informierte den Innenausschuss des Parlaments über den Plan. In einer ersten Phase sollen die bisher nur geduldeten Einwanderer mit Finanzhilfe und Flugtickets dazu bewegt werden, freiwillig umzuziehen. In einer zweiten Phase sind Sanktionen gegen die Flüchtlinge geplant, die Israel nicht verlassen wollen.

Vor allem Flüchtlinge, die beim illegalen Grenzübertritt gefasst wurden und in Arrestzentren sitzen, sollen gehen, weiterhin Obdachlose auf Großstadtplätzen. Wer in Israel Vermögen anhäufen konnte, soll es mitnehmen dürfen.

Erste Flüge sind noch in diesem Jahr geplant. Bis Ende 2014 sollen bereits Tausende Sudanesen und Eritreer ausgereist sein. Ihnen ist es freigestellt, in dem Drittland zu bleiben oder von dort in ihr Herkunftsland zurückzureisen. Flüchtlinge, die nicht gehen wollen, sollen in der zweiten Phase in Sammellagern eingesperrt werden. Ihre Aufenthaltsgenehmigungen sollen nicht mehr verlängert werden.

Opposition kritisiert das Abkommen

Bei der Opposition stießen die Pläne auf Kritik. "Was ist denn daran freiwillig, wenn die Alternative die Drohung mit Arrest und behördlicher Verfolgung ist?", fragte die Abgeordnete Michal Rosin von der linken Oppositionspartei Merez. Als Land, das die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, müsse Israel sicherstellen, dass Asylbewerber nicht in Gefahrenzonen geschickt werden.

In Israel leben laut der Behördenstatistik 55.000 illegal Eingewanderte, von denen rund 90 Prozent aus Sudan oder Eritrea stammen. Weil in beiden Ländern Verfolgungsgefahr für Menschen besteht, die aus wirtschaftlichen Motiven nach Israel geflüchtet sind, gilt ein Abschiebeverbot in diese Länder. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte

Israel tauscht Flüchtlinge gegen Rüstungshilfe Zehntausende illegale Einwanderer aus Eritrea und dem Sudan sollen Israel verlassen und nach Uganda umsiedeln. Da....

daher den Sondergesandten Hagai Hadas beauftragt, ein Drittland in Afrika zu finden, das die in Israel "Infiltratoren" genannten Wirtschaftsflüchtlinge aufnimmt.

Load-Date: August 30, 2013

End of Document

Cousin und Cousine als Eltern; Enge Verwandte, die ein Kind zeugen, gehen ein hohes Risiko ein. Viele Migrantenpaare wissen wenig über die Gefahr angeborener Krankheiten.

ZEIT-online

Montag 23. Juli 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: INZEST; Ausg. 29

Length: 1001 words

Byline: Cigdem Akyol

Body

Sinem Gündogdu* lebt nicht mehr. An einem Morgen im Juni lag sie in ihrem Bett und atmete nicht mehr. Das Mädchen mit dem zarten Gesicht, den verbogenen Armen und Beinen starb an den Folgen einer Lungenentzündung. Ihre Eltern überführten den Leichnam ihrer Tochter aus dem Ruhrgebiet sofort nach Istanbul. Sie konnten nie mit ihrer Tochter sprechen, sind niemals mit ihr über eine Wiese gerannt. Denn das Mädchen konnte nicht aufstehen, sprechen, aktiv am Leben teilnehmen. Sie war gefangen in einem krummen Körper, ihr Geist völlig isoliert.

Sie wurde 15 Jahre alt, dabei hatten ihr die Ärzte nur wenige Jahre gegeben. Ihre Schwester Özlem starb vor drei Jahren - da war sie erst zwölf. Sinem und Özlem kamen beide schwerst körperlich und geistig behindert auf die Welt. Ihre ältere Schwester, die 17-jährige Azize, besuchte eine Schule für Lernbehinderte, momentan ist sie arbeitslos.

Wie kann es sein, dass alle drei Kinder ein Handicap haben? Ihre Eltern, Seyran und Askin, sind Cousin und Cousine. Es gibt einzelne, meist englischsprachige wissenschaftliche Studien, die belegen, dass Inzestkinder mit höherer Wahrscheinlichkeit an schweren angeborenen Krankheiten leiden als Kinder von nicht verwandten Eltern. So kam eine Studie der britischen Universität Birmingham zu dem Schluss, dass 60 Prozent der Todesfälle und schweren Erkrankungen bei Kindern verhindert werden könnten, wenn der Inzest beendet würde. Das Erkrankungsrisiko nimmt demnach mit der Nähe der Blutsverwandtschaft zu. Deswegen ist anzunehmen, dass auch die Leiden der Kinder von Seyran und Askin mit der Verwandtschaft der beiden in Zusammenhang stehen.

Viele Eltern kennen die Risiken nicht

In Deutschland gibt es kaum belastbares Zahlenmaterial zu diesem Thema. Einer der wenigen, der zu diesem Phänomen Daten erhoben hat, ist der Berliner Pränataldiagnostiker Rolf Becker. Er hat in den vergangenen 20 Jahren 636 ungeborene Kinder aus Verwandtschaftsehen untersucht, von denen die Hälfte aus einer Cousin-Cousine-Beziehung stammten.

Cousin und Cousine als Eltern Enge Verwandte, die ein Kind zeugen, gehen ein hohes Risiko ein. Viele Migrantenpaare wissen wenig über die Gefahr angeborener Kra....

In dieser Gruppe waren insgesamt 50 Ungeborene - also etwa acht Prozent - von einer schweren Behinderung betroffen. Bei mindestens 20 dieser Ungeborenen ist es Becker zufolge wahrscheinlich, dass die Verwandtschaft ihrer Eltern ursächlich für eine Erkrankung war. Diese Kinder litten häufiger an Epilepsie, Schwerhörigkeit, Muskelschwund oder Erbkrankheiten. Das Risiko, an einer genetisch bedingten Stoffwechselstörung zu erkranken, sei größer, die Lebenserwartung geringer.

"Insgesamt besteht also eine Risikoerhöhung, das Risiko für Kinder aus solchen Verbindungen ist allerdings absolut nicht allzu hoch", schreiben die Humangenetiker Gholamali Tariverdian und Werner Buselmaier in ihrem Handbuch *Humangenetik*. Es kann also zu Schäden kommen, zwingend ist dieser Zusammenhang aber nicht.

Damit es erst gar nicht so weit kommt, fordert Julia Hennermann, Stoffwechselmedizinerin und Kinderärztin an der Berliner Charité, eine frühzeitige Aufklärung - am besten schon in den Schulen. Etwa 15 Prozent der Stoffwechselkranken, die sie behandelt, kommen aus Verwandtenbeziehungen. Natürlich heirateten auch deutsche Verwandte untereinander, aber mehrheitlich seien es Migranten. Viele wissen offenbar gar nicht über die Risiken Bescheid. "Genetik ist für die meisten etwas sehr Abstraktes", sagt Hennermann.

Bis heute ist die Ehe zwischen Verwandten dritten Grades - also zwischen Cousin und Cousine - in Deutschland nicht verboten, aber eher selten. Am weitesten verbreitet sind Verwandtenehen in Ländern, in denen der Islam praktiziert wird. Mehr als die Hälfte der Ehen wird dort innerhalb einer Familie geschlossen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des australischen Centre for Comparative Genomics. Eine Gesamtübersicht für Deutschland gibt es nicht. Aber etwa jede vierte türkischstämmige Frau hierzulande ist mit einem Verwandten verheiratet, ergab 2010 eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Seyran wurde vor 40 Jahren in einem anatolischen Dorf geboren. Dem Leben dort brachte sie vor allem Duldsamkeit entgegen. Eine Schule beendete sie nicht, mit 20 Jahren heiratete sie und folgte ihrem Mann nach Deutschland. Sie ließen sich schließlich im Ruhrgebiet nieder.

Als Seyrans erste Tochter zur Welt kam, sah zunächst alles gut aus. Erst nach einigen Monaten bemerkte die Mutter, dass mit ihrem Baby etwas nicht stimmte. Erst sehr viel später war klar, dass Azize lernbehindert ist. Bei der zweiten Schwangerschaft hofften die Eltern, es werde diesmal gutgehen - doch das Kind kam mit einer Behinderung zur Welt, ebenso die dritte Tochter. Natürlich stoße sie oft an die Grenzen ihrer Kraft, sagt Seyran. Aber was solle man tun, "eine Mutter gibt ihr Kind nicht ab".

Drohungen von religiösen Fundamentalisten

Die Duisburger Sozialwissenschaftlerin Yasemin Yadigaroglu engagiert sich seit Jahren gegen Verwandtschaftsehen. 2005 wollte sie mit einer Postkartenaktion auf das Problem aufmerksam machen: "Kinder wünsche ich mir, aber nicht von meiner Cousine" oder ähnliche Slogans standen auf den Karten, die sie in Schulen und Moscheen verteilte. Dort hält sie auch Vorträge über die gesundheitlichen Risiken einer Verwandtschaftsehe.

Doch nicht überall ist Yadigaroglu willkommen, die Gemeinde der Merkez-Moschee in Duisburg werfe ihr Nestbeschmutzung vor und verwehre ihr den Zutritt in die Vereinsräume. Sie erhalte Drohungen, meist von religiösen Fundamentalisten. Aber auch von Kollegen deutscher Herkunft bekomme sie zu hören, sie stigmatisiere Migranten. Die Verwandtschaftsehe unter Migranten ist politisch ein heikles Thema. Wer es anspricht, wird schnell als Rassist gehandelt. Weil Yadigaroglus Projektanträge für ihre Kampagnen abgelehnt wurden, will sie nun mit Gynäkologen zusammenarbeiten.

Trotz aller Mühen weiß die Soziologin, dass sich die Tradition so schnell kaum ändern wird. Nicht umsonst heißt ein Sprichwort in der Türkei. "Gute Mädchen heiraten Verwandte, schlechte Mädchen gibt man einem Fremden."

**Namen der Familie von der Redaktion geändert*

Cousin und Cousine als Eltern Enge Verwandte, die ein Kind zeugen, gehen ein hohes Risiko ein. Viele Migrantenpaare wissen wenig über die Gefahr angeborener Kra....

End of Document

Voller Liebe für die Arier Anatoliens; Auch in diesem Jahr agitiert die FPÖ-wieder gegen Ausländer, das ist ihre Kernkompetenz. Doch die Rechtspopulisten pflegen auch seltsame Zweckgemeinschaften mit gewissen Migrantengruppen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH, TITELGESCHICHTE; Voller Liebe für die Arier Anatoliens; S. 16; Ausg. 40

Length: 1882 words

Byline: Maria Sterkl

Body

Es ist herbstlich kühl in Wien, Ivanka D. reibt mit der rechten Hand ihren linken Oberarm, als könnte sie so die Wärme daran hindern, ihren Körper zu verlassen. Sie steht vor ihrem Stammlokal, um eine Zigarette zu rauchen, es ist Samstagabend, Zeit für ein bisschen Leben bei Livemusik und Bier. Seit elf Jahren lebt die Supermarktkassierin in Wien. Auf Deutsch kann sie sich inzwischen gut verständigen, und wenn nicht, dann dolmetscht die Tochter, doch für die Wahlplakate, die hier jede Wand bedecken, braucht die 42-jährige Serbin keine Übersetzungshilfe. Ihre Meinung hat sie sich längst gebildet: Ivanka D. schwärmt für die FPÖ.

Mit Heinz-Christian Strache, dem Parteiboss der Freiheitlichen, hat sie etwas gemeinsam. »Er ist gegen Türken und ich auch«, sagt sie und lächelt freundlich. Nicht, dass sie mit Türken schlechte Erfahrungen gemacht hätte, doch es sei ungerecht, »dass ich immer arbeite, arbeite, arbeite, und die türkischen Frauen sitzen zu Hause, zu Hause, zu Hause«. Darum würde sie blau wählen - wenn sie könnte: Seit elf Jahren lebt die Serbin in Wien, laut Gesetz dürfte sie also erst seit einem Jahr die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen - aber die Chance, dass sie die hohe Einkommenshöhe überspringt, ist gering. So bleibt ihre blaue Wahlneigung vorerst unerhört.

Es gibt sie, die FPÖ-Fans in den Zuwandererfamilien. Die Migranten, die sich von Straches ausländerfeindlichen Tönen nicht angesprochen fühlen, weil sie sich zu den Guten und Anständigen zählen, die angeblich nicht gemeint sind. Doch es scheint, als würden es immer weniger.

Als die österreichische Bundesregierung Ende Februar 2008 den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannte, gab Strache den Empörern. Kosovo sei serbisches Kernland, ratterte es aus ihm bei jeder passenden Gelegenheit, und einige Serben hätten das gern. Nebenbei standen wenige Monate später Nationalratswahlen bevor, in Österreich leben rund 300 000 serbischstämmige Menschen, davon sind etwa 40 Prozent eingebürgert und wahlberechtigt. Um sie anzusprechen, reichte ein simpler rhetorischer Kniff: Aus »den Ausländern« wurden »die guten, fleißigen« serbischen Zuwanderer einerseits und die türkischen Integrationsverweigerer andererseits. Strache besuchte Balkandiscos, flirtete mit Teenagern, ließ sogar

Voller Liebe für die Arier Anatoliens Auch in diesem Jahr agitiert die FPÖ- wieder gegen Ausländer, das ist ihre Kernkompetenz. Doch die Rechtspopulisten pfle....

serbische Popstars einfliegen, um beim Konzert eigenhändig Flugblätter zu verteilen. Medienberichte, wonach jeder zweite Serbe mit den Freiheitlichen sympathisiere, halten Meinungsforscher zwar für weit übertrieben - doch keiner bezweifelt, dass Strache einige Serben in sein Lager zu ziehen vermochte.

Die FPÖ- betont, wie nahe sich serbische und Österreichische Kultur sind

Konstantin Dobrilović ist einer von ihnen. Der 28-jährige Akademiker mit faltenfreiem rosa Hemd, perfekter Rasur und gegeltem Haar ist FPÖ-Bezirksrat im Wiener Arbeiterbezirk Favoriten, er selbst logiert in der hippen Leopoldstadt. Für den Rathausklub sortiert er den Pressespiegel, ansonsten widmet er sich seiner Tätigkeit als Obmann der Christlich-Freiheitlichen Plattform (CFP), die sich weniger mit christlichen Traditionen als mit dem Erstellen islamischer Bedrohungsszenarien beschäftigt. In Deutschland aufgewachsen, kam der Theologe vor neun Jahren nach Wien und lernte bald einige Freunde aus Straches Dunstkreis kennen. Wenig später nahm ihn der Parteichef als Dolmetscher mit nach Belgrad, um Kontakte zu Politikern der rechtspopulistischen Partei SNS zu pflegen, der CFP-Vorsitz war die Belohnung.

»Dass Strache ausländerfeindlich ist, ist wirklich weit hergeholt«, meint Dobrilović. »Sonst wäre ich ja fehl am Platz.« Dobrilović lobt Straches »gute Kontakte zu den Serben und Kroaten, die größtenteils integriert und fleißige Arbeiter sind«. Der blaue Parteiobmann sei der einzige, der »sich in ihren Lokalen blicken lässt, wo er auch gerne seine Cevapcici genießt«. Während Ö-VP und SPÖ- nur türkische Kandidaten auf ihre Listen setzten, unterstützte Strache die Serben.

Doch scheint die serbisch-blaue Allianz, wenn es denn jemals eine war, heute brüchig zu werden: Die Begeisterung für den vorgeblichen Serbenführer im Parlament lässt nach. Strache besinnt sich zwar auch in diesem Wahlkampf wieder seiner serbischen Klientel: Im exjugoslawischen Magazin *Kosmo* ließ er eine abgewandelte Version seines Spruchs »Liebe deinen Nächsten - für mich sind das unsere Österreicher« inserieren. Diesmal hieß es statt »Ö-sterreicher« aber »gut integrierte Zuwanderer«. Und im Kleingedruckten wurde ein Lob auf das Serbische, das »der Österreichischen Kultur« doch so nahe sei, serviert.

Trotz dieser Bemühungen erklärt der Chefredakteur des Magazins, Nedžad Memić, die Beziehung zwischen Serben und FPÖ- für »abgeflaut«. Der Grund: »Strache gehen in Gesprächen mit Serben langsam die Themen aus.« Das Thema Kosovo polarisiere nicht mehr, darüber hinaus habe der FPÖ-Chef den Serben wenig zu bieten. »Welche konkreten Maßnahmen hat die FPÖ- gesetzt, um das Leben der Serben in Österreich zu verbessern?«, fragt Memić. Dazu kommt, dass sich die FPÖ- für einen Zuwanderungsstopp aus Ländern außerhalb der EU ausspricht - und dazu gehört bekanntlich auch Serbien, jenes Land, dem viele der Österreichischen Serbischstämmigen auch durch dort lebende Verwandte und Bekannte verbunden sind.

Ein entscheidender Faktor ist auch, dass Strache selbst seine serbischen Vertrauten zu vergraulen droht: Sie werden langsam ungeduldig. Strache habe ihnen bereits vor der letzten Wien-Wahl im Jahr 2010 einen aussichtsreichen Listenplatz für einen serbischstämmigen Kandidaten zugesagt, heißt es. Weder damals noch bei der aktuellen Listenerstellung kam ein entsprechender Anwärter zum Zug. Immer eifrig zu laufen für den blauen Chef, aber dann bestenfalls mit einem mickrigen Bezirksratsmandat abgespeist zu werden, das sorgt für Groll. »Mittelfristig« werde den FPÖ-Migranten auch der Nationalrat offenstehen, tröstet der Strache-Vertraute Dobrilović, »aber das ist ein Prozess: Da braucht es tüchtige Menschen.«

»Meine Stimme wird er nie bekommen«, meint der 35-jährige Installateurmeister Marko M., der sich in seinem überwiegend von Serben besuchten Lokal in Wien-Brigittenau gerade mit einem grellen alkoholischen Mischgetränk für den überstandenen Arbeitstag belohnt. Zwar halte auch er nichts von »den Ausländern, die nicht arbeiten wollen« - in diesem Punkt, so M., »hat Strache schon recht«. Doch laut M. finde man überall faule Menschen, auch bei den Serben. Was er von Straches Serbenliebe hält? »Er will sich nur bei uns einschleimen. Aber wenn er einmal an der Macht ist, dann zeigt er sein wahres Gesicht - und dann geht es uns allen an den Kragen. Weil er immer gegen Ausländer war und es immer sein wird.« Die meisten seiner

Voller Liebe für die Arier Anatoliens Auch in diesem Jahr agitiert die FPÖ- wieder gegen Ausländer, das ist ihre Kernkompetenz. Doch die Rechtspopulisten pfe....

Landsleute hätten das durchschaut, glaubt der 35-Jährige: »Ich komme viel in ganz Österreich herum. Ich habe kaum einen Serben getroffen, der Strache gut findet.«

Analog zur Einteilung in gute Serben und böse Bosnjaken zieht die FPÖ- auch bei den Zugewanderten aus der Türkei eine scharfe Trennlinie: Hier werden die Kurden als Lichtgestalten inmitten der dunklen, türkischen Horden dargestellt. Außenpolitisch ansonsten nicht sonderlich engagierte FPÖ-Mandatare schließen sich Delegationen in die Osttürkei an, stellen parlamentarische Anfragen zur »Kurdenfrage«, bekunden in Presseaussendungen ihre Solidarität mit dem kurdischen Volk. Als in Wien mehrere Hundert Migranten aus der Türkei in Solidarität mit den Gezi-Protesten auf die Straßen gingen, verhielten sich die Blauen ruhig. Erst als Pro-Erdogan-Demonstranten auftauchten, stürzte sich die FPÖ- daran, dass »türkische Konflikte bei uns ausgetragen werden«. Dass sich unter den Wiener Gezi-Demonstranten auch viele Kurden fanden, dürfte dabei eine Rolle gespielt haben.

»Die Freiheitlichen zeigen eine gewisse Sympathie für die kurdische Sache, aber das liegt nicht daran, dass sie Kurdenfreunde sind«, sagt Mehmet Emir, in Wien lebender Schriftsteller und Fotograf und Kurde aus der Türkei, »sondern daran, dass sie die Kurden als die Arier Anatoliens sehen.« Dass die Freiheitlichen als einzige Partei kurdische Interessen vertreten, gefalle zwar vielen Kurden. »Aber wenn sie dann in der Wahlzelle stehen, wählen sie wieder etwas anderes«, glaubt Ali Can vom Dachverband der kurdischen Vereine. Viele Kurden hätten Hemmungen, Rechtsparteien zu wählen, ihre Verbindung zur FPÖ- reiche daher bestenfalls für ein Techtelmechtel, selten hingegen für etwas Ernstes.

Die Einteilung in gute und böse Ausländer hat so manche Tücken

Als der FPÖ-Chef in der Fernsehkonfrontation mit Bundeskanzler Werner Faymann verkündete, die Sozialdemokraten würden auf türkisch werben, reagierte der Kanzler ungehalten, ganz so, als handle es sich bei türkischsprachigen Plakaten um etwas Anrüchiges. Doch scheint auch der FPÖ-Chef in seinem Buhlen um serbische Stimmen immer von der Furcht begleitet zu sein, Stammwähler zu verlieren. »Die FPÖ- versucht, Serben als Wähler zu gewinnen, gleichzeitig hat sie aber Angst, Mehrheitsösterreicher zu vergraulen. Hätte die FPÖ- ihr Inserat für gut integrierte Zuwanderer auch in einem Mainstream-Medium geschaltet?«, fragt Nedad Memić. Erst daran könne man messen, wie ernst es Strache tatsächlich meine.

Die Einteilung in gute und böse Ausländer lässt sich zwar gut verkaufen, aber mit der Realität des Wahlkampfs schwer vereinbaren. Das zeigt ein Erlebnis des türkischstämmigen Wiener Dokumentarfilmers Kenan Kilic im Vorfeld der Nationalratswahl 2008. Als Kilic eines Morgens einem unangekündigten Besuch die Tür öffnete, staunte er. Die Bezirks-FPÖ- wollte ihn mit antitürkischer Propaganda beschenken. Kilic lehnte dankend ab. Erst später begriff er, dass sich die blauen Wahlwerber wohl geirrt haben mussten: »Sie haben das -ic am Ende meines Namens gelesen - und waren wohl der Meinung, ich sei Serbe.«

Nachdem Milliardär Frank Stronach begonnen hatten, sich Quadratmeter um Quadratmeter auf der politischen Bühne Österreichs zu erkaufen, begann das Ratselraten, wie Strache auf seinen neuen Konkurrenten im Buhlen um Proteststimmen reagieren würde. Alle waren sich einig: Ein schmutziger Wahlkampf stehe bevor, Strache bleibe nichts anderes übrig, als sich seiner Kernkompetenz zu besinnen: der Hetze gegen Ausländer und Muslime. Doch der Brutalwahlkampf blieb aus. Strache plakatierte gegen Asylbetrüger und für »unsere Österreicher«, verzichtete jedoch größtenteils auf antimuslimische Slogans und das Wettern gegen Zuwanderung. Er gibt sich vorsichtiger. Bedeutende Teile der Bevölkerung pauschal auszugrenzen widerspricht womöglich auch aus FPÖ-Sicht zunehmend der Raison des politischen Wettbewerbs. Nedad Memić nennt ein Beispiel: »Wie soll die FPÖ- eine serbische Familie ansprechen, deren Vater eingebürgert ist, die Mutter aber nicht? Nächstenliebe nur für den Vater, aber nicht für die Mutter?«

VON MARIA STERKL

Load-Date: March 25, 2022

Voller Liebe für die Arier Anatoliens Auch in diesem Jahr agitiert die FPÖ- wieder gegen Ausländer, das ist ihre Kernkompetenz. Doch die Rechtspopulisten pfle....

End of Document

Wo kann er noch hin?; Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: SYRIEN: WER SIND DIE BÖSEN - WER DIE GUTEN?; S. 5; Ausg. 36

Length: 1005 words

Byline: Anna Kemper

Body

Am Anfang des Tages, an dessen Ende er so verzweifelt sein wird wie zuvor, steht Marwan in der Berliner Asylbewerberstelle in einer Schlange und ist voller Hoffnung. Gleich wird er mit seiner Sachbearbeiterin sprechen können, sie wird ihm zuhören, wenn er erzählt, wie es war in Hellersdorf. Von den Protesten vor dem Asylbewerberheim, von der Polizei, den Kameras. Sie wird verstehen, dass er nicht dort bleiben konnte. Keinen Satz sagt er an diesem Montag so oft wie diesen: "Ich kann nicht zurück nach Hellersdorf."

Marwan, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will, ist Mitte zwanzig. Er trägt sein Haar kurz rasiert, liebt Gedichte von T.S. Eliot und postet auf Facebook jeden Tag eigene. In Aleppo war er Englischlehrer. Seinen Wehrdienst konnte er nach dem Abschluss seines Studiums vor einem Jahr nicht mehr aufschieben. Er wollte nicht in den Krieg, nicht auf seine Landsleute schießen. Ein Freund, der eingezogen wurde und desertierte, wurde von Regierungstruppen gefangen, er starb im Gefängnis. Marwan beschloss, zu flüchten.

Seine Flucht dauerte eine Woche, vor fünf Monaten beantragte er Asyl in Deutschland. Er glaubt, dass er bleiben darf, Ende September wird darüber entschieden. Die Syrer sind die zweitgrößte Gruppe unter den Flüchtlingen, 5500 haben in diesem Jahr einen Asylantrag gestellt.

In Berlin kam er in einem Flüchtlingsheim in Spandau unter, das überbelegt ist. Vielleicht würde es in Hellersdorf sauberer sein, dachte Marwan, als er den Bescheid bekam, umziehen zu müssen. Vielleicht würde er dort mehr Ruhe haben, dachte er, während er seine zwei Taschen packte. Er wunderte sich, als die Wagen des Roten Kreuzes vorfuhren, um ihn und ein paar andere nach Hellersdorf zu bringen. Normalerweise fährt jeder für sich.

Als er die aufgebrachten Menschen in Hellersdorf sah, wusste er, warum. Er hörte sie schreien, aber verstand ihre Worte nicht. Er sah Plakate, die er nicht lesen konnte. "Es war wie eine andere Art Krieg", sagt er. Was passiert mit uns, wenn die Polizei nicht mehr da ist?, dachte er. Und wenn ich in der Dunkelheit nach Hause komme, wird mich dann jemand mit einem Messer überfallen?

Marwan kommt aus dem Krieg. Er hat gesehen, was Menschen einander antun können. Er sehnt sich nach Ruhe, nach Frieden. Hellersdorf, das spürte er, würde ihm beides nicht geben. Er bat die Fahrer des Roten Kreuzes, ihn

Wo kann er noch hin? Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

wenigstens durch die Menge zu fahren, ans Ende der Straße, sie lehnten ab. Mit ein paar anderen Flüchtlingen schaffte er es zurück nach Spandau. Ein paar Tage später kam ein neuer Bescheid: Er sei dem Heim in Hellersdorf zugeteilt und müsse sich dort einfinden. Was er erlebt hatte, hatte am Entschluss der Bürokratie nichts verändert.

Vielleicht, sagt Marwan, wissen die Leute gar nicht, was da in Hellersdorf passiert ist. Deshalb will er es heute auf dem Amt erzählen. "Sie sind hier falsch", sagt der Mitarbeiter, als er Marwans Karte sieht, "hier werden nur Erstanträge angenommen." Er muss zu den provisorischen Containern hinter dem Haus, die das Amt aufgestellt hat, weil der Platz im Gebäude nicht mehr ausreicht. Der Mann winkt ab, als Marwan ihm seine Geschichte erzählen will: "Sie kommen aus Syrien? Da fallen Bomben, da kann es doch wohl in Hellersdorf nicht so schlimm sein."

Nein, in Hellersdorf fallen keine Bomben. Aber in Hellersdorf wurde am Montag vergangener Woche vor dem Asylbewerberheim der Hitlergruß gezeigt. Am Dienstag demonstrierte die NPD mit Plakaten wie "Geld für Oma statt für Sinti und Roma". Am Mittwoch nannte der Berliner Landesvorsitzende der Partei Pro Deutschland syrische Flüchtlinge wie Marwan "Vaterlandsverräter" und beendete seine Rede mit "Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht!". Am Samstag wieder die NPD, 150 Neonazis in Hellersdorf mit dem Slogan "Sicher leben - Asylflut stoppen". Und die ganze Woche lang haben Anwohner klar gemacht, dass Menschen wie Marwan vielleicht gute Gründe haben, aus ihrer Heimat zu fliehen. Aber bitte nicht in ihre Nachbarschaft.

Marwan hat noch nie von der rechten "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" gehört, die gegen das Heim hetzt. Er weiß auch nichts von den Gegendemonstrationen und Hilfsaktionen, von den Aufrufen, das Heim nicht aufzugeben und den Rechten damit nachzugeben. Aber er spürt trotzdem, was los ist: "Da wird ein politischer Konflikt ausgetragen. Und wir sollen die Köpfe dafür hinhalten."

Marwan drängt sich jetzt mit Dutzenden anderen Menschen vor den Containern auf dem Hof, es sieht aus, als würden sie die Container gleich stürmen. Die 30 Menschen, die ohne Termin bei einem Sachbearbeiter vorsprechen dürfen, sind schon drin. Jetzt darf nur noch rein, wer einen Termin hat. Ein Mann beschwert sich laut, er warte schon so lange. "Wenn alles hier so scheiße ist", sagt ein Mitarbeiter des Amts genervt, "dann gehen Sie doch in die dritte Etage, da ist die Rückkehrberatung!" Alle sind überfordert. Zu viele Menschen, die nicht verstehen, warum sie nicht vorgelassen werden. Zu wenig Menschen, die sich um ihr Anliegen kümmern können.

Ganz vorn in der Schlange im Container steht Marwans Freund Sami. Er ist auch Syrer und gehört zu denen, die mit Marwan aus Hellersdorf geflüchtet sind. Sami ist seit halb sieben hier, das Amt öffnet um neun. Er hat sowieso die ganze Nacht nicht geschlafen, sagt er. Zu viele Gedanken, die ihm keine Ruhe lassen. Als Sami und Marwan endlich dran sind, gibt es keine Wartenummern mehr, um mit ihrer Sachbearbeiterin zu sprechen. "Die Heime sind sowieso voll", sagt der Angestellte. Wenn sie nicht nach Hellersdorf wollten, er schiebt ein Papier mit einer Adresse über den Tresen, könnten sie hier übernachten: eine Obdachlosenunterkunft.

Am Nachmittag besucht Marwan Freunde in einem anderen Heim, die Leiterin dort sagt ihm, dass sie morgens dem Amt freie Plätze gemeldet hat. "Ich spüre eure Demokratie nicht", sagt er. Marwan weiß nicht, wo er bleiben kann. Vielleicht wird er seine Sachen nach Hellersdorf bringen, damit die Behörde Ruhe gibt. Schlafen will er dort nicht.

VON ANNA KEMPER

Graphic

Rechtsradikale demonstrieren vor dem Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf

Load-Date: August 29, 2013

Wo kann er noch hin? Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

End of Document

Ohne Namen, ohne Gesicht; Wer trägt die Schuld am Elend der Flüchtlinge? Wir alle, sagt der Papst

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

11. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MEINUNG; Ohne Namen, ohne Gesicht; S. 10; Ausg. 29

Length: 790 words

Byline: Alice Bota

Body

Auch wer nicht an Gott glaubt, wird von den Worten des Papstes berührt gewesen sein. Da stand Franziskus auf der kleinen italienischen Insel Lampedusa, die man deshalb kennt, weil Jahr für Jahr Tausende Flüchtlinge aus Afrika dort stranden und Jahr für Jahr Tausende Flüchtlinge dies Ziel erst gar nicht erreichen. In den letzten Jahrzehnten sollen 20000 auf ihrer Flucht ertrunken sein. »Wer ist der Verantwortliche für das Blut dieser Brüder und Schwestern?«, fragte Franziskus.

Ja, wer eigentlich? Ihre Regierungen, die Kriege führen? Die Menschenschlepper, die sie ohne Trinkwasser in löchrige Boote setzen, wissend, dass sie vielleicht untergehen werden? Die Flüchtlinge selbst womöglich, weil sie sich und ihre Familien auf so eine Todesreise schicken? Franziskus' Antwort tat weh: In einer Welt der Globalisierung seien wir in die »Globalisierung der Gleichgültigkeit« geraten. Wer verantwortlich sei? »Niemand! Wir alle antworten so: Ich bin es nicht, ich habe nichts damit zu tun, es werden andere sein, sicher nicht ich.«

Dieses System, in dem Bürokraten doch nur geltende Gesetze befolgen, hat in Europa einen Namen: DublinII heißt es, beschlossen auf einem Treffen der Innenminister in der irischen Hauptstadt vor zehn Jahren. Vor Kurzem wurde DublinII reformiert - aber man hat eine Chance vertan, ein System der Verantwortungslosigkeit zu ändern. Denn der Kern des Abkommens bleibt gleich: Flüchtlinge müssen in der EU dort ihren Antrag stellen, wo sie zuerst ankommen. Reist ein Afghane über Ungarn nach Österreich ein, erklären sich die Österreicher für nicht zuständig.

Nun könnte man einwenden, dass daran nichts Falsches sei: Lasten muss man doch verteilen, ein Land wie Österreich oder Deutschland ist nicht unendlich reich, und schon gar nicht kann es jeden aufnehmen, der herkommen will. Und wer wirklich um sein Leben bangt, dem wird ein Abschiebelager in Ungarn schon recht sein. Wir sind es ja nicht, die die Flüchtlinge so schlecht behandeln. Es werden andere sein.

Aber erstens sucht keine Flüchtlingsflut Europa heim: 44 Millionen Flüchtlinge gibt es weltweit, eine viertel Million sucht Asyl in der EU. Zweitens ist das europäische Asylsystem kompliziert. Dass eine Familie, die gerade aus Syrien nach Deutschland geflohen ist, versteht, warum sie frühmorgens von der Polizei abgeholt und nach Ungarn gebracht wird, ist unwahrscheinlich. Drittens ist es ungerecht: Ausgerechnet die reichen Länder schieben ihre Verantwortung auf die ärmeren ab, nämlich die an der EU-Außengrenze.

Ohne Namen, ohne Gesicht Wer trägt die Schuld am Elend der Flüchtlinge? Wir alle, sagt der Papst

»Herrschaft des Niemand« nannte die Philosophin Hannah Arendt die Staatsform der Bürokratie. »Verantwortliche ohne Namen und Gesicht« nennt sie der Papst - und meint uns alle. Die Folgen sehen so aus: In Belgien wird ein Afghane nach Griechenland abgeschoben, denn von dort war er eingereist. Die belgischen Behörden wissen, wie die Zustände für Flüchtlinge in Griechenland aussehen: Sie werden obdachlos oder werden in Gefängnissen eingepfercht. Doch die Belgier erklären sich für nicht zuständig - siehe DublinII. Bis der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schließlich beide Länder, Griechenland und Belgien, wegen »Verletzungen des Verbots unmenschlicher und erniedrigender Behandlung« verurteilt.

In Italien hausen geflohene Afrikaner auf der Straße und werden dorthin zurückgeschickt, sobald sie weiterreisen. Die Slowakei hat selbst während zweier blutiger Tschetschenienkriege, trotz Tausender Anträge nur elf Tschetschenen als Flüchtlinge anerkannt. Und immer wieder werden in Europa Familien auseinandergerissen, weil die Behörden bei der Abschiebung nur den Vater antreffen und lieber nur ihn mitnehmen als niemanden. In Ungarn werden Flüchtlinge eingesperrt, in Polen steckt man auch Kinder in »Verwahrungszentren«, die Knästen gleichen.

Die europäischen Regierungen haben über Jahrzehnte ein System geschaffen, das immer besser darin wird, Flüchtlinge abzuhalten. Die Organisation Frontex, geschaffen, um die Außengrenzen der EU zu bewachen, hat 2005 ein Budget von knapp sechs Millionen Euro gehabt - sechs Jahre später beträgt es über 80 Millionen. Ihre Beamten patrouillieren auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zur Ukraine, sie können illegalen Flüchtlingen die Einreise verdammt schwer machen, aber sie können nicht alle aufhalten. »Wenn Leute kommen wollen, dann werden sie es schon irgendwie hinkriegen«, sagte vor zwei Jahren der Leiter von Frontex. »Wir können sie nicht erschießen.«

Aber wir lassen sie ertrinken. Wer Flüchtlingen an die Küste hilft, könnte des Menschenhandels bezichtigt werden. Also weichen die großen Schiffe den Booten aus. Denn niemand will verantwortlich sein.

VON ALICE BOTA

Load-Date: March 25, 2022

Migrant erster Klasse; Weil sein Vater Brasilianer ist, gilt Philipp Alvares de Souza Soares als interessant. Aber auch schmeichelhafte Klischees sind hohl.

ZEIT-online

Montag 14. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: VORURTEILE; Ausg. 3

Length: 642 words

Byline: Philipp Alvares de Souza Soares

Body

Ich habe erst spät gemerkt, dass ich nur ein halber Deutscher bin. Als ich ungefähr acht war, Anfang der neunziger Jahre, gab es eine Kampagne: "Mein Freund ist ein Ausländer." Meine Grundschullehrerin nahm das zum Anlass, mit uns über das Thema zu sprechen. Für mich waren die ausländischen Kinder in der Klasse bis dahin Waldemar und Elnaz. Ich war mir meines Andersseins nicht bewusst.

Mein Vater ist Brasilianer, meine Mutter Deutsche. Aber in die Kategorie "Ausländer" wollte ich nicht gehören. Sie war mit dem Wort "Problem" verknüpft. Kinder spüren sehr genau, welche Gefühle mitschwingen, wenn Erwachsene bestimmte Begriffe benutzen. Die Abneigung zeigt sich in Tonfall und Gestik. Sie kommt in Tarnfarben daher.

Das Wort ist noch immer negativ besetzt. Auch die Floskel "Menschen mit Migrationshintergrund" erzeugt keine besseren Assoziationen. Jeder denkt sofort an türkische Parallelgesellschaft, Armut, Neukölln. Wenn in Zeitungen oder Studien die Rede von Migranten ist, sind meist diejenigen gemeint, die Probleme haben, gefördert werden müssen, benachteiligt sind oder von Nazis bedroht werden. Dabei steht der Begriff inzwischen für 16 Millionen Menschen in Deutschland aus über 180 Ländern - und ihre hier geborenen Nachkommen. Eine sehr heterogene Gruppe also.

Rückblickend wird schnell klar, warum ich mich nicht wie die anderen Ausländerkinder fühlte. Ich sehe schon nicht so aus, habe keinen Akzent. Außerdem wurde ich als Deutscher erzogen, sendete also Signale der Zugehörigkeit.

Aber was noch viel wichtiger ist: Brasilianer - sofern sie helle Haut haben - gelten als wertvoller als etwa Türken und Albaner, und sogar als Polen, die doch aus einem Nachbarland kommen und auch Christen sind.

Mit den Brasilianern teilen die Deutschen keine durch Kriege belastete Vergangenheit, dafür gibt es viele Klischees vom tropischen Paradies, Samba tanzenden Bikinischönheiten und genialen Fußballspielern. Ok, es gibt Armut, die Favelas - aber die Menschen scheinen doch trotzdem so glücklich zu sein! Es ist leicht, so ein Abziehbild zu mögen.

Migrant erster Klasse Weil sein Vater Brasilianer ist, gilt Philipp Alvares de Souza Soares als interessant. Aber auch schmeichelhafte Klischees sind hohl.

Ich kann mich an unzählige Szenen an Supermarktkassen oder Behördenschaltern erinnern, an denen mir ganz ohne Anstrengung Zuneigung zuteil wurde - nur wegen meines Namens auf EC-Karte oder Personalausweis. Eine alte Dame sagte neulich, mein Name sei so "herrlich melodios". Als ein Postbeamter einmal mit meinem zwischengelagerten Paket an den Schalter zurückkehrte, sprach er mich auf Portugiesisch an und empfahl mir ein Hotel an der Algarve inklusive eines Weins, den man dort unbedingt probieren müsse.

Mein ausländischer Vater schien mehr Trumpf als Makel zu sein. Besonders die links-akademischen Milieus machen einen Menschen schnell zum weltgewandten Kosmopoliten, der vor allem deshalb interessant scheint, weil er anders, nicht ganz deutsch ist.

In der Schule und später an der Uni wurde ich oft aufgefordert, meinen Namen langsam auszusprechen, um daraufhin warme Blicke zu ernten. Wenn mich ein Lehrer oder Dozent noch nicht kannte, fand er mich erst einmal deshalb gut, weil ich ein halber Brasilianer war. So fühlte es sich jedenfalls an.

Das war alles sehr angenehm für mich. Aber nicht nur. Denn auch schmeichelhafte Klischees sind hohl. Die Menschen erwarten, dass ihr Vorurteil bestätigt wird. Wenn ich zum Beispiel erzähle, dass ich mich nicht für Fußball interessiere, sind einige schnell überfordert.

Die meisten Deutschen sind Ausländern gegenüber tatsächlich aufgeschlossen. Nur dass viele die einzelnen Herkunftsländer hierarchisieren. Sie hätten wahrscheinlich ein Problem damit, in einem Viertel zu wohnen, in dem hauptsächlich Kongolesen leben, ein Schweden-Ghetto hingegen würde sicher schnell gentrifiziert.

Diese selektive Liebe ist auch ein Schutz: Wer sagt, dass er Brasilianer, Italiener oder Thailänder total klasse findet, der kann doch nicht ausländerfeindlich sein - oder?

Load-Date: January 16, 2013

Wir klemmten uns unter die Waggon; Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Wir klemmten uns unter die Waggon; S. 2; Ausg. 43

Length: 1110 words

Byline: Mohamed Amjahid

Özlem Topcu

Body

Özlem Topcu

Wir trafen Fares, wie er genannt werden will, im vorigen Jahr in der griechischen Kleinstadt Nea Vyssa an der türkischen Grenze. Das ist die erste Stadt, durch die **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Europa wandern, wenn sie aus der Türkei kommen. Fares, Mitte Zwanzig, schlief auf einer Holzbank am Bahnhof. Er hatte nur etwas Geld dabei, ein Handy und Zigaretten. Er erzählte, dass er gerade seine Heimat Algerien verlassen habe. Er war nach Istanbul geflogen und über die Grenze nach Griechenland gelaufen. Er wollte weiter nach Deutschland. Jedenfalls in den Norden Europas. Etwa ein Jahr später hat er Hamburg erreicht. Wir treffen ihn in einem türkischen Imbiss. Fares erzählt.

Ich habe es geschafft, ich bin hier in Hamburg. Damals haben Sie das nicht geglaubt. Sie wollen wissen, wie ich es geschafft habe?

In Griechenland schnorrte ich mich nach Orestiada durch, so machen es die meisten Flüchtlinge. Man geht in die örtliche Polizeistation und holt sich ein Visum ab. Darauf steht, dass man 30 Tage Zeit hat, das Land zu verlassen. Es ist wie ein Ausweis. Danach schicken sie einen weg. »Geht nach Athen«, sagte die Polizei, »da ist es besser für euch.« Sie sagten auch, dass wir nicht herumlungern sollten.

In Orestiada lernte ich einen Iraker kennen. Der hatte Geld und wollte mit dem Zug nach Alexandropolis. Angeblich weil es dort Arbeit gab. Ich hängte mich an ihn dran. Als der Schaffner kam und uns kontrollierte, zahlte der Iraker die zehn Euro für meine Fahrkarte.

Ich weiß nicht mehr genau, wie lange ich an welchem Ort war. Anfangs habe ich am Bahnhof geschlafen, später habe ich mir ein Zimmer besorgt. Ich möchte nicht erzählen, wie. Nach meiner Erinnerung verbrachte ich vielleicht zwei Wochen in Alexandropolis. Jeden Tag habe ich in Supermärkten etwas zu essen geklaut. Wir haben uns

Wir klemmten uns unter die Waggon Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

immer kleine Märkte ausgesucht, in denen ein Verkäufer alleine stand. Einer von uns hat ihn in ein Gespräch verwickelt, der andere hat den Rucksack gefüllt.

Die nächste Station war Thessaloniki, wieder mit dem Iraker zusammen. Wir haben ein verlassenes Haus am Stadtrand entdeckt, dort haben wir geschlafen. Wir waren wohl nicht die ersten, Matratzen lagen darin. Die Polizei jagte uns zweimal fort. Beim zweiten Mal wollten sie uns einsperren, sie ließen mich aber gehen, als ich versprach, am nächsten Tag das Land zu verlassen.

Überall, wo ich war, lernte ich andere Flüchtlinge kennen. Man erzählt sich so einiges, gibt einander Ratschläge. Ich hörte von einem Zug, der bis nach Österreich fuhr, einem Güterzug. Mit einer Gruppe von Männern versteckten wir uns in einem Waggon. Irgendwo in Mazedonien hielt der Zug, die Polizei kontrollierte. Wir waren froh, als sie kam. Der Zug transportierte irgendwelche Chemikalien, deren Ausdünstungen wir stundenlang einatmeten. Es müssen weit über 50 Grad im Waggon gewesen sein. Ich bekam Fieber.

Sie schoben uns wieder nach Griechenland ab. Dort sagte die Polizei, wir sollten doch über Skopje nach Serbien reisen.

Also stieg ich wieder in einen Güterzug. Der transportierte zum Glück nur Marmor. Ich hatte bloß Wasser dabei, nichts zu essen, genau wie die sieben Männer, denen ich mich angeschlossen hatte. In Novisad stiegen wir aus, wir hielten den Hunger nicht mehr aus. Wir liefen zu einer Tankstelle, da kam die Polizei. Fünf von uns waren zu schwach zum Weglaufen. Ich lief weg, aber ein Beamter holte mich ein und fing an, mich zu schlagen, auf den Kopf. Vielleicht 15 Minuten lang. Ich verstand nicht, was er sagte. Dann riefen sie einen Rettungswagen, gaben mir Zigaretten und zwei Bananen.

Ich wurde vor Gericht gestellt, weil ich keine Papiere hatte. Meine Strafe waren zwölf Tage Haft. Danach sollte ich innerhalb von 20 Tagen Serbien verlassen. Im Knast waren nur Serben. Man sagte mir, dass ich mich für 160 Euro freikaufen könne.

Nachdem sie mich freigelassen hatten, schloss ich mich vier Palästinensern an, zumindest sagten sie, dass sie das waren. Wir gingen zu Fuß über die Grenze nach Ungarn und wurden sofort festgenommen, wieder zehn Tage Knast. Danach das gleiche Spiel: Die Ungarn schickten uns zurück nach Serbien, die steckten uns wieder in den Knast, danach schickten uns die Serben nach Mazedonien zurück.

Die serbischen Polizisten waren die schlimmsten. Sie fahren dich mit gezogener Waffe ins Nirgendwo und lassen dich einfach dort raus. Sie haben meine SIM-Karte kaputt gemacht und meinen Notizblock zerrissen. An der mazedonischen Grenze wurden irgendwelche Albaner auf uns aufmerksam, so Mafia-Typen. Wir konnten aber weglaufen.

Ich ging nach Serbien zurück. Dieses Mal blieb ich fünf Monate, ich kam da einfach nicht weg. Ich habe noch nie in meinem Leben so gefroren wie da.

Wieder lernte ich andere Flüchtlinge kennen. Einige sagten, dass sie nach Kroatien wollen, ich ging mit ihnen. Diesmal klemmten wir uns unter die Waggon von Güterzügen. In Zagreb ging ich freiwillig zur Polizei und stellte einen Asylantrag. Ich wollte mich ausruhen. Die kroatischen Polizisten haben mich als Erste anständig behandelt. Sie gaben mir einen Kaffee und fuhren mich zu einem Asylbewerberheim. Da blieb ich einige Wochen. Ich lernte einen Typen kennen, dessen Bruder in Dortmund wohnte. Also stiegen wir wieder in einen Güterzug, bis nach Klagenfurt in Österreich. Dort holte uns der Bruder mit seinem Auto ab. In Dortmund meldete ich mich bei der Polizei, stellte einen Asylantrag und wurde dann nach Hamburg geschickt.

Ich würde gern arbeiten. Für Geld anzustehen, hasse ich. Jeden Araber, den ich hier kennenlerne, spreche ich an: Hast du Arbeit für mich? Irgendwas?

Wir klemmten uns unter die Waggon Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

Wenn ich jetzt die Bilder aus Lampedusa sehe, bin ich froh, dass ich nicht mit dem Boot über das Mittelmeer gekommen bin. Ich wollte es eigentlich. Aber mein Vater hat es verboten. Einige meiner Freunde wollen es bald versuchen.

Was Asyl ist, wusste ich vorher nicht. Ich dachte, man kommt nach Europa und sucht sich eine Arbeit. Ich weiß aber, dass ich kein Asyl bekomme. Dass die Europäer Angst vor Flüchtlingen haben, kann ich verstehen. Aber ich kann nicht nach Algerien zurück, auch wenn meine Mutter mich anfleht, dass ich zurückkehren soll. Dann würde ja jeder sehen, dass ich es nicht geschafft habe.

Ich will auch gar nicht in Deutschland bleiben, auch wenn es ein gutes Land ist. Ich darf jetzt sogar einen Sprachkurs machen. Ich will weiter, vielleicht nach Großbritannien. Sie glauben, ich schaffe das nicht? Ihr Europäer ahnt nicht, wie das läuft.

Protokoll: ÖZLEM TOPÇU

Mitarbeit: MOHAMED AMJAHID

Fares, der nicht erkannt werden will, in Nea Vyssa in Griechenland

Load-Date: March 25, 2022

Pinochets Putsch, Deutschlands Furcht; Vor genau 40 Jahren nahm die Bundesregierung endlich einige Pinochet-Flüchtlinge auf. Wochenlang hatte die sozialliberale Koalition zuvor alle Mahnungen ignoriert.

ZEIT-online

Samstag 7. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Chile; Ausg. 50

Length: 1659 words

Byline: Stefanie Waske

Body

General Augusto Pinochet (links) nach dem Putsch am 11. September 1973 in Chile

© AFP/Getty Images

Es sind die ersten Schritte im rettenden Exil: Eine junge Frau reibt sich nach dem langen Flug die Augen. Der Mann neben ihr trägt sein ganzes Hab und Gut in einer großen Stofftasche über das Rollfeld des Frankfurter Flughafens. Ein betagter Herr hat sich gegen die deutsche Kälte vorsichtshalber eine russische Fellmütze aufgesetzt. Es ist der 7. Dezember 1973 als die ersten **Flüchtlinge** aus Chile in Deutschland ankommen. Wochen in der überfüllten deutschen Botschaft in Santiago de Chile liegen hinter ihnen.

Knapp drei Monate zuvor hat der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Augusto Pinochet, dem sozialistischen Staatspräsident Salvador Allende die Macht entrissen. Allende begeht Selbstmord. Junta-Angehörige beginnen mit einer Hetzjagd auf ihre Gegner, deportieren sie in Sammellager, foltern und morden. Ungefähr 3.000 Menschen starben, schätzt man heute.

In den ersten Wochen nach dem Putsch nimmt die Deutsche Botschaft rund ein Dutzend Deutsche auf. Es kommen jedoch weitaus mehr Chilenen: Laut den Akten des Auswärtigen Amtes bitten fast 100 Menschen in der Botschaft um **Asyl**. Doch die deutschen Diplomaten weisen sie ab und schicken sie zu lateinamerikanischen Botschaften weiter. Ihre Begründung: Das in Lateinamerika praktizierte diplomatische **Asyl** sei nicht weltweit anerkannt, so auch nicht in Deutschland.

Bald schon stellen Journalisten dem deutschen Botschafter Kurt Lüdde-Neurath kritische Fragen. Sie wollen von Lüdde-Neurath wissen, warum er die Zuflucht-Suchenden nicht hineinlässt. Warum er sich nicht der Haltung anderer Botschaften anschließe. Lüdde-Neurath beruft sich auf das Völkerrecht und die Weisungen des Auswärtigen Amtes. Es gibt einen Filmbericht, der zeigt, wie er aufgebracht auf die Fragen reagiert: Wenn er die Verfolgten hereinlasse, so der 62-Jährige, säßen sie in einer "Mausefalle". Die humanitären Möglichkeiten seien umso größer, "desto mehr wir die Schnauze halten".

Pinochets Putsch, Deutschlands Furcht Vor genau 40 Jahren nahm die Bundesregierung endlich einige Pinochet-Flüchtlinge auf. Wochenlang hatte die sozialliberale

Sympathisant des Pinochet-Regimes?

Manche Journalisten haben einen schwerwiegenden Verdacht: Sympathisiert der Botschafter etwa mit Pinochets Militär-Junta und lässt deshalb keine Verfolgten herein? Mehrere Zeitungen thematisieren seine Vergangenheit als Diplomat unter Adolf Hitler, seine Mitgliedschaft in der NSAP und der Sturmabteilung (SA). Schon bei seiner Berufung als Botschafter in Chile im Frühjahr 1973 hatte es einen Presseartikel dazu gegeben. Das Auswärtige Amt hatte sich vor Lüdde-Neurath gestellt und verkündete: "Seine Mitgliedschaft in SA und NSDAP, die dem Auswärtigen Amt stets bekannt war, war rein nomineller Natur. Er ist nie aktiv hervorgetreten." Außerdem gebe es keinen Beweis für die Behauptung des Braunbuches aus der DDR, Lüdde-Neurath sei SA-Sturmführer gewesen. Das Buch aus Ostdeutschland listet Nationalsozialisten auf, die in der Bundesrepublik Karriere gemacht haben.

Die Sprachregelung des Auswärtigen Amtes deckt sich mit den Informationen in Lüdde-Neuraths Personalakte. Darin steht, er habe keinen SA-Rang besessen und sein Engagement für die SA habe mit Beginn seiner diplomatischen Karriere an der Botschaft in Tokio 1939 geendet. Beides entpuppt sich mit heutiger Einsicht in seine SA-Akte im Bundesarchiv als falsch. Lüdde-Neurath war kein "nominelles" Mitglied: Im September 1939 wurde er vom Rottenführer zum Sturmführer bei der SA-Reiterstandarte befördert. Vergleichbar ist dies mit einem militärischen Karrieresprung vom Obergefreiten zum Leutnant. Auch als Botschaftsangehöriger in Tokio blieb Lüdde-Neurath aktiv.

Trotzdem irren die Journalisten, die im Herbst 1973 in Lüdde-Neuraths Vergangenheit den Grund für sein Verhalten sehen. Dafür gibt es nach den Unterlagen im Archiv des Auswärtigen Amtes keinen Beleg.

Denn Lüdde-Neurath lässt das Schicksal der verfolgten Chilenen keineswegs kalt. Das zeigt sein Brief Mitte Oktober 1973 an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Matthöfer (SPD), der zu den Befürwortern des Asyls gehört. Darin schreibt Lüdde-Neurath, dass ihn seit vier Wochen Tag und Nacht die Frage beschäftige, ob er Verfolgte aufnehmen solle. Bisher glaube er ohne Botschafts asyl mehr bewegen zu können. Als Beispiel führt er eine zum Tode verurteilte junge Brasilianerin an, für die er sich eingesetzt habe und die er am nächsten Tag aus der Haft abholen könne. "Nur der Verzicht auf jeglichen Beifall garantiert den Erfolg solcher Arbeit", betont er und bittet Matthöfer, das für sich zu behalten. "Aber die Residenz zwei Tage öffnen, dann wäre sie voll, das ist nicht der beste Dienst, den ich den ärmsten und gefährdetsten Menschen von Chile leisten kann."

Die Weisungen des Auswärtigen Amtes hätten ihm, das belegen die Akten, sowieso keinen Spielraum gelassen. Der Lateinamerika-Referatsleiter weist ihn am 4. Oktober unmissverständlich an: "Botschaft wird gebeten, entsprechend den bisherigen Weisungen kein Asyl zu gewähren und eine einstweilige Zuflucht nur in den Fällen, in denen eine unmittelbare Lebensgefahr besteht. Diese Haltung entspricht auch dem Ergebnis der politischen Konsultation mit den EG-Partnern in New York." Auch chilenische Politiker dürften nur aufgenommen werden, wenn sie in Lebensgefahr seien.

Drei Tage später ergänzt der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes: "Zur Frage der Aufnahme politisch Verfolgter aus Chile sind die Überlegungen der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen." Später rät er Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP): "Gegen eine pauschale Aufnahme eines größeren Personenkreises spricht, dass sich unter den in Chile politisch verfolgten Personen, insbesondere unter denen aus anderen lateinamerikanischen Ländern, eine größere Anzahl befindet, denen in ihren Heimatländern Guerillatätigkeit, politische Entführungen und andere gewaltsame Handlungen vorgeworfen werden." Genscher, heute dazu befragt, antwortet schriftlich, er habe aus der damaligen Zeit keine solchen Erklärungen in Erinnerung.

Am 13. Oktober wendet sich Lüdde-Neurath mit einem dringenden Appell an das Auswärtige Amt, Verfolgte aufzunehmen. Er beruft sich auf den Vertreter des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen, Oldrich Haselman, der die Bundesregierung ebenfalls auffordert, eine gewisse Zahl von Ausländern ins Land zu lassen. Lüdde-Neurath warnt: "Verzögerungen bedeuten daher in zahlreichen Fällen einen unnötig verlängerten Aufenthalt im Lager. Ich bitte um Weisung." Doch seine Bitte verpufft, es kommt kein positives Signal aus Bonn.

Pinochets Putsch, Deutschlands Furcht Vor genau 40 Jahren nahm die Bundesregierung endlich einige Pinochet-Flüchtlinge auf. Wochenlang hatte die sozialliberale

Der Deutsche Entwicklungsdienst übt Kritik

Laut einem internen Bericht des damaligen Deutschen Entwicklungsdienst-Geschäftsführers Manfred Kulesa hätte die Bundesregierung die Botschaft sogar schon am 13. Oktober anweisen können, Asyl zu gewähren. Er schreibt: "An diesem Tage hat nämlich der zuständige Abteilungsleiter des chilenischen Außenministeriums eine Erklärung abgegeben und vor dem Fernsehen bestätigt, wonach die chilenische Regierung nicht nur den lateinamerikanischen, sondern allen Botschaften ausdrücklich das Recht zugesteht, asylsuchende Chilenen aufzunehmen." Eine rasche Entscheidung der sozialliberalen Regierung hätte aus seiner Sicht auch anderen europäischen Regierungen Mut gemacht. Kulesa wird noch deutlicher in seiner Kritik: "Auch wäre eine solche Haltung nicht nur als humanitärer Akt, sondern auch als ein deutliches Bekenntnis für Menschenrechte, Demokratie und politische Freiheit zu werten gewesen. Die politischen Parteien der Bundesrepublik und auch der Bundeskanzler in seiner Rede vor den Vereinten Nationen haben sich nicht gescheut, ein solches Bekenntnis in aller Offenheit abzulegen. In Lateinamerika hatte man daher vielfach ein entsprechendes Handeln von deutscher Seite erwartet."

Stattdessen vergehen weitere zwei Wochen bis die Bundesregierung beschließt, 100 Personen aufzunehmen. Bei jedem müsse aber vor Abreise geprüft werden, ob er oder sie arbeitsfähig und -willig sei und es sich nicht um einen kriminellen oder politischen Gewalttäter handle. Kontrollieren soll das eine vierköpfige Kommission unter anderem aus einem Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und einem Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, die Anfang November nach Chile reist.

Lüdde-Neurath ist somit nicht derjenige gewesen, der sich wehrte, Verfolgte aufzunehmen. Vielmehr hatte die Bundesregierung Sicherheitsbedenken und Furcht vor einem Alleingang. Aus diesem Grund öffneten sich die Tore der Botschaft recht spät. Schon vier Wochen später korrigiert sich die Bundesregierung, statt 100 sollen nun 1.000 Chilenen einreisen dürfen.

Für den Botschafter wird die alltägliche Arbeit nicht einfacher. Die Flüchtlinge bringen die deutschen Diplomaten in Santiago de Chile an ihre Grenzen: Die Kanzlei der Botschaft liegt in den oberen Stockwerken eines Bürogebäudes, alles andere als eine Herberge. Lüdde-Neurath stellt deshalb seine Residenz zur Verfügung. Erst am 7. Dezember darf er ein weiteres Haus anmieten, als die ersten Botschaftsflüchtlinge bereits nach Deutschland ausreisen. Ihm und seinen Mitarbeitern gelingt es dennoch, das Leben in geordnete Bahnen zu lenken. Sie organisieren Wasch- und Küchendienste, sorgen mit Nachtwachen für den Schutz der Flüchtlinge. Ungefähr 150 chilenische Staatsangehörige finden bis zum 10. Dezember bei ihnen eine Zuflucht. An diesem Tag verfügt die Militärregierung: Niemand, der ab jetzt in eine Botschaft flüchtet, erhält mehr freies Geleit. So schließen sich die Türen der europäischen Vertretungen wieder. Bis Sommer 1974 wird es 750 Chilenen und Lateinamerikanern gelingen, nach Deutschland einzureisen.

Viele Spuren der ersten Ankömmlinge in Frankfurt sind längst verwischt. Einer von ihnen arbeitet heute als Psychiater wieder in Chile, ein anderer kandidierte sogar als Unabhängiger für die chilenischen Parlamentswahlen. Für sie wurde Deutschland nur zum Exil und nicht zur neuen Heimat.

Load-Date: December 7, 2013

Zu Hause im Süden; Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN;Zu Hause im Süden; S. 34-43; Ausg. 38

Length: 912 words

Byline: Milena Carstens,Annabel Wahba

Body

"Der Besuch des **Flüchtlingslagers** in Würzburg hat mich fast mehr berührt als der in Dachau"
(XXX)

Herr van Agtmael, Sie sind Amerikaner. War dies Ihre erste Deutschlandreise?

Nein, ich war schon öfter hier. Mein Vater ist Niederländer, und sein Bruder zog in den siebziger Jahren nach Stuttgart. Das ist auch einer der Gründe, weshalb ich mir den Süden Deutschlands zum Fotografieren ausgesucht habe.

Ihre Mutter ist Jüdin, hat das für Sie bei diesem Projekt eine Rolle gespielt?

Ja, deswegen bin ich auch nach Dachau gefahren. Ich hatte vorher nie ein Konzentrationslager besucht. Ich wollte das aber auch deshalb sehen, weil es ein ganz wichtiger Teil von unserer aller Geschichte ist. Ich arbeite schon lange in Konfliktzonen und habe dabei erlebt, wie leicht Machtbesessene unmenschliche Verbrechen begehen. Das ist sicher nicht spezifisch deutsch. Ich würde sagen, ich misstrauere mittlerweile der gesamten Erdbevölkerung.

Wurde in Ihrer Familie viel über den Holocaust gesprochen?

Wir haben keine Verwandten im Holocaust verloren, ich hatte also nicht den direkten Einfluss durch Erzählungen meiner Großeltern, wie es bei vielen meiner Freunde der Fall war. Mein Vater ist katholisch, und die Familie meiner Mutter ist in den zwanziger Jahren aus Russland in die USA eingewandert. Wenn man der Enkel von Überlebenden ist, ist der Holocaust ganz anders in der Familiengeschichte verwurzelt. Ich habe vor allem im Hebräischunterricht vom Holocaust erfahren. Als ich die ersten Bilder sah, war ich noch sehr jung, etwa zehn Jahre alt. In diesem Alter hält man das fast nicht aus, ich konnte diese Bilder sehr lange nicht ansehen. In Dachau hatte ich dann merkwürdigerweise das Gefühl, ich wäre schon oft dort gewesen. Wenn du von Kindheit an konfrontiert bist mit

Zu Hause im Süden Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

dieser Geschichte, bist du letztlich gar nicht mehr so schockiert, wenn du dann wirklich selber an diesem Ort bist. Natürlich habe ich den besonderen Geist gespürt, den allgegenwärtigen Tod. Trotzdem muss ich sagen, dass mich der Besuch des Flüchtlingslagers in Würzburg fast mehr berührt hat als der in Dachau.

Warum?

Weil es ein aktuelles Problem ist. Ich habe die US-Kriege aus der Perspektive der USA fotografiert, im Irak, in Afghanistan. Und nun fange ich an, die Folgen des Krieges zu fotografieren. Ich wollte sehen, wie die Afghanen und Iraker in der Diaspora leben.

Waren Sie überrascht, dass die Flüchtlinge hier jahrelang leben ohne Aufenthaltsstatus und ohne Gewissheit, wie es mit ihnen weitergeht?

Das hat mich nicht wirklich überrascht, es ist kein Geheimnis, wie mit Migrant*innen umgegangen wird, besonders wenn sie keine besondere Qualifikation oder Ausbildung haben. Sogar wenn du eine gute Ausbildung hast, ist es kompliziert. Meine Freundin zum Beispiel ist Italienerin, und wir haben gerade versucht, für sie ein Visum für die USA zu bekommen, mit dem sie auch arbeiten darf. Das war äußerst schwierig, obwohl sie eine sehr erfolgreiche Fotografin ist.

Sie haben Geschichte studiert, ein Fach, bei dem man die meiste Zeit in geschlossenen Räumen über dicken Büchern verbringt. Wie kam es, dass Sie Fotograf wurden?

Genau aus diesem Grund: Ich habe früh gemerkt, dass das nicht meinem Naturell entspricht. Journalismus war für mich der Weg, Geschichte in dem Moment zu erleben, in dem sie passiert. Besonders prägend war für mich 9/11, da wusste ich, was ich in meinem Leben machen will.

Ist es der Adrenalinkick, nach dem Sie suchen, wenn Sie in Kriegsgebiete reisen?

Nein - andererseits: Vielleicht spielt er eine gewisse Rolle. Ich denke, es hat schon etwas Verführerisches für jeden, der in diese Gegenden fährt. Bei den einen mehr, bei den anderen weniger. Ich spüre ihn auch, das kann ich nicht leugnen. Es wird viel darüber geschrieben, aber letztlich kann man nicht wirklich sagen, warum man als Fotograf in diese Regionen fährt, was einen antreibt. Was mich auf solchen Reisen stark belastet, ist, Menschen sterben zu sehen. Das vergisst man nicht. Wenn man diesen Beruf für längere Zeit machen will, muss man sich Zeit geben, die Erlebnisse zu verarbeiten.

Sie haben einmal gesagt, dass Sie als Kind Soldat werden wollten.

Mein Großvater mütterlicherseits war Soldat im Zweiten Weltkrieg, und ich wollte früher immer so sein wie er. Aber die furchtbaren Bilder vom Krieg, die ich gesehen habe, als ich jung war, haben bewirkt, dass ich an so etwas keine Mitschuld tragen möchte. Das ist wahrscheinlich genau der Grund, weswegen ich nicht Soldat geworden bin, sondern ein Fotograf, der in Kriegsgebieten arbeitet.

Sie waren häufig mit der US-Armee unterwegs, also "embedded", wie man das nennt. Wie denken Sie heute über Soldaten?

Wenn jemand nach über zehn Jahren Krieg mit allen Konsequenzen und den heute bekannten Fakten immer noch freiwillig zum Militär geht oder deshalb Soldat wird, um zu kämpfen, dann verspüre ich dafür nicht viel Sympathie. Ich glaube, in Amerika gehen die Leute mit dem Thema Krieg eher locker um, aber wenn der Krieg und die Folgen dann in Form von Bildern zu Hause ankommen, reagieren sie sehr emotional. In Deutschland ist das anders, auch die Darstellung des Krieges in den Medien. Ich habe nie Bilder von toten deutschen Soldaten gesehen, auch nie von verwundeten oder kämpfenden Soldaten. Die große Enttäuschung für mich ist allerdings, dass die Fotos in Amerika nicht wirklich etwas verändert haben. Ich hatte gehofft, meine Bilder hätten mehr Einfluss auf die Kriege der USA, als sie es haben.

Von Milena Carstens und Annabel Wahba

Zu Hause im Süden Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

Graphic

Paar beim Spaziergang in Frankfurt am Main

Demonstration in Frankfurt/Main für einen in der Türkei erschossenen Journalisten

Lehrstunde in Kapitalismus: Klassenausflug an die Frankfurter Börse

Wahlheimat I: Die deutsch-niederländische Familie des Fotografen in Stuttgart

Wahlheimat II: Zwei Männer unweit des Stuttgarter Bahnhofs

Khyber Dianat, 26, floh aus Afghanistan und lebt in Bayerns größtem Flüchtlingslager in Würzburg

Ashgar Hassanzadeh, 34, Tochter Mobna, 3, aus Afghanistan. Die Entscheidung, ob sie bleiben dürfen, kann Jahre dauern

Dachau 2013: Besucherin beim Verlassen der ehemaligen Gaskammer

Load-Date: September 12, 2013

End of Document

Wir klemmten uns unter die Waggon; Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Wir klemmten uns unter die Waggon; S. 2; Ausg. 43

Length: 1072 words

Byline: Özlem Topcu

Body

*Wir trafen Fares, wie er genannt werden will, im vorigen Jahr in der griechischen Kleinstadt Nea Vyssa an der türkischen Grenze. Das ist die erste Stadt, durch die **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Europa wandern, wenn sie aus der Türkei kommen. Fares, Mitte Zwanzig, schlief auf einer Holzbank am Bahnhof. Er hatte nur etwas Geld dabei, ein Handy und Zigaretten. Er erzählte, dass er gerade seine Heimat Algerien verlassen habe. Er war nach Istanbul geflogen und über die Grenze nach Griechenland gelaufen. Er wollte weiter nach Deutschland. Jedenfalls in den Norden Europas. Etwa ein Jahr später hat er Hamburg erreicht. Wir treffen ihn in einem türkischen Imbiss. Fares erzählt.*

Ich habe es geschafft, ich bin hier in Hamburg. Damals haben Sie das nicht geglaubt. Sie wollen wissen, wie ich es geschafft habe?

In Griechenland schnorrt ich mich nach Orestiada durch, so machen es die meisten Flüchtlinge. Man geht in die örtliche Polizeistation und holt sich ein Visum ab. Darauf steht, dass man 30 Tage Zeit hat, das Land zu verlassen. Es ist wie ein Ausweis. Danach schicken sie einen weg. "Geht nach Athen", sagte die Polizei, "da ist es besser für euch." Sie sagten auch, dass wir nicht herumlungern sollten.

In Orestiada lernte ich einen Iraker kennen. Der hatte Geld und wollte mit dem Zug nach Alexandropolis. Angeblich weil es dort Arbeit gab. Ich hängte mich an ihn dran. Als der Schaffner kam und uns kontrollierte, zahlte der Iraker die zehn Euro für meine Fahrkarte.

Ich weiß nicht mehr genau, wie lange ich an welchem Ort war. Anfangs habe ich am Bahnhof geschlafen, später habe ich mir ein Zimmer besorgt. Ich möchte nicht erzählen, wie. Nach meiner Erinnerung verbrachte ich vielleicht zwei Wochen in Alexandropolis. Jeden Tag habe ich in Supermärkten etwas zu essen geklaut. Wir haben uns immer kleine Märkte ausgesucht, in denen ein Verkäufer alleine stand. Einer von uns hat ihn in ein Gespräch verwickelt, der andere hat den Rucksack gefüllt.

Die nächste Station war Thessaloniki, wieder mit dem Iraker zusammen. Wir haben ein verlassenes Haus am Stadtrand entdeckt, dort haben wir geschlafen. Wir waren wohl nicht die ersten, Matratzen lagen darin. Die Polizei

Wir klemmten uns unter die Waggon Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

jagte uns zweimal fort. Beim zweiten Mal wollten sie uns einsperren, sie ließen mich aber gehen, als ich versprach, am nächsten Tag das Land zu verlassen.

Überall, wo ich war, lernte ich andere Flüchtlinge kennen. Man erzählt sich so einiges, gibt einander Ratschläge. Ich hörte von einem Zug, der bis nach Österreich fuhr, einem Güterzug. Mit einer Gruppe von Männern versteckten wir uns in einem Waggon. Irgendwo in Mazedonien hielt der Zug, die Polizei kontrollierte. Wir waren froh, als sie kam. Der Zug transportierte irgendwelche Chemikalien, deren Ausdünstungen wir stundenlang einatmeten. Es müssen weit über 50 Grad im Waggon gewesen sein. Ich bekam Fieber.

Sie schoben uns wieder nach Griechenland ab. Dort sagte die Polizei, wir sollten doch über Skopje nach Serbien reisen.

Also stieg ich wieder in einen Güterzug. Der transportierte zum Glück nur Marmor. Ich hatte bloß Wasser dabei, nichts zu essen, genau wie die sieben Männer, denen ich mich angeschlossen hatte. In Novisad stiegen wir aus, wir hielten den Hunger nicht mehr aus. Wir liefen zu einer Tankstelle, da kam die Polizei. Fünf von uns waren zu schwach zum Weglaufen. Ich lief weg, aber ein Beamter holte mich ein und fing an, mich zu schlagen, auf den Kopf. Vielleicht 15 Minuten lang. Ich verstand nicht, was er sagte. Dann riefen sie einen Rettungswagen, gaben mir Zigaretten und zwei Bananen.

Ich wurde vor Gericht gestellt, weil ich keine Papiere hatte. Meine Strafe waren zwölf Tage Haft. Danach sollte ich innerhalb von 20 Tagen Serbien verlassen. Im Knast waren nur Serben. Man sagte mir, dass ich mich für 160 Euro freikaufen könne.

Nachdem sie mich freigelassen hatten, schloss ich mich vier Palästinensern an, zumindest sagten sie, dass sie das waren. Wir gingen zu Fuß über die Grenze nach Ungarn und wurden sofort festgenommen, wieder zehn Tage Knast. Danach das gleiche Spiel: Die Ungarn schickten uns zurück nach Serbien, die steckten uns wieder in den Knast, danach schickten uns die Serben nach Mazedonien zurück.

Die serbischen Polizisten waren die schlimmsten. Sie fahren dich mit gezogener Waffe ins Nirgendwo und lassen dich einfach dort raus. Sie haben meine SIM-Karte kaputt gemacht und meinen Notizblock zerrissen. An der mazedonischen Grenze wurden irgendwelche Albaner auf uns aufmerksam, so Mafia-Typen. Wir konnten aber weglaufen.

Ich ging nach Serbien zurück. Dieses Mal blieb ich fünf Monate, ich kam da einfach nicht weg. Ich habe noch nie in meinem Leben so gefroren wie da.

Wieder lernte ich andere Flüchtlinge kennen. Einige sagten, dass sie nach Kroatien wollen, ich ging mit ihnen. Diesmal klemmten wir uns unter die Waggon von Güterzügen. In Zagreb ging ich freiwillig zur Polizei und stellte einen Asylantrag. Ich wollte mich ausruhen. Die kroatischen Polizisten haben mich als Erste anständig behandelt. Sie gaben mir einen Kaffee und fuhren mich zu einem Asylbewerberheim. Da blieb ich einige Wochen. Ich lernte einen Typen kennen, dessen Bruder in Dortmund wohnte. Also stiegen wir wieder in einen Güterzug, bis nach Klagenfurt in Österreich. Dort holte uns der Bruder mit seinem Auto ab. In Dortmund meldete ich mich bei der Polizei, stellte einen Asylantrag und wurde dann nach Hamburg geschickt.

Ich würde gern arbeiten. Für Geld anzustehen, hasse ich. Jeden Araber, den ich hier kennenlerne, spreche ich an: Hast du Arbeit für mich? Irgendwas?

Wenn ich jetzt die Bilder aus Lampedusa sehe, bin ich froh, dass ich nicht mit dem Boot über das Mittelmeer gekommen bin. Ich wollte es eigentlich. Aber mein Vater hat es verboten. Einige meiner Freunde wollen es bald versuchen.

Was Asyl ist, wusste ich vorher nicht. Ich dachte, man kommt nach Europa und sucht sich eine Arbeit. Ich weiß aber, dass ich kein Asyl bekomme. Dass die Europäer Angst vor Flüchtlingen haben, kann ich verstehen. Aber ich

Wir klemmten uns unter die Waggon Wie kommt man ohne Papiere von Algerien nach Deutschland? Ein Flüchtling schildert seine Odyssee

kann nicht nach Algerien zurück, auch wenn meine Mutter mich anfleht, dass ich zurückkehren soll. Dann würde ja jeder sehen, dass ich es nicht geschafft habe.

Ich will auch gar nicht in Deutschland bleiben, auch wenn es ein gutes Land ist. Ich darf jetzt sogar einen Sprachkurs machen. Ich will weiter, vielleicht nach Großbritannien. Sie glauben, ich schaffe das nicht? Ihr Europäer ahnt nicht, wie das läuft.

Protokoll: ÖZLEM TOPÇU

Mitarbeit: MOHAMED AMJAHID

Graphic

Fares, der nicht erkannt werden will, in Nea Vyssa in Griechenland

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

Mail aus: Warschau; Betreff: Das kostet eine Abschiebung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MAIL AUS WARSCHAU; Mail aus: Warschau; S. 2; Ausg. 35

Length: 244 words

Byline: Alice Bota

Body

VON: ALICE.BOTA@ZEIT.DE

Familie Y., derzeit wohnhaft im Asylantenheim Podkewo, Debak, Polen, ist im vergangenen Jahr aus Tschetschenien geflohen, mit dem Auto über Polen nach Deutschland. Dort griff sie die Polizei auf. Der Vater kam in Abschiebehaft, die Mutter samt Kindern in ein »Asylantenheim«, bis sie nach 25 Tagen zurück nach Polen gebracht wurden. Denn das Land, in das der Flüchtling zuerst einreist, muss auch seinen Antrag bearbeiten. Deutschland war damit nicht zuständig, hatte aber mit der lästigen Familie Y. zu tun. Und das kostet.

Mittlerweile hat Familie Y. in Polen den Flüchtlingsstatus erhalten. Und die Rechnung aus Deutschland. Niemand in der Familie Y. spricht Deutsch. Niemand verstand, was die Bundespolizeidirektion München eigentlich wollte. Aber dass die Zahlen in dem Schreiben nichts Gutes bedeuteten, das ahnten sie. 1094,56 Euro soll Frau Y. bezahlen, 5068,92 Euro ihr Mann. So eine Abschiebung kostet ja. Fein säuberlich listet die Bundespolizeidirektion fast zwei Dutzend Posten auf, zum Beispiel die Kfz-Kosten: von Passau zum Polizeirevier Mühldorf, 102 km x 1,17 Euro. Von der Dienststelle zur JVA München: 220 km x 1,17 Euro (»Kfz kleiner als 3,5 Tonnen!«). Am stärksten schlägt zu Buche der Aufenthalt in der JVA München: Über 2000 Euro für 25 Tage.

Familie Y. verstand auch folgende Passage nicht: dass man innerhalb von zwei Wochen Widerspruch einreichen könne. Für 55 Euro Bearbeitungsgebühr.

Load-Date: March 25, 2022

Die Kofferträger von Schwäbisch Gmünd; Verpatzte Integration: Die Stadt ließ Asylbewerber am Bahnhof Gepäck tragen - für 1,05 Euro die Stunde. Nach Protesten beendet die Bahn das Projekt.

ZEIT-online

Mittwoch 24. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYLBEWERBER; Ausg. 30

Length: 732 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Richard Arnold (vordere Reihe, Mitte), Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, posiert mit den **Asylbewerbern** auf dem Bahnhof.

© Thomas Mayr/ Gmünder Tagespost

250 **Asylbewerber** leben in Schwäbisch Gmünd, einer Stadt im Osten Baden-Württembergs. Neun von ihnen begegnete man seit Montag am Gmünder Bahnhof, in knallroten T-Shirts mit dem Aufdruck "Service", auf dem Kopf einen Strohhut mit rotem Band. In zwei Schichten, einer vormittags und einer nachmittags, sollten sie Bahnreisenden helfen, ihre Koffer zu transportieren - für 1,05 Euro die Stunde.

Seit das bundesweit bekannt wurde, wird Oberbürgermeister Richard Arnold von Presseanfragen und Kritik überschwemmt. Die Facebook-Seite der Stadtverwaltung ist voll erregter Reaktionen von Gmündern und Menschen aus ganz Deutschland. Einige loben die Idee, andere drücken Empörung und Wut über den "klassischen Sklavenstil" der Initiative aus. "Kaum einer macht sich Gedanken was diese Menschen dazu bewegt bei über 30° Grad "freiwillig" diese Arbeit zu verrichten", schreibt einer.

Nun kündigte die Deutsche Bahn an, am Gmünder Bahnhof selbst Mitarbeiter einzusetzen, die den Fahrgästen beim Gepäcktransport über eine Treppenbrücke Hilfe anbieten sollen. Diese sollen nach den Tarifen der Bahn bezahlt werden, sagte ein Sprecher. Man habe über die konkreten Bedingungen des Projektes nicht Bescheid gewusst, heißt es entschuldigend.

Arnold hatte sich all das ganz anders vorgestellt. Seitdem vor einigen Wochen die Sanierung des Gmünder Bahnhofs begann, liefen regelmäßig Klagen von Fahrgästen über die provisorische Überführung zwischen den Gleisen ein. Arnold reagierte und fragte in der Sammelunterkunft für Asylanten in Gmünd an. Schnell waren einige Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, Afghanistan und Pakistan gefunden, die freiwillig helfen wollten. Ein gelungener Beitrag zur Integration, fand Arnold.

Ungewollte Assoziationen

Die Kofferträger von Schwäbisch Gmünd Verpatzte Integration: Die Stadt ließ Asylbewerber am Bahnhof
Gepäck tragen - für 1,05 Euro die Stunde. Nach Protesten bee....

Auch die *Gmünder Tagespost* lobte die Aktion am Bahnhof und zeigte Bilder, auf denen Oberbürgermeister Arnold den Helfern Strohhüte als Schutz gegen die gleißende Sonne aufsetzt. Die Asylbewerber lächeln, Arnold lächelt. Dass die Assoziationskette Schwarzer - Kofferträger - Strohhut vorbelastet sein könnte, kam wohl niemanden an diesem freundlichen Kleinstadtnachmittag in den Sinn.

Kurz darauf aber breitete sich die Empörung in sozialen Netzen aus. So stark, dass die Lokalzeitung noch am selben Abend einen Kommentar des Stadtsprechers Hermann veröffentlichte, übertitelt mit: "Die Kritik ist unberechtigt."

"Wenn man einige der Fotos sieht, kann man schon irritiert sein", räumt Hermann ein. Doch auch wenn er die Kritik am neokolonialen Gestus nachvollziehen könne, die die Bilder bei manch einem hervorufen: "Zu der Aktion stehen wir trotzdem." Im Alltag, sagt der Stadtsprecher, wirke das alles ganz anders als auf den Pressefotos. Selbst der örtliche Arbeitskreis Asyl habe das Projekt mitgetragen. Die Hüte? Ein Sonnenschutz.

Hermann kritisiert die prekäre Lage der Asylbewerber in der Region. Die Menschen müssten zum Teil "relativ lange" auf den Beschluss warten, ob sie bleiben dürfen oder abgeschoben werden. Bis Ende 2014 sollen die Sammelunterkünfte in der Stadt nahe Stuttgart geschlossen und die Bewohner dezentral untergebracht werden. In vielen anderen Fragen, sagt Herrmann, seien dem Landkreis aber politisch und verwaltungsrechtlich die Hände gebunden.

Die Asylbewerber am Bahnhof anzustellen, sei eine "tolle Lösung" gewesen: "Sie sind flexibel und schnell zu gewinnen." Denn sie wollten sich einbringen, sagt Hermann. Für ihn steht das Ziel der Aktion im Vordergrund: Kontakt zwischen den Gmündern und den Asylbewerbern herzustellen. "Wenn ein Zuwanderer beim Arbeiten zum ersten Mal gemeinsam mit einem Gmünder ein Leberkäsbrötchen isst", dann sei das hilfreich.

Ein Euro und ein paar Cent pro Stunde, das sei natürlich fast nichts. Doch zumindest kriegen die Männer das Busticket zum Bahnhof bezahlt. In einer Hütte auf dem Bahnsteig können sie sich in den Schatten setzen. Und im nahen Büro der Landesgartenschau gäbe es Getränke und Toiletten.

Für Oberbürgermeister Arnold ist der Ausgang der Geschichte "traurig". Das Schlimmste für die Asylbewerber sei doch, dass "sie zur Untätigkeit verdammt sind". Die Stadt wird sich etwas Neues einfallen lassen, um die Asylbewerber besser zu integrieren. Und womöglich vorsichtiger vorgehen.

Load-Date: July 24, 2013

Die andere Heimat; Deutschland hat schon Millionen Heimatloser aufgenommen - und ist dadurch nur stärker geworden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, LEITARTIKEL; Die andere Heimat; S. 1; Ausg. 43

Length: 901 words

Byline: Andrea Böhm

Body

Die **Flüchtlinge** - das waren einst wir. Seit einigen Tagen läuft in den deutschen Kinos der Film *Die andere Heimat* des Regisseurs Edgar Reitz. Er zeigt einen Abschnitt der deutschen Geschichte, den wir fast vergessen hatten: den Strom verzweifelter, verarmter Deutscher, die im 19. Jahrhundert nach Südamerika aufbrachen - in der Hoffnung auf ein neues, besseres Leben. Viele vertrauten sich in der Not geldgierigen Schleppern an, viele kamen bei der Überfahrt um, weil die Schiffe überfüllt waren oder kenterten. Der Film setzt diesen Menschen und ihrem Mut zum ungewissen Neuanfang ein Denkmal.

Wie würden wir sie heute nennen? Wirtschaftsflüchtlinge? Illegale? Eindringlinge?

Nicht nur Deutschland, ganz Europa war bis vor wenigen Jahrzehnten der Kontinent der Fliehenden und Auswanderer. Naturkatastrophen, politische Unterdrückung, revolutionäre Wirren, bittere Armut, Krieg und Völkermord haben Millionen von Iren, Deutschen, Italienern, Polen und europäischen Juden in die ganze Welt hinausgetrieben.

Wenn wir also von Lampedusa reden, von den rund 400 Särgen der vergangenen Tage, dann hilft es, unser historisches Gedächtnis zu entstauben. Denn aus der Geschichte, vor allem aus der Nazizeit, wurden wichtige Lehren gezogen. Man findet sie unter Stichwörtern wie »Genfer Flüchtlingskonvention«, »politisches Asyl« oder »Bleiberecht«. Diese Stichwörter besagen, dass zu einem universellen Schutz der Menschenrechte und damit zu einer europäischen Identität auch der Schutz des Flüchtlings gehört.

Die Ertrunkenen von Lampedusa flohen vor Krieg, nicht vor Armut

Wir waren also schon einmal recht weit, bevor das Mittelmeer zum Massengrab wurde. In den kommenden Wochen wird sich entscheiden, ob Europas Regierungschefs die jüngste Tragödie von Lampedusa aussitzen - und ob sich das Massengrab weiter füllt. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Es hat die Macht, maßgeblich den EU-Kurs in der Finanzkrise zu bestimmen. Es hat auch die Macht, den EU-Kurs in der Einwanderungs- und Asylpolitik zu bestimmen.

Die andere Heimat Deutschland hat schon Millionen Heimatloser aufgenommen - und ist dadurch nur stärker geworden

Die notwendigen politischen Schritte sind hinlänglich bekannt: eine Mission zur Rettung von Menschen in Seenot; mehr humanitäre Visa und Kontingentplätze für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten (damit sie sich gar nicht erst auf die lebensgefährliche Überfahrt begeben müssen); die Strafverfolgung von Schleppern, die Menschen auspressen und wie Vieh auf Booten zusammenpferchen. Vor allem aber braucht es einen EU-weiten Verteilerschlüssel für Flüchtlinge. Die Regel, wonach Flüchtlinge in dem EU-Land bleiben müssen, das sie als Erstes betreten haben, ist nicht länger hinnehmbar. Sie hat zu katastrophalen Zuständen in Italien, Griechenland, Zypern und Malta geführt.

Kein Politiker vollzieht gern einen so radikalen Kurswechsel. Schon gar nicht bei einem Thema, das so schnell populistische, fremdenfeindliche Reflexe hervorruft. Aber vielleicht hilft es ja auch hier, das Gedächtnis aufzufrischen. Die deutsche Gesellschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass sie mit Flüchtlingen erstaunlich gut zurechtkommt. erinnert sich noch jemand an die über zwölf Millionen vertriebenen Deutschen, die nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Mutterland aufgenommen und integriert werden mussten? Oder an einen sturen Einzelkämpfer namens Rupert Neudeck, der 1979 mit ein paar Helfern und einem Schiff namens *Cap Anamur* Tausende vietnamesischer Bootsflüchtlinge aus dem Südchinesischen Meer rettete und hierherbrachte? Oder an die 400 000 Flüchtlinge, die Deutschland während der Kriege in Bosnien und im Kosovo aufgenommen hat?

Drei ganz unterschiedliche Episoden von Vertreibung und Zuflucht. Alle verliefen mit Reibungen und Ressentiments, alle stellten Kommunen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen vor enorme Herausforderungen. Diese Herausforderungen hat unsere Gesellschaft ziemlich gut gemeistert, und sie ist daraus nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen.

Vielleicht sollten wir also unsere Erfahrungen mit Flüchtlingen nicht als Krisen verdrängen, sondern - ganz unsentimental - als Erfolgsgeschichten verstehen. Dann gäbe es weniger Grund, sich weitere Methoden der Abschottung auszudenken, und weniger Platz für Angstmacherei. Nein, Deutschland würde bei einer Reform der EU-Flüchtlingspolitik nicht »überschwemmt«. 80 Prozent aller Flüchtlinge bleiben ohnehin in der Nähe ihrer Heimat. Diejenigen, die nach Europa kommen, kann man auf alle Mitgliedsländer verteilen. Auch Deutschland würde dann mehr Menschen aufnehmen müssen, aber es trüge nicht wie damals während der Balkankriege die Hauptlast. Nein, die Ertrunkenen von Lampedusa waren keine »Wirtschaftsflüchtlinge«. Sie kamen aus Diktaturen und Kriegsgebieten wie Eritrea und Syrien, die meisten von ihnen hätten einen realen Anspruch auf Schutz gehabt. Ja, Flüchtlingskrisen wird es weiterhin geben, und wie wir damit umgehen, wird am Ende mindestens so viel über uns aussagen wie unsere Militäreinsätze, unsere Entwicklungshilfe oder Finanzpolitik.

Deutschland hätte jetzt dank seiner Führungsrolle die Gelegenheit, »Europas Schande« zu beenden. So hat Papst Franziskus die gegenwärtige Flüchtlingspolitik genannt. Wir schulden das den Menschen, die aus purer Not ihr Leben riskieren. Wir schulden es auch uns selbst.

VON ANDREA BÖHM

Load-Date: March 25, 2022

Der stille Transfer aus dem Süden; Neue Daten zeigen: Immer mehr Arbeitskräfte verlassen Südeuropa in Richtung Deutschland. Verschärft das die Euro-Krise?

ZEIT-online

Donnerstag 27. September 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: MIGRATION; Ausg. 40

Length: 1081 words

Byline: Herbert Brücker

Body

Rafael Gonzalez del Castillo, ein Architekturstudent aus Madrid, vor einem seiner Modelle. Er denkt ans Auswandern.

© Daniel Ochoa de Olza/AP Photo/dapd

Die Krise in den Südländern der EU bewegt mehr Menschen dazu, ihr Land zu verlassen. Ein großer Teil von ihnen kommt nach Deutschland. Im vergangenen Jahr wanderten aus Griechenland, Italien, Portugal und Spanien rund 37.000 Personen mehr ein, als dass Staatsbürger aus diesen Krisenländern Deutschland verließen. Ein Jahr zuvor lag diese Zahl noch bei 8.000. Der Anstieg ist zwar angesichts der Tiefe der Rezession in den Südländern noch immer moderat. Doch vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die anhaltend schlechte Wirtschaftslage in diesen Ländern dürfte die Wanderungsbewegung beschleunigen. Erste Zahlen für dieses Jahr bestätigen das.

Die neuen Einwanderer in Deutschland haben kaum noch etwas mit den **Migranten** gemein, die bis in die neunziger Jahre ins Land kamen. Im Zuge der Gastarbeiteranwerbung zogen vor allem manuelle Arbeitskräfte ins Land. Jetzt sind es oft hoch qualifizierte. Mehr als 40 Prozent der Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter hatten zuletzt einen Hochschulabschluss, meldet das Statistische Bundesamt. Der Anteil der Hochqualifizierten liegt damit höher als in der gesamten deutschen Bevölkerung. Mehrere empirische Studien zeigen, dass der Arbeitsmarkt, die Gesamtwirtschaft und der Sozialstaat in Deutschland von den neuen Einwanderern profitieren.

Doch was bedeutet die Abwanderung für die Herkunftsländer? Flieht im Zuge der Euro-Krise nicht nur Kapital aus den Krisenstaaten, sondern auch Humankapital? Verlieren diese Länder ihre besten Köpfe? Verschärft sich dadurch die Euro-Krise?

Weniger Wachstum durch Abwanderung

Wäre dem so, müssten die Lehrbuchmodelle von Währungsunionen überdacht werden. Für den Nobelpreisträger Robert Mundell ist eine hohe Arbeitsmobilität eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eine Währungsunion überhaupt funktioniert. Mundell argumentiert so: Kommt es zu einem negativen Schock in einem Mitgliedsland,

Der stille Transfer aus dem Süden Neue Daten zeigen: Immer mehr Arbeitskräfte verlassen Südeuropa in Richtung Deutschland. Verschärft das die Euro-Krise?

wandert die Arbeit so lange in andere Mitgliedsstaaten mit günstigeren Arbeitsmarktbedingungen, bis sich die Arbeitslosigkeit und Löhne angleichen. Das führt nicht nur zu einem produktiveren Einsatz von Arbeit und damit zu einer höheren Wirtschaftsleistung. Es ermöglicht auch eine konsistente Geldpolitik.

Die Abwanderung von gut qualifizierten Arbeitskräften hat jedoch noch eine andere Seite. Der Handels- und Entwicklungsökonom Jagdish Bhagwati hat bereits in den siebziger Jahren darauf hingewiesen, dass ein *Brain Drain* qualifizierter Arbeitskräfte zu Verlusten in den Herkunftsländern führt. Diese zahlen schließlich die Ausbildungskosten, während die Erträge dieser Investitionen meist den Zielländern zugutekommen.

Auch der öffentliche Sektor dieser Staaten profitiert von der Zuwanderung, etwa durch höhere Steuereinnahmen. Bhagwati schlug deshalb sogar die Besteuerung von Auswanderern vor. Neue Ergebnisse der Wachstums- und Regionalökonomie zeigen außerdem, dass die Wanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften dazu führen kann, dass die Wachstumschancen der Süd- und Nordstaaten weiter auseinander driften. Die Einkommen im armen Süden könnten demnach weiter stagnieren und sinken, im Norden dafür steigen.

Ganz so schlimm wird es allerdings nicht kommen. Die Erfahrung lehrt, dass immer nur ein vergleichsweise kleiner Kreis der Bevölkerung wandert. Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Wanderung sind vielen Menschen schlicht zu hoch - selbst in Krisenzeiten. Auch fallen die Wanderungsanreize für die hochqualifizierten Personen sehr unterschiedlich aus. Das erworbene Humankapital kann häufig nur mit sehr hohen Kosten oder gar nicht in ein anderes Land transferiert werden, etwa weil sich Bildungsabschlüsse zwischen den Staaten unterscheiden. Oft müssen die Betroffenen eine ganz neue Sprache lernen, was eine erhebliche Investition darstellt. Das erklärt auch, warum die Wanderung aus dem Süden in den Norden der EU trotz der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitsmärkte bislang moderat ausgefallen ist.

Außerdem kann es sein, dass die Abwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften die Humankapitalausstattung der Herkunftsländer gar nicht dauerhaft verschlechtert. Die neuen Theorien des *Brain Drain* legen nahe, dass allein schon die Möglichkeit, in ein anderes Land zu ziehen, viele dazu motiviert, in die eigene Bildung zu investieren. Häufig kann nur derjenige auswandern, der über die ausreichende Qualifikation verfügt und die Sprache des Ziellandes spricht. Da aber nur ein Teil dieser Menschen am Ende wirklich das Land verlässt, kann sich ein Sendeland sogar besserstellen, wenn es sich für Migration öffnet. Tatsächlich ist das empirischen Untersuchungen zufolge recht häufig der Fall. Außerdem bleiben viele Auswanderer nicht für immer im Ausland. Kommen Sie zurück, hilft die zusätzliche Qualifikation, die im Ausland erworben wurde, auch daheim.

Zwar dürften solche privaten Bildungsinvestitionen in den Krisenstaaten noch gering sein. Die Wirtschaftskrise kam schockartig, viele haben das Land plötzlich und ohne große Vorbereitung verlassen. Die vielen Teilnehmer an Sprachkursen zeigen jedoch, dass sich das im Moment ändert. Kurzfristig mögen die Krisenländer deshalb verlieren, weil Arbeitskräfte in den Norden wandern. Mittel- und langfristig, wenn die Investitionen in Bildung steigen und die Rückwanderung an Bedeutung gewinnt, könnten die Herkunftsländer sogar profitieren.

Hochqualifizierte Arbeitslose im Süden

Zwei Argumente sprechen außerdem dafür, dass die Verluste durch einen *Brain Drain* überschaubar bleiben. Erstens sind die Wanderungszahlen gegenwärtig noch viel zu gering, um Arbeitsmarkt und Wachstum spürbar zu beeinträchtigen. Zweitens wird das existierende Humankapital in den Herkunftsländern im Moment gar nicht produktiv genutzt - dazu ist die Arbeitslosigkeit unter hochqualifizierten Jugendlichen viel zu hoch. Die Abwanderung von Humankapital, das von der Volkswirtschaft nicht genutzt wird, kann aber schwerlich zu Wohlstandsverlusten führen.

Südeuropa muss deshalb keine Angst vor einem *Brain Drain* haben. Die kurz- und langfristigen Folgen sind überschaubar. Wichtig ist nun, dass die rechtlichen und wirtschaftlichen Mobilitätsbarrieren beseitigt und die Anreize für die Rückwanderung gestärkt werden. Langfristig könnten die Volkswirtschaften in den südeuropäischen Ländern von den Erfahrungen ihrer Migranten in anderen Ländern sogar profitieren.

Der stille Transfer aus dem Süden Neue Daten zeigen: Immer mehr Arbeitskräfte verlassen Südeuropa in Richtung Deutschland. Verschärft das die Euro-Krise?

Load-Date: September 28, 2012

End of Document

"Diese jungen Menschen haben ein Recht auf Bildung"; Yovani Diaz lebt illegal in den USA. Obwohl er einen Highschool-Abschluss hat, darf er nicht studieren. Doch eine freie Hochschule gibt ihm Hoffnung.

ZEIT-online

Mittwoch 16. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ILLEGALE EINWANDERER; Ausg. 3

Length: 818 words

Byline: Lydia Klöckner

Body

Eigentlich ist Yovani Diaz ein ganz normaler Amerikaner. Er ist in den USA aufgewachsen, hat einen amerikanischen Highschool-Abschluss und spricht fließend Englisch. Nun würde er gerne studieren. Doch in seinem Pass stehen nicht die USA, sondern sein Heimatland Mexiko. Die Colleges, an denen er sich bewarb, schickten ihm allesamt Absagen.

Yovani ist einer von rund 12 Millionen illegalen Einwanderern in den USA. In vielen Bundesstaaten darf aber nur studieren, wer die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt oder eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis. Hochschulen in Alabama, Virginia und South Carolina etwa nehmen überhaupt keine Bewerber an, die in den USA nicht gemeldet sind. In Georgia hat das Parlament den fünf begehrtesten Unis im Oktober 2011 untersagt, illegale Migranten zu akzeptieren. In anderen Staaten müssen Kinder illegaler Einwanderer das Dreifache der üblichen Studiengebühren zahlen.

Mittlerweile kann Yovani doch studieren. In einer kleinen Einrichtung namens Freedom University, die fünf Professoren aus dem Boden gestampft haben. "Diese jungen Menschen haben ein Recht auf Bildung", sagt die Initiatorin Pamela Voekel, die normalerweise an der University of Georgia lehrt. Mit Ersparnissen und Spendengeldern haben sie und ihre Kollegen einen Raum gemietet, ein kleines Kursangebot auf die Beine gestellt und eine Webseite veröffentlicht. Wer teilnehmen möchte, muss übers Internet Kontakt aufnehmen. Der genaue Veranstaltungsort wird, aus Angst vor Ausländerfeinden, nicht öffentlich bekannt gegeben.

Die meisten arbeiten als Putzhilfen oder Farmer

Jeden Sonntag unterrichten Voekel und ihre Kollegen die mittlerweile rund hundert Studenten in mexikanischer Geschichte, Ethnologie, lateinamerikanischer Literatur und Mathematik. Bezahlen müssen die Teilnehmer für die Kurse nicht. "Das könnten sie sich nicht leisten, denn sie haben weder ein Recht auf Arbeit, noch Ansprüche auf staatliche Fördergelder", sagt Voekel. Die meisten sind zwischen 18 und 24 Jahre alt und kommen aus armen Verhältnissen. Viele arbeiten als Handwerker, Putzhilfen oder auf Farmen und haben nur am Wochenende Zeit für Seminare und Hausaufgaben.

"Diese jungen Menschen haben ein Recht auf Bildung" Yovani Diaz lebt illegal in den USA . Obwohl er einen Highschool-Abschluss hat, darf er nicht studieren. Doc....

Deshalb kommen alle gleichzeitig und es wird eng in dem kleinen Schulraum. "Aber genau das gefällt uns", sagt Student Yovani. "So haben wir das Gefühl, dazu zu gehören und zumindest ein bisschen College-Stimmung zu erleben." Dafür fährt er jeden Sonntag acht Stunden lang Bus; vier hin, vier zurück. "Das nehme ich gerne in Kauf, denn die Sonntagsseminare lindern meine Traurigkeit", sagt Yovani. Er ist traurig, weil er an jedem anderen Tag der Woche putzen geht, statt zu studieren. "Ich sehne mich nach Bildung."

Bildung kann die Freedom-University ihm bieten, einen Abschluss allerdings nicht. "Wir sind keine Alternative zu einer echten Universität", sagt Professorin Voekel. Für Naturwissenschaften oder Fremdsprachen fehlen die Mittel und die Dozenten. Die Freedom University ist vor allem als Übergangslösung gedacht: Die fünf Professoren versuchen, die Studenten auf die Anforderungen richtiger Unis vorzubereiten. "Unsere Kurse sind anspruchsvoll und wir behandeln Inhalte, die für die Tests und Prüfungen staatlicher Unis relevant wären."

In ein paar Jahren, so hoffen Voekel und ihre Kollegen, werden ihre Studenten gut vorbereitet an einem staatlichen Vier-Jahres-College oder einer Universität studieren dürfen. Einen Anlass für diese Hoffnung gibt es aktuell jedoch kaum. Der zuständige Senator Barry Loudermilk kämpft schon seit Jahren dagegen, Kindern illegaler Einwanderer ein Studium in den USA zu ermöglichen. Er argumentiert, dass die mit Steuergeldern bezahlten Unis US-Bürgern und legalen Einwohnern vorbehalten sein sollten. Nur diese könnten nach ihrem Abschluss auch in den USA arbeiten und Steuern zahlen.

Voekel hält das für ein schlechtes Argument. "Die jungen Menschen sind in den USA großgeworden - sie sind Amerikaner", sagt sie. Auch US-Präsident Obama sieht das so. Im Juni dieses Jahres verkündete er vor dem Kongress, dass Migranten, die als Kinder oder Jugendliche ins Land gekommen sind, in den kommenden zwei Jahren nicht mehr abgeschoben werden dürfen. Seiner Ansicht nach sind sie Amerikaner, "in jeder Beziehung, nur nicht auf dem Papier".

Seit 2001 versucht Obama mit seinem Gesetzentwurf "Dream Act", Einwandererkindern eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erteilen. Damit könnten Migrantenkinder die staatliche Studienförderung in Anspruch nehmen oder sich mit anständigen Löhnen ihr Studium finanzieren. Bislang konnte Obama das Gesetz nicht durchsetzen, weil die Republikaner dagegen waren. "Aber wir haben noch Hoffnung, dass es ihm in den kommenden Jahren gelingt", sagt Voekel. Bis dahin werde die Freedom University ihre Kurse weiterführen.

Auch Yovani hofft darauf. Am liebsten würde er Psychologie studieren und Sozialarbeiter werden. Dann will er anderen Einwanderern helfen, im Leben voranzukommen.

Load-Date: January 21, 2013

Bildung für Flüchtlingskinder; Noch immer werden sie beim Zugang zur Schule benachteiligt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Bildung für Flüchtlingskinder; S. 71; Ausg. 43

Length: 236 words

Byline: Linda Tutmann

Body

In Deutschland gibt es das Recht auf Bildung. Es ist ein Menschenrecht. In Deutschland gibt es noch mehr: die Schulpflicht. Jedes Kind muss zur Schule gehen, so will es der Gesetzgeber. Es ist ein Signal: Bildung ist wertvoll, sie sollte selbstverständlich jedem Kind zustehen.

Auch denen, die hierher geflohen sind, die diesen Höllentrip überlebt haben. Diejenigen, die in den Asylunterkünften "geduldet" leben oder deren Status (noch) ungeklärt ist. Doch gerade bei diesen Kindern sieht die Praxis oft anders aus. Lange Zeit hatten sie in vielen Bundesländern zwar das Recht, aber nicht die Pflicht, zur Schule zu kommen: Wer sich für einen begrenzten oder unbestimmten Zeitraum in Deutschland aufhalte, müsse nicht zwingend zur Schule gehen. Dass dies fadenscheinig ist, wird langsam erkannt. Oft kann sich ein Duldungsstatus über Monate, manchmal Jahre hinziehen. In den vergangenen Jahren haben viele Länder die Schulpflicht für diese Kinder eingeführt. Ein Schritt in die richtige Richtung, ein kleiner, der noch lange nicht ausreicht. Es fehlt an Lehrern, die sich gezielt um diese Kinder kümmern, an Unterrichtskonzepten, die auf ihre Bedürfnisse eingehen. Zynisch ist, dass der Besuch auch heute noch immer wieder an scheinbar banalen Dingen scheitert. Am fehlenden Geld für Unterrichtsmaterialien oder für die Fahrt zur Schule. Chancengleichheit ist das nicht.

VON LINDA TUTMANN

Load-Date: October 17, 2013

Bildung für Flüchtlingskinder; Noch immer werden sie beim Zugang zur Schule benachteiligt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN; Bildung für Flüchtlingskinder; S. 71; Ausg. 43

Length: 236 words

Byline: Linda Tutmann

Body

In Deutschland gibt es das Recht auf Bildung. Es ist ein Menschenrecht. In Deutschland gibt es noch mehr: die Schulpflicht. Jedes Kind muss zur Schule gehen, so will es der Gesetzgeber. Es ist ein Signal: Bildung ist wertvoll, sie sollte selbstverständlich jedem Kind zustehen.

Auch denen, die hierher geflohen sind, die diesen Höllentrip überlebt haben. Diejenigen, die in den Asylunterkünften »geduldet« leben oder deren Status (noch) ungeklärt ist. Doch gerade bei diesen Kindern sieht die Praxis oft anders aus. Lange Zeit hatten sie in vielen Bundesländern zwar das Recht, aber nicht die Pflicht, zur Schule zu kommen: Wer sich für einen begrenzten oder unbestimmten Zeitraum in Deutschland aufhalte, müsse nicht zwingend zur Schule gehen. Dass dies fadenscheinig ist, wird langsam erkannt. Oft kann sich ein Duldungsstatus über Monate, manchmal Jahre hinziehen. In den vergangenen Jahren haben viele Länder die Schulpflicht für diese Kinder eingeführt. Ein Schritt in die richtige Richtung, ein kleiner, der noch lange nicht ausreicht. Es fehlt an Lehrern, die sich gezielt um diese Kinder kümmern, an Unterrichtskonzepten, die auf ihre Bedürfnisse eingehen. Zynisch ist, dass der Besuch auch heute noch immer wieder an scheinbar banalen Dingen scheitert. Am fehlenden Geld für Unterrichtsmaterialien oder für die Fahrt zur Schule. Chancengleichheit ist das nicht.

VON LINDA TUTMANN

Load-Date: March 25, 2022

Eine kleine Hoffnung für verfolgte Homosexuelle; In ihrer Heimat verfolgte Homosexuelle können ein Recht auf Asyl haben, hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Doch das Urteil hat entscheidende Schwächen.

ZEIT-online

Donnerstag 7. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylrecht; Ausg. 46

Length: 583 words

Byline: Carsten Luther

Body

Ein lesbisches Paar in Kamerun

© Reinnier Kaze/AFP/Getty Images

Der Europäische Gerichtshof spricht in ihrer Heimat verfolgten Homosexuellen ein mögliches Recht auf **Asyl** zu - und es wäre schön, wäre das in nur wenigen Worten zu kommentieren. Wenn hier, wo jeder seine Identität weitgehend frei leben kann, nur eine einzige Reaktion möglich wäre: richtig, gut so, keine Diskussion nötig.

Klar erkennen die Richter in Luxemburg an, dass die sexuelle Orientierung Teil der Identität eines Menschen ist. Das heißt vor allem: Niemand sucht sich aus, ob er schwul oder lesbisch sein will. Und wer deshalb bestraft wird, hat nach allen geltenden Grundsätzen einen Anspruch darauf, Asyl zu finden. Wird die Zugehörigkeit zu einer "sozialen Gruppe" im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention staatlich sanktioniert und zielt sie auf Ausgrenzung aus der Gemeinschaft, müssen die Betroffenen Schutz suchen dürfen.

Es ging um drei Homosexuelle aus Uganda, Sierra Leone und Senegal, deren Asylanträge in den Niederlanden zunächst abgelehnt worden waren. Dagegen hatten sie geklagt, ihre Fälle werden nun erneut verhandelt.

Ein allgemeingültiges Grundsatzurteil hat der Europäische Gerichtshof nicht gesprochen, Einzelfälle werden weiter in den Mitgliedstaaten zu verhandeln sein. Doch die Entscheidung gibt Homosexuellen Hoffnung, die in vielen Ländern Angst vor Gefängnis oder sogar der Todesstrafe haben müssen.

Denn sie hat auch deutlich gemacht: Wer so argumentiert wie die niederländischen Behörden, macht es sich zu einfach. Sie hatten von den Männern Zurückhaltung in ihrem Lebenswandel gefordert - in dem Sinne, dass sie ihre Homosexualität verheimlichen könnten, um einer Verfolgung zu entgehen. Darin sah das Gericht eine unzumutbare Verletzung der Menschenwürde.

Staatliche Verfolgung auf Umwegen

Eine kleine Hoffnung für verfolgte Homosexuelle In ihrer Heimat verfolgte Homosexuelle können ein Recht auf Asyl haben, hat der Europäische Gerichtshof entschie....

Das Beispiel Uganda zeigt allerdings auch die Grenzen des Urteils auf. Dort sind bereits jetzt, wie in 37 anderen afrikanischen Ländern, gleichgeschlechtliche (Sexual-)Beziehungen illegal, seit 2009 wird ein Gesetz diskutiert, das noch einmal härtere Strafen vorsieht. Die entsprechenden Paragraphen finden jedoch nur in seltenen Fällen Anwendung. Für den Europäischen Gerichtshof wäre damit noch nicht die Voraussetzung für einen Asylanspruch gegeben: Dafür müssten die angedrohten Strafen in der Regel auch verhängt werden. Damit geht das Urteil an der Realität vorbei, dass die Kriminalisierung die Homosexuellen auch in anderer Hinsicht gefährdet.

Die rechtliche Lage ist etwa auch in Uganda nur Teil des Problems. Angestachelt von religiösen Hardlinern (aus dem eigenen Land wie aus den USA) und der Debatte um die geplante Verschärfung des Homosexuellen-Gesetzes, steht die Öffentlichkeit Homosexuellen gegenüber mehr denn je feindlich gegenüber. Damit kann es dort im Grunde auch abseits der strafrechtlichen Verfolgung eine Frage des Überlebens sein, ob jemand seine Identität offen lebt oder sich damit versteckt: Manchmal reicht der Verdacht, schwul zu sein, um zusammengeschlagen zu werden, berichten Aktivisten.

Das Asylrecht ist seit Langem ausschließlich daran gebunden, dass eine Verfolgung vom Staat oder staatsähnlichen Akteuren ausgeht und diese schwerwiegend die Menschenrechte verletzen. Ausnahmen sind möglich, wenn es keinen Schutz vor einer landesweit drohenden Verfolgung auch durch nichtstaatliche Akteure gibt - staatliche Verfolgung auf Umwegen gewissermaßen. Dies im Einzelfall darzulegen, wird auch in Zukunft schwer. Die kommenden Entscheidungen in den Einzelfällen dürften dies zeigen.

Load-Date: November 7, 2013

**Viel Aufregung um Merkels Handy; Irgendwas kommt immer dazwischen:
Diesmal sprengte die Handyaffäre der Kanzlerin die Gipfel-Choreografie. Sie
lenkte so sehr ab, dass kaum Ergebnisse erzielt wurden.**

ZEIT-online

Freitag 25. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 44

Length: 871 words

Byline: Marlies Uken

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag auf dem EU-Gipfel in Brüssel

© Yves Logghe/dpa

Es ist ein Thema, das ganz Italien bewegt. Wieder sind **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer gefischt worden. Allein in der Nacht zum Freitag waren es rund 700 Menschen. Seit Wochen schon trommelt der italienische Ministerpräsident zusammen mit seinen Amtskollegen aus Malta, Griechenland und anderen Südländern für eine Reform des europäischen **Asylrechts**. Am Donnerstag traf die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz und forderte vor dem Beginn des EU-Gipfels in Brüssel ein neues **Asyl-** und Einwanderungsrecht.

Doch so eindringlich die Appelle, so dramatisch hoch die Zahlen neuer Opfer auch sind, dieser Gipfel kannte nur ein Thema: das Handy der Bundeskanzlerin. Seitdem am Mittwoch bekannt wurde, dass möglicherweise der US-Geheimdienst Angela Merkels Mobilgerät ausgespäht hat, bestimmte das "Merkelphone" die Choreographie des Gipfels.

Merkel traf sich mit Frankreichs Präsident François Hollande zu bilateralen Gesprächen, und mehr als eine Stunde diskutierten die Staats- und Regierungschefs in großer Runde, wie man auf den Spitzelverdacht reagieren sollte. Vielleicht kam die Affäre "Merkelphone" den Regierenden ganz recht, lenkt sie doch davon ab, dass dieser Gipfel wieder einmal kaum konkrete Erfolge vorweisen kann.

Bestes Beispiel ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Trotz der Appelle der Mittelmeer-Anrainer, trotz der neuen Flüchtlinge und der übertollen Auffanglager: Das umstrittene Abkommen Dublin II bleibt tabu. Während die Südländer auf mehr Solidarität ihrer nördlichen Nachbarn pochen, lehnt der Norden diese mit Verweis auf die Zahl der Asylbewerber ab. Gut zwei Drittel stellen ihre Anträge in Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder Belgien.

Deutschland dringt mit Reformverträgen nicht recht durch

Viel Aufregung um Merkels Handy Irgendwas kommt immer dazwischen: Diesmal sprengte die Handyaffäre der Kanzlerin die Gipfel-Choreografie. Sie lenkte so sehr ab,....

Zäh ist auch das Geschäft bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich die Idee, dass die EU-Kommission noch stärker Einfluss auf Strukturreformen in den Mitgliedsstaaten nimmt als bisher. Deutschland wirbt seit Monaten für die Idee, dass einzelne Mitgliedstaaten sich in Verträgen mit der EU-Kommission zu Reformen verpflichten - im Gegenzug soll es Geld geben. Zurzeit kann Brüssel nur Empfehlungen ausgeben, die aber in den Hauptstädten konsequent ignoriert werden. Gerade einmal zehn Prozent der Vorschläge setzen die Mitgliedstaaten bislang um.

Das ist Berlin zu wenig. Gezielt ließ die Bundesregierung in verschiedenen Medien vergangene Woche streuen, dass es auf diesem Gipfel einen Durchbruch bei den Reformverträgen geben könnte. Doch am Freitagmittag auf der Pressekonferenz musste Merkel einräumen: Ihre Kollegen hätten zwar prinzipiell die Idee der Reformverträge akzeptiert, aber man habe in der Abschlusserklärung dann doch den Zeitplan etwas schwächer formuliert. Sicherheitshalber, "damit wir da keine falschen Hoffnungen machen".

Ähnlich sieht es bei der Datenschutzverordnung aus, welche die unterschiedlichen Niveaus in den EU-Ländern auf einen einheitlichen Standard heben würde. Ein brisantes und umstrittenes Unterfangen, schließlich könnte sie die Zugriffsrechte US-amerikanischer IT-Konzerne auf Daten europäischer Bürger strenger regeln. Ein Entwurf liegt vor, und EU-Parlament und Kommission sind optimistisch, dass sie ihn noch in dieser Legislaturperiode, also bis Mai 2014, verabschieden könnten. Doch die nationalen Regierungen blockieren ihn, aus Sicht von Datenschützern vor allem die deutsche. Bis 2015 soll die Datenschutzverordnung nun in trockenen Tüchern sein. Für Verbraucher- und Datenschützer eine Ewigkeit.

Merkel ficht das Verschieben nicht an. Es läuft doch, nur manchmal nicht so schnell wie gedacht, argumentiert sie - und so falsch ist das auch nicht. Insgesamt habe das Reformtempo angezogen, verteidigt sie die Politik der kleinen Schritte. Als Beispiel führt sie die Bankenunion an: Da habe man "komplizierteste Fragestellungen" in kürzester Zeit geklärt. Selbst Vertragsänderungen würden wieder diskutiert, bis vor Kurzem noch ein Tabu unter den Regierungschefs.

Doch auch die Bundeskanzlerin weiß: Wie erfolgreich ihre Politik ist, wie der Bürger sie wahrnimmt und bewertet, hängt vor allem davon ab, welche Erwartungen sie weckt. Was verspricht Merkel, wo blockt sie ab? Sie ist eine Perfektionistin, wenn es darum geht, die Erwartungen auf Normalnull zu halten.

2014 werden gleich drei EU-Topjobs frei

Entsprechend klang auch ihr Ausblick für das kommende Jahr. 2014 wird das EU-Parlament gewählt, und die EU hat gleich drei Spitzenposten neu zu vergeben. Zum einen ist dann wieder ein EU-Kommissionspräsident zu finden, außerdem ein Nachfolger für Herman van Rompuy, den Präsidenten des Europäischen Rats, und einer für Catherine Ashton, die Außenpolitikbeauftragte. "In den nächsten Monaten wird dann eher mal weniger entschieden", sagte Merkel am Freitag.

Kurzum: Der Reformwille mag da sein. Nur offenbar kommt immer etwas dazwischen. Eine EU-Parlamentswahl. Eine Euro-Krise. Oder ein Merkelphone.

Load-Date: October 25, 2013

Umweltsatelliten der Esa helfen bei Jagd auf Flüchtlinge; Die Copernicus-Satelliten der Esa sollen eigentlich Unwetter und Luftverschmutzung beobachten. Doch die Polizei nutzt sie auch, um Flüchtlinge an EU-Grenzen zu finden.

ZEIT-online

Freitag 20. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Frontex und Eurosur; Ausg. 51

Length: 1126 words

Byline: Astrid Ludwig

Body

Schiffe in der Straße von Gibraltar - Aufnahme des Satelliten Terra-SAR

© DLR

Der italienische Vulkan Vesuv stößt immer mal wieder Lava aus, an den Polen schmilzt das Eis und in chinesischen Metropolen wird die Luft dicker und dicker. Unwetter, Klimawechsel, Luft- und Meeresverschmutzungen, Flächenversiegelungen an Land oder Bodenabsenkungen in Städten, all das können die 30 Satelliten, die für das europäische Erdbeobachtungsprogramm Copernicus zu Diensten sein werden, bis ins Detail messen und erfassen.

Die Europäische Kommission und die Weltraumagentur Esa sprechen deshalb gerne von ihrer neuen Flaggschiff-Initiative. Drei Milliarden Euro kostet das Programm, das auf dem EU-Gipfel 2001 beschlossen wurde und das in Teilen 2012 angelaufen ist. Im April 2014 soll der erste der fünf Sentinel-Orbiter der Esa starten und das bestehende Satelliten-Netz der Copernicus-Mission ergänzen.

Weniger bekannt ist, dass einzelne Copernicus-Dienste dem umstrittenen Europäischen Grenzüberwachungssystem Eurosur und der nicht weniger kritisierten Grenzschutzgruppe Frontex Daten liefern.

Europa, so formulieren es Vertreter von Politik und von Flüchtlingsorganisationen, rüstet technologisch auf. Die Flüchtlingsabwehr werde nun auch mithilfe von Satellitenbildern aus dem Weltall organisiert.

Die Europäische Kommission selbst beschreibt ihr Ziel anders. Von wirksamem Umweltschutz und grenzüberschreitender Gefahrenabwehr im europäischen Maßstab ist die Rede. Unter dem Dach von Copernicus würden umfassende Daten mithilfe moderner Erdbeobachtungs- und Informationstechnik zusammengeführt und ausgewertet, heißt es auf Copernicus-Websites.

Eine ganze Reihe dieser Daten dient aber nicht dem Umweltschutz, sondern der Sicherheit. Gleich mehrere Dienste überwachen Meere und Grenzen und sollen explizit Eurosur zuarbeiten:

Umweltsatelliten der Esa helfen bei Jagd auf Flüchtlinge Die Copernicus-Satelliten der Esa sollen eigentlich Unwetter und Luftverschmutzung beobachten. Doch die....

SAGRES. Das Kürzel steht für *Service Activations for Growing Eurosur Success*. Das Projekt soll die Polizei dabei unterstützen, Boote auf hoher See zu verfolgen und Häfen und Küsten in sogenannten Drittstaaten zu überwachen. LOBOS (*Low time critical Border Surveillance*) zielt ebenfalls auf die Überwachung von Häfen, Küstengebieten und bestimmter Regionen in Anrainerstaaten der EU.

Die gesammelten Informationen gehen an das Eurosur-Netzwerk, das aus der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), aus dem Europäischen Satellitenzentrum der EU, aus Frontex und nationalen Koordinierungszentren sowie Küstenwachen, zivilen oder auch polizeilichen Einrichtungen besteht.

Auflösung ein Meter pro Bildpunkt

Die Dienste liefern bereits Daten, sagt Josef Aschenbacher, Leiter des Copernicus Büros bei der Weltraumagentur Esa im italienischen Frascati. Das Forschungsinstitut ist das Esa-Zentrum für die Erdbeobachtung. Laut Aschenbacher nutzen SAGRES und LOBOS Informationen, die die Orbiter von Cosmo-Skymed sammeln. Dabei handelt es sich um vier Radar-Satelliten der italienischen Raumfahrtbehörde, die Daten für militärische und zivile Zwecke liefern. Sie sind vor allem auf den Mittelmeerraum fokussiert, auf Verschmutzungen sowie Meeres- und Grenzüberwachung. Die Orbiter können Bilder machen, deren Auflösung ein Meter pro Bildpunkt beträgt. "Ölflecken auf dem Meer und Boote sind gut zu erkennen", sagt Aschenbacher.

Informationen sammeln auch zwei deutsche Radar-Satelliten der TerraSAR-Reihe sowie mehrere kommerzielle amerikanische Orbiter, die mit einer Technik ausgerüstet sind, wie sie früher nur Spionagesatelliten hatten. Darunter hochauflösende Kameras, die auch Infrarotaufnahmen machen. Damit werden Objekte ab einer Größe von einem halben Meter sichtbar, sagt Aschenbacher.

Ab Frühjahr 2014 wird die neue Esa-Sonde Sentinel-1 hinzukommen. Ein passender Name, Sentinel ist Englisch für Wächter. Deren Bilder und Daten haben zwar eine schlechtere Auflösung, decken aber eine größere Fläche ab. Sentinel-1 wird beim Überflug ein rund 290 Kilometer breites Gebiet abtasten können, während Satelliten mit hochauflösenden Instrumenten an Bord zwar mehr Details erfassen, das aber nur in einem zehn bis zwanzig Kilometer breiten Beobachtungstreifen.

Die Satelliten, sagt Aschenbacher, ermöglichen dennoch nur Momentaufnahmen. Sentinel etwa wird alle drei Tage eine Komplettaufnahme Europas liefern. Die Bündelung von Informationen verschiedener Orbiter verfeinert zwar das Bild und das Datennetz, aber das reicht nicht für eine stundengenaue Verfolgung. Es genügt allerdings, um beispielsweise sehen zu können, wie sich Menschen an der Küste sammeln, oder wie Flüchtlingsboote vorbereitet werden. "Vorbereitungen und auch die Reise dauern in der Regel eine längere Zeit", so Aschenbacher.

Dass der Einsatz von Satelliten in solchen Fällen effektiv ist, bestätigt Gordan Campbell. Der Schotte ist Experte für Grenzüberwachungsprojekte im Erdbeobachtungszentrum der Esa in Italien und befasst sich unter anderem damit, wie Satelliteninformationen dazu mit konventionellen Techniken und mit den Beamten zu Wasser, Luft und Land verknüpft werden können.

Hochgerüstete Abwehr von Flüchtlingen

Auf kurzen Routen, die Menschenhändler und Flüchtlinge etwa von Marokko nach Spanien nehmen, ist der Blick aus dem Weltraum wenig sinnvoll. Nur bei langen Wegen wie von Libyen nach Italien mache Satelliten-Überwachung Sinn, sagt Campbell.

Was Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl als eine neue Ära hochgerüsteter Flüchtlingsabwehr werten, verteidigt Campbell als Maßnahmen, die in erster Linie Leben retten sollen. Für ihn geht es vor allem darum, per Satellit illegalen Grenzverkehr und Menschenhandel aufzuspüren und zu stoppen, sagt er.

Neunzig Prozent der Informationen des Copernicus-Programms fließen in Anwendungen, die sich mit Umweltthemen befassen, sagt Volker Liebig, Esa Direktor für das Erdbeobachtungsprogramm.

Umweltsatelliten der Esa helfen bei Jagd auf Flüchtlinge Die Copernicus-Satelliten der Esa sollen eigentlich Unwetter und Luftverschmutzung beobachten. Doch die....

Die restlichen zehn Prozent sorgen trotzdem für Aufregung. Die Grünen Europaabgeordnete Ska Keller, eine vehemente Kritikerin des Überwachungssystems Eurosur, beklagt die fehlende Debatte. Bisher sei noch viel zu wenig bekannt, dass Copernicus-Dienste auch zum Aufspüren von Flüchtlingen eingesetzt würden, sagt sie.

Für Günter Burckhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, ist es inakzeptabel, dass Informationen und satellitengestützte Daten durch Eurosur und Frontex an Drittstaaten wie Syrien, Libyen, Ägypten oder die Türkei weitergegeben werden. Diese Länder missachteten Menschenrechte und Europa mache sich auf diese Weise mitschuldig, sagt Burckhardt. Die EU rüste diese Staaten technisch auf und mache sie zu Türstehern Europas. "Das beendet nicht das Sterben auf dem Mittelmeer, sondern macht die Wege für Flüchtlinge nur weiter und gefährlicher." Zivile, polizeiliche und militärische Konzepte würden hier vermischt. "Und Technik wird allumfassend für den Grenzschutz genutzt", sagt er.

Load-Date: December 20, 2013

End of Document

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig"; Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chance, Deutsch zu lernen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 70; Ausg. 11

Length: 1616 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

"Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun" (Nageeb Fayzian)

Die Schlepper machen Nageeb Fayzian keine falschen Versprechungen, ihr Angebot ist eindeutig. 30000 Dollar solle er ihnen geben, dann würden sie ihn nach Europa bringen. Einen gefälschten Pass würden sie ihm besorgen und ein Flugticket, nonstop von Teheran nach Zürich. Was dort aus ihm werden würde, darum müsse er sich selbst kümmern. Sie erzählen ihm nicht das Märchen vom Kontinent der unbegrenzten Möglichkeiten, sie machen ihm nichts vor. "Doch eine andere Perspektive, die gab es für mich nicht", sagt der 31-Jährige. Nageeb gibt ihnen das Geld - und fliegt.

Ein Jahr später, ein grauer Tag im Zürcher Stadtteil Hard. Lange Straßenzüge in Einheitsfront prägen das Straßenbild, in den Wohnbunkern des alten Arbeiterviertels gibt es den höchsten Ausländeranteil der Stadt. Aus der Hoffnung, mit der Nageeb aufbrach, ist Alltag geworden - Schulalltag, um genau zu sein. In einer alten Baracke am Güterbahnhof, in der die Autonome Schule Zürich eine Heimat gefunden hat, lernt Nageeb dreimal in der Woche Deutsch. Noch ist sein Aufenthaltsstatus nicht geklärt. Noch wartet er darauf, auch offiziell als Flüchtling in der Schweiz anerkannt zu werden. Solange das nicht geklärt ist, bekommt er keine finanzielle Unterstützung vom Staat für einen Deutschkurs. Wer als Asylsuchender dennoch die Sprache lernen will, oft dauern die Anerkennungsverfahren sehr lange, der ist auf Freiwillige angewiesen, die in Flüchtlingszentren und Gemeinden unentgeltliche Angebote organisieren.

Auch die Autonome Schule ist so ein Angebot: Dort lernen jene Menschen Deutsch, die sich einen Sprachkurs nicht leisten können, oder solche, die als Illegale im Land leben. Finanziert wird die Schule durch Spenden, getragen durch den Verein Bildung für alle. Die Schule versteht sich als ein gemeinschaftliches Projekt, Asylsuchende, illegale Einwanderer, ausgebildete Lehrer oder auch Studenten unterrichten hier, ehrenamtlich. Die Deutschkurse machen einen großen Teil der Aktivitäten der Schule aus, aber der Verein organisiert auch

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig" Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chance....

Konzerte, Diskussionsveranstaltungen oder auch Kurse in anderen Sprachen. Rund 200 Schüler hat die Schule im Schnitt, um die 40 Freiwillige helfen bei der Organisation des Schulalltags. Die Schule möchte mehr bieten als klassischen Deutschunterricht und Integrationshilfe. Seit drei Monaten geht Nageeb Fayzian zur Autonomen Schule. Vorher hat er in Sarnen im Kanton Obwalden, dort, wo er in einer Asylunterkunft lebt, einen Deutschkurs der Caritas besucht. Doch das Niveau war so niedrig, dass der Sprachlehrer Nageeb nach Zürich geschickt hat. Über eine Stunde braucht er mit der Bahn von Sarnen nach Zürich. Er nimmt das hin, weil er weiß, wie wichtig Deutsch für seine Zukunft ist.

Vier Lernräume, eine Küche, ein kaputtes Klo: Aus mehr besteht die Schule nicht, die Ende März dem neuen kantonalen Polizei- und Justizzentrum Platz machen muss und dann nach einer neuen Bleibe sucht. Die Wände sind mit Graffiti besprüht, die Halogenlampen nur notdürftig an der Deckenverkleidung befestigt. Einige der Fenster sind nur mit Sperrholz oder Styroporplatten verrammelt.

Es ist Freitagnachmittag, Deutsch für alle Lernstufen. Drei Stunden lang konjugieren, deklinieren und Satzbau üben. Mit seinen dunklen Haaren, grüner Jeansjacke und der verschlissenen Hose sitzt Nageeb in der letzten Reihe und schaut in seine ausgebreiteten Notizen. Zwanzig Schüler haben sich in dem kleinen Raum versammelt, an Tischen in unterschiedlicher Höhe und Form. Das Mobiliar ist aus Spenden zusammengewürfelt. Die jüngste Schülerin ist nicht einmal 15, der älteste schon deutlich über 50. Der Unterricht ist offen, immer wieder geht die Tür auf, Nachzügler klinken sich ein.

Aufgrund ihres Konzepts, dem zufolge hier nicht nur ausgebildete Lehrer unterrichten, ist die Autonome Schule bei offiziellen Stellen umstritten. Das Amt für Stadtentwicklung der Stadt Zürich hat vor Kurzem eine Broschüre herausgegeben, in der es für über 350 Deutschkurse in der Stadt wirbt. Die Autonome Schule hat es nicht auf die Liste geschafft.

Der Hauptkritikpunkt: Dadurch dass die Kurse nicht nur von ausgebildeten Lehrern gegeben werden, sei ein bestimmtes Niveau des Unterrichts nicht gesichert. "Diese Schule gibt unentgeltliche Kurse ohne Ausrichtung auf unsere Qualitätsstandards", sagt Julia Morais, Kantonale Beauftragte für Integrationsfragen in Zürich. "Wir können offiziell nur Schulen empfehlen, die die von der Fachstelle gesetzten Standards einhalten." Doch auch sie gesteht: "Wie alle niederschweligen Angebote ist auch die Arbeit der Autonomen Schule sinnvoll." Bea Schwager sieht das ähnlich. Die 51-Jährige ist Leiterin der Anlaufstelle für Flüchtlinge in Zürich. "Die Autonome Schule hilft den Menschen: Sie können sich dort treffen, organisieren und ein Stück weit emanzipieren", sagt sie. Wer Deutsch lernt, der habe einen grundlegenden Schritt getan, um sich die Teilhabe an der Gesellschaft zu verdienen. Oder hat sich zumindest ein Stück Unabhängigkeit erkämpft.

Solange Nageebs Verfahren auf Asyl noch läuft, kann er nicht arbeiten und darf seinen Wohnsitz in der Schweiz nicht frei wählen. Mit acht anderen Asylsuchenden wohnt er auf 100 Quadratmetern in einer Notunterkunft. Es gibt weder genug Stühle, um sich gemeinsam hinzusetzen, noch einen richtigen Esstisch. Das Leben dort ist nicht einfach. 260 Schweizer Franken, so hoch ist sein Monatsbudget; das sind acht Franken pro Tag. Einmal schwimmen gehen kostet zehn Franken, eine Fahrt in die Schule 22. "Ich bin nach Europa gekommen, um mein Leben zu verbessern", sagt er. "Von den Träumen ist im Moment nicht viel geblieben. Wenig Perspektive, wenig Hoffnung." Doch Nageeb will sich seinem Schicksal nicht ergeben. Durch den Besuch der Autonomen Schule kann er wenigstens für ein paar Stunden der Tristesse in der Notunterkunft entkommen. Ein bisschen hofft er auch darauf, dass Deutschkenntnisse vielleicht seine Chancen auf einen dauerhaften Aufenthalt verbessern könnten.

"Nur weil jemand gut Deutsch spricht, erhält er oder sie noch lange keine Aufenthaltsbewilligung", sagt Michael Schmitz. Der 32-Jährige arbeitet als Lehrer für Deutsch als Zweitsprache und ist seit mehr als drei Jahren an der Autonomen Schule aktiv. "Aber natürlich erleichtern Sprachkenntnisse generell das Leben in der Schweiz."

"Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun", erzählt Nageeb in einer der Unterrichtspausen auf dem Gang. Das Deutsch ist gebrochen, immer wieder wechselt Nageeb ins Englische. Er will, dass man ihn nicht falsch versteht, wenn er seine Geschichte erzählt. Und Nageeb hat eine lange Geschichte

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig" Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chan....

zu erzählen. Von solchen wie ihm gibt es in den Asylverfahren viele. Jung, männlich, mittlerer Ausbildungsgrad - für die Bearbeiter der Anträge ist er wohl kaum mehr als ein Aktenzeichen.

Nageeb wächst in der afghanischen Provinz Lugal auf, direkt an der pakistanischen Grenze. Dort, wo die Taliban schon früh ihr Terrorregime aufbauen. Als er drei Jahre alt ist, stirbt sein Vater, mit 15 verliert er seine Mutter.

Mit seinem Onkel und seiner Cousine flieht er schließlich in den Iran, arbeitet dort jahrelang als Koch in der italienischen Botschaft. Abends, um noch ein wenig hinzuzuverdienen, organisiert er mit Freunden einen Catering-Service. "Auch die deutsche Schule in Teheran haben wir bekocht", erzählt er. Dort und im Goethe-Institut lernt er die ersten Brocken Deutsch.

Doch irgendwann besteht in Teheran kein Interesse mehr an Nageeb. Seine Aufenthaltsbewilligung endet nach über zehn Jahren unvermittelt. Der Iran, das ist nun nicht mehr sein Land, haben Behörden entschieden. Zwei Soldaten bringen ihn an die afghanische Grenze und liefern ihn aus.

"Mit dem Land, das ich als Teenager verlassen hatte, habe ich aber einfach nichts mehr zu tun", erzählt er, während die anderen Schüler langsam schon wieder in die Klassenräume zurückkehren. Paschtu, die Sprache, die sie in Lugal sprechen, hat er verlernt. Irgendwie schafft er es zurück nach Teheran - und lebt zum ersten Mal in seinem Leben illegal. Zwei Jahre lang geht das so, bis die Schlepper ihm das Angebot machen und ihm einen Weg nach Europa aufzeigen.

In Deutschland wäre Nageebs Situation ähnlich problematisch. Solange ein Asylbewerber hierzulande nicht den Status als anerkannter Flüchtling zugesprochen bekommt, gibt es auch hier keine Zuschüsse vom Staat für einen Deutschkurs. Auch hier liegt es, wie in der Schweiz, an dem Einzelnen, sich um einen kostenlosen Kurs zu kümmern. Dass sich die meisten Asylbewerber einen regulären Kurs an einer Volkshochschule oder einer anderen Bildungseinrichtung nicht leisten können, versteht sich von selbst. Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich illegal in Deutschland aufhalten, dürfen in Deutschland nicht zur Schule gehen. Manche tun es trotzdem, abhängig davon, ob es der jeweilige Schulleiter erlaubt.

Für Nageeb Fayzian bleibt es ein banges Leben, sein Schicksal steht für das der vielen Vergessenen, die zwischen Hoffnung auf eine Aufenthaltsgenehmigung und der Angst vor Abschiebung monatelang ohne Aufgabe vor sich hin leben müssen. Er wartet auf die Entscheidung einer Behörde, die er kaum kennt, die aber über den Verlauf seines Lebens richtet. "Zeit habe ich viel, von allem anderen habe ich wenig", sagt er. "Angst vor Afghanistan, die habe ich nicht. Ich habe Angst, keine Zukunft zu haben."

Graphic

Nageeb Fayzian kam aus dem Iran in die Schweiz

Load-Date: March 7, 2013

Schlechte Werbung für eine gute Sache; So richtig klappt es nicht mit der Kooperation von Innenministerium und islamischen Verbänden. Misstrauen wird geschürt, nicht Vertrauen, kommentiert Parvin Sadigh.

ZEIT-online

Donnerstag 30. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ANTI-ISLAMISTEN-KAMPAGNE; Ausg. 35

Length: 580 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Plakatwerbung für die "Beratungsstelle Radikalisierung"

© Beratungsstelle Radikalisierung

Es ist wahrscheinlich gut gemeint, dass das Innenministerium Hilfe anbieten will. Eltern, Geschwister, Freunde sollen sich an eine Beratungsstelle vom Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** wenden können, wenn sie sich um jemanden Sorgen machen, der sich zu radikalen Islamisten hingezogen fühlt. Dafür wurden Plakate und Anzeigen entworfen, die für das Beratungsangebot werben sollen.

Doch gut gemeint ist das Gegenteil von gut - sagen die islamischen Verbände. Sie protestieren gegen die Plakat-Aktion, die lächelnde sympathische junge Ahmads und Fatimas als verführte Islamisten unter einem "Vermisst"-Schriftzug zeigt, der in seiner Gestaltung eher "Gesucht" suggeriert.

Wer will, kann die Kampagne wohlwollend lesen: Eure Kinder und Freunde sind Euch viel wert. Holt Euch Hilfe, wenn sie sich in gefährliche Ideologien verstricken. Man kann die Plakate aber auch ganz anders verstehen - nämlich als Generalverdacht gegen Muslime. Der Tenor: Achtung! Auch der muslimische Nachbarjunge hat das Potenzial zum Terroristen. Egal wie nett er aussieht, er könnte ganz schnell ganz böse werden.

Die muslimischen Verbände kritisieren in einem offenen Brief nun diese Stigmatisierung. Doch es geht ihnen auch um sich selbst. Sie fühlen sich hintergangen, hatten sie doch schon bei den ersten Entwürfen Bedenken angemeldet. Angeblich ohne ihre Einwände zu beachten präsentierte das Innenministerium jetzt die fertigen Plakate. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, der Verband der Islamischen Kulturzentren, der Zentralrat der Muslime und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland gelten offiziell als Verbündete des Innenministeriums in der "Initiative Sicherheitspartnerschaft" - und durften doch nicht mitreden. Das Innenministerium sagt: Doch, das war abgestimmt. Man fragt sich, wie viel Vertrauen es eigentlich zwischen den sogenannten Kooperationspartnern gibt. Und wie stark ist das Interesse der beteiligten Behörden, das Vertrauen der Muslime jenseits der Verbände zu gewinnen?

Schlechte Werbung für eine gute Sache So richtig klappt es nicht mit der Kooperation von Innenministerium und islamischen Verbänden. Misstrauen wird geschürt, n....

Auch die Verbände haben Fehler gemacht

Doch auch die Verbände müssen sich fragen lassen, ob sie richtig reagiert haben. Sie haben angekündigt, die Kooperation mit dem Innenministerium "auf Eis" zu legen. Sie steigen nicht ganz aus, engagieren sich aber auch nicht mehr. Besser wäre es gewesen, sich mit der Sache an sich auseinanderzusetzen: Eine Beratungsstelle gegen islamistische Verführung muss auch in ihrem Interesse sein, sie hätten sagen können, wer sie organisieren soll und wie eine Info-Kampagne dafür aussehen müsste, die die Menschen wirklich anspricht.

Die Verbände brauchen die deutschen Behörden, um als Repräsentanten der Muslime anerkannt zu werden, zum Beispiel um islamischen Religionsunterricht organisieren zu können. Sie brauchen aber auch den Rückhalt der Muslime, der nicht selbstverständlich ist. Viel zu unterschiedlich sind die Gemeinden. Gerade sieht es so aus, als würden sie auf beides verzichten: auf den Rückhalt an der Basis und auf die Kooperation mit den deutschen Ministerien.

Jedenfalls kann es keine Lösung sein, wenn sich alle auf ihre typischen Feindbilder zurückziehen, um an die eigenen Problemen nicht zu rühren. Die einen sagen: Kümmert euch doch um die Rassisten. Die anderen: Das Hauptproblem sind die Islamisten. So kommt man nicht weiter. Eine gelungen Kooperation braucht beides, mehr Selbstreflexion und Vertrauen in den Partner.

Load-Date: August 31, 2012

Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün?; Migration, Schulden, Steuern: Für beide Parteien wäre es ein langer Weg. Und doch, er würde sich lohnen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK;Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün?; S. 1; Ausg. 40

Length: 855 words

Byline: Bernd Ulrich

Body

Wahrscheinlich ist es nicht, unmöglich aber auch nicht: Schwarz-Grün. Ist es denn sinnvoll? Ist Schwarz-Grün besser als Schwarz-Rot?

Dazu muss man zunächst mit einem Mythos aufräumen: Eine Große Koalition garantiert keineswegs immer Stabilität. Diesmal nicht. Vor allem, weil die SPD mit Rot-Rot-Grün eine Alternative hat, aber auch weil die gute alte Partei so tief gekränkt ist über den Abstand zur anderen Volkspartei. Die Sache wäre labil.

Schwarz-Grün wäre es nicht, der Weg dahin ist weit, doch wenn man sich unter Schmerzen, Tränen und schließlich Lachen einigt, dann kann es auch lange halten. (Was übrigens der einzige Garant gegen Rot-Rot-Grün schon 2015 wäre.)

Auch Schwarz-Grün muss man zunächst von Mythen befreien: Nein, ein solches Bündnis wäre keine Versöhnung zwischen Vätern und Töchtern oder gar zwischen den 68ern und den Anti-68ern. Seit Dienstag, dem 24. September 2013 ist 68 endgültig passé. Da sind mit Jürgen Trittin, Renate Künast und Claudia Roth die letzten Bundespolitiker dieses Schlages zurückgetreten. Was zusammenkäme, das wären nicht die Feinde von einst, sondern die Merkel-von-der-Leyen-CDU mit den Habeck-Göring-Eckardt-Grünen, Leute eben, die einen mehr schwarz, die anderen mehr grün.

Der Wahlkampf der Grünen war eine Regression, wieder ganz im Stile der Polemik, des Gegner-Anschreiens, dafür ohne Augenzwinkern, ohne Demut oder Selbstironie. Doch hat sich das mit der Niederlage ausagiert, die jüngeren Grünen können jetzt wieder zu sich kommen. Nach und nach dürfte klar werden, wie wenig dieser Stil ihnen geholfen hat, neue Wähler zu gewinnen, wie sehr er dazu diente, die biografische Kontinuität der Altvorderen zu decken: Fast alles mussten die Trittins in den vergangenen Jahrzehnten revidieren, aber dass die Rechten die Bösen sind, das, bitte, musste doch bewahrt bleiben.

Natürlich gibt es diesen Impuls auch bei der Union noch, gerade bei der CSU, die stets in der Gefahr ist, ihre folkloristischen Polemiken selbst zu glauben. Doch auch sie werden merken, wie lächerlich es ist, Menschen wie Cem Özdemir oder den Bürgermeister Boris Palmer anzuhassen.

Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün? Migration, Schulden, Steuern: Für beide Parteien wäre es ein langer Weg. Und doch, er würde sich lohnen

Persönliche Polemik also war gestern, nähern wir uns vorsichtig den Inhalten. Auch da gilt es, Wahlkampfmythen abzuräumen: Die Grünen sind nicht gut umgegangen mit ihrer früheren Toleranz gegenüber Päderasten, das stimmt. Aber eine Pädophilenpartei waren sie nie. Das werden sogar die schwärzesten CSUler einsehen, sobald sie wieder nüchtern sind.

Auf der anderen Seite: Die Union ist keine reine Macho-Partei, trotz des Betreuungsgeldes, das wiederum mitnichten als Beweis für die familienpolitische Gestrigkeit der Union dienen kann, es ist lediglich der läppische Rest vom Gestern. Die Grünen sollten (und werden) sich da mal langsam wieder abregen.

Ohnehin verhält es sich mit all den gesellschaftspolitischen Fragen, von der Quote bis zur Gleichstellung homosexueller Eltern, ganz anders als im Wahlkampf inszeniert: Union und Grüne wollen da nicht das Gegenteil, die Union will dasselbe - nur etwas langsamer.

Selbst bei den Steuererhöhungen stehen die Parteien nicht allzu hart gegeneinander. Immerhin hat die Union dreißig Milliarden Euro für Wohltaten aller Art versprochen, die sie bislang nicht gegenfinanziert hat. Da würde sie sich noch über die ein oder andere Steuererhöhung freuen, die sie den Grünen in die Schuhe schieben könnte.

All das zeigt: Kompromisse sind möglich. Nur reicht das nicht, um Schwarz-Grün positiv zu begründen. Die vier Themen, bei denen eine solche Regierung besser sein müsste, sind: Europa, Energiewende, Schulden und Demografie.

Dass Ökologen gewissermaßen von Natur aus eher weniger zum Schuldenmachen neigen, das haben die Grünen zuletzt vergessen, weil sie zu viel über Steuererhöhungen gesprochen haben und wortgleich der SPD hinterhergerannt sind, wenn es um Konjunkturprogramme für Europas Krisenländer ging. An sich jedoch ist ihnen Sparsamkeit so wenig fremd wie Angela Merkel der Gedanke, dass man in den kommenden zwei Jahren mehr in die Südeuropäer investieren muss als in den vergangenen zwei. Was die Zukunft der EU angeht, so würde Schwarz-Grün sicherlich den integrationistischen Kurs eines Wolfgang Schäuble stärken und damit vielleicht endlich eine richtige Debatte lostreten (allein hat der das ja nie geschafft).

Bei der Energiewende müssten mit Union und Grünen die beiden Extreme zusammenkommen, traditionell und erneuerbar. Genau dazwischen muss es allerdings auch von der Sache her einen Kompromiss geben. Überdies vereinen Schwarz und Grün zurzeit die maximale Energiewendekompetenz.

Das Beste jedoch, was eine schwarz-grüne Koalition schaffen könnte, wäre die radikale Umwertung des Themas Migration. Dabei geht es um mehr als die doppelte Staatsbürgerschaft, ohne die allerdings die Grünen nie koalieren würden. Es geht um viel mehr: Wie bekommt man es hin, dass Migration nicht zuerst als Problem angesehen wird, sondern als Lösung - nicht zuletzt für die Demografie? Hier müsste die Union einen weiten Weg gehen, geht sie ihn nicht, dann gibt es eben kein Schwarz-Grün.

So oder so, die Sache brauchte Zeit. Sagen wir mal: Nikolaus wäre ein guter Termin.

VON BERND ULRICH

Load-Date: September 26, 2013

Die andere Heimat; Deutschland hat schon Millionen Heimatloser aufgenommen - und ist dadurch nur stärker geworden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Die andere Heimat; S. 1; Ausg. 43

Length: 879 words

Byline: Andrea Böhm

Body

Die **Flüchtlinge** - das waren einst wir. Seit einigen Tagen läuft in den deutschen Kinos der Film *Die andere Heimat* des Regisseurs Edgar Reitz. Er zeigt einen Abschnitt der deutschen Geschichte, den wir fast vergessen hatten: den Strom verzweifelter, verarmter Deutscher, die im 19. Jahrhundert nach Südamerika aufbrachen - in der Hoffnung auf ein neues, besseres Leben. Viele vertrauten sich in der Not geldgierigen Schleppern an, viele kamen bei der Überfahrt um, weil die Schiffe überfüllt waren oder kenterten. Der Film setzt diesen Menschen und ihrem Mut zum ungewissen Neuanfang ein Denkmal.

Wie würden wir sie heute nennen? Wirtschaftsflüchtlinge? Illegale? Eindringlinge?

Nicht nur Deutschland, ganz Europa war bis vor wenigen Jahrzehnten der Kontinent der Fliehenden und Auswanderer. Naturkatastrophen, politische Unterdrückung, revolutionäre Wirren, bittere Armut, Krieg und Völkermord haben Millionen von Iren, Deutschen, Italienern, Polen und europäischen Juden in die ganze Welt hinausgetrieben.

Wenn wir also von Lampedusa reden, von den rund 400 Särgen der vergangenen Tage, dann hilft es, unser historisches Gedächtnis zu entstauben. Denn aus der Geschichte, vor allem aus der Nazizeit, wurden wichtige Lehren gezogen. Man findet sie unter Stichwörtern wie "Genfer Flüchtlingskonvention", "politisches Asyl" oder "Bleiberecht". Diese Stichwörter besagen, dass zu einem universellen Schutz der Menschenrechte und damit zu einer europäischen Identität auch der Schutz des Flüchtlings gehört.

Die Ertrunkenen von Lampedusa flohen vor Krieg, nicht vor Armut

Wir waren also schon einmal recht weit, bevor das Mittelmeer zum Massengrab wurde. In den kommenden Wochen wird sich entscheiden, ob Europas Regierungschefs die jüngste Tragödie von Lampedusa aussitzen - und ob sich das Massengrab weiter füllt. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Es hat die Macht, maßgeblich den EU-Kurs in der Finanzkrise zu bestimmen. Es hat auch die Macht, den EU-Kurs in der Einwanderungs- und Asylpolitik zu bestimmen.

Die andere Heimat Deutschland hat schon Millionen Heimatloser aufgenommen - und ist dadurch nur stärker geworden

Die notwendigen politischen Schritte sind hinlänglich bekannt: eine Mission zur Rettung von Menschen in Seenot; mehr humanitäre Visa und Kontingentplätze für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten (damit sie sich gar nicht erst auf die lebensgefährliche Überfahrt begeben müssen); die Strafverfolgung von Schleppern, die Menschen auspressen und wie Vieh auf Booten zusammenpferchen. Vor allem aber braucht es einen EU-weiten Verteilerschlüssel für Flüchtlinge. Die Regel, wonach Flüchtlinge in dem EU-Land bleiben müssen, das sie als Erstes betreten haben, ist nicht länger hinnehmbar. Sie hat zu katastrophalen Zuständen in Italien, Griechenland, Zypern und Malta geführt.

Kein Politiker vollzieht gern einen so radikalen Kurswechsel. Schon gar nicht bei einem Thema, das so schnell populistische, fremdenfeindliche Reflexe hervorruft. Aber vielleicht hilft es ja auch hier, das Gedächtnis aufzufrischen. Die deutsche Gesellschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, dass sie mit Flüchtlingen erstaunlich gut zurechtkommt. Erinnert sich noch jemand an die über zwölf Millionen vertriebenen Deutschen, die nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Mutterland aufgenommen und integriert werden mussten? Oder an einen sturen Einzelkämpfer namens Rupert Neudeck, der 1979 mit ein paar Helfern und einem Schiff namens *Cap Anamur* Tausende vietnamesischer Bootsflüchtlinge aus dem Südchinesischen Meer rettete und hierherbrachte? Oder an die 400 000 Flüchtlinge, die Deutschland während der Kriege in Bosnien und im Kosovo aufgenommen hat?

Drei ganz unterschiedliche Episoden von Vertreibung und Zuflucht. Alle verliefen mit Reibungen und Ressentiments, alle stellten Kommunen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen vor enorme Herausforderungen. Diese Herausforderungen hat unsere Gesellschaft ziemlich gut gemeistert, und sie ist daraus nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen.

Vielleicht sollten wir also unsere Erfahrungen mit Flüchtlingen nicht als Krisen verdrängen, sondern - ganz unsentimental - als Erfolgsgeschichten verstehen. Dann gäbe es weniger Grund, sich weitere Methoden der Abschottung auszudenken, und weniger Platz für Angstmacherei. Nein, Deutschland würde bei einer Reform der EU-Flüchtlingspolitik nicht "überschwemmt". 80 Prozent aller Flüchtlinge bleiben ohnehin in der Nähe ihrer Heimat. Diejenigen, die nach Europa kommen, kann man auf alle Mitgliedsländer verteilen. Auch Deutschland würde dann mehr Menschen aufnehmen müssen, aber es trüge nicht wie damals während der Balkankriege die Hauptlast. Nein, die Ertrunkenen von Lampedusa waren keine "Wirtschaftsflüchtlinge". Sie kamen aus Diktaturen und Kriegsgebieten wie Eritrea und Syrien, die meisten von ihnen hätten einen realen Anspruch auf Schutz gehabt. Ja, Flüchtlingskrisen wird es weiterhin geben, und wie wir damit umgehen, wird am Ende mindestens so viel über uns aussagen wie unsere Militäreinsätze, unsere Entwicklungshilfe oder Finanzpolitik.

Deutschland hätte jetzt dank seiner Führungsrolle die Gelegenheit, "Europas Schande" zu beenden. So hat Papst Franziskus die gegenwärtige Flüchtlingspolitik genannt. Wir schulden das den Menschen, die aus purer Not ihr Leben riskieren. Wir schulden es auch uns selbst.

VON ANDREA BÖHM

Load-Date: October 17, 2013

"Wenn die Kinder Polizisten sehen, verstecken sie sich"; Ihre Kinder sind traumatisiert, die meisten ihrer Verwandten tot. Zwei Familien aus Syrien erzählen von ihrer Flucht nach Deutschland.

ZEIT-online

Mittwoch 28. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND; Ausg. 34

Length: 914 words

Body

Eine syrische Mutter geht mit ihren Kindern in einem **Flüchtlingscamp** spazieren.

© Zohra Bensemra

Das Ehepaar Frhan und Kolsin - ehemaliger Kosmetikladenbesitzer und Hausfrau, 38 und 37 Jahre alt

*Das Ehepaar Frhan und Kolsin hat drei Kinder zwischen sieben und 14 Jahren. Die kurdische Familie lebte in Quamischli im Nordosten Syriens. Vor zwei Monaten kamen sie in Deutschland an und wohnen seitdem im **Asylbewerberheim** in Berlin-Spandau. Das ist die Geschichte ihrer Flucht:*

Wir haben unser gesamtes Hab und Gut verkauft, um uns die Flucht leisten zu können. Wir zahlten unseren Schleppern 20.000 US-Dollar. Da wir immer wieder hörten, dass Syrer bei der Flucht mit einem Boot ertranken, entschlossen wir uns, mit dem LKW das Land zu verlassen.

Wir waren vier Tage lang eingepfercht in diesen Wagen. Alle zehn Stunden gab es eine zehnminütige Pause. Die Kinder weinten. Wir aßen Thunfisch aus der Dose, Käse und Früchte. Die Kinder trugen Windeln, wir nutzten eine Tüte als Toilette.

Wir erzählten davor niemandem, dass wir planten, das Land zu verlassen. Du kannst in Syrien niemandem trauen. Hätte jemand erfahren, dass wir vorhaben, nach Europa zu flüchten, hätten sie womöglich unsere Kinder entführt. Das passiert nämlich oft, dass Kinder gekidnappt werden, um dann das Fluchtgeld als Lösegeld zu verlangen.

Als wir in den LKW stiegen, legten wir unser Schicksal in Gottes Hände. Uns war klar, dass wir in Syrien sterben würden. Wir hatten Angst, nie in Deutschland anzukommen. Wir waren in Syrien eingesperrt. Die Zähne unserer jüngsten Tochter sind verfäult, weil es monatelang nichts Vernünftiges zu essen gab.

Wir wissen nicht, wie es unseren Familien geht. Man hört sich manchmal via Telefon, aber selten. Ich glaube, wir werden nie nach Syrien zurückkehren.

Bevor Frhan angefangen hat, ein Geschäft zu betreiben, hatten wir eine Landwirtschaft. Wir ernteten Getreide, das wir verkauften. Wir lebten gut davon, bis uns das Regime unser eigenes Land wegnahm. Wir sind kurdische Syrer.

"Wenn die Kinder Polizisten sehen, verstecken sie sich" Ihre Kinder sind traumatisiert, die meisten ihrer Verwandten tot. Zwei Familien aus Syrien erzählen von

Wir wurden wie Müll behandelt. Wir durften weder studieren noch bekommen Kurden Papiere. Als die Kinder geboren wurden, mussten wir die Behörden bestechen, damit uns eine Geburtsurkunde ausgehändigt wurde.

Hier in Deutschland ist es noch etwas seltsam für uns. Es ist so ruhig. Unsere Kinder können endlich schlafen, weil sie keine Bomben hören müssen. Sie sind traumatisiert. Wenn sie Polizisten sehen, verstecken sie sich.

Es ist schmerzhaft, wenn wir hier im Heim Menschen begegnen, die alleine unterwegs sind. Kinder, die nicht wissen, wo ihre Eltern sind. Eltern, die ohne Kinder unterwegs sind. Das ist unvorstellbar schrecklich.

Es ist schön, hier zu sein. In Deutschland werden selbst Tiere gut behandelt. Dort, wo Demokratie herrscht, wollen wir zu Hause sein. Dort ist unsere Heimat.

Albash Raghdad - ehemalige Englischlehrerin, 37 Jahre alt

Albash Raghdad ist verheiratet und hat vier Kinder zwischen zwei und zwölf Jahren. Die muslimische Familie lebte in der syrischen Hauptstadt Damaskus bis sie vor einem Monat nach Deutschland flüchtete. Seitdem wohnt sie im Asylbewerberheim in Berlin-Spandau. Das ist ihre Flüchtlingsgeschichte:

Bis zum Bürgerkrieg unterrichtete ich Kinder von der ersten bis zur sechsten Schulstufe. An der nationalen Universität in Damaskus habe ich Englisch studiert.

In meiner Heimat kann man niemandem trauen. Die Menschen werden vergiftet, von allen Seiten wird geschossen. Manche bekamen plötzlich eigenartige Ausschläge, wenn sie das Wasser aus dem Brunnen tranken. Wir hatten nichts zu essen. Um nicht zu verhungern, aßen wir schimmliges Brot. Es war ein Alptraum. Wir wussten, dass wir hier sterben würden, würden wir nicht flüchten.

Wir haben unsere Flucht nicht lange vorbereitet. Wir bezahlten einen Schlepper, der uns mit seinem LKW über die Grenze bis nach Berlin brachte. Wir waren sieben Tage unterwegs. Wir haben geweint ohne Ende. Wir hatten nichts dabei. Keinen Koffer, keine Kleidung, keine Andenken. Ich hatte Angst, dass wir entdeckt werden. Ich kann mich an die Zeit im LKW nicht mehr erinnern. Ich weiß nur, dass ich an nichts denken außer: Wir müssen durchhalten.

Es war ein imponantes Gefühl, in Berlin anzukommen und saubere Luft zu atmen, keine Bomben zu hören. Der Schlepper zeigte uns, wo wir Asyl beantragen konnten. Wir wussten: Jetzt sind wir sicher.

Meine Mutter ist noch in Syrien. Wir telefonieren so oft wie möglich. Meine große Sorge ist, dass sie irgendwann nicht mehr ans Telefon geht. Denn dann weiß ich, dass sie getötet wurde. Am Telefon dürfen wir nicht über den Krieg oder Politik sprechen, da das Netz abgehört wird. Ich frage sie jedes Mal einfach nur: "Wie geht es dir?" Mein Bruder wurde erschossen.

Ich hoffe, dass meine Kinder in Deutschland in die Schule gehen können. Momentan sitzen sie hier im Flüchtlingsheim und tun den ganzen Tag nichts. Das finde ich schade. Irgendwann werden meine Kinder Deutsch sprechen und hoffentlich vergessen, was sie in Syrien erlebt haben. Wir sind wegen unserer Kindern geflohen, sie sind wichtiger als wir. Ich kann gar nicht beschreiben, was ich in den Leichenhallen gesehen habe, wie viele tote Kinder auf den Böden lagen.

Ich möchte hier wieder leben, irgendeinen Job annehmen. Ich möchte in einer Demokratie zu Hause sein. Ich habe gehört, dass viele Deutsche nicht gut über Flüchtlinge denken. Aber ich frage mich, wo wir sonst hin sollen.

Aufgezeichnet von Elisabeth Gamperl

Load-Date: August 28, 2013

"Wenn die Kinder Polizisten sehen, verstecken sie sich" Ihre Kinder sind traumatisiert, die meisten ihrer Verwandten tot. Zwei Familien aus Syrien erzählen von

End of Document

»Zeit habe ich viel, alles andere wenig«; Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chance, Deutsch zu lernen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN SCHULE; »Zeit habe ich viel, alles andere wenig«; S. 70; Ausg. 11

Length: 1614 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

»Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun« (Nageeb Fayzian)

Die Schlepper machen Nageeb Fayzian keine falschen Versprechungen, ihr Angebot ist eindeutig. 30000 Dollar solle er ihnen geben, dann würden sie ihn nach Europa bringen. Einen gefälschten Pass würden sie ihm besorgen und ein Flugticket, nonstop von Teheran nach Zürich. Was dort aus ihm werden würde, darum müsse er sich selbst kümmern. Sie erzählen ihm nicht das Märchen vom Kontinent der unbegrenzten Möglichkeiten, sie machen ihm nichts vor. »Doch eine andere Perspektive, die gab es für mich nicht«, sagt der 31-Jährige. Nageeb gibt ihnen das Geld - und fliegt.

Ein Jahr später, ein grauer Tag im Zürcher Stadtteil Hard. Lange Straßenzüge in Einheitsfront prägen das Straßenbild, in den Wohnbunkern des alten Arbeiterviertels gibt es den höchsten Ausländeranteil der Stadt. Aus der Hoffnung, mit der Nageeb aufbrach, ist Alltag geworden - Schulalltag, um genau zu sein. In einer alten Baracke am Güterbahnhof, in der die Autonome Schule Zürich eine Heimat gefunden hat, lernt Nageeb dreimal in der Woche Deutsch. Noch ist sein Aufenthaltsstatus nicht geklärt. Noch wartet er darauf, auch offiziell als Flüchtling in der Schweiz anerkannt zu werden. Solange das nicht geklärt ist, bekommt er keine finanzielle Unterstützung vom Staat für einen Deutschkurs. Wer als Asylsuchender dennoch die Sprache lernen will, oft dauern die Anerkennungsverfahren sehr lange, der ist auf Freiwillige angewiesen, die in Flüchtlingszentren und Gemeinden unentgeltliche Angebote organisieren.

Auch die Autonome Schule ist so ein Angebot: Dort lernen jene Menschen Deutsch, die sich einen Sprachkurs nicht leisten können, oder solche, die als Illegale im Land leben. Finanziert wird die Schule durch Spenden, getragen durch den Verein Bildung für alle. Die Schule versteht sich als ein gemeinschaftliches Projekt, Asylsuchende, illegale Einwanderer, ausgebildete Lehrer oder auch Studenten unterrichten hier, ehrenamtlich. Die Deutschkurse machen einen großen Teil der Aktivitäten der Schule aus, aber der Verein organisiert auch

»Zeit habe ich viel, alles andere wenig« Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chan....

Konzerte, Diskussionsveranstaltungen oder auch Kurse in anderen Sprachen. Rund 200 Schüler hat die Schule im Schnitt, um die 40 Freiwillige helfen bei der Organisation des Schulalltags. Die Schule möchte mehr bieten als klassischen Deutschunterricht und Integrationshilfe. Seit drei Monaten geht Nageeb Fayzian zur Autonomen Schule. Vorher hat er in Sarnen im Kanton Obwalden, dort, wo er in einer Asylunterkunft lebt, einen Deutschkurs der Caritas besucht. Doch das Niveau war so niedrig, dass der Sprachlehrer Nageeb nach Zürich geschickt hat. Über eine Stunde braucht er mit der Bahn von Sarnen nach Zürich. Er nimmt das hin, weil er weiß, wie wichtig Deutsch für seine Zukunft ist.

Vier Lernräume, eine Küche, ein kaputtes Klo: Aus mehr besteht die Schule nicht, die Ende März dem neuen kantonalen Polizei- und Justizzentrum Platz machen muss und dann nach einer neuen Bleibe sucht. Die Wände sind mit Graffiti besprüht, die Halogenlampen nur notdürftig an der Deckenverkleidung befestigt. Einige der Fenster sind nur mit Sperrholz oder Styroporplatten verrammelt.

Es ist Freitagnachmittag, Deutsch für alle Lernstufen. Drei Stunden lang konjugieren, deklinieren und Satzbau üben. Mit seinen dunklen Haaren, grüner Jeansjacke und der verschlissenen Hose sitzt Nageeb in der letzten Reihe und schaut in seine ausgebreiteten Notizen. Zwanzig Schüler haben sich in dem kleinen Raum versammelt, an Tischen in unterschiedlicher Höhe und Form. Das Mobiliar ist aus Spenden zusammengewürfelt. Die jüngste Schülerin ist nicht einmal 15, der älteste schon deutlich über 50. Der Unterricht ist offen, immer wieder geht die Tür auf, Nachzügler klinken sich ein.

Aufgrund ihres Konzepts, dem zufolge hier nicht nur ausgebildete Lehrer unterrichten, ist die Autonome Schule bei offiziellen Stellen umstritten. Das Amt für Stadtentwicklung der Stadt Zürich hat vor Kurzem eine Broschüre herausgegeben, in der es für über 350 Deutschkurse in der Stadt wirbt. Die Autonome Schule hat es nicht auf die Liste geschafft.

Der Hauptkritikpunkt: Dadurch dass die Kurse nicht nur von ausgebildeten Lehrern gegeben werden, sei ein bestimmtes Niveau des Unterrichts nicht gesichert. »Diese Schule gibt unentgeltliche Kurse ohne Ausrichtung auf unsere Qualitätsstandards«, sagt Julia Morais, Kantonale Beauftragte für Integrationsfragen in Zürich. »Wir können offiziell nur Schulen empfehlen, die die von der Fachstelle gesetzten Standards einhalten.« Doch auch sie gesteht: »Wie alle niederschweligen Angebote ist auch die Arbeit der Autonomen Schule sinnvoll.« Bea Schwager sieht das ähnlich. Die 51-Jährige ist Leiterin der Anlaufstelle für Flüchtlinge in Zürich. »Die Autonome Schule hilft den Menschen: Sie können sich dort treffen, organisieren und ein Stück weit emanzipieren«, sagt sie. Wer Deutsch lernt, der habe einen grundlegenden Schritt getan, um sich die Teilhabe an der Gesellschaft zu verdienen. Oder hat sich zumindest ein Stück Unabhängigkeit erkämpft.

Solange Nageebs Verfahren auf Asyl noch läuft, kann er nicht arbeiten und darf seinen Wohnsitz in der Schweiz nicht frei wählen. Mit acht anderen Asylsuchenden wohnt er auf 100 Quadratmetern in einer Notunterkunft. Es gibt weder genug Stühle, um sich gemeinsam hinzusetzen, noch einen richtigen Esstisch. Das Leben dort ist nicht einfach. 260 Schweizer Franken, so hoch ist sein Monatsbudget; das sind acht Franken pro Tag. Einmal schwimmen gehen kostet zehn Franken, eine Fahrt in die Schule 22. »Ich bin nach Europa gekommen, um mein Leben zu verbessern«, sagt er. »Von den Träumen ist im Moment nicht viel geblieben. Wenig Perspektive, wenig Hoffnung.« Doch Nageeb will sich seinem Schicksal nicht ergeben. Durch den Besuch der Autonomen Schule kann er wenigstens für ein paar Stunden der Tristesse in der Notunterkunft entkommen. Ein bisschen hofft er auch darauf, dass Deutschkenntnisse vielleicht seine Chancen auf einen dauerhaften Aufenthalt verbessern könnten.

»Nur weil jemand gut Deutsch spricht, erhält er oder sie noch lange keine Aufenthaltsbewilligung«, sagt Michael Schmitz. Der 32-Jährige arbeitet als Lehrer für Deutsch als Zweitsprache und ist seit mehr als drei Jahren an der Autonomen Schule aktiv. »Aber natürlich erleichtern Sprachkenntnisse generell das Leben in der Schweiz.«

»Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun«, erzählt Nageeb in einer der Unterrichtspausen auf dem Gang. Das Deutsch ist gebrochen, immer wieder wechselt Nageeb ins Englische. Er will, dass man ihn nicht falsch versteht, wenn er seine Geschichte erzählt. Und Nageeb hat eine lange

»Zeit habe ich viel, alles andere wenig« Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chan....

Geschichte zu erzählen. Von solchen wie ihm gibt es in den Asylverfahren viele. Jung, männlich, mittlerer Ausbildungsgrad - für die Bearbeiter der Anträge ist er wohl kaum mehr als ein Aktenzeichen.

Nageeb wächst in der afghanischen Provinz Lugar auf, direkt an der pakistanischen Grenze. Dort, wo die Taliban schon früh ihr Terrorregime aufbauen. Als er drei Jahre alt ist, stirbt sein Vater, mit 15 verliert er seine Mutter.

Mit seinem Onkel und seiner Cousine flieht er schließlich in den Iran, arbeitet dort jahrelang als Koch in der italienischen Botschaft. Abends, um noch ein wenig hinzuzuverdienen, organisiert er mit Freunden einen Catering-Service. »Auch die deutsche Schule in Teheran haben wir bekocht«, erzählt er. Dort und im Goethe-Institut lernt er die ersten Brocken Deutsch.

Doch irgendwann besteht in Teheran kein Interesse mehr an Nageeb. Seine Aufenthaltsbewilligung endet nach über zehn Jahren unvermittelt. Der Iran, das ist nun nicht mehr sein Land, haben Behörden entschieden. Zwei Soldaten bringen ihn an die afghanische Grenze und liefern ihn aus.

»Mit dem Land, das ich als Teenager verlassen hatte, habe ich aber einfach nichts mehr zu tun«, erzählt er, während die anderen Schüler langsam schon wieder in die Klassenräume zurückkehren. Paschtu, die Sprache, die sie in Lugar sprechen, hat er verlernt. Irgendwie schafft er es zurück nach Teheran - und lebt zum ersten Mal in seinem Leben illegal. Zwei Jahre lang geht das so, bis die Schlepper ihm das Angebot machen und ihm einen Weg nach Europa aufzeigen.

In Deutschland wäre Nageebs Situation ähnlich problematisch. Solange ein Asylbewerber hierzulande nicht den Status als anerkannter Flüchtling zugesprochen bekommt, gibt es auch hier keine Zuschüsse vom Staat für einen Deutschkurs. Auch hier liegt es, wie in der Schweiz, an dem Einzelnen, sich um einen kostenlosen Kurs zu kümmern. Dass sich die meisten Asylbewerber einen regulären Kurs an einer Volkshochschule oder einer anderen Bildungseinrichtung nicht leisten können, versteht sich von selbst. Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich illegal in Deutschland aufhalten, dürfen in Deutschland nicht zur Schule gehen. Manche tun es trotzdem, abhängig davon, ob es der jeweilige Schulleiter erlaubt.

Für Nageeb Fayzian bleibt es ein banges Leben, sein Schicksal steht für das der vielen Vergessenen, die zwischen Hoffnung auf eine Aufenthaltsgenehmigung und der Angst vor Abschiebung monatelang ohne Aufgabe vor sich hin leben müssen. Er wartet auf die Entscheidung einer Behörde, die er kaum kennt, die aber über den Verlauf seines Lebens richtet. »Zeit habe ich viel, von allem anderen habe ich wenig«, sagt er. »Angst vor Afghanistan, die habe ich nicht. Ich habe Angst, keine Zukunft zu haben.«

Nageeb Fayzian kam aus dem Iran in die Schweiz

Load-Date: March 25, 2022

Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün?; Migration, Schulden, Steuern: Für beide Parteien wäre es ein langer Weg. Und doch, er würde sich lohnen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, LEITARTIKEL; Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün?; S. 1; Ausg. 40

Length: 875 words

Byline: Bernd Ulrich

Body

Wahrscheinlich ist es nicht, unmöglich aber auch nicht: Schwarz-Grün. Ist es denn sinnvoll? Ist Schwarz-Grün besser als Schwarz-Rot?

Dazu muss man zunächst mit einem Mythos aufräumen: Eine Große Koalition garantiert keineswegs immer Stabilität. Diesmal nicht. Vor allem, weil die SPD mit Rot-Rot-Grün eine Alternative hat, aber auch weil die gute alte Partei so tief gekränkt ist über den Abstand zur anderen Volkspartei. Die Sache wäre labil.

Schwarz-Grün wäre es nicht, der Weg dahin ist weit, doch wenn man sich unter Schmerzen, Tränen und schließlich Lachen einigt, dann kann es auch lange halten. (Was übrigens der einzige Garant gegen Rot-Rot-Grün schon 2015 wäre.)

Auch Schwarz-Grün muss man zunächst von Mythen befreien: Nein, ein solches Bündnis wäre keine Versöhnung zwischen Vätern und Töchtern oder gar zwischen den 68ern und den Anti-68ern. Seit Dienstag, dem 24. September 2013 ist 68 endgültig passé. Da sind mit Jürgen Trittin, Renate Künast und Claudia Roth die letzten Bundespolitiker dieses Schlages zurückgetreten. Was zusammenkäme, das wären nicht die Feinde von einst, sondern die Merkel-von-der-Leyen-CDU mit den Habeck-Göring-Eckardt-Grünen, Leute eben, die einen mehr schwarz, die anderen mehr grün.

Der Wahlkampf der Grünen war eine Regression, wieder ganz im Stile der Polemik, des Gegner-Anschreiens, dafür ohne Augenzwinkern, ohne Demut oder Selbstironie. Doch hat sich das mit der Niederlage ausagiert, die jüngeren Grünen können jetzt wieder zu sich kommen. Nach und nach dürfte klar werden, wie wenig dieser Stil ihnen geholfen hat, neue Wähler zu gewinnen, wie sehr er dazu diente, die biografische Kontinuität der Altvorderen zu decken: Fast alles mussten die Trittins in den vergangenen Jahrzehnten revidieren, aber dass die Rechten die Bösen sind, das, bitte, musste doch bewahrt bleiben.

Natürlich gibt es diesen Impuls auch bei der Union noch, gerade bei der CSU, die stets in der Gefahr ist, ihre folkloristischen Polemiken selbst zu glauben. Doch auch sie werden merken, wie lächerlich es ist, Menschen wie Cem Özdemir oder den Bürgermeister Boris Palmer anzuhassen.

Schwarz-Rot? ODER Schwarz-Grün? Migration, Schulden, Steuern: Für beide Parteien wäre es ein langer Weg. Und doch, er würde sich lohnen

Persönliche Polemik also war gestern, nähern wir uns vorsichtig den Inhalten. Auch da gilt es, Wahlkampfmythen abzuräumen: Die Grünen sind nicht gut umgegangen mit ihrer früheren Toleranz gegenüber Päderasten, das stimmt. Aber eine Pädophilenpartei waren sie nie. Das werden sogar die schwärzesten CSUler einsehen, sobald sie wieder nüchtern sind.

Auf der anderen Seite: Die Union ist keine reine Macho-Partei, trotz des Betreuungsgeldes, das wiederum mitnichten als Beweis für die familienpolitische Gestrigkeit der Union dienen kann, es ist lediglich der läppische Rest vom Gestern. Die Grünen sollten (und werden) sich da mal langsam wieder abregen.

Ohnehin verhält es sich mit all den gesellschaftspolitischen Fragen, von der Quote bis zur Gleichstellung homosexueller Eltern, ganz anders als im Wahlkampf inszeniert: Union und Grüne wollen da nicht das Gegenteil, die Union will dasselbe - nur etwas langsamer.

Selbst bei den Steuererhöhungen stehen die Parteien nicht allzu hart gegeneinander. Immerhin hat die Union dreißig Milliarden Euro für Wohltaten aller Art versprochen, die sie bislang nicht gegenfinanziert hat. Da würde sie sich noch über die ein oder andere Steuererhöhung freuen, die sie den Grünen in die Schuhe schieben könnte.

All das zeigt: Kompromisse sind möglich. Nur reicht das nicht, um Schwarz-Grün positiv zu begründen. Die vier Themen, bei denen eine solche Regierung besser sein müsste, sind: Europa, Energiewende, Schulden und Demografie.

Dass Ökologen gewissermaßen von Natur aus eher weniger zum Schuldenmachen neigen, das haben die Grünen zuletzt vergessen, weil sie zu viel über Steuererhöhungen gesprochen haben und wortgleich der SPD hinterhergerannt sind, wenn es um Konjunkturprogramme für Europas Krisenländer ging. An sich jedoch ist ihnen Sparsamkeit so wenig fremd wie Angela Merkel der Gedanke, dass man in den kommenden zwei Jahren mehr in die Südeuropäer investieren muss als in den vergangenen zwei. Was die Zukunft der EU angeht, so würde Schwarz-Grün sicherlich den integrationistischen Kurs eines Wolfgang Schäuble stärken und damit vielleicht endlich eine richtige Debatte lostreten (allein hat der das ja nie geschafft).

Bei der Energiewende müssten mit Union und Grünen die beiden Extreme zusammenkommen, traditionell und erneuerbar. Genau dazwischen muss es allerdings auch von der Sache her einen Kompromiss geben. Überdies vereinen Schwarz und Grün zurzeit die maximale Energiewendekompetenz.

Das Beste jedoch, was eine schwarz-grüne Koalition schaffen könnte, wäre die radikale Umwertung des Themas Migration. Dabei geht es um mehr als die doppelte Staatsbürgerschaft, ohne die allerdings die Grünen nie koalieren würden. Es geht um viel mehr: Wie bekommt man es hin, dass Migration nicht zuerst als Problem angesehen wird, sondern als Lösung - nicht zuletzt für die Demografie? Hier müsste die Union einen weiten Weg gehen, geht sie ihn nicht, dann gibt es eben kein Schwarz-Grün.

So oder so, die Sache brauchte Zeit. Sagen wir mal: Nikolaus wäre ein guter Termin.

VON BERND ULRICH

Load-Date: March 25, 2022

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig"; Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chance, Deutsch zu lernen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 70; Ausg. 11

Length: 1616 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

"Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun" (Nageeb Fayzian)

Die Schlepper machen Nageeb Fayzian keine falschen Versprechungen, ihr Angebot ist eindeutig. 30000 Dollar solle er ihnen geben, dann würden sie ihn nach Europa bringen. Einen gefälschten Pass würden sie ihm besorgen und ein Flugticket, nonstop von Teheran nach Zürich. Was dort aus ihm werden würde, darum müsse er sich selbst kümmern. Sie erzählen ihm nicht das Märchen vom Kontinent der unbegrenzten Möglichkeiten, sie machen ihm nichts vor. "Doch eine andere Perspektive, die gab es für mich nicht", sagt der 31-Jährige. Nageeb gibt ihnen das Geld - und fliegt.

Ein Jahr später, ein grauer Tag im Zürcher Stadtteil Hard. Lange Straßenzüge in Einheitsfront prägen das Straßenbild, in den Wohnbunkern des alten Arbeiterviertels gibt es den höchsten Ausländeranteil der Stadt. Aus der Hoffnung, mit der Nageeb aufbrach, ist Alltag geworden - Schulalltag, um genau zu sein. In einer alten Baracke am Güterbahnhof, in der die Autonome Schule Zürich eine Heimat gefunden hat, lernt Nageeb dreimal in der Woche Deutsch. Noch ist sein Aufenthaltsstatus nicht geklärt. Noch wartet er darauf, auch offiziell als Flüchtling in der Schweiz anerkannt zu werden. Solange das nicht geklärt ist, bekommt er keine finanzielle Unterstützung vom Staat für einen Deutschkurs. Wer als Asylsuchender dennoch die Sprache lernen will, oft dauern die Anerkennungsverfahren sehr lange, der ist auf Freiwillige angewiesen, die in Flüchtlingszentren und Gemeinden unentgeltliche Angebote organisieren.

Auch die Autonome Schule ist so ein Angebot: Dort lernen jene Menschen Deutsch, die sich einen Sprachkurs nicht leisten können, oder solche, die als Illegale im Land leben. Finanziert wird die Schule durch Spenden, getragen durch den Verein Bildung für alle. Die Schule versteht sich als ein gemeinschaftliches Projekt, Asylsuchende, illegale Einwanderer, ausgebildete Lehrer oder auch Studenten unterrichten hier, ehrenamtlich. Die Deutschkurse machen einen großen Teil der Aktivitäten der Schule aus, aber der Verein organisiert auch

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig" Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chance....

Konzerte, Diskussionsveranstaltungen oder auch Kurse in anderen Sprachen. Rund 200 Schüler hat die Schule im Schnitt, um die 40 Freiwillige helfen bei der Organisation des Schulalltags. Die Schule möchte mehr bieten als klassischen Deutschunterricht und Integrationshilfe. Seit drei Monaten geht Nageeb Fayzian zur Autonomen Schule. Vorher hat er in Sarnen im Kanton Obwalden, dort, wo er in einer Asylunterkunft lebt, einen Deutschkurs der Caritas besucht. Doch das Niveau war so niedrig, dass der Sprachlehrer Nageeb nach Zürich geschickt hat. Über eine Stunde braucht er mit der Bahn von Sarnen nach Zürich. Er nimmt das hin, weil er weiß, wie wichtig Deutsch für seine Zukunft ist.

Vier Lernräume, eine Küche, ein kaputtes Klo: Aus mehr besteht die Schule nicht, die Ende März dem neuen kantonalen Polizei- und Justizzentrum Platz machen muss und dann nach einer neuen Bleibe sucht. Die Wände sind mit Graffiti besprüht, die Halogenlampen nur notdürftig an der Deckenverkleidung befestigt. Einige der Fenster sind nur mit Sperrholz oder Styroporplatten verrammelt.

Es ist Freitagnachmittag, Deutsch für alle Lernstufen. Drei Stunden lang konjugieren, deklinieren und Satzbau üben. Mit seinen dunklen Haaren, grüner Jeansjacke und der verschlissenen Hose sitzt Nageeb in der letzten Reihe und schaut in seine ausgebreiteten Notizen. Zwanzig Schüler haben sich in dem kleinen Raum versammelt, an Tischen in unterschiedlicher Höhe und Form. Das Mobiliar ist aus Spenden zusammengewürfelt. Die jüngste Schülerin ist nicht einmal 15, der älteste schon deutlich über 50. Der Unterricht ist offen, immer wieder geht die Tür auf, Nachzügler klinken sich ein.

Aufgrund ihres Konzepts, dem zufolge hier nicht nur ausgebildete Lehrer unterrichten, ist die Autonome Schule bei offiziellen Stellen umstritten. Das Amt für Stadtentwicklung der Stadt Zürich hat vor Kurzem eine Broschüre herausgegeben, in der es für über 350 Deutschkurse in der Stadt wirbt. Die Autonome Schule hat es nicht auf die Liste geschafft.

Der Hauptkritikpunkt: Dadurch dass die Kurse nicht nur von ausgebildeten Lehrern gegeben werden, sei ein bestimmtes Niveau des Unterrichts nicht gesichert. "Diese Schule gibt unentgeltliche Kurse ohne Ausrichtung auf unsere Qualitätsstandards", sagt Julia Morais, Kantonale Beauftragte für Integrationsfragen in Zürich. "Wir können offiziell nur Schulen empfehlen, die die von der Fachstelle gesetzten Standards einhalten." Doch auch sie gesteht: "Wie alle niederschweligen Angebote ist auch die Arbeit der Autonomen Schule sinnvoll." Bea Schwager sieht das ähnlich. Die 51-Jährige ist Leiterin der Anlaufstelle für Flüchtlinge in Zürich. "Die Autonome Schule hilft den Menschen: Sie können sich dort treffen, organisieren und ein Stück weit emanzipieren", sagt sie. Wer Deutsch lernt, der habe einen grundlegenden Schritt getan, um sich die Teilhabe an der Gesellschaft zu verdienen. Oder hat sich zumindest ein Stück Unabhängigkeit erkämpft.

Solange Nageebs Verfahren auf Asyl noch läuft, kann er nicht arbeiten und darf seinen Wohnsitz in der Schweiz nicht frei wählen. Mit acht anderen Asylsuchenden wohnt er auf 100 Quadratmetern in einer Notunterkunft. Es gibt weder genug Stühle, um sich gemeinsam hinzusetzen, noch einen richtigen Esstisch. Das Leben dort ist nicht einfach. 260 Schweizer Franken, so hoch ist sein Monatsbudget; das sind acht Franken pro Tag. Einmal schwimmen gehen kostet zehn Franken, eine Fahrt in die Schule 22. "Ich bin nach Europa gekommen, um mein Leben zu verbessern", sagt er. "Von den Träumen ist im Moment nicht viel geblieben. Wenig Perspektive, wenig Hoffnung." Doch Nageeb will sich seinem Schicksal nicht ergeben. Durch den Besuch der Autonomen Schule kann er wenigstens für ein paar Stunden der Tristesse in der Notunterkunft entkommen. Ein bisschen hofft er auch darauf, dass Deutschkenntnisse vielleicht seine Chancen auf einen dauerhaften Aufenthalt verbessern könnten.

"Nur weil jemand gut Deutsch spricht, erhält er oder sie noch lange keine Aufenthaltsbewilligung", sagt Michael Schmitz. Der 32-Jährige arbeitet als Lehrer für Deutsch als Zweitsprache und ist seit mehr als drei Jahren an der Autonomen Schule aktiv. "Aber natürlich erleichtern Sprachkenntnisse generell das Leben in der Schweiz."

"Die Sprache ist immerhin ein Anfang. Mehr kann ich im Moment ohnehin nicht tun", erzählt Nageeb in einer der Unterrichtspausen auf dem Gang. Das Deutsch ist gebrochen, immer wieder wechselt Nageeb ins Englische. Er will, dass man ihn nicht falsch versteht, wenn er seine Geschichte erzählt. Und Nageeb hat eine lange Geschichte

"Zeit habe ich viel, alles andere wenig" Nageeb Fayzian hat als Flüchtling kaum Rechte in der Schweiz. Die Autonome Schule in Zürich gibt ihm zumindest die Chan....

zu erzählen. Von solchen wie ihm gibt es in den Asylverfahren viele. Jung, männlich, mittlerer Ausbildungsgrad - für die Bearbeiter der Anträge ist er wohl kaum mehr als ein Aktenzeichen.

Nageeb wächst in der afghanischen Provinz Lugal auf, direkt an der pakistanischen Grenze. Dort, wo die Taliban schon früh ihr Terrorregime aufbauen. Als er drei Jahre alt ist, stirbt sein Vater, mit 15 verliert er seine Mutter.

Mit seinem Onkel und seiner Cousine flieht er schließlich in den Iran, arbeitet dort jahrelang als Koch in der italienischen Botschaft. Abends, um noch ein wenig hinzuzuverdienen, organisiert er mit Freunden einen Catering-Service. "Auch die deutsche Schule in Teheran haben wir bekocht", erzählt er. Dort und im Goethe-Institut lernt er die ersten Brocken Deutsch.

Doch irgendwann besteht in Teheran kein Interesse mehr an Nageeb. Seine Aufenthaltsbewilligung endet nach über zehn Jahren unvermittelt. Der Iran, das ist nun nicht mehr sein Land, haben Behörden entschieden. Zwei Soldaten bringen ihn an die afghanische Grenze und liefern ihn aus.

"Mit dem Land, das ich als Teenager verlassen hatte, habe ich aber einfach nichts mehr zu tun", erzählt er, während die anderen Schüler langsam schon wieder in die Klassenräume zurückkehren. Paschtu, die Sprache, die sie in Lugal sprechen, hat er verlernt. Irgendwie schafft er es zurück nach Teheran - und lebt zum ersten Mal in seinem Leben illegal. Zwei Jahre lang geht das so, bis die Schlepper ihm das Angebot machen und ihm einen Weg nach Europa aufzeigen.

In Deutschland wäre Nageebs Situation ähnlich problematisch. Solange ein Asylbewerber hierzulande nicht den Status als anerkannter Flüchtling zugesprochen bekommt, gibt es auch hier keine Zuschüsse vom Staat für einen Deutschkurs. Auch hier liegt es, wie in der Schweiz, an dem Einzelnen, sich um einen kostenlosen Kurs zu kümmern. Dass sich die meisten Asylbewerber einen regulären Kurs an einer Volkshochschule oder einer anderen Bildungseinrichtung nicht leisten können, versteht sich von selbst. Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich illegal in Deutschland aufhalten, dürfen in Deutschland nicht zur Schule gehen. Manche tun es trotzdem, abhängig davon, ob es der jeweilige Schulleiter erlaubt.

Für Nageeb Fayzian bleibt es ein banges Leben, sein Schicksal steht für das der vielen Vergessenen, die zwischen Hoffnung auf eine Aufenthaltsgenehmigung und der Angst vor Abschiebung monatelang ohne Aufgabe vor sich hin leben müssen. Er wartet auf die Entscheidung einer Behörde, die er kaum kennt, die aber über den Verlauf seines Lebens richtet. "Zeit habe ich viel, von allem anderen habe ich wenig", sagt er. "Angst vor Afghanistan, die habe ich nicht. Ich habe Angst, keine Zukunft zu haben."

Graphic

Nageeb Fayzian kam aus dem Iran in die Schweiz

Load-Date: March 7, 2013

Polizei lockte Mörder mit eigenem Döner-Imbiss; Auf der Suche nach den Mördern mehrerer Migranten hat die Polizei einen eigenen Schnellimbiss betrieben - mit zweifelhaften Mitteln. Abgeordnete reagierten entrüstet.

ZEIT-online

Donnerstag 10. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: NSU-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS; Ausg. 20

Length: 658 words

Body

Fotos der NSU-Täter auf einem Protestplakat

© Uwe Zucchi/dpa/lhe

Um den Mördern mehrerer Einwanderer auf die Spur zu kommen, hat die Sonderkommission Bosphorus monatelang einen Schnellimbiss in Nürnberg betrieben. Bei der Vernehmung des bayerischen Oberstaatsanwalts Walter Kimmel im Untersuchungsausschuss des Bundestages stellte sich heraus, dass Polizisten ein halbes Jahr lang Döner verkauften. Um die Täter anzulocken, waren sie den Lieferanten Zahlungen schuldig geblieben. Die Polizei vermutete, dass möglicherweise ein Inkasso-Team in die Morde verwickelt war.

Zusätzlich wurde im Ausschuss bekannt, dass eine als Journalistin getarnte Ermittlerin unter türkischen Gewerbetreibenden unterwegs war. Sie war ebenfalls auf der Suche nach Spuren in der Organisierten Kriminalität.

Der Ausschuss soll Behördenversagen bei den Ermittlungen zu der Mordserie an neun Migranten und einer Polizistin durch die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund aufklären. Die Sonderkommission hatte die Täter jahrelang im Bereich der Organisierten Kriminalität vermutet und keinen Rechtsextremismus-Verdacht geschöpft. Als ein Video der Täter bekannt wurde, wurde das tatsächliche Motiv klar.

Zwischen 2000 und 2006 waren acht türkische und ein griechischer Kleinunternehmer, 2007 eine Polizistin in Heilbronn ermordet worden. Die Sonderkommission Bosphorus bildete sich in Bayern, weil die Täter dort zuerst töteten. Sie arbeitete auch mit Ermittlergruppen in anderen Bundesländern zusammen.

Ungläubige Nachfragen

Polizeiintern und in Berichten war lange von "Döner-Morden" die Rede - vor dem Hintergrund der neuen Information besonders absurd.

Die Information von dem Döner-Imbiss führte in der Abgeordnetenrunde zum Eklat. Ungläubig fragte Ausschusschef Sebastian Edathy bei Staatsanwalt Kimmel nach: "Wie habe ich mir das vorzustellen mit dem

Polizei lockte Mörder mit eigenem Döner-Imbiss Auf der Suche nach den Mördern mehrerer Migranten hat die Polizei einen eigenen Schnellimbiss betrieben - mit zwe....

Döner-Stand? Da stehen dann Scharfschützen rund um die Uhr?" Der sichtlich verärgerte FDP-Parlamentarier Hartfrid Wolff verlangte, die Sitzung sofort zu unterbrechen und die Öffentlichkeit auszuschließen.

Edathy hatte die Information erst am Abend vorher von dem Ermittlungsbeauftragten erhalten - die anderen Fraktionen schienen darüber nicht im Bilde zu sein. Im geheimen Teil der Sitzung entschuldigte sich Edathy bei den anderen Abgeordneten dafür, dass er die Information über die Dönerbude für sich behalten hatte.

<http://xml.zeit.de/gesellschaft/zeitleiste-rechtsterrorismus>

Aber auch der Leitende Staatsanwalt Kimmel hat die Brisanz offenbar nicht erkannt: Er habe zwar davon gewusst, die Aktion mit dem Imbissstand aber nicht angeordnet, rechtfertigte er sich. Wie genau alles vor sich gegangen sei, könne er nicht sagen. Die SPD-Abgeordnete Eva Högl sagte, es falle ihr schwer, sich "vorzustellen, dass Sie trotz täglicher Besprechungen mit den Beamten von so einer Aktion keine Kenntnis gehabt haben wollen".

Falsche Spur aus der Türkei

Högl hatte auch in einer persönlichen Anmerkung erklärt, sie hätte vom Staatsanwalt, der für die jahrelangen Ermittlungen in die falsche Richtung Organisierte Kriminalität die juristische Verantwortung trägt, gern ein "Wort des Bedauerns" gehört. Das sei man auch den Opfern und ihren Angehörigen schuldig. Kimmel sagte aber lediglich, man habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

In der falschen Richtung bestätigt wurden die deutschen Ermittler auch durch die Türkei: Nach Informationen der ZEIT hatten türkische Behörden den deutschen Beamten Ermittlungen im Bereich der Organisierten Kriminalität nahegelegt. Gestützt wurde die These auch von Hinweisen, dass drei der Mordopfer tatsächlich Verbindungen zur Organisierten Kriminalität hatten.

Die rechtsextremistischen Täter töteten in insgesamt fünf Bundesländern. Als Hauptverdächtige sitzt Beate Zschäpe in Untersuchungshaft, die zwei weiteren mutmaßlichen Täter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos hatten sich kurz vor Enttarnung der Neonazi-Gruppe selbst getötet. Weitere mutmaßliche Helfer sind ebenfalls inhaftiert.

Load-Date: May 11, 2012

Einer ist cool, einer macht Faxen, einer redet von Ehre; Im Hamburger Stadtteil Steilshoop ist die Hartz-IV- und Migrantenquote hoch. Jugendliche proben ein Stück gegen Gewalt, auch wenn es uncool ist, sich zu engagieren.

ZEIT-online

Montag 17. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: THEATER GEGEN GEWALT; Ausg. 51

Length: 901 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Cem, gespielt von Junior Gnininvi (rechts)

© Berufliche Schule H20

Elena kommt gut an bei den Jungs, sie will Spaß, vor allem wenn sie Stress mit ihren Eltern hat. Ihre Freundin sagt: "Irgendwann kamen sie dann, 'was trinken, alles klar', und wir haben uns einladen lassen. Hinterher musste man halt sehen, wie man wieder wegkommt." Elena hat, als sie mit Cem zusammen war, nicht darauf geachtet, rechtzeitig wieder wegzukommen.

Cem hat große Brüder, die was hermachen mit krummen Geschäften und dicken Autos. Er gilt als der kleine Bruder, der Stille, obwohl er älter ist als seine Freunde und schon raus aus der Schule. Er will sich als der Chef beweisen, vor seiner Familie und vor seinem Freund Sinan. Der wiederum fühlt sich groß in Cems Schatten. Bei den Mädchen kommt er zwar nicht so gut an, aber er bringt sie zum Lachen. Manchmal er auch gar nicht lustig. Zum Beispiel wenn er sagt, welche Mädchen man ehren müsse - und welche einfach Schlampen seien. Solche wie Elena nämlich. Die liegt am Ende mit 30 Messerstichen im Bauch tot auf einem Parkplatz.

Kein neuer Ehrenmord in Hamburg - alles nur Theater. *Die war nicht so* ist der Titel, basierend auf dem Stück *Ehrensache* von Lutz Hübner. Es spielen Schüler der höheren Handelsschule H20 aus Steilshoop, einem Viertel in Hamburg, in dem jeder Vierte von Hartz-IV lebt und zwei Drittel der Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund haben. Eingebettet ist das Theaterstück in ein Stadtteilprojekt (StoP), das sich dem Thema Gewalt gegen Frauen widmet.

Aber gelten verführerische Mädchen unter Jugendlichen wirklich noch als Schlampen? Und wird man türkischen Jungs gerecht, wenn man sie derart machohaft auftreten lässt? Die zehn Schauspieler zwischen 18 und 21 Jahren bereiten sich auf ihr Fachabitur vor. Sie haben ihre Wurzeln in Afghanistan, Ägypten, Ghana, Marokko, Nigeria, Pakistan, Togo und der Türkei. Typische Bewohner von Steilshoop, aber sie entsprechen überhaupt nicht dem

Einer ist cool, einer macht Faxen, einer redet von Ehre Im Hamburger Stadtteil Steilshoop ist die Hartz-IV- und Migrantenquote hoch. Jugendliche proben ein Stüc....

Sarrazin-Klischee von perspektivlosen, gewalttätigen Jungen oder unterdrückten Mädchen, die sich nicht auf Deutsch ausdrücken können. Haben Sie nicht Angst, Vorurteile über Migranten zu verbreiten?

Leben in zwei Kulturen

Schabana Nawabi, die eine der Elenas spielt (die Hauptrollen sind doppelt besetzt), und Junior Gnininvi, alias Cem, sind sich jedoch einig, dass sie kein Klischee auf die Bühne gebracht haben. Denn auch sie kennen die Dynamik des Theaterstücks, das, was Cem und Elena antreibt. Schabana erzählt: "Es gibt immer einen, der der Chef ist." Und Junior ergänzt: "Einer ist cool, einer macht Faxen, einer redet andauernd von seiner Ehre." In dieser Konstellation reichten Kleinigkeiten, damit ein Streit in Gewalt umschlägt. Auch die Macht der großen Brüder und Schwestern sei kein Klischee. Junior, sagt, die Kleinen lernten von den Großen. Er habe neulich 13-jährige Jungs belauscht, die sich auf dem Schulhof zugerufen hätten: "Wenn dein Bruder dich so sehen würde..." So vererben sich überholte Vorstellungen von Männlichkeit und Ehre.

Schabana Nawabi im Vordergrund in der Rolle der Elena

© Berufliche Schule H20

Schabana und Junior sind eloquent, selbstbewusst und engagiert. Die Eltern der 21-jährigen Schabana stammen aus Afghanistan, sind aber schon lange in Deutschland. Schabana sagt: "Sie hätten schon gern gesehen, wenn ich gläubiger wäre. Aber sie akzeptieren, dass ich nicht bete."

Der heute 18-jährige Junior kam mit eineinhalb Jahren mit seinem Vater aus Togo, wuchs aber bei seiner deutschen Pflegemutter auf und hat deren Werte mehr verinnerlicht als die des Vaters. Sie erzählen, viele ihrer Mitschüler hätten ein deutsches und ein ausländisches Elternteil, die meisten kennen sich einfach mit zwei Kulturen aus. Tödliche Messerstechereien gehören sowieso nicht zu ihrem Alltag. Den Begriff "Ehrenmord" mögen sie nicht, denn "wenn das Gleiche in deutschen Familien passiert, nennt man es Familiengewalt", sagt Schabana.

Schabana erzählt, der Exfreund einer Freundin lasse diese nicht in Ruhe, verfolge sie, werde gewalttätig, wenn er sie allein erwische. Und eine andere Freundin musste sie im Krankenhaus besuchen, weil sie zu Hause misshandelt worden war. Schabana sagt auch, sie kenne viele Mädchen, die sich auf die Macho-Typen einlassen. Sie interpretierten es manchmal sogar als Liebe und Achtung, wenn ihr Freund ihnen verbiete, allein auszugehen. "Man kriegt ständig Dinge mit, aber man macht nichts", gesteht sie.

Theaterspielen gegen das Machotum

Seit sie sich durch das Theaterspielen mit dem Thema auseinandersetzt, ist das anders. Schabana und Junior sind sicher, dass das Projekt gegen Gewalt gegen Frauen in ihrem Stadtteil wirkt: "Überall hängen die Plakate, stehen Stände, wo man sich informieren kann. Die Vertrauenslehrer machen es zum Thema." Sie haben das Gefühl, ihr Stadtteil sei sicherer geworden.

Ihr Lehrer Olaf Bublay hat das Stück mit ihnen einstudiert. Er sagt, er stelle auch einen Unterschied im Unterricht fest. Normalerweise engagierten sich Schüler nicht gegen Gewalt, denn sie machten sich damit angreifbar, es gelte nicht als cool. "Wer dann aber beim Theaterspielen so einen typischen Verhaltenscodex infrage stellt, kann am nächsten Tag in der Klasse nicht mehr den großen Macho geben."

Am 18.12. führt die Theatergruppe der Beruflichen Schule H20 im Rahmen eines Aktionstages gegen Partnergewalt ihr Stück auf. Kampnagel Hamburg: "Die war nicht so" um 12.00 - 13.30 und 17.00 - 18.30

Load-Date: December 19, 2012

Kämpfe erreichen das Zentrum von Aleppo; Zahlreiche Bewohner der syrischen Handelsmetropole werden Opfer von Luftangriffen des Militärs. Jordanien eröffnet derweil ein großes Flüchtlingslager.

ZEIT-online

Sonntag 29. Juli 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: SYRIEN; Ausg. 31

Length: 841 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Kämpfer der Freien Syrischen Armee in Aleppo

©Zohra Bensemra/reuters

Westliche und arabische Staaten befürchten eine Katastrophe, Papst Benedikt XVI. sprach am Sonntag von tragischer Gewalt und beschwor die internationale Gemeinschaft, nichts unversucht zu lassen, eine politische Lösung zu erreichen. Seit dem Wochenende tobt die Schlacht um Aleppo. Kampfhubschrauber dröhnten im Tiefflug über die Dächer. MiG-Düsenjäger operierten am Himmel über der syrischen Wirtschaftsmetropole, in der 2,5 Millionen Menschen leben.

Es gebe "viele Opfer" unter der Zivilbevölkerung vor allem wegen der Luftangriffe, berichtete ein Rebellenkommandant einem AFP-Reporter. Er forderte das westliche Militär auf, eine Flugverbotszone zu errichten. Ununterbrochen beschossen die aufmarschierten Truppen des Regimes nach Angaben von Menschenrechtlern die südwestlichen Bezirke Salah al-Din, Hamdaniya und Saif al-Dawla mit Artillerie. Auch im nordwestlichen Bezirk Skahur waren schwere Explosionen zu hören, während sich die Soldaten in den Straßen nach erbitterten Gefechten mit den Rebellen am Sonntag für einige Stunden zurückzogen. Inzwischen haben die Kämpfe offenbar auch das historische Stadtzentrum erfasst, das zum Unesco-Weltkulturerbe gehört.

Am Sonntag gelang es den Aufständischen, in der Kleinstadt Al-Bab nahe Aleppo die örtliche Zentrale des Militärgeheimdienstes zu erobern und ein Dutzend Verhörbeamte und Folterer festzunehmen.

Das Assad-Regime gab sich für Aleppo siegesgewiss. In der Hauptstadt Damaskus seien die Rebellen in weniger als einer Woche geschlagen worden, sagte Außenminister Walid Mualem bei einem Besuch im Iran. Das gleiche werde den Aufständischen auch in der Wirtschaftsmetropole Aleppo widerfahren.

Der Chef des Syrischen Nationalrates (SNC), Abdel Basset Sayda, richtete in Abu Dhabi einen dramatischen Appell an die arabischen Staaten, den Rebellen mehr schwere Waffen gegen Panzer und Kampfflugzeuge zu liefern. Präsident Baschar al-Assad müsse wegen der Massaker vor Gericht gestellt werden und dürfe in keinem

Kämpfe erreichen das Zentrum von Aleppo Zahlreiche Bewohner der syrischen Handelsmetropole werden Opfer von Luftangriffen des Militärs. Jordanien eröffnet derwe....

Land Asyl erhalten, forderte er. Nach Saydas Worten braucht die Freie Syrische Armee pro Monat eine Finanzhilfe von rund 120 Millionen Euro, habe aber bisher höchstens ein Zehntel dieser Summe erhalten.

Kein Asyl für Assad in Russland

Russlands Außenminister Sergei Lawrow bestritt jegliche Vereinbarung mit Damaskus, Assad Asyl zu gewähren: "Wir denken noch nicht einmal darüber nach." Sein syrischer Amtskollege Walid al-Muallem reiste am Sonntag in den Iran, dem zweiten engen Verbündeten des Regimes. "Die Rebellen werden hundertprozentig besiegt", sagte er auf einer Pressekonferenz in Teheran. Informationsminister Omran al-Zoebe behauptete im Staatsfernsehen, man habe die volle Feuerkraft noch nicht einmal ansatzweise eingesetzt: "92 Prozent der Streitkräfte sind nach wie vor in ihren Kasernen." Die Regimezeitung *Al-Watan* sekundierte, die Armee habe in Aleppo "eine sehr delikate Operation begonnen, um den Terror auszurotten, die Herrschaft des Rechts wieder herzustellen und die Bewohner aus den Händen der Terroristen zu befreien".

Der Exodus von Flüchtlingen aus Syrien hält an: Zwischen 1.000 und 2.000 kommen jeden Tag nach Jordanien, das am Wochenende ein Zeltlager mit einer Kapazität von 110.000 Plätzen in Betrieb nahm. Algerien meldete die Aufnahme von 12.000 Flüchtlingen, ähnlich viele haben auch in Ägypten Zuflucht gefunden. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ließen sich bisher rund 120.000 Syrer in den Nachbarländern Libanon, Irak, Türkei und Jordanien offiziell registrieren. Die wirkliche Zahl der ins Ausland Geflohenen jedoch dürfte inzwischen bei über 500.000 liegen. Im Inneren Syriens irren weitere 1,5 Millionen Menschen herum, die durch die Kämpfe ihr Dach über dem Kopf verloren haben.

Kurden wollen Regionalregierung in Nordsyrien einsetzen

In den von den Regimetruppen verlassenen Kurdengebieten im Nordosten und Osten Syriens setzt sich die in der Türkei aktive Kurden-Guerilla PKK fest. Offenbar will die von der PKK geführte syrische Kurden-Miliz PYD zusammen mit anderen kurdischen Gruppen und im Einverständnis mit der Führung um Assad einen Kurdenstaat in Nordsyrien schaffen. Im Grenzort Al-Kamischli werde eine "Regionalregierung von Nordsyrien-Kurdistan" eingesetzt, sagte der Präsident der syrisch-kurdischen Nationalversammlung, Scherkoh Abbas, dem *Focus*.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu sagte, man werde die "Bildung terroristischer Strukturen an unserer Grenze" nicht zulassen. Egal, ob es sich um Al Kaida oder die PKK handele, die Regierung werde alle Maßnahmen treffen, um dies zu verhindern. Davutoglu relativierte zugleich Äußerungen von Regierungschef Recep Tayyip Erdogan, der mit einem Militäreinsatz gegen PKK-Rebellen gedroht hatte: Nicht der gesamte Norden Syriens werde von der PKK kontrolliert, doch werde die Gefahr ernst genommen, selbst wenn sie "nur ein Prozent" ausmache. Erdogan hatte gesagt, der syrische Präsident Baschar al-Assad habe fünf Grenzgebiete Kämpfern der PKK und ihres syrischen Arms "anvertraut".

Load-Date: July 30, 2012

Zu Hause im Süden; Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN SPEZIAL FOTOGRAFIE; Zu Hause im Süden; S. 34-43; Ausg. 38

Length: 1039 words

Byline: ANNABEL WAHBA

Milena Carstens

Body

Milena Carstens

Annabel Wahba

»Der Besuch des Flüchtlingslagers in Würzburg hat mich fast mehr berührt als der in Dachau« (XXX)

Herr van Agtmael, Sie sind Amerikaner. War dies Ihre erste Deutschlandreise?

Nein, ich war schon öfter hier. Mein Vater ist Niederländer, und sein Bruder zog in den siebziger Jahren nach Stuttgart. Das ist auch einer der Gründe, weshalb ich mir den Süden Deutschlands zum Fotografieren ausgesucht habe.

Ihre Mutter ist Jüdin, hat das für Sie bei diesem Projekt eine Rolle gespielt?

Ja, deswegen bin ich auch nach Dachau gefahren. Ich hatte vorher nie ein Konzentrationslager besucht. Ich wollte das aber auch deshalb sehen, weil es ein ganz wichtiger Teil von unserer aller Geschichte ist. Ich arbeite schon lange in Konfliktzonen und habe dabei erlebt, wie leicht Machtbesessene unmenschliche Verbrechen begehen. Das ist sicher nicht spezifisch deutsch. Ich würde sagen, ich misstraue mittlerweile der gesamten Erdbevölkerung.

Wurde in Ihrer Familie viel über den Holocaust gesprochen?

Wir haben keine Verwandten im Holocaust verloren, ich hatte also nicht den direkten Einfluss durch Erzählungen meiner Großeltern, wie es bei vielen meiner Freunde der Fall war. Mein Vater ist katholisch, und die Familie meiner Mutter ist in den zwanziger Jahren aus Russland in die USA eingewandert. Wenn man der Enkel von

Zu Hause im Süden Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

Überlebenden ist, ist der Holocaust ganz anders in der Familiengeschichte verwurzelt. Ich habe vor allem im Hebräischunterricht vom Holocaust erfahren. Als ich die ersten Bilder sah, war ich noch sehr jung, etwa zehn Jahre alt. In diesem Alter hält man das fast nicht aus, ich konnte diese Bilder sehr lange nicht ansehen. In Dachau hatte ich dann merkwürdigerweise das Gefühl, ich wäre schon oft dort gewesen. Wenn du von Kindheit an konfrontiert bist mit dieser Geschichte, bist du letztlich gar nicht mehr so schockiert, wenn du dann wirklich selber an diesem Ort bist. Natürlich habe ich den besonderen Geist gespürt, den allgegenwärtigen Tod. Trotzdem muss ich sagen, dass mich der Besuch des Flüchtlingslagers in Würzburg fast mehr berührt hat als der in Dachau.

Warum?

Weil es ein aktuelles Problem ist. Ich habe die US-Kriege aus der Perspektive der USA fotografiert, im Irak, in Afghanistan. Und nun fange ich an, die Folgen des Krieges zu fotografieren. Ich wollte sehen, wie die Afghanen und Iraker in der Diaspora leben.

Waren Sie überrascht, dass die Flüchtlinge hier jahrelang leben ohne Aufenthaltsstatus und ohne Gewissheit, wie es mit ihnen weitergeht?

Das hat mich nicht wirklich überrascht, es ist kein Geheimnis, wie mit Migrant*innen umgegangen wird, besonders wenn sie keine besondere Qualifikation oder Ausbildung haben. Sogar wenn du eine gute Ausbildung hast, ist es kompliziert. Meine Freundin zum Beispiel ist Italienerin, und wir haben gerade versucht, für sie ein Visum für die USA zu bekommen, mit dem sie auch arbeiten darf. Das war äußerst schwierig, obwohl sie eine sehr erfolgreiche Fotografin ist.

Sie haben Geschichte studiert, ein Fach, bei dem man die meiste Zeit in geschlossenen Räumen über dicken Büchern verbringt. Wie kam es, dass Sie Fotograf wurden?

Genau aus diesem Grund: Ich habe früh gemerkt, dass das nicht meinem Naturell entspricht. Journalismus war für mich der Weg, Geschichte in dem Moment zu erleben, in dem sie passiert. Besonders prägend war für mich 9/11, da wusste ich, was ich in meinem Leben machen will.

Ist es der Adrenalinkick, nach dem Sie suchen, wenn Sie in Kriegsgebiete reisen?

Nein - andererseits: Vielleicht spielt er eine gewisse Rolle. Ich denke, es hat schon etwas Verführerisches für jeden, der in diese Gegenden fährt. Bei den einen mehr, bei den anderen weniger. Ich spüre ihn auch, das kann ich nicht leugnen. Es wird viel darüber geschrieben, aber letztlich kann man nicht wirklich sagen, warum man als Fotograf in diese Regionen fährt, was einen antreibt. Was mich auf solchen Reisen stark belastet, ist, Menschen sterben zu sehen. Das vergisst man nicht. Wenn man diesen Beruf für längere Zeit machen will, muss man sich Zeit geben, die Erlebnisse zu verarbeiten.

Sie haben einmal gesagt, dass Sie als Kind Soldat werden wollten.

Mein Großvater mütterlicherseits war Soldat im Zweiten Weltkrieg, und ich wollte früher immer so sein wie er. Aber die furchtbaren Bilder vom Krieg, die ich gesehen habe, als ich jung war, haben bewirkt, dass ich an so etwas keine Mitschuld tragen möchte. Das ist wahrscheinlich genau der Grund, weswegen ich nicht Soldat geworden bin, sondern ein Fotograf, der in Kriegsgebieten arbeitet.

Sie waren häufig mit der US-Armee unterwegs, also »embedded«, wie man das nennt. Wie denken Sie heute über Soldaten?

Wenn jemand nach über zehn Jahren Krieg mit allen Konsequenzen und den heute bekannten Fakten immer noch freiwillig zum Militär geht oder deshalb Soldat wird, um zu kämpfen, dann verspüre ich dafür nicht viel Sympathie. Ich glaube, in Amerika gehen die Leute mit dem Thema Krieg eher locker um, aber wenn der Krieg und die Folgen dann in Form von Bildern zu Hause ankommen, reagieren sie sehr emotional. In Deutschland ist das anders, auch die Darstellung des Krieges in den Medien. Ich habe nie Bilder von toten deutschen Soldaten gesehen, auch nie von verwundeten oder kämpfenden Soldaten. Die große Enttäuschung für mich ist allerdings,

Zu Hause im Süden Peter van Agtmael reiste von Verwandten in Stuttgart zu Bayerns größtem Flüchtlingslager

dass die Fotos in Amerika nicht wirklich etwas verändert haben. Ich hatte gehofft, meine Bilder hätten mehr Einfluss auf die Kriege der USA, als sie es haben.

Von Milena Carstens und Annabel Wahba

Paar beim Spaziergang in Frankfurt am Main

Demonstration in Frankfurt/Main für einen in der Türkei erschossenen Journalisten

Lehrstunde in Kapitalismus: Klassenausflug an die Frankfurter Börse

Wahlheimat I: Die deutsch-niederländische Familie des Fotografen in Stuttgart

Wahlheimat II: Zwei Männer unweit des Stuttgarter Bahnhofs

Khyber Dianat, 26, floh aus Afghanistan und lebt in Bayerns größtem Flüchtlingslager in Würzburg

Ashgar Hassanzadeh, 34, Tochter Mobna, 3, aus Afghanistan. Die Entscheidung, ob sie bleiben dürfen, kann Jahre dauern

Dachau 2013: Besucherin beim Verlassen der ehemaligen Gaskammer

Load-Date: April 5, 2022

End of Document

Idee-Förderpreis

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: TIPPS UND TERMINE; S. 75; Ausg. 9

Length: 219 words

Body

Der mit 50000 Euro dotierte Darboven Idee-Förderpreis richtet sich an Frauen, "die ihre innovativen und zukunftsorientierten Geschäftsideen mit Tatkraft und Ausdauer verwirklichen wollen, um sich dauerhaft eine Existenz als Unternehmerin aufzubauen". Bis zum 31. Juli können sich Existenzgründerinnen und Jungunternehmerinnen bewerben, die nicht länger als drei Jahre selbstständig sind. Insbesondere Bewerbungen aus dem sozialen Bereich sowie von Gründerinnen mit Migrationshintergrund werden gerne gesehen. Der zweite Preis ist mit 10000 Euro dotiert, der dritte mit 5000 Euro. www.darboven.com

Promotion in Linguistik

Im Linguistischen Internationalen Promotionsprogramm (LIPP) an der Uni München lehren Hochschuldozenten aus zwölf Disziplinen. In dem Promotionsstudiengang soll dadurch die internationale Zusammenarbeit gestärkt und wissenschaftliche Mehrsprachigkeit gefördert werden. Gegenstände möglicher Promotionen sind allgemein sprachwissenschaftliche, vergleichende und einzelsprachbezogene Fragen, Diskurse und Texte in ihren institutionellen Zusammenhängen sowie gesellschaftliche Wirkungsbezüge von Sprache. LIPP richtet sich an hoch qualifizierte Studenten aus dem In- und Ausland. Bewerbungen für das sechssemestrige Programm zum Start im Wintersemester sind bis zum 15. Juni möglich. www.lipp-lmu.de

Load-Date: February 21, 2013

Eine Schule lernt dazu; Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb - sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. Februar 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: DER STURM AUFS GYMNASIUM; S. 81-82; Ausg. 8

Length: 3115 words

Byline: Martin Spiewak

Highlight: Ein dramatischer Wandel hat die Lieblingsschule der Deutschen erfasst: Aus einer Elite-Institution wurde ein Massenbetrieb. Heute ist mehr als jeder dritte Achtklässler Gymnasiast. Leidet darunter das Leistungsniveau? Was heißt das für den Unterricht? Und brauchen wir überhaupt so viele Abiturienten? Dem gehen wir auf den kommenden Seiten nach. Die Bilder des Fotografen Andre Zelck zeigen Szenen aus dem Ricarda-Huch-Gymnasium in Gelsenkirchen

Body

Wer am Ricarda-Huch-Gymnasium in Gelsenkirchen zu unterrichten beginnt, den erwartet eine außergewöhnliche Fortbildung. In einem speziellen Seminar lernen neue Lehrer hier, weshalb einige muslimische Mädchen Kopftuch tragen und andere nicht. Sie erfahren, was Machosprüche pubertierender Migrantenschüler mit dem Islam zu tun haben oder wie man reagiert, wenn ein Vater einen als Rassisten beschimpft, weil man seinem Sohn eine Fünf gegeben hat.

Der Kurs, eine Art kleine Islamkunde für Gymnasiallehrer, gehört zu den neuesten Initiativen, mit denen sich die Schule auf ihre Klientel einstellt. "Türkenschule" nennen manche in Gelsenkirchen das Ricarda-Huch-Gymnasium (RHG). Die Lehrer selbst sprechen lieber von einer "deutschen internationalen Schule". Rund 40 Prozent der 850 Schüler des Gymnasiums haben eine Einwanderungsgeschichte. Wer in der großen Pause auf dem Schulhof herumfragt, kommt auf 28 Herkunftsländer.

Am Ricarda-Huch-Gymnasium steht neben Englisch und Latein als Wahlfach auch Türkisch auf dem Stundenplan. Wer in Deutsch Defizite zeigt, muss in der fünften und sechsten Klasse Sprachkurse belegen. Ein "Gütesiegel für individuelle Förderung" zeugt von dem Bemühen der Lehrer, starken wie schwachen Schülern gerecht zu werden. "Wir geben niemanden verloren und nehmen die Schüler, wie sie sind", sagt die Rektorin Ursula Klee.

Informationsabende auf Türkisch, verpflichtende Sprachförderung, ein Unterricht im Ganztagsbetrieb - das kennen viele Schulen im Ruhrgebiet wie anderswo. An Gymnasien jedoch sind diese Phänomene bis heute eine Ausnahme. Denn das Gymnasium gilt vielen Eltern, Lehrern und Politikern als Bastion gegen den Leistungsverfall und Festung gegen flüchtige Reformmoden. Vor mehr als 200 Jahren von Wilhelm von Humboldt in seinem klassischen Zuschnitt gegründet, hat es seine Rolle als Leitinstitution des Bildungswesens bis heute bewahren

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb - sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

können. Mit dem Gymnasium verbinden die Deutschen traditionell ihre zentralen Tugenden: Fleiß, Ordnung und Aufstiegswillen, vor allem aber Beständigkeit.

Lange Zeit schien das Gymnasium allen Stürmen der Zeit zu trotzen. Doch nun sieht sich die beliebteste Schule der Deutschen mit grundlegenden Veränderungen konfrontiert. Das nationale Monument wankt. Es wird einer neuen Schülerklientel und neuen pädagogischen Ideen ausgesetzt, es wird erschüttert von den großen Umbrüchen in der deutschen Bildungslandschaft: Der Rückgang der Geburtenzahlen trifft alle Schulformen. Auch Gymnasien müssen in Zukunft stärker um die Gunst der Eltern werben. Nur wenn sie sich neuen Schülern öffnen, lässt sich die Gefahr eines Stellenabbaus oder gar einer Schließung bannen. Schon jetzt ist zu beobachten, dass der Anteil der Schulwechsler und Sitzenbleiber trotz steigender Gymnasialquote sinkt. In Nordrhein-Westfalen etwa sank die Wiederholerquote seit 2002 um mehr als die Hälfte. Zum einen weil die Politik Druck macht, sich besser um die schwächeren Schüler zu kümmern. Zum anderen weil "der demografische Druck flexibel macht", wie der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein sagt. Dennoch schaffen bislang nur wenige Schüler mit Zuwanderungsgeschichte den Sprung aufs Gymnasium, im bevölkerungsbunten Nordrhein-Westfalen sind es 14 Prozent.

Dabei verfügt heute jedes dritte Kind in einer Kita über einen sogenannten Migrationshintergrund, in Großstädten wie Frankfurt, Bremen oder Stuttgart gar jedes zweite. Noch können Oberstudiendirektoren auf Informationsveranstaltungen bei vielen bürgerlichen Eltern mit einer niedrigen Migrantenquote punkten. Doch die Zeit der Monokultur im Klassenraum geht auch auf dem Gymnasium zu Ende.

Das Gleiche gilt für die Integration von Schülern mit einer Behinderung. Vor drei Jahren trat auch hierzulande die UN-Konvention in Kraft, nach der behinderte Schüler das Recht haben, zusammen mit ihren nicht behinderten Alterskollegen unterrichtet zu werden. Eine Ausnahmeregelung für deutsche Gymnasien gibt es in dem internationalen Dokument selbstverständlich nicht.

Vor die größte Herausforderung jedoch stellt viele Gymnasien ihre Beliebtheit, allem demografischen Druck zum Trotz. Denn ginge es nach den deutschen Eltern, würde einer Umfrage des Allensbach-Instituts vom vergangenen Jahr zufolge mehr als die Hälfte aller Kinder nach Klasse vier aufs Gymnasium wechseln. Die Übergangsquote in traditionellen Universitätsstädten hat diese Zahlen bereits hinter sich gelassen, in Heidelberg etwa liegt sie bei 65,5 Prozent. Aus einem Exklusiv-Etablissement wird ein Massenbetrieb - mit aller Vielfalt und den vielen Gegensätzen, die Deutschlands Schullandschaft prägen.

Deshalb ist ein Besuch beim Ricarda-Huch-Gymnasium am Rande der Gelsenkirchener Altstadt so etwas wie ein Blick in die Zukunft der neuen höheren Volksschule. Kinder aus Akademikerfamilien findet man hier vergleichsweise selten. Jeder sechste Schüler am RHG stammt aus einem Hartz-IV-Haushalt, und Türkisch ist nach Deutsch die zweite Sprache auf den Fluren.

In Raum 302 ist sie am heutigen Freitagvormittag sogar die erste. Hier treffen sich 24 Oberstufenschüler zum Leistungskurs Türkisch. Funda und Ebru halten ein Referat zum Ausländerbild in der deutschen Öffentlichkeit. Man muss die Sprache nicht können, um zu verstehen, worum es geht. Ein Herr mit grauem Schnauzer, die Arme in Mir-kann-keiner-was-Haltung gekreuzt, schaut grimmig von der elektronischen Tafel herunter. Die meisten ihrer Mitschüler - die Jungen tragen kurz getrimmte Haare, die meisten Mädchen Kopftuch - weisen Thilo Sarrazins Thesen empört zurück. Sind diese Schüler doch der lebende Gegenbeweis zum angeblich fehlenden Bildungsehrgeiz "orientalischer Einwanderer". Der eine oder andere pflichtet dem Provokateur aus Berlin aber auch bei. ("Natürlich schotten Türken sich ab.") Und auch der Lehrer Hakan Taner will keine Opferpose unter den Migrantenjugendlichen dulden und fragt sie schon einmal provokant: "Was macht ihr denn, um euch zu integrieren?"

Der 36-Jährige hat - nach einem Umweg über die Hauptschule - selbst in diesen Räumen Abitur gemacht. Jetzt ist er einer von zehn Lehrern mit Migrationshintergrund am Ricarda-Huch-Gymnasium. Die ersten Kinder türkischer Gastarbeiter kamen schon Mitte der achtziger Jahre auf die Schule, anfangs wurden sie noch in Spezialklassen

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb - sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

ausgesondert. Schon damals gab es regulären Türkischunterricht, wenn auch noch nicht als Leistungskurs. "Wir geben unseren Schülern eine Chance, die sie woanders nicht haben", sagt Hakan Taner.

Die Lehrer an den Grundschulen in Gelsenkirchen wissen das. Sie raten bildungsbewussten Migranten, es doch am RHG zu versuchen, selbst wenn ihr Kind "den" und "dem" verwechselt oder mal einen Artikel falsch sagt. Das Abitur, das wie überall in Nordrhein-Westfalen von den Kultusbehörden zentral nach den gleichen Standards abgenommen wird, schaffen am Ende dennoch die allermeisten, auch von den Migrantenschülern. Eine Integrationsleistung, auf die Rektorin Klee stolz ist: "Das Größte ist für mich, wenn ich einem Schüler, der nur mit eingeschränkter Gymnasialempfehlung zu uns kam, das Abiturzeugnis übergebe."

Ohne besondere Anstrengungen seitens ihrer Kollegen gelingt das nicht. Auf korrektes und variantenreiches Sprechen wird nicht nur im Deutschunterricht Wert gelegt. Auch die Mathe- oder Physiklehrer erklären wenig gebräuchliche Wörter und fordern ihre Schüler dazu auf, in ganzen Sätzen zu antworten. Dass in ihren Aufgaben nicht nur Namen wie Lukas oder Lena vorkommen, sondern ebenso Lew oder Levent, ist für die meisten selbstverständlich.

Die Mühe zahlt sich aus. Denn was lange Zeit als Belastung galt, entpuppt sich mittlerweile als Trumpf: Während die anderen Gymnasien der Ruhrstadt wegen schwindender Schülerzahlen um ihre Existenz bangen, verzeichnet das RHG steigende Anmeldezahlen. Der Weg dorthin war steinig. Als das Ricarda vor Jahren damit begann, seinen Unterricht umzustellen, suchte es vergeblich nach Vorbildern innerhalb seiner Schulform. "Das meiste haben wir uns bei Gesamtschulen abgeschaut", sagt Ursula Klees Stellvertreter, Gerhard Blume-Muntenbeck.

Von einer Gesamtschule lernen? Ein Gymnasiallehrer beißt sich gewöhnlich lieber auf die Zunge, als einen solchen Satz zu sagen. Der Berufsstand der "höheren Lehrer" (Philologen) sieht sich gern selbst als Vorbild für andere und seine Schule als krönenden Abschluss jeder historischen Schulentwicklung. "Völker, die kein Gymnasium haben, zählen nicht", schrieb der Pädagoge Gustav Thaulow Mitte des 19. Jahrhunderts. Später scheiterten alle Strukturreformen, welche an seiner besonderen Stellung rütteln wollten. Weder den Bildungserneuerern der Weimarer Republik noch den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es, die Kinder nach der vierten Klasse wie weltweit meist üblich auf eine gemeinsame Schule zu schicken.

Bis heute gilt: Wer sich am Gymnasium vergreift, verliert. Zuletzt mussten diese Erfahrung Christdemokraten und Grüne in Hamburg machen. Der schwarz-grüne Senat wollte die fünfte und sechste Klasse einer verlängerten Grundschule zuschlagen. Doch obwohl sämtliche politisch relevanten Kräfte der Hansestadt - von den Parteien über die Kirchen hin zu den Gewerkschaften - das Projekt unterstützten, sagten die Bürger in einer Volksabstimmung im Jahr 2010 deutlich Nein.

Die Hamburger Lektion haben Schulpolitiker in allen Bundesländern verinnerlicht. Werden verschiedene Schulformen in Berlin, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen zusammengelegt - zu Sekundarschulen, Regionalschulen oder Oberschulen - , bleibt das Gymnasium außen vor. Und wo linke Landesregierungen wie in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg das längere gemeinsame Lernen propagieren, setzen sie auf das Prinzip Freiwilligkeit: Gymnasien können sich den neuen Gemeinschaftsschulen anschließen, wenn sie möchten. In der Regel möchten sie nicht. Sie wollen lieber in Ruhe gelassen werden.

"Das Gymnasium war niemals die Speerspitze der Innovation", sagt Wilfried Bos, empirischer Bildungsforscher an der TU Dortmund, und schickt ein "zurückhaltend formuliert" hinterher. Die Aversion gegen notwendige Veränderungen schlägt sich bis heute nieder, etwa in der Liste der Träger des Deutschen Schulpreises: Seit 2006 hat die Jury 32 Schulen ausgezeichnet, darunter aber nur fünf Gymnasien. Schauen sich Eltern heute den Unterricht in der Grundschule an, erkennen sie das Lernen ihrer eigenen Kindheit kaum wieder. Erstklässler laufen in der Klasse herum. Während der eine grad mal die Buchstaben seines Namens krakeln kann, verfasst der Tischnachbar schon eine kleine Geschichte. Beim Blick in ein Gymnasium hingegen kommt dem Besucher vieles doch sehr bekannt vor.

So hat die Schulinspektion in Nordrhein-Westfalen bei ihren Unterrichtsbesuchen festgestellt, dass am Gymnasium in knapp 60 Prozent der Stunden die Lehrer ihre Klassen im Frontalunterricht mit Stoff versorgen oder Wissen

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb - sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

abfragen - doppelt oder fast dreimal so häufig wie ihre Kollegen an der Real- oder Hauptschule. Alternativen zum klassischen Unterrichtsmodell - gar solche, die verschiedene Leistungsstufen mithilfe individueller Aufgaben berücksichtigen - finden die Schulprüfer selten. "Die verschiedenen Anstöße für eine Reform von Curriculum und Lehrmethoden haben die Arbeit im Gymnasium nur in homöopathischen Dosen erreicht", sagt der Tübinger Schulforscher und Gymnasialexperte Ulrich Trautwein.

Dabei gibt es längst nicht mehr das klassische Gymnasium oder den typischen Gymnasiasten. Neben humanistischen Traditionsanstalten haben die Eltern die Wahl zwischen Schulen mit naturwissenschaftlichem oder technischem, musischem oder neusprachlichem Profil. Während einige Schulen in der Oberstufe auf Universitätsniveau unterrichten können, kämpfen andere mit dem gymnasialen Mindeststandard. Ebenso breit und bunt ist das innere Leistungsspektrum. Zwar gab es schon immer Warnungen vor "Niveauverlust" und Klagen über "Vermassung". Noch niemals jedoch dürfte die Lernspanne so groß gewesen sein wie heute. Unterschiede von bis zu drei Schuljahren fänden sich in manchen Gymnasialklassen, sagt Stephan Hußmann, Mathematikdidaktiker an der Universität Dortmund.

Für die Schulleiterin Ursula Klee prallen die unterschiedlichen Bilder gymnasialer Wirklichkeit immer wieder beim Abendessen aufeinander: Ihr Mann leitet ein Traditionsgymnasium in Recklinghausen mit 600-jähriger Geschichte und eigener Schulkirche. Statt Türkisch lernt man dort Altgriechisch. Zur Klassenfahrt geht es in die Skiferien ("Eigenbeitrag 420 Euro"). Der Förderverein der Schule sammelt jährlich zehnmal mehr Geld als der am RHG. Dafür muss Ursula Klee nicht wie ihr Mann mit Anwälten kämpfen, die für die Schüler bessere Noten erstreiten - oder mit Studienräten, die kaum bereit sind, sich einem neuen Unterricht zu öffnen.

Solche Haltungen sind nach wie vor verbreitet. 2009 analysierten Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin den Leistungsfortschritt von Fünft- und Sechstklässlern an Berliner Spitzengymnasien. Ihr besorgniserregender Befund: Es sei fraglich, "ob die Gymnasien die Förderung der Lesekompetenz als akademische Aufgabe aller Fächer bislang überhaupt entdeckt haben". Geht es nach der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, ist das auch gar nicht nötig. Die Interessenvereinigung der deutschen Gymnasialrektoren versteht die ehemalige Gelehrtenschule weiterhin als Elite-Einrichtung für eine kleine Minderheit. So jedenfalls steht es in ihrer Erklärung aus dem Jahr 2009. Ein zukünftiger Gymnasiast soll danach nicht nur eine "rasche Auffassungsgabe" zeigen. Auch die "Fähigkeit zum wissenschaftsorientierten Denken" und die Einsicht in die "Zweckfreiheit ihres Lernens zur Ausbildung des Humanen" sollen die in der Regel zehnjährigen Jungen und Mädchen bereits aus der Grundschule mitbringen.

Hinter solchen Maximalanforderungen versteckt sich die Sehnsucht nach dem Gymnasium der fünfziger Jahre. Doch auch den Lehrern an der Ricarda-Huch-Schule fällt es nicht leicht, die klassischen Routinen im Unterricht zu durchbrechen. Wie an jedem Gymnasium sind die Lehrer hier von ihrer Ausbildung zum Fachlehrer geprägt. Grundschullehrer unterrichten Kinder, Gymnasiallehrer Fächer, lautet ein böser Spruch in der Pädagogenszene. Um neue didaktische Wege zu ebnen, ersetzte die Schule Einzel- durch Doppelstunden. "Kein Lehrer schafft es, 90 Minuten frontal zu unterrichten", sagt Schulleiterin Klee. "Schon aus Selbstschutz muss er die Schüler mehr machen lassen."

Als noch wichtiger erwies sich der Übergang zur verpflichtenden Ganztagschule. Wegen der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre (G8) dauert der Unterricht an vielen Tagen jetzt bis zum Nachmittag. Die Herkunft ihrer Schüler lieferte den Lehrern dafür einen weiteren Grund: Für einige von ihnen sei jede Stunde, die diese nicht zu Hause oder auf der Straße verbringen, ein Gewinn, meint die Rektorin Ursula Klee.

Mit 30 anderen Gymnasien in Nordrhein-Westfalen erprobt das RHG mit dem Programm "Ganz In" nun Modelle für den Ganztagsbetrieb an Gymnasien. Übungszeiten in der Schule ersetzen Hausaufgaben. Spezielle Stunden, sogenannte Förderbänder, richten sich eigens an starke und schwächere Schüler. Die Lehrer erarbeiten im Team Aufgaben mit unterschiedlichen Lernansprüchen. Trotz hoher Fördergelder der Stiftung Mercator erweist sich das Vorhaben als mühsam. Die Wissenschaftler beklagen eine "partielle Reformresistenz" der Gymnasien, den Lehrern wiederum fehlen praktische Rezepte und konkrete Unterrichtsmodelle. Die Anstrengungen jedoch lohnen sich,

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb - sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

glaubt Programmleiter Wilfried Bos, denn "langfristig werden viele, wahrscheinlich alle Gymnasien zu Ganztagschulen werden".

Ohne Konflikte wird das nicht gehen: mit Kommunen, die für den Umbau kein Geld haben; mit Lehrern, die nicht mehr Zeit in der Schule verbringen wollen und Eltern, die ihre Kinder am Nachmittag lieber zu Hause sehen oder beim Geigenunterricht.

Ursula Klee plagt keines dieser Probleme. Ihre Schule ist nach 20 Jahren endlich komplett renoviert worden. Es gibt Arbeitszimmer für die Lehrer, eine riesige Bibliothek und eine Cafeteria, in der Schüler bis zum späten Nachmittag auf breiten Sofas chillen können. Damit mehr bildungsbürgerliche Eltern ihre Kinder aufs Ricarda-Huch-Gymnasium schicken, bietet die Schule jährlich jeweils eine Musikklassse an. Doch für die Zukunft wünscht sich Ursula Klee, dass sich auch die anderen Gymnasien der Stadt für die neue Klientel öffnen. Denn irgendwo ist da doch die Angst, auf Dauer zur reinen Migrantenschule zu werden.

16. Jh. Schulen, die Latein und Griechisch unterrichten, werden Gymnasien genannt

1809 Wilhelm von Humboldt formuliert die Mensch- und Charakterbildung als anzustrebendes Ideal für alle Schüler

1834 In Preußen wird das Abitur zur Voraussetzung für ein Studium

1890 Kaiser Wilhelm II. fordert, statt der alten Sprachen Griechisch und Latein mehr Deutsch an Gymnasien zu lehren

1908 Preußen lässt nun auch Mädchen zu Abitur und Studium zu

1920 Mehr als zehn Schultypen führen in der Weimarer Republik zum Abitur. Reformpädagogen werben für eine Einheitsschule mit Kurssystem

1933 Das NS-Regime beschränkt den Besuch der höheren Schulen für Juden. "Leibeserziehung" wird zu einem wichtigen Fach

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb -
sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

1946In der sowjetischen Besatzungszone wird das Gymnasium als Schulform abgeschafft. Das Abitur erreicht
man an der "Erweiterten Oberschule"

1955Nach dem Düsseldorfer Abkommen dürfen alle Schulen, die zum Abi führen, den Titel "Gymnasium" tragen.
Die Reihenfolge der Fremdsprachen wird neu festgelegt

1960Der Rohrstock verschwindet nach und nach aus den Klassenzimmern. Die Prügelstrafe wird abgeschafft

1969Die Kultusministerkonferenz beschließt, Sexualerziehung in den Lehrplan aufzunehmen

1970Die Koedukation setzt sich durch. Neu gegründete Gymnasien stehen sowohl Jungen als auch Mädchen
offen

1972In der Oberstufe wird ein variables System aus Grund- und Leistungskursen eingeführt, in den kommenden
Jahren wird es weiter verändert

1990Reifezeugnisse der DDR werden nach der Vereinigung anerkannt. Sachsen und Thüringen behalten das
Abitur nach zwölf Jahren

2000Mehr als die Hälfte der Abiturienten in Deutschland sind Frauen: 56%

Eine Schule lernt dazu Türkisch als Leistungskurs, Förderkurse zum Deutschlernen und Ganztagsbetrieb -
sieht so das Gymnasium der Zukunft aus?

2001Das Saarland entscheidet sich als erstes westliches Bundesland für das Abitur nach zwölf Jahren. Damit
beginnt die bundesweite Reform der Gymnasialzeit (G8)

2009Zentrale Abiturprüfungen sind in fast allen Bundesländern die Regel, einzige Ausnahme bleibt Rheinland-
Pfalz. An bundesweiten Abiturstandards wird gearbeitet

2011Das Gymnasium ist so beliebt wie nie zuvor. In Hamburg beispielsweise machen 50,6 Prozent aller
Schulabgänger Abitur

Load-Date: February 16, 2012

Die bunte Uni; Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte könnten bundesweit als Vorbild dienen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Die bunte Uni; S. 72; Ausg. 44

Length: 1905 words

Byline: Christian Heinrich

Body

Das muss ja eine ganz besondere Veranstaltung sein. Schon eine Viertelstunde bevor es losgeht, ist der große Hörsaal in der Universität Duisburg-Essen fast voll. Offenbar will niemand etwas verpassen. Kurz vor Beginn kommt eine Frau herein und eilt an den Sitzreihen vorbei die Treppe nach unten, sie trägt eine grüne Weste, eine große Tasche schwingt ausladend mit ihren schnellen Schritten mit. Die Gespräche im Hörsaal verstummen. Noch etwas außer Atem, tritt die Frau ans Mikrofon: "Ich darf mich kurz vorstellen. Ute Klammer mein Name, ich bin Prorektorin der Universität und verantwortlich für Diversity Management. Ich freue mich ganz besonders, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. Denn was vor uns liegt, ist eine Premiere - und auch ein Experiment." Dann erklärt Klammer, worum es geht: um die vielleicht größte Herausforderung Deutschlands im Bildungsbereich - und darum, wie die Zuhörer mithelfen können, sie zu bewältigen.

Vor allem junge Lehrer und Lehramtsstudenten sind gekommen, darunter viele Migranten. Die meisten von ihnen kennen das Problem, das Klammer anhand einiger Eckdaten skizziert, aus eigener Erfahrung: Von 100 Kindern, deren Eltern selbst studiert haben, nehmen 77 ein Studium auf, während von 100 Kindern, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben, nur 13 den Weg an eine Hochschule finden. Diejenigen aus bildungsfernen Elternhäusern studieren trotz guter Leistungen nur selten. In Deutschland, so fasst Klammer zusammen, sei Bildung noch immer zu stark mit der Herkunft verknüpft. Das zu ändern liege zu einem großen Teil in den Händen der Lehrer.

"Es geht nicht darum, alle Erstsemester ans Händchen zu nehmen"

Umgang mit Heterogenität in Schule und Unterricht, so lautet der Titel der Veranstaltungsreihe, die sie an diesem Herbstmorgen eröffnet. Die Teilnehmer sollen in den nächsten fünf Tagen in Workshops lernen, die Potenziale von Schülern besser zu erkennen - und zu fördern. "Wir wollen jeden von Ihnen fit machen für die Diversität in den Schulen", sagt Ute Klammer und tritt ab, lächelnd.

Diversität. Man könnte auch einfach sagen: Vielfalt. Vielleicht hätten die Zuhörer im Hörsaal dann noch ein konkreteres Bild im Kopf gehabt. Von Erstsemestern mit Eltern, die nicht studiert haben, oder die nicht in

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

Deutschland geboren sind, von Gaststudenten aus dem Ausland, von Behinderten und Menschen, die 40 Jahre alt sind und noch einmal an die Uni gehen, um sich weiterzubilden, von Studierenden mit Kindern. Prorektorin Ute Klammer ist für alle zuständig, seit fünf Jahren. Sie selbst ist auch Bildungsaufsteigerin, ihre Eltern haben beide nicht studiert und auch kein Abitur gemacht.

Es geht ihr nicht nur darum, ein paar Minderheiten zu fördern, damit sie die gleichen Chancen haben wie alle anderen. Der Wandel müsse umfassender sein, sagt sie. "Wir alle müssen mehr Verständnis für die unterschiedlichen Hintergründe und Bedürfnisse von Menschen entwickeln. Deshalb haben wir hier nicht nur einzelne Gruppen, sondern im Grunde alle Mitglieder der Universität im Blick", sagt die Vizerektorin, während sie über den Campus zu ihrem Büro läuft. Das gelingt am besten mit den Mentoring- und Buddyprogrammen, in denen Studenten mit Schülern oder Lehrende mit Studienanfängern zusammengebracht werden, die Bildungsaufsteiger sind, oder mit ausländischen Gaststudenten. "Wir haben jeden unserer fast 40 000 Studenten im Visier", sagt Klammer.

Mit schnellen Schritten eilt die 50-Jährige über den zentralen Platz des Campus in Essen. Buntes Herbstlaub bedeckt den Boden, unter den Bäumen sitzen Studenten mit ihrem Kaffee in der Sonne. Vielfalt ist an der Uni Duisburg-Essen nicht einfach nur ein Schlagwort oder ein Seminarthema, sondern mehr als anderswo ist sie gelebte Wirklichkeit. Durchschnittlich jeder vierte Student, der Ute Klammer auf dem Campus entgegenkommt, hat einen Migrationshintergrund. Mehr als jeder zweite hat Eltern ohne Hochschulerfahrung, ergab eine Befragung der Uni. Bundesweit hingegen haben laut Sozialerhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 57 Prozent der Universitätsstudenten Eltern mit akademischem Abschluss, und nur etwa jeder fünfte hat einen Migrationshintergrund.

"Diese besonderen Gegebenheiten machen unsere Universität auch zu einer Art gesellschaftlichem Labor", sagt Klammer, die selbst Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin ist. Deutschland-, europa- und weltweit werden die Universitäten vielfältiger. Deshalb will man die Vielfalt an der Uni Duisburg-Essen nicht nur moderieren und erleichtern, sondern ihre Dynamik auch erforschen: Was ist wichtig, damit der Einzelne sein Potenzial entfalten kann? Wie lässt sich Chancengleichheit schaffen? Wie kann man die Universität auch für diejenigen Begabten öffnen, die dazu zu Hause keinen Impuls bekommen? "Es kann allerdings nicht darum gehen, alle ans Händchen zu nehmen. Das könnten wir gar nicht stemmen", sagt Klammer. "Es reicht oft schon, sie abzuholen." Mitkommen tun sie dann von selbst.

So wie Özcan Sarikaya, der heute seinen ersten Tag an der Uni hat. Als ihn die Universität Duisburg-Essen vor drei Jahren abholte, war Özcan gerade in die neunte Klasse gekommen. Er hatte sehr gute Noten, aber das hieß für ihn noch lange nicht, dass er Abitur machen würde. Seine Eltern arbeiten unter prekären Verhältnissen. Eigentlich wollte Özcan schnell Geld verdienen, um seine Eltern und die beiden jüngeren Geschwister finanziell unterstützen zu können. Auf Anraten seines Lehrers bewarb er sich trotzdem bei Chance hoch 2, einem Programm, das die Uni für Schüler aus Nichtakademikerfamilien aufgelegt hat. Damit werden sie von der neunten und zehnten Klasse an bis zum Abitur und danach während eines möglichen Studiums begleitet. Özcan wurde genommen und lernte "eine neue Welt" kennen, wie er heute sagt.

Jeweils vier Schüler bekamen einen Studenten zur Seite gestellt als Mentor, mit dem sie sich regelmäßig trafen, auch auf dem Campus. Noch weit vor dem Abitur hatte Özcan mehrere Vorlesungen besucht und sich mithilfe seiner Mentorin ein Bild vom Leben und Lernen als Student gemacht. Dazu bekam er monatlich 50 Euro, die er für Bildung ausgeben musste. "Da kauft man sich eher mal ein Buch, wenn man das Geld eh für nichts anderes verwenden kann", sagt Özcan. Das Wertvollste aber sei für ihn der Zugang zu vielfältigen Informationen und Erlebnissen gewesen. Diesen Sommer hat er zwei Wochen in Istanbul eine Summer School über Türkische Politik und Wirtschaft besucht. "Eine der besten Zeiten meines Lebens bisher. Von dieser Summer School hätte ich ohne das Förderprogramm nie erfahren", sagt Özcan. Jetzt studiert er an der Uni Duisburg-Essen Volkswirtschaftslehre.

Von den 26 Teilnehmern des ersten Jahrgangs nehmen nun 25 ein Studium auf. "Das Programm ist schon jetzt ein voller Erfolg", sagt Ute Klammer. Sie sitzt inzwischen in ihrem Büro im 14. Stock, vor ihr stapeln sich Akten und Fachzeitschriften in mutige Höhen, hinter der großen Fensterfront erstreckt sich Essen. Wie kann sich die Uni das

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

Programm Chance hoch 2 leisten? "Im Grunde gar nicht", sagt Klammer. Finanzieller Förderer ist die Stiftung Mercator, ohne die es nicht zustande gekommen wäre.

Wenn Ute Klammer ein Diversity-Projekt ins Leben rufen will, muss sie sich fast immer um Mittel von außen bemühen. Die meisten Gelder kommen von gemeinnützigen Stiftungen und nicht etwa von Unternehmen, die Fachkräfte suchen. "Das liegt auch daran, dass Diversity noch immer zu oft als Problem gesehen wird und nicht als Chance, was es aber sein kann", sagt Klammer.

Vielfalt ist für die Uni Duisburg-Essen ein Thema, mit dem sie sich profiliert

Bei der Suche nach Geldgebern kommt ihr zugute, dass sie mittlerweile eine gewisse Bekanntheit hat, sie war 2008 die erste Prorektorin in Deutschland für Diversity Management. Heute haben auch andere Unis in der Leitung Verantwortliche für Diversity, darunter etwa Bremen und die TU München, doch beide jeweils mit anderen Schwerpunkten. Klammer ist auch noch Professorin für Sozialpolitik und betreut Promovierende, aber ihr Amt als Prorektorin nimmt mittlerweile den Hauptteil ihrer Zeit ein. Auch weil der Plan des Rektors Ulrich Radtke aufgegangen ist: Vielfalt ist für die Universität Duisburg-Essen ein Feld geworden, in dem sie sich profiliert. So wie andere Hochschulen mit Forschungsexzellenz werben oder mit guten Kontakten zu Unternehmen, so steht die Uni im Ruhrgebiet für mehr Chancengerechtigkeit. Kürzlich konnte Klammer den Deutschen Diversity-Preis entgegennehmen, für das Programm ProSalamander, mit dem die Universitäten Duisburg-Essen und Regensburg, mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator, die Nachqualifizierung ausländischer Akademiker fördern.

Wie wichtig solche Projekte in einer von Migration durchdrungenen Welt sind, zeigt die Geschichte von Rossana Szalaty. Sie sitzt auf dem Essener Campus im Café des Studierendenzentrums "Die Brücke". Ihr Deutsch ist, abgesehen von einem starken Akzent, so flüssig wie das einer Muttersprachlerin. In Brasilien hat die heute 38-Jährige Jura studiert und in einer größeren Bank eine Abteilung mit mehr als 20 Mitarbeitern geleitet, bevor sie 2006 der Liebe wegen nach Deutschland kam. Den Integrationskurs schloss sie mit Bestnote ab, insgesamt ein Jahr lang lernte sie Deutsch. Danach ging sie zum Arbeitsamt. Das Jurastudium und ihre achtjährige Berufserfahrung bei einer brasilianischen Bank wurden nicht anerkannt; sie solle eine Ausbildung machen, anders sei sie nicht vermittelbar. "Ich hatte das Gefühl, dieser Beamte hatte seine Schubladen, ich habe in keine reingepasst, und dann hat er mich gleich aufgegeben. Er hatte null Bereitschaft, sich auf mich und meine Ausbildung einzustellen", erzählt Rossana Szalaty.

Sie machte eine Ausbildung zur Wirtschaftsfachwirtin, dreimal pro Woche ging sie zur Abendschule, nebenbei arbeitete die ehemalige Abteilungsleiterin bei einem Discounter an der Kasse. Aber auch mit der Ausbildung bekam sie keine Stelle. Das Stipendium von ProSalamander ermöglicht es ihr nun, mit einer monatlichen Förderung von 600 Euro noch einmal an der Universität zu studieren. Daneben bekommt sie fachsprachliche Unterstützung und Kontakte zu Unternehmen. Sie ist jetzt wieder optimistischer, auch in Deutschland etwas zu erreichen. Zwei Semester Betriebswirtschaftslehre liegen bereits hinter ihr, zwei weitere Semester wurden ihr anerkannt wegen ihrer Ausbildung. "Ich hatte meinen Glauben an mich schon fast verloren", sagt sie.

Ute Klammer hat Rossana Szalaty im Laufe des Programms mehrfach getroffen. Es sind Lebensläufe wie die von Szalaty, an denen sie sieht, wie viel sie in ihrer Funktion bewegen kann. "Das gibt mir natürlich eine gewisse Zufriedenheit", sagt sie. Überhaupt hat sie einen anderen Blick auf Berufslebensläufe. "Vor allem wenn man die Menschen länger begleitet, sei es in einem Programm oder einfach meine Promovierenden, lernt man, zu erkennen, wo sich Chancen auftun", sagt Ute Klammer.

Eine der größten Herausforderungen sei es daher, Programme wie ProSalamander und Chance hoch 2 langfristig zu etablieren und in die Universitätsstrukturen aufzunehmen. Das gestaltet sich allerdings schwierig: Die Stiftungen sehen ihre Investitionen als Anschubfinanzierung, bei Erfolg sollen die Projekte dann von den Unis getragen werden - denen allerdings fehlt dafür das Geld. Wenn Ute Klammer Pech hat, werden die Programme in ein paar Jahren wegen Geldmangel wieder eingestellt.

VON CHRISTIAN HEINRICH

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

Graphic

Ute Klammer ist Vizerektorin der Uni Duisburg-Essen

Load-Date: October 24, 2013

End of Document

Idee-Förderpreis

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, BERUF TIPPS UND TERMINE;Idee-Förderpreis; S. 75; Ausg. 9

Length: 224 words

Body

Der mit 50000 Euro dotierte Darboven Idee-Förderpreis richtet sich an Frauen, »die ihre innovativen und zukunftsorientierten Geschäftsideen mit Tatkraft und Ausdauer verwirklichen wollen, um sich dauerhaft eine Existenz als Unternehmerin aufzubauen«. Bis zum 31. Juli können sich Existenzgründerinnen und Jungunternehmerinnen bewerben, die nicht länger als drei Jahre selbstständig sind. Insbesondere Bewerbungen aus dem sozialen Bereich sowie von Gründerinnen mit **Migrationshintergrund** werden gerne gesehen. Der zweite Preis ist mit 10000 Euro dotiert, der dritte mit 5000 Euro. www.darboven.com

Promotion in Linguistik

Im Linguistischen Internationalen Promotionsprogramm (LIPP) an der Uni München lehren Hochschuldozenten aus zwölf Disziplinen. In dem Promotionsstudiengang soll dadurch die internationale Zusammenarbeit gestärkt und wissenschaftliche Mehrsprachigkeit gefördert werden. Gegenstände möglicher Promotionen sind allgemein sprachwissenschaftliche, vergleichende und einzelsprachbezogene Fragen, Diskurse und Texte in ihren institutionellen Zusammenhängen sowie gesellschaftliche Wirkungsbezüge von Sprache. LIPP richtet sich an hoch qualifizierte Studenten aus dem In- und Ausland. Bewerbungen für das sechssemestrige Programm zum Start im Wintersemester sind bis zum 15. Juni möglich. www.lipp-lmu.de

Load-Date: March 25, 2022

"Flüchtlinge als exotische Kulissenschieber missbraucht"; Die Doku "Auf der Flucht" auf ZDFneo hat heftige Kritik ausgelöst. Zu Recht, sagt der Medienethnologe Thorolf Lipp. Der Sender inszeniere ein sensibles Thema als Haudrauf-Drama.

ZEIT-online

Montag 19. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: DOKU "AUF DER FLUCHT"; Ausg. 34

Length: 1199 words

Byline: Jan Freitag

Body

Die Autorin Katrin Weiland, Mitglied der Gruppe von "Auf der Flucht" im Gespräch mit Menschen, die im Flüchtlingsgefängnis von Athen inhaftiert sind.

© Samal Osman/ZDF

ZEIT ONLINE: In der Doku-Serie *Auf der Flucht* reist eine Gruppe Deutscher die Routen von Flüchtlingen nach: Eine Schauspielergattin, ein Exnazi, eine Streetworkerin und eine Sarrazin-Anhängerin. Ist der gewaltige Shitstorm, der nun auf das ZDF niedergeht, gerechtfertigt?

Thorolf Lipp: Die Resonanz auf das Format zeigt zumindest, dass es hierzulande aufgrund unserer Vergangenheit einen Nerv getroffen hat. In Australien dagegen, wo es zuvor in nahezu identischer Form gelaufen ist, gab es offenbar kaum Kritik.

ZEIT ONLINE: Den ersten Teil auf ZDFneo sahen gerade mal 60.000 Menschen, also 0,3 Prozent des Publikums. Dennoch gab es Tausende kritische Tweets und Kommentare. Am Donnerstag stellten sich die Macher von *Auf der Flucht* im Chat den Fragen der Zuschauer.

That awkward moment when you realise that yet another German TV show is not a badly made satire...
#aufderflucht

- Sharon Otoo (@ms_represented) August 15, 2013

Thorolf Lipp: Das deutsche Publikum scheint mir besonders sensibilisiert zu sein für solche Themen; es gibt vergleichsweise umfassende Medienbildung, einen starken postkolonialen Diskurs, unzählige Initiativen, die sich mit der Asylrechtsproblematik befassen. Wenn ein so vielschichtiges Thema gebührenfinanziert mit derart eindimensionaler Haudrauf-Dramaturgie bearbeitet wird, werde ich es als positives Signal, dass die Zuschauer nicht so dumm sind, wie viele Redakteure uns glauben machen möchten. Deshalb nehmen wir als Filmverband

"Flüchtlinge als exotische Kulissenschieber missbraucht" Die Doku "Auf der Flucht" auf ZDFneo hat heftige Kritik ausgelöst. Zu Recht, sagt der Medienethnologe T....

der Dokumentaristen interessiert zur Kenntnis, dass es diesen Shitstorm gibt und weisen gern auf dokumentarische Ansätze hin, die dem öffentlich-rechtlichen Auftrag in Form und Inhalt weit mehr genügen als das, was in bestimmten Redaktionen als massenkompatibel erachtet wird.

ZEIT ONLINE: Sind Doku-Soap und Unterhaltung also generell für seriöse Informationen ungeeignet?

Thorolf Lipp: In der Regel schon. *Auf der Flucht* ist jedenfalls ganz gewiss keine Aufklärungsarbeit, sondern reine Selbstinszenierung. Was sich hier dokumentarisch geriert, ist von A bis Z Fiktion. Gerade Zuschauer, die weniger medienkompetent sind, werden dadurch letztlich gezielt getäuscht.

ZEIT ONLINE: Wie hätte man das vermeiden können?

Thorolf Lipp: Auf diese Frage hat der Dokumentarfilm schon vor 50 Jahren eine Antwort im *Cinema Verité* gefunden: den filmischen Prozess bewusst offenlegen. Man hätte hier zum Beispiel die Kamerteams zeigen oder deutlich machen können, inwiefern Regisseure und Macher das Geschehen steuern. Für unerfahrenere Zuschauer ist dieser Einfluss nicht zwingend erkennbar. Es gibt verschiedene Untersuchungen, in denen man Versuchspersonen *Scripted Reality* vorgeführt hat.

ZEIT ONLINE: Also scheinbar echte Situationen, die nach Drehbuch gefilmt werden.

Thorolf Lipp: Bis zu 80 Prozent erkennen nicht, dass es sich um Inszenierungen handelt. Aber *Auf der Flucht* ist noch wegen ganz anderer Aspekte die falsche Herangehensweise an dieses sensible Thema. Besonders problematisch finde ich, dass die eigentlich Betroffenen, also die Flüchtlinge, bloß als exotische Kulissenschieber gebraucht, ja sogar missbraucht werden. Es geht dem ZDF gar nicht in erster Linie um die Thematik Flucht und Asyl. Die plotbasierte Dramaturgie der Heldenreise - sechs Deutsche machen sich stellvertretend für uns auf den Weg, um etwas über die Welt zu lernen - soll Quote generieren. Wir sehen hier eine durchkalkulierte Fernsehmaschine, bei der es letztlich keinen Raum für Überraschungen geben darf. Bei *Auf der Flucht* ist alles stets affirmativ.

ZEIT ONLINE: Was heißt das?

Thorolf Lipp: Alles wird so atemlos geschnitten und erzählt, dass nirgends Raum für Fragen bleibt. Wenn jemand weint, kommt ein Close-up auf die Tränen; jede Emotion wird mit den Mitteln der Dokusoap, jeder Effekt mit Musik vervielfacht. Diese Verflachung hat sich zum Leidwesen vieler ernsthaft und gründlich arbeitender Dokumentaristen so etabliert, dass sie vom Publikum inzwischen als Regelfall empfunden wird. Das mag bei Alltagsthemen noch harmlos sein, hier wird es der Widersprüchlichkeit und Komplexität des Themas nicht gerecht.

Flüchtlings-TV im ZDF: Verlogener Zynismus und sonst nichts! #aufderflucht #refugee bleiben! stop Deportation
<http://t.co/hnvPhrmEOI>

- ISD Bund e.V. (@ISDBund) August 16, 2013

ZEIT ONLINE: Welchen Plot hätten Sie gewählt?

Thorolf Lipp: Gar keinen. Ein Plot ist die extremste Form der Irrealisierung, das Leben findet ja nie nach Drehbuch statt. Ich würde vermutlich entweder einen ins Offene gedrehten, beobachtenden Film machen, oder aber auf die Zusammenarbeit mit den Betroffenen setzen. Ich würde den Flüchtlingen selbst Macht und Stimme verleihen, statt sie zu Statisten der Konflikte deutscher Hauptdarsteller zu degradieren.

ZEIT ONLINE: Der Vorwurf vieler Kritiker lautet, das Format sei rassistisch, zynisch und menschenverachtend?

Thorolf Lipp: Es bleibt auf jeden Fall ganz weit hinter der Epistemologie zeitgenössischen Filmemachens zurück. *Auf der Flucht* ähnelt einer eigentlich längst vergangenen Attitüde, wo weiße Regisseure aus der westlichen

"Flüchtlinge als exotische Kulissenschieber missbraucht" Die Doku "Auf der Flucht" auf ZDFneo hat heftige Kritik ausgelöst. Zu Recht, sagt der Medienethnologe T....

Wohlstandsgesellschaft die Definitionsmacht hatten und in den Elendsquartieren der Dritten Welt die Puppen tanzen ließen.

@ZDFneo Über 20.000 fordern die sofortige Absetzung der Dokusoap #AufderFlucht <http://t.co/VH6suTu42I>

- edition assemblage (@assemblage_news) August 15, 2013

Die Flüchtlinge selbst sind hier nur Randfiguren, und selbst die deutschen Protagonisten werden letztlich zu Objekten degradiert. Inklusiv der dramaturgisch gewollten Möglichkeit, dass sie sich aufgrund ihrer oft im Affekt geäußerten, nicht selten ziemlich unreflektierten Meinungen auch zum Gespött des Publikums machen. Das bietet in der Tat alle Voraussetzungen für Rassismus, Zynismus und Menschenverachtung.

ZEIT ONLINE: Macht all dies *Auf der Flucht* zu schlechtem oder bloß schlecht gemachtem Dokumentarfernsehen?

Thorolf Lipp: Darüber haben wir im Verband der AG Dok intensiv diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass es zunächst mal gar keine dokumentarische Form ist, sondern hochgradig fiktional. Wir wollen keine Geschmackspolizei sein, aber doch darauf hinweisen, dass diese Herangehensweise eine Verachtung all derjenigen ist, die sich - oft unter Einsatz von hohem persönlichen Risiko - um einen wirklich dokumentarischen Zugang bemühen. Allerdings erforderte das von den Verantwortlichen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen den Mut, Risiken einzugehen und sich auf die unkalkulierbare Wirklichkeit einzulassen.

Tatsächlich funktioniert das System inzwischen genau anders herum: Bei *Auf der Flucht* ist alles im Voraus geplant. Dramaturgisch gesehen kann nichts schief gehen, das Ergebnis steht von vornherein fest. Aufmerksamkeit wurde generiert. Aber der Erkenntnisgewinn tendiert gegen null.

Load-Date: August 19, 2013

Grenzen der Barmherzigkeit; Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr Mann Ruslan gefoltert. In Deutschland erbitten sie Asyl. Die Behörden lassen die schwangere Frau hier - und schieben den Mann und drei Kinder nach Polen ab

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: DOSSIER; Grenzen der Barmherzigkeit; S. 15-17; Ausg. 24

Length: 4880 words

Byline: Alice Bota

Annabel Wahba

Body

Annabel Wahba

Alice Bota

Als Leila Magomadowa die beiden Polizisten auf ihr Krankenbett zukommen sieht, reißt sie sich den Infusionsschlauch aus dem Arm. Sie springt aus dem Bett, läuft auf den Flur und rennt die Treppe hinunter ins nächste Stockwerk. So wird sie es später erzählen, so wird es eine Frau, die dabei war, beschreiben. Leila Magomadowa will nach draußen.

Sie findet den Ausgang nicht in diesem deutschen Krankenhaus, in dem sie seit zwei Tagen behandelt wird, wegen ihrer schwierigen Schwangerschaft, wie so oft in den vergangenen Monaten. Leila Magomadowa*, 28, ist im sechsten Monat, ihr Bauch zeichnet sich schon unter dem Nachthemd ab.

Ärzte und Schwestern laufen ihr hinterher. Leila Magomadowa versteht ihre Rufe nicht, sie fängt an zu weinen, dann lässt sie sich zurück in ihr Zimmer bringen. Wo soll sie auch hin.

Die Polizisten stehen noch immer da. Uniformierte waren es auch, die Leila Magomadowa schlugen und ihr die Kleider vom Leib rissen, damals, in Tschetschenien. Sie hört ihr Herz klopfen.

Eine Hebamme, die Russisch spricht, übersetzt. Die Polizisten verlangen, dass Leila Magomadowa mitkommt, sofort. Raus aus dem Krankenhaus, raus aus Deutschland. Ein Arzt mischt sich ein, er spricht mit den Beamten, bis sie schließlich gehen.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

Es ist der 14. März 2013, der Tag, an dem die Ausländerbehörde des Landkreises Ansbach in Bayern die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Familie Magomadow aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien beenden will. Es ist der Tag, an dem diese Beziehung erst richtig kompliziert wird.

Als die Beamten vor Leila Magomadowas Krankenbett stehen, sitzt ihr Mann Ruslan schon in einem Polizeitransporter, neben ihm seine drei älteren Kinder. Ruslan Magomadow ist 34 Jahre alt. Ein großer Mann mit breitem Kreuz. Früher hat er auf dem Bau gearbeitet, zuletzt war er Taxifahrer.

Der Wagen gleitet über die Autobahn in Richtung Polen. Magomadows sechsjährige Tochter Samira fängt an zu weinen.

Morgens um sechs waren die Polizisten in der Kleinstadt Windsbach, nicht weit von Ansbach, in das Flüchtlingsheim gekommen. Magomadow musste seine drei älteren Kinder wecken, die beiden jüngsten waren bei tschetschenischen Bekannten. Dort sollten sie für ein paar Tage bleiben, während ihre Mutter im Krankenhaus war.

Schon zwei Monate zuvor wollten die Behörden die Familie abschieben. Doch Ruslan Magomadow war nicht im Flüchtlingsheim - er war zu einer Anwältin in Berlin gefahren, die vor allem tschetschenische Flüchtlinge vertritt. Magomadow wusste, die Beamten würden es wieder versuchen. Trotzdem fühlte er sich sicher. Er glaubte nicht, dass deutsche Behörden Kranke aus der Klinik holen, dass sie Männer von ihren hochschwangeren Frauen trennen und Eltern von ihren Kindern.

Unter Aufsicht der Polizisten stopfte Magomadow nun ein paar Kleider in eine schwarze Sporttasche, sein Handy, das Ladegerät, alle Papiere, die er finden konnte. Aus Gewohnheit steckte er auch den Schlüssel für die Eingangstür des Flüchtlingsheims ein, obwohl er ihm jetzt nichts mehr nützen würde. Dann stieg er mit den beiden Söhnen und der Tochter in den Polizeiwagen. Handschellen waren nicht nötig, Ruslan Magomadow wehrte sich nicht.

Samira weint noch immer. Magomadow hämmert mit der Faust gegen die Metallwand, die ihn von den Beamten trennt. Fahrt rechts ran, ruft er auf Russisch. Sie muss aufs Klo! Der Wagen fährt weiter. Magomadows Hämmern wird lauter, sein Rufen drängender. Haltet doch an! Nichts. Samira nuss sich ein.

Als sie nach Stunden doch eine Pause machen, so wird Magomadow es später erzählen, spricht einer der Beamten ihn auf Russisch an. Du hast das alles selbst zu verantworten, sagt er.

Was die Magomadows zu verantworten haben, ist diese Entscheidung: Koffer packen in Tschetschenien, Bustickets kaufen für die Strecke Grosny - Moskau, 2500 Rubel pro Person, rund 60 Euro, heimlich abhauen. Von Moskau mit dem Zug weiter über Weißrussland. Am dritten Tag kamen sie am Grenzübergang Terespol im Osten Polens an. Sie standen jetzt an der Außengrenze der Europäischen Union.

Tausende Tschetschenen sind schon vor den Magomadows diesen Weg gegangen. Seit einigen Monaten werden es immer mehr. In deutschen Zeitungen ist von einem »Ansturm der Tschetschenen« die Rede. Meist werden sie mit Misstrauen empfangen. In ihrer Heimat kämpft eine islamistische Unabhängigkeitsbewegung gegen den russischen Staat. Am 15. April ändeten zwei Brüder tschetschenischer Herkunft in den USA beim Boston-Marathon zwei Bomben, Mitte Mai 2013 warnte der russische Geheimdienst vor tschetschenischen Terroristen in Deutschland. Auf Flüchtlingen aus Tschetschenien liegt jetzt ein Verdacht.

Der Mann und die drei Kinder sind 23 Stunden am Tag eingesperrt

Der Beamte des polnischen Grenzschutzes fragte die Magomadows, was sie in Polen wollen. Es ist eine Frage, die jeder Einreisewillige aus Russland beantworten muss.

Wie die meisten Tschetschenen wollten die Magomadows nicht nach Polen, sondern nach Deutschland, nach Berlin, wo sie Verwandte und Bekannte haben. Polen ist in ihren Augen zu nah an Russland, dem Staat, vor dem sie fliehen. Im Osten Polens wurden in den vergangenen Monaten mehrere Flüchtlingswohnungen

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

angeordnet. In Polen wird kaum ein Tschetschene als Flüchtling anerkannt, fast allen droht die Abschiebung nach Russland. In Deutschland rechneten die Magomadows sich größere Chancen aus.

»Wir möchten Asyl beantragen«, antwortete Ruslan Magomadow. Der Asylantrag verpflichtet den Grenzbeamten, die Familie ins Land zu lassen, das hatten die Magomadows gehört. Der Antrag war ihre Eintrittskarte für Europa.

Die Beamten nahmen die Fingerabdrücke von Leila und Ruslan Magomadow und speicherten sie in der Datenbank Eurodac. Von jetzt an war dort festgehalten, dass die Magomadows am 10. August 2012 in Polen um Asyl baten. Von jetzt an hätten sie in Polen bleiben müssen, bis über ihren Antrag entschieden ist.

So schreibt es die sogenannte Dublin-Verordnung der EU vor. In der irischen Hauptstadt verabschiedet, trat sie im Jahr 1997 in Kraft, 2002 wurde sie geändert und mit dem Namen Dublin II versehen.

Seitdem ist für einen Asylbewerber in der Regel jener EU-Staat zuständig, den der Bewerber als ersten betreten hat.

Da es wenigen Flüchtlingen gelingt, mit dem Flugzeug direkt in die Mitte Europas vorzudringen, bedeutet das: An den Rändern der EU sammeln sich die Menschen aus den Elendsorten dieser Welt. In Griechenland stranden die Syrer und Afghanen, in Italien die Afrikaner, in Polen die Tschetschenen.

Reisen die Flüchtlinge weiter nach Berlin, Paris oder Wien, dürfen die Deutschen, Franzosen oder Österreicher sie wieder zurückschaffen. Die Flüchtlinge sind nicht ihre Angelegenheit.

Es ist schon Nacht, als der Polizeitransporter aus Bayern mit Ruslan Magomadow und seinen Kindern die Kleinstadt K(TH)trzyn im Nordosten Polens erreicht. Zu dunkel, um die sanierten Altbauten und die geharkten Beete zu sehen. Der Polizeiwagen fährt weiter an den Stadtrand, wo kasernenartige Gebäude stehen, drei Stockwerke hoch, umgeben von einem meterhohen Zaun. Die Fenster sind vergittert.

Hier landen Flüchtlinge, die sich nicht an die Dublin-Verordnung gehalten haben, die selbst entscheiden wollten, in welchem europäischen Land sie Zuflucht suchen, und deshalb die Grenze überschritten. Die meisten sind Tschetschenen.

»Bewachtes Verwahrungszentrum« nennt der polnische Grenzschutz die Häuser. Der Unterschied zu einem Gefängnis ist klein. Ruslan Magomadow und seine drei Kinder sind eingesperrt, 23 Stunden am Tag, für eine Stunde dürfen sie in den Hof. Eine polnische Beamtin wird später erzählen, dass sich der zwölfjährige Aslan, das älteste Kind der Familie, rührend um seine Geschwister kümmere. Und dass die sechsjährige Samira viel weine in diesen Tagen. Nachts kriecht sie zu einer alten, kinderlosen Tschetschenin ins Bett, die sie Baba nennt, Oma. Irgendwann wird Baba weggebracht.

Nach vorheriger Anmeldung darf Ruslan Magomadow Besuch empfangen, in einem engen Raum mit blinder Fensterscheibe und Kamera an der Decke. Hier erzählt er an einem Freitagstag, wie er damals mit seiner Familie vom polnischen Terespol ins bayerische Windsbach gelangte.

Nach ihrer Ankunft in Polen im August 2012 fuhren die Magomadows weiter nach Berlin, mit dem Bus, über Grlitz, in zwölf Stunden, niemand stellte ihnen Fragen, niemand hielt sie auf.

In Berlin beantragten die Magomadows erneut politisches Asyl, so geht es aus den Akten der deutschen Behörden hervor.

Jeder Asylantrag, der in Deutschland gestellt wird, muss vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg geprüft werden. Mithilfe der Eurodac-Daten stellen die Behörden fest, dass die Magomadows über Polen nach Deutschland gekommen sind und dorthin zurückk müssen. Übernahmegesuche an Polen werden verfasst, Daten ausgetauscht, Antwortschreiben abgewartet, Bescheide erteilt.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

Nach vier Monaten, eine nicht unbliche Dauer, ergeht die Anordnung: Die Familie muss wieder nach Polen, Deutschland ist nicht zuständig. Das ist im Dezember 2012.

Die Magomadows sind inzwischen dem Flüchtlingsheim in Windsbach zugeteilt worden. Sie haben Freunde gefunden. Jetzt wollen die Behörden sie wieder von dort wegschaffen.

So setzt sich jene schwerfällige Verschiebungsmaschinerie in Gang, die, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, Jahr für Jahr aufs Neue Tausende Flüchtlinge von Deutschland nach Italien, von Deutschland nach Griechenland, von Deutschland nach Polen verfrachtet, zurück an die Ränder der Europäischen Union, wo sie herkamen.

Diesmal sorgt die Maschinerie dafür, dass eine Familie getrennt wird. Dass zwei Polizisten am 14. März 2013 versuchen, eine schwangere Tschetschenin aus einem deutschen Krankenhaus zu holen, während andere Beamte ihren Mann mit drei Kindern in ein polnisches Flüchtlingslager schaffen.

Am 26. April 2013, fünf Wochen nach der Ankunft in K(EM)trzyn, wird Ruslan Magomadow zur Vernehmung gerufen. Ein Beamter informiert ihn, dass er verpflichtet sei, die Wahrheit zu sagen, sonst drohten ihm bis zu drei Jahre Haft. Dann beginnen die Fragen, festgehalten im Protokoll des Grenzschutzes.

»Warum haben Sie Tschetschenien verlassen und in Polen den Flüchtlingsstatus beantragt?«

»Meine Familie und ich fühlen uns bedroht. Ich will nicht nach Tschetschenien zurück wegen meines Cousins Sulim. Vor einigen Jahren hat er sich den Unabhängigkeitskämpfern angeschlossen. Deshalb habe ich Schwierigkeiten.«

»Hatten Sie Probleme, Ihren Reisepass ausgestellt zu bekommen?«

»Nein.«

»Wie war die Situation in Tschetschenien?«

»Dort leben die Menschen nicht, sie existieren nur. Sie haben Angst, sie können nicht offen miteinander sprechen, sie vertrauen einander nicht.«

»Was befürchten Sie bei Ihrer Rückkehr?«

»Ich habe Angst, dass sie mich wieder holen und foltern werden. Ich bin mir sicher, dass ich nicht zurückkann.«

»Könnten Sie in einen anderen Teil Russlands gehen?«

»Nein. Sie würden mich überall finden.«

Es ist Mai. Leila Magomadowa sitzt auf dem Krankenhausbett und wartet. Es ist ein anderes Bett, in einer anderen Klinik. Sie ist jetzt in der Psychiatrie, in Ansbach, seit Wochen schon. Einen Tag nach dem Abschiebeversuch am 14. März kam sie hierher, ihr Hausarzt hatte sie eingewiesen. Laut einem psychologischen Gutachten ist sie selbstmordgefährdet und zeigt das Verhalten einer Psychosekranken, ausgelöst auch von den Misshandlungen in ihrer Heimat Tschetschenien.

Die Ausländerbehörde Ansbach hat ein weiteres Mal versucht, sie abzuschieben, das war Anfang April. In ärztlicher Begleitung sollte Leila Magomadowa nach Polen gebracht werden, die kleinen Kinder sollten mitkommen, die polnischen Behörden hatten sogar eine psychiatrische Klinik für sie gefunden. Allerdings im Westen des Landes, 500 Kilometer entfernt von dem Verwahrungszentrum, in dem ihr Mann und die älteren Kinder sitzen.

Erneut verhinderten die Ärzte die Abschiebung, aus gesundheitlichen Gründen.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

Nun wartet Leila Magomadowa auf ihre Kinder. Auf ihrem Nachttisch steht ein Bild, das ihr kleiner Sohn für sie gemalt hat: ein blaues Herz mit Stern und goldenem Sichelmond.

Das Jugendamt des Landkreises Ansbach hat das Bild an sie weitergeleitet. Nach der Abschiebung von Ruslan Magomadow war niemand mehr da, der sich dauerhaft um die beiden jüngsten Kinder der Familie kümmern konnte. Das Jugendamt ist jetzt für sie zuständig. Der dreijährige Sohn Beslan und die zweijährige Tochter Madina kamen zu deutschen Pflegeeltern.

Die Odyssee geht weiter, diesmal nach Warschau

Vor drei Tagen hat Leila Magomadowa eine Flüchtlingshelferin angerufen, die sie kennt. Sie hat sie mit ihrem bisschen Deutsch gebeten, beim Jugendamt einen Besuch der Kinder im Krankenhaus zu arrangieren. Die Helferin hat gesagt, sie werde sich darum kümmern. Das war am Freitag. Heute ist Montag, heute sollen die Kinder kommen, so hat sie es verstanden.

Leila Magomadowa ist aufgeregt. Sie springt auf, läuft auf den Flur, ihr Pferdeschwanz wippt. Sie hält Ausschau nach den Kindern.

Sie kommt zurück, setzt sich auf einen Stuhl, hockt plötzlich wie versteinert da. Dann streicht sie sich über den Bauch, sie ist jetzt im achten Monat.

Ihren Mann Ruslan lernte Leila Magomadowa über einen Freund kennen, da war sie 23 Jahre alt. Er war 29 und hatte schon drei Kinder. Leila Magomadowa sagt, sie habe schnell gemerkt, dass sie bei ihm bleiben wolle. Nach der Hochzeit zog sie zu ihm in eine tschetschenische Kleinstadt, nahe der Grenze zur Nachbarrepublik Inguschetien.

In der Psychiatrie hat Leila Magomadowa einen Vogel aus Ton modelliert, dazu ein paar Küken. Eine Mutter mit ihren Jungen. Die will sie ihren Kindern schenken.

Sie geht wieder auf den Flur hinaus. Die Kinder sind nicht zu sehen. Es ist schon später Nachmittag, fast Abend.

Leila Magomadowa ruft die Helferin aus dem Flüchtlingsheim an, wieder und wieder, aber keiner hebt ab. Sie wählt die Nummer einer tschetschenischen Freundin, die öfter für sie übersetzt. Vielleicht hat sie etwas von den Kindern gehört.

Auch sie weiß nichts. Leila Magomadowa fängt an zu weinen. Sie schreit: »Auch wenn ich sterbe, ich will jetzt meine Kinder sehen!«

Doch die Kinder kommen nicht. Es war ein Missverständnis.

Von der Situation der schwangeren Tschetschenin hat inzwischen auch die Politik erfahren. Mitte April hat sich der Bayerische Landtag mit ihrem Fall befasst. Besorgte Bürger hatten zwei Petitionen eingereicht. Sie verstehen nicht, wie der Freistaat, der doch sonst stets den hohen Stellenwert der Familie preist, so mit einer schwangeren Frau umgehen kann.

Mit den Stimmen der CSU forderte eine Mehrheit der Landtagsabgeordneten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf, den Vater und die älteren Kinder zurückzuholen, wenn Leila Magomadowa längere Zeit reiseunfähig bleibt. Und das ist sie ja faktisch, weil sie im Juli ein Kind zur Welt bringt.

Nur ist die Landtagspetition nicht mehr als eine Bitte an die Behörden. Ob Deutschland die Zuständigkeit für den Asylantrag der Magomadows von Polen übernimmt, ob die Familie also in Bayern bleiben kann, bis über den Antrag entschieden ist, bestimmt allein das Bundesamt.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

In der *Süddeutschen Zeitung* meldete sich der frühere Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Albert Schmid, zu Wort, heute Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern. Die Trennung von Vater und Mutter sei »nicht hinnehmbar« - vor allem nicht, wenn die Frau schwanger sei.

Im Mai, als Leila Magomadowa in der Psychiatrie auf den Besuch ihrer Kinder wartet, steht die Entscheidung des Bundesamts noch immer aus.

Eigentlich stellt das deutsche Grundgesetz die Familie unter besonderen Schutz. Auch auf Seite 1 der Dublin-Verordnung heißt es: »Die Einheit der Familie sollte gewahrt werden.« Trotzdem muss man nicht lange suchen, um Fälle wie den der Magomadows zu finden.

Der Hessische Flüchtlingsrat hat in einem 104 Seiten starken *Dublin-II-Report* über mehrere ähnliche Fälle von Familientrennungen berichtet. Es gibt Väter, die nach Italien überstellt werden, während die Mütter in der Bundesrepublik zurückbleiben. Es gibt Minderjährige, die ihre Verwandten in Deutschland verlassen müssen. Der Flüchtlingsrat schreibt, Schutz in Europa zu bekommen gleiche auch für tatsächlich Verfolgte einem Lotteriespiel.

Am 11. Mai steht ein Krankenwagen vor dem Verwahrungszentrum in Kä(TM)trzyn. Er soll Ruslan Magomadow und die drei älteren Kinder abholen, sie dürfen umziehen in ein Flüchtlingsheim in der Nähe von Warschau. Dort sollen sie in den nächsten Monaten wohnen, bis feststeht, was aus ihnen wird: ob sie wieder nach Deutschland können, ob sie nach Russland abgeschoben werden, ob sie Leila Magomadowa und die beiden kleinen Kinder bald wiedersehen.

Normalerweise müssten sie mit dem Bus ins Flüchtlingsheim fahren. Vor ein paar Tagen aber ist der elfjährige Tamir krank geworden. Lungenentzündung. Mindestens zehn Tage Klinik, hat die Ärztin gesagt.

Ruslan Magomadow packt seine schwarze Tasche und eine Plastiktüte mit Kleidern in den Krankenwagen. Dann fahren sie los. Die Kinder sind ruhig, die Sanitäter haben ihnen Tabletten gegen Reisebelkeit gegeben.

Nach ungefähr einhalb Stunden kommen sie im Krankenhaus in Warschau an. Magomadow gibt seinen Sohn auf der Station ab, die Schwester bringt Butterbrote. Dann geht er mit den anderen beiden Kindern nach draußen.

Die Leute in Warschau drehen sich um nach dem dunkelhaarigen Mann, der an diesem kalten Tag in Trainingshose und Badeschlappen seinen Weg aus der Stadt sucht, mit zwei Kindern, die hinter ihm hertrotten. Magomadow hält einen Zettel in der Hand, auf den die Beamten in Kä(TM)trzyn den Namen und die Adresse des Flüchtlingsheims gekritzelt haben: Dä(TM)bak heißt der Ort, etwa 30 Kilometer von Warschau entfernt. Sie sollen mit der Straßenbahn hinfahren.

Magomadow versteht etwas Deutsch, aber Polnisch? Sie steigen an der falschen Station aus, fahren zurück, steigen aus, zurück, steigen wieder ein. Als sie schließlich in der Nähe des Flüchtlingsheims ankommen, dämmert es schon. Die letzten Kilometer müssen sie laufen, einen schmalen Waldweg entlang. Der Wind weht, der Regen tropft, bei jedem Schritt schmatzen Magomadows Schlappen auf dem nassen Boden. Samira aber starrt die Kälte und die Nässe nicht. Mit kleinen, schnellen Schritten läuft sie voran und greift in die nassen, kräftigen Halme. Seit zwei Monaten hatte sie kein Gras mehr in der Hand.

Mitten im Wald dann das Flüchtlingsheim: flache Gebäude, umzäunt und bewacht.

Hinter einem Schiebefenster sitzen Wachmänner. Einer beugt sich vor.

»Wo kommen Sie jetzt her?«, fragt er auf Polnisch.

Magomadow versteht nicht.

»Wer sind Sie?«

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

Magomadow versteht nicht.

»Papiere?«

Magomadow bückt sich und reicht seine Dokumente durch das Fenster.

In dem Heim wohnen fast nur Tschetschenen und Georgier, aber keiner der blau uniformierten Beamten spricht Russisch. Ein Wachmann packt fünf Plastikbeutel mit Essen auf den Tresen: zwei Konserven, ein halbes geschnittenes Weißbrot, zwei Schokoriegel, Milch.

Er führt die Magomadows zu einem Haus weit hinten, vorbei am Kinderspielplatz, hinein in den Flur, zu ihrem Zimmer für die erste Nacht. Der Geruch von Katzenurin beißt in der Nase. Der Wachmann sperrt die Tür auf, knipst die Neonröhren an. Zwei Dutzend leere Bettenskelette stehen da. Der Wachmann bringt Schaumstoffstücke, die als Matratzen dienen sollen, und Felddecken, Kissen hat er keine, Bettwäsche auch nicht. An der Wand liest Magomadow einen hingeschmierten Gruß aus der Heimat: »Es lebe Tschetschenien.«

Ein paar Tage später klingelt Ruslan Magomadows Handy. Alik ist dran, ein Bekannter aus Tschetschenien. Auch er ist geflohen, auch er wohnt inzwischen in einem Flüchtlingsheim in Polen, etwa 50 Kilometer entfernt.

Alik sagt, zwei Männer seien bei ihm aufgetaucht, Tschetschenen, sie hätten nach ihm, Ruslan, gefragt. Er habe ihnen gesagt, er wisse nicht, wo Ruslan stecke.

Magomadow wird nervös: Wer waren diese Männer? Was wollten sie von ihm? Waren es Kadyrowzy? So nennen sie in Tschetschenien die Sicherheitsleute des Diktators Ramsan Kadyrow.

Die Stadt, aus der die Magomadows kommen, liegt im Nordkaukasus, im Westen Tschetscheniens. Sie ist klein, ein Dorf fast. Wer hierher fährt, sieht dreckige Straßen und flache Häuser, durch die Gärten laufen Hühner und Gänse, Kühe stehen vor dem Haus. In der Luft hängt der Geruch von Dung und Abfall. Die meisten Menschen hier leben von ihren Tieren und vom Ertrag ihrer schmalen Felder, auf denen sie Mais anbauen.

Das Haus der Magomadows ist aus Lehm und Stroh gebaut. Der alte Magomadow, Ruslans Vater, ist tot, die Mutter krank und bettlägerig. Zwei ihrer Töchter leben noch bei ihr.

Sulim, Ruslans 25-jähriger Cousin, wohnt nicht hier, aber jeder in dieser Gegend kennt ihn, jeder weiß, dass er auf der russischen Fahndungsliste steht, weil er in den Wäldern kämpft, gegen Kadyrow, gegen die Russen, gemeinsam mit Doku Umarow, dem Dschihadisten.

Seit 1994, seit dem ersten Krieg gegen Russland, ringen die Tschetschenen um ihre Unabhängigkeit. Anfangs war es ein Gefecht stolzer Nationalisten. Heute geht der Widerstand in den Wäldern den Heiligen Kriegern, die islamistische Fantasien von einem Emirat im Kaukasus hegen. Von Jahr zu Jahr schließen sich ihnen mehr junge Männer an.

Fast jeden Tag werden Menschen getötet in Tschetschenien. Der Islamist Umarow wird für Terroranschläge verantwortlich gemacht, der Diktator Kadyrow ist für Folter bekannt und dafür, dass er nicht nur gegen die Widerständler, sondern auch gegen deren Angehörige mit Gewalt vorgeht. Jedes Jahr verschwinden 170 bis 200 Menschen, manche werden ermordet, andere irgendwo eingesperrt.

Im kommenden Februar sollen in Sotschi, im Süden Russlands, nicht weit von Tschetschenien, die Olympischen Winterspiele stattfinden. Bis dahin, so will es der russische Präsident Wladimir Putin, muss Kadyrow in Tschetschenien für Ordnung sorgen. Offenbar ist es ihm egal, mit welchen Mitteln.

Ruslan Magomadow sagt, er sei nicht einverstanden mit den islamistischen Ideen seines Cousins. Doch wenn Sulim nachts vor der Tür stand, habe er ihm geholfen. Was sollte er auch tun? Wer in Tschetschenien einem

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt,

Familienmitglied die Hilfe verweigert, gilt als Verräter. Ruslan sagt, er habe Sulim manchmal zu essen gegeben und ein Bett, manchmal habe er ihn irgendwo hingefahren, mit seinem Taxi, einem alten Lada.

Den Sicherheitsleuten blieb das offenbar nicht verborgen. Immer wieder seien die Kadyrowzy zu seinem Lehmhaus gekommen. Sie hätten gebrüllt, gedroht, ihn am Kragen gepackt und herumgeschubst, sagt Magomadow. Er habe alles ausgehalten.

Bis zu jenem Tag im Sommer 2010, der alles änderte.

Nach den Stromschlägen zittern ihm die Beine, er kann nicht laufen

Für das, was damals passierte, hat Magomadow keine Beweise, nur die Narben an seinen Füßen und seine Erinnerung. Aber das, was er beschreibt, ist nicht ungewöhnlich. Andere Bewohner der kleinen Stadt, Menschenrechtler in der Hauptstadt Grosny, sie alle erzählen ähnliche Geschichten. Und sie bestätigen, dass die Kadyrowzy noch immer ein-, zweimal die Woche das Haus der Familie Magomadow aufsuchen. Das ist auch der Grund, warum die Personen in diesem Artikel nicht ihre wirklichen Namen tragen.

Es ist heiß an jenem Tag, die Temperatur steigt nachmittags auf fast 40 Grad, Ruslan Magomadow sitzt müde in seinem Taxi. Er schwitzt und wartet auf Kunden, als zwei Männer einsteigen und ihn bitten, sie zu einem Badeort in der Nähe zu fahren.

Unter einer Brücke soll Magomadow halten. Dort steht ein anderer Wagen. Bewaffnete Uniformierte steigen aus und kommen auf das Taxi zu.

Sie bringen ihn zu einem abgelegenen Ort, fesseln ihn in einem Keller auf eine Pritsche, bohren Draht in seine Zehen, jagen Strom durch seinen Körper. Männer, die sagen, sie seien vom russischen Inlandsgeheimdienst, stellen Fragen. Sie wollen wissen, wo sich Sulim versteckt.

In der Nacht schaffen sie Magomadow weg, werfen ihn aus dem Wagen auf ein Feld. Magomadows Beine zittern von den Stromschlägen, er kann nicht laufen. Er kriecht nach Hause.

In der Nacht darauf erwachen die Magomadows von einem Knall. Maskierte Männer in Uniform stehen im Haus. Magomadow und seine Frau müssen sich auf den Boden legen. Die Männer beschimpfen sie, sie schlagen sie. Dann reißen sie Leila Magomadowa das Kleid vom Leib.

«Ich konnte nichts tun», sagt Magomadow.

Nach diesem Überfall, erzählt Ruslan Magomadow, habe seine Mutter zu ihm gesagt, er solle abhauen, untertauchen, um die Familie zu schützen. Sie habe gesagt: «Geh, bevor noch Schlimmeres passiert.»

Magomadow versteckt sich in Inguschetien, reist nach Kasachstan. Schleicht sich nachts zurück in sein Haus, für ein paar Stunden, verschwindet erneut.

Immer wieder kommen maskierte Männer. Manchmal ist Leila Magomadowa allein. Sie schlagen auf die Frau und den Säugling ein. Zu dieser Zeit plant Ruslan Magomadow schon, nach Europa zu fliehen, mit seiner Frau und den Kindern.

Er verkauft den Lada, leiht sich Geld von Geschwistern und Freunden. Seine Frau besticht die Behörden, zahlt 300 Dollar pro Reisepass, so viel, wie sie sonst in einem Jahr nicht sparen können. Mit niemandem spricht die Familie über ihren Plan. Dann, im August 2012, kaufen sie die Fahrkarten nach Moskau.

Es ist Ende Mai. Seit ein paar Tagen darf Leila Magomadowa die Station verlassen und raus in den großen Park der Psychiatrie in Ansbach. Ihre tschetschenische Bekannte ist zu Besuch. Sie gehen eine kleine Anhänge hinauf zur Cafeteria. Es hat geregnet, der Wind weht. Leila Magomadowa trägt nur ein dünnes Oberteil, sie sagt, sie spüre die Kälte nicht.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ...

Sie verbringt jetzt viel Zeit damit, ihre Kleider umzunähen, ihr Bauch wird immer größer. Ansonsten bleibt ihr wenig zu tun. Manchmal malt sie ein paar Bilder.

Fragt man Leila Magomadowa, was in jener Nacht geschah, als die Uniformierten in ihr Haus eindrangen, schüttelt sie nur den Kopf und blickt zur Seite.

Drinne in der Station ist ein neuer Patient angekommen, ein Afrikaner. Er sitzt in einer Daunenjacke auf einer Bank im Aufenthaltsraum. Leila Magomadowa fragt ihn mithilfe der Übersetzerin, ob er auch Asylbewerber sei. Er sagt, er komme aus Äthiopien. In der Abschiebehafte habe er versucht, sich umzubringen. Die Polizei habe ihn in die Psychiatrie gebracht.

Anfang Juni ist Leila Magomadowa immer noch in der Klinik, Ruslan Magomadow ruft sie jeden Tag an. Er erzählt von den Kindern, der elfjährige Tamir harrt nicht auf zu kränkeln. Sie versuchen, das Warten zu ertragen.

Am 3. Juni, zweieinhalb Monate nach der Trennung der Familie Magomadow, erklärt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gegenüber der ZEIT, bei seiner Entscheidung zu bleiben: Der Asylantrag der Familie ist eine polnische Angelegenheit, Deutschland nicht zuständig. Leila Magomadowa und die jüngeren Kinder sind nach Polen zu überführen, falls sie reisefähig ist.

Eine kleine Chance haben sie noch. Kommende Woche, am 11. Juni, endet die Frist für die Abschiebung von Leila Magomadowa. Danach muss Polen die Frau und ihre beiden kleinen Kinder nicht mehr zurücknehmen. Wo es die drei hinverschlägt, wird dann Verhandlungssache zwischen Polen und Deutschland sein. Wieder werden dann Anträge gestellt und Daten ausgetauscht werden, wieder werden Behörden Sachverhalte prüfen. Sollten sie entscheiden, die Familie in Deutschland zusammenzuführen, würde, endlich, das Bundesamt über den eigentlichen Asylantrag befinden. Das kann erneut Monate dauern.

Wenn es so kommt und wenn die Magomadows sehr viel Glück haben, werden die Behörden Leila Magomadowas psychische Krankheit und die Bedrohung ihres Mannes als Abschiebehindernis und erteilen ihnen eine Aufenthaltserlaubnis. Wenn sie Pech haben, werden sie nach Russland abgeschoben.

Ebenfalls am 11. Juni, dem Tag, an dem sich vielleicht die Zukunft der Magomadows entscheidet, wird das EU-Parlament zusammentreten. Es wird über eine neue Version der Dublin-Verordnung debattieren. Dublin III. Wesentliche Neuerungen sind nicht geplant.

* Namen der Familienmitglieder geändert

VON ALICE BOTA UND ANNABEL WAHBA

Leila Magomadowa, 28, hochschwanger, Psychiatriepatientin in Bayern

Drei von fünf Kindern der Magomadows sind in einem polnischen Flüchtlingsheim untergebracht

Leere Zimmer, leere Tage in Ansbach, Deutschland

In der Psychiatrie ist Leila Magomadowa wegen psychoseähnlicher Symptome - einer Folge der Misshandlungen

Leere Zimmer, leere Tage in Dänemark, Polen

Ruslan Magomadow und die drei älteren Kinder im Wald beim Flüchtlingsheim

Load-Date: March 25, 2022

Die bunte Uni; Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte könnten bundesweit als Vorbild dienen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN SPEZIAL STUDIEREN!; Die bunte Uni; S. 72; Ausg. 44

Length: 1956 words

Byline: Christian Heinrich

Body

Das muss ja eine ganz besondere Veranstaltung sein. Schon eine Viertelstunde bevor es losgeht, ist der große Hörsaal in der Universität Duisburg-Essen fast voll. Offenbar will niemand etwas verpassen. Kurz vor Beginn kommt eine Frau herein und eilt an den Sitzreihen vorbei die Treppe nach unten, sie trägt eine grüne Weste, eine große Tasche schwingt ausladend mit ihren schnellen Schritten mit. Die Gespräche im Hörsaal verstummen. Noch etwas außer Atem, tritt die Frau ans Mikrofon: »Ich darf mich kurz vorstellen. Ute Klammer mein Name, ich bin Prorektorin der Universität und verantwortlich für Diversity Management. Ich freue mich ganz besonders, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. Denn was vor uns liegt, ist eine Premiere - und auch ein Experiment.« Dann erklärt Klammer, worum es geht: um die vielleicht größte Herausforderung Deutschlands im Bildungsbereich - und darum, wie die Zuhörer mithelfen können, sie zu bewältigen.

Vor allem junge Lehrer und Lehramtsstudenten sind gekommen, darunter viele Migranten. Die meisten von ihnen kennen das Problem, das Klammer anhand einiger Eckdaten skizziert, aus eigener Erfahrung: Von 100 Kindern, deren Eltern selbst studiert haben, nehmen 77 ein Studium auf, während von 100 Kindern, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben, nur 13 den Weg an eine Hochschule finden. Diejenigen aus bildungsfernen Elternhäusern studieren trotz guter Leistungen nur selten. In Deutschland, so fasst Klammer zusammen, sei Bildung noch immer zu stark mit der Herkunft verknüpft. Das zu ändern liege zu einem großen Teil in den Händen der Lehrer.

»Es geht nicht darum, alle Erstsemester ans Händchen zu nehmen«

Umgang mit Heterogenität in Schule und Unterricht, so lautet der Titel der Veranstaltungsreihe, die sie an diesem Herbstmorgen eröffnet. Die Teilnehmer sollen in den nächsten fünf Tagen in Workshops lernen, die Potenziale von Schülern besser zu erkennen - und zu fördern. »Wir wollen jeden von Ihnen fit machen für die Diversität in den Schulen«, sagt Ute Klammer und tritt ab, lächelnd.

Diversität. Man könnte auch einfach sagen: Vielfalt. Vielleicht hätten die Zuhörer im Hörsaal dann noch ein konkreteres Bild im Kopf gehabt. Von Erstsemestern mit Eltern, die nicht studiert haben, oder die nicht in

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

Deutschland geboren sind, von Gaststudenten aus dem Ausland, von Behinderten und Menschen, die 40 Jahre alt sind und noch einmal an die Uni gehen, um sich weiterzubilden, von Studierenden mit Kindern. Prorektorin Ute Klammer ist für alle zuständig, seit fünf Jahren. Sie selbst ist auch Bildungsaufsteigerin, ihre Eltern haben beide nicht studiert und auch kein Abitur gemacht.

Es geht ihr nicht nur darum, ein paar Minderheiten zu fördern, damit sie die gleichen Chancen haben wie alle anderen. Der Wandel müsse umfassender sein, sagt sie. »Wir alle müssen mehr Verständnis für die unterschiedlichen Hintergründe und Bedürfnisse von Menschen entwickeln. Deshalb haben wir hier nicht nur einzelne Gruppen, sondern im Grunde alle Mitglieder der Universität im Blick«, sagt die Vizerektorin, während sie über den Campus zu ihrem Büro läuft. Das gelingt am besten mit den Mentoring- und Buddyprogrammen, in denen Studenten mit Schülern oder Lehrende mit Studienanfängern zusammengebracht werden, die Bildungsaufsteiger sind, oder mit ausländischen Gaststudenten. »Wir haben jeden unserer fast 40 000 Studenten im Visier«, sagt Klammer.

Mit schnellen Schritten eilt die 50-Jährige über den zentralen Platz des Campus in Essen. Buntes Herbstlaub bedeckt den Boden, unter den Bäumen sitzen Studenten mit ihrem Kaffee in der Sonne. Vielfalt ist an der Uni Duisburg-Essen nicht einfach nur ein Schlagwort oder ein Seminarthema, sondern mehr als anderswo ist sie gelebte Wirklichkeit. Durchschnittlich jeder vierte Student, der Ute Klammer auf dem Campus entgegenkommt, hat einen Migrationshintergrund. Mehr als jeder zweite hat Eltern ohne Hochschuleraufbildung, ergab eine Befragung der Uni. Bundesweit hingegen haben laut Sozialerhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 57 Prozent der Universitätsstudenten Eltern mit akademischem Abschluss, und nur etwa jeder fünfte hat einen Migrationshintergrund.

»Diese besonderen Gegebenheiten machen unsere Universität auch zu einer Art gesellschaftlichem Labor«, sagt Klammer, die selbst Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin ist. Deutschland-, europa- und weltweit werden die Universitäten vielfältiger. Deshalb will man die Vielfalt an der Uni Duisburg-Essen nicht nur moderieren und erleichtern, sondern ihre Dynamik auch erforschen: Was ist wichtig, damit der Einzelne sein Potenzial entfalten kann? Wie lässt sich Chancengleichheit schaffen? Wie kann man die Universität auch für diejenigen Begabten öffnen, die dazu zu Hause keinen Impuls bekommen? »Es kann allerdings nicht darum gehen, alle ans Händchen zu nehmen. Das könnten wir gar nicht stemmen«, sagt Klammer. »Es reicht oft schon, sie abzuholen.« Mitkommen tun sie dann von selbst.

So wie Özcan Sarikaya, der heute seinen ersten Tag an der Uni hat. Als ihn die Universität Duisburg-Essen vor drei Jahren abholte, war Özcan gerade in die neunte Klasse gekommen. Er hatte sehr gute Noten, aber das hieß für ihn noch lange nicht, dass er Abitur machen würde. Seine Eltern arbeiten unter prekären Verhältnissen. Eigentlich wollte Özcan schnell Geld verdienen, um seine Eltern und die beiden jüngeren Geschwister finanziell unterstützen zu können. Auf Anraten seines Lehrers bewarb er sich trotzdem bei Chance hoch 2, einem Programm, das die Uni für Schüler aus Nichtakademikerfamilien aufgelegt hat. Damit werden sie von der neunten und zehnten Klasse an bis zum Abitur und danach während eines möglichen Studiums begleitet. Özcan wurde genommen und lernte »eine neue Welt« kennen, wie er heute sagt.

Jeweils vier Schüler bekamen einen Studenten zur Seite gestellt als Mentor, mit dem sie sich regelmäßig trafen, auch auf dem Campus. Noch weit vor dem Abitur hatte Özcan mehrere Vorlesungen besucht und sich mithilfe seiner Mentorin ein Bild vom Leben und Lernen als Student gemacht. Dazu bekam er monatlich 50 Euro, die er für Bildung ausgeben musste. »Da kauft man sich eher mal ein Buch, wenn man das Geld eh für nichts anderes verwenden kann«, sagt Özcan. Das Wertvollste aber sei für ihn der Zugang zu vielfältigen Informationen und Erlebnissen gewesen. Diesen Sommer hat er zwei Wochen in Istanbul eine Summer School über Türkische Politik und Wirtschaft besucht. »Eine der besten Zeiten meines Lebens bisher. Von dieser Summer School hätte ich ohne das Förderprogramm nie erfahren«, sagt Özcan. Jetzt studiert er an der Uni Duisburg-Essen Volkswirtschaftslehre.

Von den 26 Teilnehmern des ersten Jahrgangs nehmen nun 25 ein Studium auf. »Das Programm ist schon jetzt ein voller Erfolg«, sagt Ute Klammer. Sie sitzt inzwischen in ihrem Büro im 14. Stock, vor ihr stapeln sich Akten

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

und Fachzeitschriften in mutige Höhen, hinter der großen Fensterfront erstreckt sich Essen. Wie kann sich die Uni das Programm Chance hoch 2 leisten? »Im Grunde gar nicht«, sagt Klammer. Finanzieller Förderer ist die Stiftung Mercator, ohne die es nicht zustande gekommen wäre.

Wenn Ute Klammer ein Diversity-Projekt ins Leben rufen will, muss sie sich fast immer um Mittel von außen bemühen. Die meisten Gelder kommen von gemeinnützigen Stiftungen und nicht etwa von Unternehmen, die Fachkräfte suchen. »Das liegt auch daran, dass Diversity noch immer zu oft als Problem gesehen wird und nicht als Chance, was es aber sein kann«, sagt Klammer.

Vielfalt ist für die Uni Duisburg-Essen ein Thema, mit dem sie sich profiliert

Bei der Suche nach Geldgebern kommt ihr zugute, dass sie mittlerweile eine gewisse Bekanntheit hat, sie war 2008 die erste Prorektorin in Deutschland für Diversity Management. Heute haben auch andere Unis in der Leitung Verantwortliche für Diversity, darunter etwa Bremen und die TU München, doch beide jeweils mit anderen Schwerpunkten. Klammer ist auch noch Professorin für Sozialpolitik und betreut Promovierende, aber ihr Amt als Prorektorin nimmt mittlerweile den Hauptteil ihrer Zeit ein. Auch weil der Plan des Rektors Ulrich Radtke aufgegangen ist: Vielfalt ist für die Universität Duisburg-Essen ein Feld geworden, in dem sie sich profiliert. So wie andere Hochschulen mit Forschungsexzellenz werben oder mit guten Kontakten zu Unternehmen, so steht die Uni im Ruhrgebiet für mehr Chancengerechtigkeit. Kürzlich konnte Klammer den Deutschen Diversity-Preis entgegennehmen, für das Programm ProSalamander, mit dem die Universitäten Duisburg-Essen und Regensburg, mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator, die Nachqualifizierung ausländischer Akademiker fördern.

Wie wichtig solche Projekte in einer von Migration durchdrungenen Welt sind, zeigt die Geschichte von Rossana Szalaty. Sie sitzt auf dem Essener Campus im Café des Studierendenzentrums »Die Brücke«. Ihr Deutsch ist, abgesehen von einem starken Akzent, so flüssig wie das einer Muttersprachlerin. In Brasilien hat die heute 38-Jährige Jura studiert und in einer größeren Bank eine Abteilung mit mehr als 20 Mitarbeitern geleitet, bevor sie 2006 der Liebe wegen nach Deutschland kam. Den Integrationskurs schloss sie mit Bestnote ab, insgesamt ein Jahr lang lernte sie Deutsch. Danach ging sie zum Arbeitsamt. Das Jurastudium und ihre achtjährige Berufserfahrung bei einer brasilianischen Bank wurden nicht anerkannt; sie solle eine Ausbildung machen, anders sei sie nicht vermittelbar. »Ich hatte das Gefühl, dieser Beamte hatte seine Schubladen, ich habe in keine reingepasst, und dann hat er mich gleich aufgegeben. Er hatte null Bereitschaft, sich auf mich und meine Ausbildung einzustellen«, erzählt Rossana Szalaty.

Sie machte eine Ausbildung zur Wirtschaftsfachwirtin, dreimal pro Woche ging sie zur Abendschule, nebenbei arbeitete die ehemalige Abteilungsleiterin bei einem Discounter an der Kasse. Aber auch mit der Ausbildung bekam sie keine Stelle. Das Stipendium von ProSalamander ermöglicht es ihr nun, mit einer monatlichen Förderung von 600 Euro noch einmal an der Universität zu studieren. Daneben bekommt sie fachsprachliche Unterstützung und Kontakte zu Unternehmen. Sie ist jetzt wieder optimistischer, auch in Deutschland etwas zu erreichen. Zwei Semester Betriebswirtschaftslehre liegen bereits hinter ihr, zwei weitere Semester wurden ihr anerkannt wegen ihrer Ausbildung. »Ich hatte meinen Glauben an mich schon fast verloren«, sagt sie.

Ute Klammer hat Rossana Szalaty im Laufe des Programms mehrfach getroffen. Es sind Lebensläufe wie die von Szalaty, an denen sie sieht, wie viel sie in ihrer Funktion bewegen kann. »Das gibt mir natürlich eine gewisse Zufriedenheit«, sagt sie. Überhaupt hat sie einen anderen Blick auf Berufslebensläufe. »Vor allem wenn man die Menschen länger begleitet, sei es in einem Programm oder einfach meine Promovierenden, lernt man, zu erkennen, wo sich Chancen auftun«, sagt Ute Klammer.

Eine der größten Herausforderungen sei es daher, Programme wie ProSalamander und Chance hoch 2 langfristig zu etablieren und in die Universitätsstrukturen aufzunehmen. Das gestaltet sich allerdings schwierig: Die Stiftungen sehen ihre Investitionen als Anschubfinanzierung, bei Erfolg sollen die Projekte dann von den Unis getragen werden - denen allerdings fehlt dafür das Geld. Wenn Ute Klammer Pech hat, werden die Programme in ein paar Jahren wegen Geldmangel wieder eingestellt.

Die bunte Uni Die Universität Duisburg-Essen fördert Bildungsaufsteiger und Migranten. Treibende Kraft dabei ist die Vizerektorin Ute Klammer. Ihre Projekte kön....

VON CHRISTIAN HEINRICH

Ute Klammer ist Vizerektorin der Uni Duisburg-Essen

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten; Titelgeschichte: »Ist hier Platz für Flüchtlinge?« ZEIT NR. 46

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten; S. 111; Ausg. 48

Length: 391 words

Body

Als Hausärztin im Landkreis Aichach-Friedberg habe ich viele der Asylbewerber als Patienten in der Praxis und möchte ergänzen, was ich täglich erlebe. Viele Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien, in Afrika und aus Afghanistan kommen mit Schlafstörungen, Alpträumen, schweren Depressionen, auch durch Sorgen um die verbliebenen Familienangehörigen.

Daneben sehe ich Verletzungen, die Grund zur Flucht waren: gebrochene Arme eines Afghanen, der von Taliban verletzt wurde, weil er für die westlichen Armeeangehörigen gearbeitet hat, eine Schussverletzung einer jungen Irakerin, die aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt und verletzt wurde. Ich erlebe diese Menschen nicht als anspruchsvoll, sondern als Bedürftige und zum Teil Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten. Diese Hilfe zu leisten fällt uns oft schwer, weil uns noch die Strukturen fehlen, die wir brauchten: Psychotherapie, Traumatherapie scheitern an Kapazitäten, an der Sprache, an kulturellen Bedingungen. Bei uns in Aichach müssen diese Strukturen erst aufgebaut werden. Es gibt aber dankenswerterweise viel guten Willen auf allen Seiten.

Ein großes Problem ist für die meisten die Untätigkeit, zu der sie verurteilt sind. Psychische Stabilisierung gelingt nicht, wenn man den ganzen Tag auf dem Bett liegt und grübelt. Integration in Sportvereine und ggf. Kirchengemeinden tut not, wenn es schon keine Arbeit gibt.

Barbara Haider, Aichach

Ein großes Kompliment für diese Idee, Menschen mit- anstatt nur immer übereinander reden zu lassen! Dadurch können Verständnis und Frieden entstehen und Berührungsängste abgebaut werden. Schockierend finde ich allerdings die starke Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen. Ist es so schwer, Mitgefühl aus Dankbarkeit heraus zu entwickeln? Würde es uns wirklich schlechter gehen, wenn wir etwas mehr abgeben würden?

Sandra Ziegele, Hohentengen

Wenn immer noch solche Aussagen und abwertende Haltungen gegenüber jungen Menschen zutage treten, wie dieses Interview offengelegt hat, haben wir nicht gelernt, nachzufühlen, was es bedeutet, aus seinem eigenen Land fliehen zu müssen. Warum soll ein Kriegsflüchtling in zerschlissener Kleidung bleiben, warum darf er nicht anständig gekleidet sein und kein Handy haben, mit dem er Kontakt zur Außenwelt halten kann?

Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten Titelgeschichte: »Ist hier Platz für Flüchtlinge?« ZEIT NR. 46

Marie Downar, per E-Mail

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Hellersdorf sehnt sich nach Ruhe; Seit Asylbewerber nach Hellersdorf gezogen sind, ist die Lage angespannt. Die Nachbarn fühlen sich unfair behandelt und in ihrem Frieden gestört.

ZEIT-online

Mittwoch 28. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ASYLBEWERBERHEIM; Ausg. 34

Length: 1017 words

Byline: Elisabeth Gamperl

Body

In der ehemaligen Schule in Berlin-Hellersdorf wohnen jetzt **Asylbewerber**.

©AP Photo/Markus Schreiber

Die Schulglocke läutet an der Leonardo-da-Vinci-Oberschule schon seit acht Jahren nicht mehr. Zwischen den Pflastersteinen vor der Schule sprießt das Unkraut. Die gläserne Tür ist verschlossen. Die Fenster sind eingeschlagen. Der Donnerstagmittag in Marzahn-Hellersdorf ist still und menschenleer.

Das Gestrüpp vor dem grauen, dreistöckigen Gebäude ist fast höher als André. Er trägt ein rot-kariertes Hemd, eine schwarze Dreiviertelhose und Sonnenbrille; seine dunkelblonden Haare sind kurz geschnitten. Der Erzieher wohnt zehn Minuten von dieser urbanen Ruine entfernt, in der Nähe des alten Hellersdorfer Ortskerns. "Manchmal habe ich das Gefühl, ich lebe in einem Dschungel", sagt er. Er liebe diese Ruhe.

Leer stehende Gebäude und verwahrloste Grünflächen sind im Verwaltungsbezirk Marzahn-Hellersdorf keine Seltenheit. Er liegt im Osten von Berlin, rund 45 U-Bahn-Minuten vom Alexanderplatz entfernt. Hier steht ein Haus neben dem anderen, Platte an Platte, wie Lego-Steine. Sie sind hell und bunt. Manche sind vier, andere 21 Geschosse hoch. Dazwischen Plätze, die so verfallen und verwachsen sind, dass sie an kleine Wälder erinnern.

Die Töne sind hier rauer, die Stimmung angespannter

André lebt sein ganzes Leben hier. 27 Jahre. Wenn er in einer Kneipe ein Bier trinken will, muss er niemanden vorher anrufen. Dort sitzen genügend Leute, die er kennt. Hier ist er geboren und hier wolle er sterben, sagt er, auch wenn viele wegziehen. Auch, wenn die Siedlung mittlerweile nicht mehr nur als Hartz IV-, sondern auch als "Nazi-Land" verschrien ist.

Seit zwei Wochen wird Andrés geliebte Ruhe gestört. Seit Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien in eine der vielen leer stehenden Schulen eingezogen sind, kommt der Ort nicht aus den Schlagzeilen. André ist, wie viele andere Hellersdorfer, so eigenartig unbeteiligt daran.

Hellersdorf sehnt sich nach Ruhe Seit Asylbewerber nach Hellersdorf gezogen sind, ist die Lage angespannt. Die Nachbarn fühlen sich unfair behandelt und in ihre....

Wird in Deutschland ein neues Asylbewerberheim eröffnet, ist der Einzug meistens mit fremdenfeindlichen Sticheleien verbunden. Hier bleibt es nicht dabei; die Stimmung ist angespannter, der Ton rauer. In Hellersdorf ähneln die Szenen denen von Rostock Lichtenhagen, wo vor fast genau 21 Jahren eine Menschenmenge ein Asylbewerberheim in Brand steckte. Rechtsextreme begrüßen die Neuankömmlinge mit Hitlergruß, Anwohner rufen vor laufender Kamera: "Wir sind das Volk, nicht ihr" in Richtung Notunterkunft. Auch in Rostock hat es so begonnen.

Der Rummel nervt

Rechtsextreme Parteien wie die NPD oder Pro Deutschland nutzen die Aufmerksamkeit für ihren Wahlkampf. Im Haus des Max-Reinhardt-Gymnasiums in der Carola-Neher-Straße sollen künftig 200 Asylbewerber leben. Das sind nicht viele Menschen unter zirka 100.000 Hellersdorfern.

Linke Aktivisten haben mittlerweile einen Infotisch neben dem Heim aufgestellt. Sie sitzen hier, dösen in der Hitze und passen auf. "Damit nichts passiert", erzählen sie. Viele von ihnen sind nicht aus Hellersdorf. Ihnen gegenüber, auf der anderen Straßenseite, stehen vier Männer mit Glatze. Für Ordnung sorgen zwei Wachmänner am Eingang des Heims und ein Polizeiwagen voller Einsatzkräfte.

Ein Passant mit Hund an der Leine ärgert sich: "Das Asylbewerberheim ist mir egal. Sie können ruhig hier wohnen. Mich nervt nur der Rummel." Seit Tagen könne der 63-Jährige Rentner nicht schlafen. Die Linken spielen laute Musik. "Wir wollen von allen in Ruhe gelassen werden. Da kommen doch die wenigsten aus Hellersdorf." André nickt zustimmend.

Das Problem mit dem Asylbewerberheim sei, sagt André, dass die Politik die Leute völlig alleine gelassen hat. "Klar haben da Rechte leichtes Spiel." Vom Heim habe er wie viele andere Hellersdorfer durch eine anonyme Bürgerinitiative erfahren, die auf Facebook dagegen mobilisierte. "Das war unfair."

Hellersdorf hat wenige Plätze, an denen Menschen ins Gespräch kommen. Das Leben spielt sich zwischen Discountern, Einkaufszentren, mehrspurigen Straßen und Hochhäusern ab. Über das Asylbewerberheim scheinen die Menschen mittlerweile nur noch schriftlich zu kommunizieren. NPD-Schilder treffen auf "Nazis raus"-Plakate. Auf Steine gesprühte Hakenkreuze werden übermalt, Linke verteilen Flugblätter.

Mit Humor gegen Vorurteile

Hellersdorf ist eine der jüngsten Berliner Großsiedlungen der ehemaligen DDR. Der Altersdurchschnitt steigt im Vergleich zu anderen Bezirken überdurchschnittlich schnell. Viele Junge ziehen weg. Kindertagesstätten und Jugendräume werden geschlossen. Von 100 Schulen sind noch rund 50 übrig geblieben. Die Jungen, die noch da sind, langweilen sich, sagt André. "Sie kommen auf blöde Ideen und schließen sich wegen mangelnder Perspektive den Rechten an."

Ist Hellersdorf Nazi-Land? André schüttelt den Kopf. Er hasst dieses Image seiner Heimat. Sobald er außerhalb seines Viertels unterwegs ist und sich als Hellersdorfer outet, wird er angestarrt. Er versucht auf Vorurteile mit Humor zu reagieren. "Bei uns leben wenigstens keine Hipster." Aber er weiß, dass viele Klischees stimmen. Jeder Vierte ist auf Hartz IV angewiesen. "Die Leute, die ganzen Tag nur auf der Couch liegen, nerven mich auch. Wir sind trotzdem keine Hinterwäldler."

Hellersdorfer gewöhnen sich an alles

Einer seiner Lieblingsplätze ist der Jelena-Santic-Friedenspark. Mit Steinen wurde hier das Friedenssymbol in die Wiese gelegt. In der Mitte wächst eine Sonnenblume. Von dem Hügel aus blickt André auf seinen Bezirk herab. Er deutet mit dem Zeigefinger auf die idyllischen Einfamilienhaussiedlungen in Mahlsdorf, wo mittlerweile junge Familien hinziehen. Dann auf einen betonierte Platz, wo immer mal wieder Hüpfburgen oder Zirkusse Halt machen. Er zeigt auf den grünen Kienberg, eine 100 Meter hohe Erhebung zwischen den Großsiedlungen. Dort ist er als Kind gerodelt und er zeigt in Richtung seiner ehemaligen Schule, die mittlerweile platt gemacht wurde.

Hellersdorf sehnt sich nach Ruhe Seit Asylbewerber nach Hellersdorf gezogen sind, ist die Lage angespannt.
Die Nachbarn fühlen sich unfair behandelt und in ihre....

Warum sollte er weggehen? "Ich versäume nichts. Es ist doch schön hier", sagt André. An die Asylbewerber wird sich Hellersdorf schon noch gewöhnen. Es klingt trotzig, als er sagt, dass er seinen Bezirk liebe.

* *Der vollständige Namen ist der Redaktion bekannt.*

Load-Date: August 28, 2013

End of Document

**Nichts mehr zu verlieren; Ein Paschtune in Wien: Adalat Khan, 47,
Kirchenbesetzer**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

10. Januar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH, DRINNEN;Nichts mehr zu verlieren; S. 11; Ausg. 3

Length: 311 words

Byline: Ernst Schmiederer

Body

Wie es mir geht hier drin? Schauen Sie sich doch um. Was sehen Sie? Nichts. Menschen, die nichts haben. Menschen, die nichts essen. Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben. Die Votivkirche ist ein Gotteshaus. Es gibt kein Bad und keine Heizung. Es ist eiskalt. Wir schlafen am Boden. Das Tor ist versperrt, wie in einem Gefängnis. Seit Wochen campieren wir hier, weil wir zu unserem Recht kommen wollen. Wir glauben an die Menschenrechte. Wenn man uns in Österreich schon kein Asyl geben will, soll man wenigstens unsere Fingerabdrücke löschen, damit wir in einem anderen Land versuchen können, zu überleben.

Ich bin 47 Jahre alt, Paschtune aus dem Swat-Tal, im Norden Pakistans. Früher war ich Geschäftsmann. Vier Baufirmen. Tausend Beschäftigte. Seit ich mich für die Awame National Party engagiert habe, trachten mir die Taliban nach dem Leben. Ich habe zwei Töchter und drei Söhne. Die Mädchen sind noch im Haus, die Söhne auf der Flucht. Manchmal kann ich mit der Familie telefonieren, selten. Seit 2005 bin ich auf der Flucht. Sieben Jahre lebte ich in Griechenland. Ich verkaufte Blumen und habe Autofenster geputzt. Als es dort für Flüchtlinge lebensgefährlich wurde, zog ich weiter. Nach Österreich, Traiskirchen. Irgendwann landete ich im Asylheim Hoheneich im Waldviertel.

Ich bin kein Anführer. Aber weil die meisten anderen in der Kirche jünger sind als ich, bin ich ihr Sprachrohr. Sie kommen aus Pakistan und Afghanistan, aus Bangladesch, Algerien, dem Sudan und Marokko. Sie werden viele furchtbare Geschichten hören. Mustafa hier, der hat seine Familie verloren. Er ist 20 Jahre alt und hat ein kleines Kind. Die Taliban haben drei seiner Cousins umgebracht. Sie haben sein Haus niedergebrannt. Sein Fotostudio, sein Geschäft. Auch er hat nichts mehr zu verlieren.

Adalat Khan aus Bara Bandai lebt in Wien

Load-Date: March 25, 2022

Aise? Lieber nicht; Deutschland kann mit anonymisierten Bewerbungen gerechter werden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. April 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 12; Ausg. 17

Length: 745 words

Byline: Alice Bota

Body

Deutschland ist nicht gerecht. Es ist sogar ziemlich ungerecht, und die Studien, Statistiken und Untersuchungen dazu würden zusammengeworfen einen gewaltigen Papierberg ergeben. Sie alle laufen auf das Gleiche hinaus: Frauen haben es beim Aufstieg in der Arbeitswelt sehr viel schwerer als Männer, sie verdienen weniger; über 50-Jährige haben bei Bewerbungen gegen Jüngere kaum eine Chance, und Kinder aus Migrantenfamilien müssen schon ziemlich zäh sein, um es nach oben zu schaffen - ihr Ruf eilt ihnen weit voraus. Schon der Name wird zur Hürde: Eine Aise oder ein Mohammed haben bei kleineren Unternehmen eine bis zu 24 Prozent geringere Chance, überhaupt zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden als jemand, der Ralph heißt oder Sonja - und das bei gleichen Qualifikationen.

Deutschland unterscheidet sich da nicht von den restlichen reichen Ländern: Wer anders ist, wird anders behandelt. Es gibt das falsche Geschlecht, die falsche Herkunft, das falsche Alter, die falschen Namen, selbst die falsche Postleitzahl. Wir wissen das alles. Und trotzdem handeln wir nicht, obwohl wir könnten.

Die Antidiskriminierungsstelle in Berlin hat anderthalb Jahre lang acht große Arbeitgeber von Deutscher Post bis L'Oréal 8550 anonymisierte Bewerbungen annehmen lassen. Darin durfte stehen, was man so kann, wofür man sich interessiert, warum man sich bewirbt. Es fehlten: der Name, das Foto, das Alter, das Geschlecht. Nun liegen die Ergebnisse vor: Auf einmal waren für die meisten Bewerber die Chancen nahezu gleich. Sobald die erste Hürde genommen und der Bewerber eingeladen war, sobald er sich selbst vorstellen, über seine Motivation und Fähigkeiten sprechen konnte, siegte Kompetenz über Herkunft oder Geschlecht.

Es war nur eine kleine Änderung, sehr viel kleiner, als für Frauen oder Migranten eine Quote einzuführen. Für jeden Einzelnen aber, der sonst wegen seines Namens oder seines Geschlechts ausgesiebt wurde, ist die Wirkung groß. Und vielleicht könnte sie sogar als Vorbild taugen: Was an Gerechtigkeit im Job funktioniert, könnte irgendwann auch auf Schulen oder Kitas ausstrahlen.

Sicher, ein Rassist oder ein Frauenhasser wird seine Meinung auch dann nicht ändern, wenn eine Frau oder ein Deutschtürke vor ihm steht, geschmückt mit allen erdenklichen Qualifikationen und eloquent um eine Stelle werbend. Aber die wenigsten Chefs hassen irgendwen, vermutlich sind sie allenfalls von Vorurteilen befangen. Und

Aise? Lieber nicht Deutschland kann mit anonymisierten Bewerbungen gerechter werden

offenbar verschwinden die, sobald jemand persönlich vor ihnen steht - selbst wenn sie die Person vorher abgelehnt hätten.

Bewerbungen mögen dadurch langweiliger, austauschbarer, unpersönlicher werden. Aber wem schadet das? Den Bewerbern, die bislang gut ins Raster passten? Den Arbeitgebern jedenfalls nicht: Von den acht, die sich an dem anonymisierten Bewerbungsprojekt beteiligt haben, halten vier weiterhin an dem Verfahren fest. Einige waren froh, auf diese Weise ihre eigene Befangenheit auszubremsen. Ein Fall ist bekannt, bei dem der Arbeitgeber nach der Einstellung zugab, dass er den Bewerber nicht eingestellt hätte, wenn er vorher das Bewerbungsfoto gesehen hätte. Die anderen vier Unternehmen lehnen das Vorhaben nicht grundsätzlich ab, sie haben sich entweder nicht entschieden oder haben eigene Bewerbungsprogramme, die sie ausprobieren.

Alles andere würde sich auch nicht lohnen. In Deutschland, so eine Studie von Roland Berger von 2011, gehen Unternehmen jährlich rund 21 Milliarden Euro verloren, weil sie sich um das, was derzeit unter dem Namen Diversity Management beworben wird, nicht kümmern: Sie ignorieren einen Teil ihrer Konsumenten, sie verfehlen ihre Zielgruppen, und sie würden Lohnkosten sparen, weil Benachteiligte zunächst schlichtweg billiger sind. Internationale Konzerne achten bereits mehr darauf, kleinere Unternehmen noch nicht. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wollen deshalb bald ein ähnliches Projekt mit kleinen und mittelständischen Unternehmen starten, bei denen die Vorurteile ausgeprägter sind.

Offenbar lohnt es sich für Unternehmen, die mit dem vermeintlich falschen Geschlecht und der vermeintlich falschen Herkunft einzustellen - und die meisten von ihnen scheinen das zu wissen. Deshalb müssten die meisten Unternehmer die anonymisierten Bewerbungen wollen. Wenn Unternehmen diese überschaubare Änderung im Bewerbungsverfahren ablehnen sollten, wenn ihnen selbst das zu weit gehen sollte, dann ist ihnen wirklich nur noch mit etwas zu helfen, was die meisten von ihnen ablehnen: der Quote.

Load-Date: April 19, 2012

St. Paulis Herz

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: BLICKFANG; S. 70; Ausg. 45

Length: 277 words

Byline: Urs Willmann

Body

Wer sich in München ein Fußballspiel anschauen will, muss vorher eine Stunde reisen. Wer für Paderborn jubeln möchte, lässt sich per Bus aufs vorstädtische Ackerland ruckeln. In Hamburg heißt es viermal umsteigen, um den HSV zu sehen. Doch es gibt ein schöneres Fußballfanleben - für Fans des FC St. Pauli nämlich. Die stolpern von der Reeperbahn direkt hinein ins Millerntorstadion. Dorthin, wo laut Fangesang "niemand siegt" - außer dem FC St. Pauli. Dass der Verein, der sich nicht nur als Teil des Kiezes versteht, sondern auch noch mittendrin spielt, immer mal auf- und absteigt, nimmt der Anhänger in Kauf. Schließlich zählt, was am Millerntor immer zu spüren ist, ganz egal, in welcher Liga: die **Authentizität** eines ganzen Stadtteils und seiner Bewohner - Alte, Seltsame, Kinder, Migranten, Punks und Intellektuelle. Das Stadion war lange eine fürchterliche, einsturzgefährdete Bruchbude - an die der Bildband *Millerntor* mit Aufnahmen erinnert, die man inzwischen als historisch bezeichnen kann. Seit einiger Zeit wird das Stadion Jahr für Jahr, Stück für Stück erneuert. Nach der legendären Gegengeraden (unser Bild, unten) fehlt jetzt nur noch die Nordkurve. Obwohl sich das Stadion herausputzt, ist sein Geist dabei nicht verloren gegangen. Siegt der FC in der Nachspielzeit, drehen die Leute auf den Stehplätzen verlässlich durch. Die Bierdusche ist in der Ära der Pfandbecher zwar etwas selten geworden; aber auch sie gibt es, immer noch.

URS WILLMANN

Susanne Katzenberg, Olaf Tamm, Ronny Galczynski: Millerntor. Das alte Stadion Verlag Edition Braus, Berlin 2012; 160 S., 29,95 (EURO)

Load-Date: October 31, 2012

Europa ignoriert die syrische Katastrophe; Millionen Syrer fliehen vor dem Krieg in ihrem Land, doch Europa kümmert sich kaum um sie. Das muss sich ändern, fordert der Kommissar für Menschenrechte des Europarates.

ZEIT-online

Samstag 21. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 51

Length: 848 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Syrische **Flüchtlinge** warten auf Hilfsgüter des bulgarischen Roten Kreuzes nahe Sofia.

© Pierre Marsaut/Reuters

2,3 Millionen Syrer sind seit Anfang des Krieges auf der Flucht. Die überwiegende Mehrheit von ihnen fand Zuflucht in den Nachbarländern: mehr als 840.000 in Libanon, 560.000 in Jordanien, 200.000 im Irak, zwischen einer halben Million und 700.000 in der Türkei. Und in Europa: nur etwas mehr als 50.000.

"Es reicht, diese Zahlen anzuschauen, um zu verstehen, dass sich Europa mehr engagieren muss, um das Problem der Kriegsflüchtlinge in den Griff zu bekommen", sagt der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, Nils Muiznieks. Er besuchte in den vergangenen Wochen mehrere Aufnahmezentren in der Türkei, Bulgarien und Deutschland. Jetzt stellte er die Ergebnisse seiner Recherche in Berlin vor.

Die Wahl fiel nicht zufällig auf die Bundeshauptstadt. Denn Deutschland ist eines der wenigen europäischen Länder, die ein Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge in die Gänge brachten. Nach Angaben des Innenministeriums halten sich hierzulande knapp 24.000 syrische Flüchtlinge auf. Im Rahmen der vom Bundesinnenminister und den Bundesländern beschlossenen humanitären Aufnahme sollen demnächst weitere 10.000 dazu kommen. Davon kamen allerdings bislang nur 1.780 an.

"Europa weigert sich, das Ausmaß dieser humanitären Katastrophe wahrzunehmen", sagt der Kommissar. Denn zunächst glaubte man, der Krieg würde nur wenige Monate dauern. Inzwischen ist aber klar geworden, dass der Notstand kein schnelles Ende haben wird. Die UN-Organisation für Nothilfe OCHA meldete kürzlich, dass sich die Zahl der Flüchtlinge im Laufe des kommenden Jahres mehr als verdoppeln könnte. Es wird erwartet, dass sich die humanitäre Situation rapide verschlimmert. In den angrenzenden Ländern reichen die bestehenden Aufnahmestrukturen schon lange nicht mehr aus, um alle Neuankömmlinge unterzubringen.

Das Geld wird knapp

Europa ignoriert die syrische Katastrophe Millionen Syrer fliehen vor dem Krieg in ihrem Land, doch Europa kümmert sich kaum um sie. Das muss sich ändern, forde....

Besonders problematisch wird die Situation in der Türkei. Zwar konnte das dortige Notstandsbüro die Situation im Südosten des Landes bislang kontrollieren. Doch in vielen Städten, wie der Grenzstadt Kilis, wo etwa 80.000 Flüchtlinge einquartiert sind, melden die Sicherheitsbehörden eine wachsende soziale Spannungen.

Ungefähr 210.000 Menschen leben zurzeit in den türkischen Flüchtlingslagern. Dazu kommen noch die knapp 500.000, die in den Städten leben und die etwa 100.000, die in unmittelbarer Nähe der Grenze Zuflucht von den Angriffen der syrischen Luftwaffe suchten und vom türkischen Notstandsbüro versorgt werden.

"Die Türkei leistet eine hervorragende Arbeit", sagt Muiznieks: In den Camps haben die Flüchtlinge Zugang zu kostenloser medizinischer Versorgung und können sogar ihre Kinder zur Schule schicken. Doch das Geld wird immer knapper. Etwa 2,5 Milliarden Dollar hat Ankara bereits in die Versorgung der Flüchtlinge investiert. Weniger als zehn Prozent davon wurde durch internationale Hilfsprogramme finanziert.

Die Zahl der hilfsbedürftigen Flüchtlinge stieg in den letzten Monaten rasant. Denn viele Syrer finanzierten zunächst ihren Aufenthalt in der Türkei mit eigenen Mitteln. Doch ihre Ersparnisse reichten nicht lange.

Nur etwa 50.000 syrische Flüchtlinge kamen nach Europa. Einige schafften es bis nach Deutschland oder nach Schweden, das seit September allen syrischen Flüchtlingen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht gewährt. Doch viele kamen nicht so weit.

Diejenigen, die in Griechenland oder in Bulgarien blieben, fanden härtere Lebensbedingungen als in der Türkei vor: keine Aufnahmestruktur oder Integrationsmaßnahmen, dafür viel Ausländerfeindlichkeit. "In vielen Transitländern wie Griechenland oder Bulgarien werden Flüchtlinge entweder kriminalisiert oder schlechthin ignoriert", sagt Muiznieks.

So ist Bulgarien damit beschäftigt, eine Mauer an der östlichen Grenze aufzubauen, um die illegale Einwanderung einzudämmen. Sowohl in Bulgarien als auch in Griechenland, berichtet der Kommissar, sitzen mehrere Tausend syrische Flüchtlinge wegen illegaler Einwanderung in Haft. Und die Küstenwache in Griechenland und Zypern schiebt trotz wiederholter Mahnungen vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen immer noch syrische Flüchtlinge zurück nach Ägypten ab.

Auch Italien zeigte sich wenig aufnahmebereit gegenüber den Kriegsflüchtlings. "Die schockierenden Bilder vom Erstaufnahmezentrum in Lampedusa, wo die Flüchtlinge gezwungen werden, sich nackt in einer Reihe aufzustellen, um desinfiziert zu werden, sollten uns nicht überraschen", sagt Muiznieks. "Denn diese Verhältnisse gibt es schon seit Jahren im Mittelmeerraum."

Nun will der Kommissar seine Studie der Europäischen Kommission vorlegen. Denn er ist fest davon überzeugt, dass die humanitäre Notlage in Syrien eine Lösung auf europäischer Ebene erfordert. "Ich verstehe, dass viele Länder, vor allem in Mittel- und Nordeuropa, sich davor hüten, ihren Ermessensspielraum in Bezug auf die Einwanderungspolitik einschränken zu lassen. Doch ohne eine gerechte Verteilung der Asylanträge werden die syrischen Kriegsflüchtlinge bald keinen Ort mehr haben, wo sie sich sicher fühlen können."

Load-Date: December 21, 2013

Sind böse Meinungen geschützt?; Özlem Topçu: "Nur kein Verbot" ZEIT NR. 39

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. September 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: AKTUELL ZUR ZEIT NR. 39; S. 107; Ausg. 40

Length: 257 words

Body

Ich habe als Akademikerin mit muslimischem **Migrationshintergrund** schon während der Schulzeit, über viele Jahre hinweg, Schmähungen rassistischer und religiöser Art hinnehmen müssen. Was mich sicherlich abgehärtet und vielleicht auch mein Desinteresse gegenüber Provokationen dieser Art ausgelöst hat. Ich bezweifle jedoch, dass es der richtige Ansatz ist, Menschen einer dauerhaften Entwürdigung zu unterziehen, um bei ihnen Gleichgültigkeit gegen Provokationen aufzubauen, damit es zu keinen Ausschreitungen kommt.

Senay Ispir, Aschaffenburg

Der Mohammed-Film hat einen großen Aufstand ausgelöst. Unschuldige Menschen wurden ermordet, viele Muslime fühlten sich angegriffen. Mich als eine Muslimin hat der Film ebenfalls zutiefst verletzt. Etwas, was den Menschen verletzt, wird im deutschen Grundgesetz weder gewollt noch toleriert. Der Film zeigt eine Seite des Islams, die nicht existiert und nicht mit den Lehren vereinbar ist. Damit nicht noch mehr Unschuldige ermordet werden und die Muslime sich auch nicht angegriffen fühlen, bin ich der Meinung, dass man diesen Film öffentlich nicht zeigen sollte.

Sana Abbas, per E-Mail

Sie schreiben: "Auch eine dumme, sogar eine böse Meinung ist eine Meinung." Das ist zwar richtig; aber steht sie auch unter dem Schutz der freien Meinungsäußerung? Das stimmt doch einfach nicht; denn dann wäre es ja sogar erlaubt, Naziverbrechen zu leugnen.

Es gibt also durchaus Grenzen. Niemand sollte absichtlich andere Menschen kränken, beleidigen oder demütigen.

Eberhart Ballerstedt, Hameln

Aktuell zur zeit Nr. 39

Load-Date: September 27, 2012

End of Document

Snowdens Asyl-Forderung ist falsch; Der "Whistleblower" leidet nicht unter Verfolgung - weder heute noch in der Vergangenheit. Er sollte sich einem US-Gericht stellen, schreibt Aaron Rhodes im Gastbeitrag.

ZEIT-online

Freitag 19. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: NSA-AFFÄRE; Ausg. 30

Length: 898 words

Byline: Aaron Rhodes

Body

Snowden-Unterstützer in Brasilia (18. Juli 2013)

© Eraldo Peres/AP/dpa

Edward Snowden hat Dinge über die NSA enthüllt, die nachhaltig die Menschenrechte, vor allem aber das Recht auf Privatsphäre und den Schutz des Kommunikationsgeheimnisses beeinträchtigen. Aber verdient er **Asyl**? Das Ausmaß der Ausspähung, über das wir dank Snowden jetzt Bescheid wissen, ist erschreckend. Die NSA kann offensichtlich unbemerkt in das, was für uns Computernutzer die maschinelle Erweiterung unseres Bewusstseins und auch Unbewusstseins geworden ist, hineinschauen und es analysieren.

Die Versicherung der NSA, dass ihr Geschnüffel eng auf terroristische Bedrohungen beschränkt sei, beruhigt keineswegs, besonders weil die NSA keiner rechtlichen Prüfung durch ein unabhängiges Organ unterliegt. Die Prüfinstanz, die es gibt, das sogenannte "NSA-Gericht", besteht zwar aus Bundesrichtern. Es ist aber ein Gericht, das nur eine Seite anhört und deshalb eindeutig nicht im Einklang mit dem Prinzip des Rechtsstaats steht.

Trotz alledem: Verdient Edward Snowden es, dass ihm als "Whistleblower" für seine Enthüllungen politisches Asyl gewährt wird? Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, ist davon überzeugt. Sie behauptet, dass Staaten die Rechte von Personen schützen sollten, die Menschenrechtsverletzungen aufdecken und dass Edward Snowden solch eine Person sei. Die Internationale Vereinigung für Menschenrechte (FIDH) in Paris, sagt, Snowden verdiene Asyl, um ihn vor der "aggressiven Vorgehensweise" der Vereinigten Staaten gegen "Whistleblower" zu schützen. Snowden selbst hat versucht, sich den Mantel des Gerechten überzuwerfen, eines verfolgten Verteidigers der Menschenrechte, der Schutz sucht. Seine Verbrechen sind gemäß seiner Argumentation "politische Straftaten".

Es ist an der Zeit, dass Snowden und der Klub der Menschenrechtler klarer über diesen Fall nachdenken. Das Asylrecht ist einer der bedeutendsten Teile der internationalen Menschenrechte und wurde in der Flüchtlingskonvention von 1951 festgeschrieben, um die zu schützen, die vor politischer Verfolgung fliehen. Es beschädigt das Asylrecht, wenn man es auf Personen anwendet, die von demokratischen Rechtsstaaten wegen

Snowdens Asyl -Forderung ist falsch Der "Whistleblower" leidet nicht unter Verfolgung - weder heute noch in der Vergangenheit. Er sollte sich einem US -Gericht

Verbrechen angeklagt sind. Es würde sich weitreichend und negativ auf das Asylrecht auswirken, wenn es einer Straftat Verdächtige ermutigt, Asyl zu ersuchen. Dies würde nicht zuletzt die Aufmerksamkeit von jenen ablenken, die tatsächlich unter Verfolgung leiden.

Snowden leidet nicht unter Verfolgung - weder heute noch in der Vergangenheit. Trotz minimaler beruflicher Qualifikationen verdiente er jährlich 200.000 US-Dollar als 29-jähriger Technokrat, und ihm wurden dummerweise die sensibelsten Geheimdienstinformationen der Nation anvertraut. Snowden hatte dann einen "Gewissensanfall" und entschied, dass er diese Geheimnisse aufdecken müsse; Geheimnisse, die eine große Bedeutung für die Sicherheit seines Landes haben und wahrscheinlich auch für die Sicherheit von Bürgern vieler anderer Länder.

Für diese angeblichen Straftaten ist Snowden aufgrund des Spionagegesetzes von 1917 angeklagt; ein Gesetz, das mehrmals infolge höchstrichterlicher Beschlüsse verändert wurde, um sicherzustellen, dass es im Einklang mit der amerikanischen Verfassung bleibt. Snowden hat angeblich Terroristen befähigt, sich den amerikanischen Geheimdiensten zu entziehen und die Sicherheitsposition der USA gegenüber Diktaturen geschwächt. Er wurde angeklagt wegen "unautorisierter Kommunikation von Informationen über die Landesverteidigung" und "vorsätzlicher Kommunikation von als geheim eingestuft Informationen mit einer unautorisierter Person". Glenn Greenwald, der Journalist der britischen Zeitung *The Guardian*, der die Geschichte an die Öffentlichkeit brachte, behauptet, es sei "nicht [Snowdens

Aber viele andere haben auch Verbrechen begangen, ohne die Nation schädigen zu wollen - das entlastet Snowden also kaum. Ebenso wenig die Tatsache, dass sein Gewissen ihn motivierte. Die grausamsten Verbrecher der Welt haben alle im Einklang mit ihrem Gewissen gehandelt. Snowden hat versucht, die amerikanische Regierung als Schuldige darzustellen; glaubt er ernsthaft, dass die Regierung ihre eigenen Gesetze in seinem besonderen Fall nicht anwenden wird?

Snowdens Versuche, sich mit der Menschenrechtsgemeinschaft, vor allem der in Russland, zu verbinden, während er in Wladimir Putins Russland Asyl ersucht, ist ein weiterer Beweis seiner unsinnigen Argumentation. Snowden ist völlig überfordert, wenn er meint, er könnte seinen Willen beim russischen Geheimdienst durchsetzen und Asyl bekommen, ohne die USA schwerwiegende zu kompromittieren.

Snowden sollte zugeben, dass er die Gesetze eines demokratischen Landes gebrochen hat; Gesetze, die mit Zustimmung seiner Mitbürger geschaffen wurden und aufrecht erhalten werden. Er sollte seine Tat als eine Tat des zivilen Ungehorsams begreifen, für die er bereit ist, sich vor Gericht zu verantworten, verurteilt und vielleicht bestraft zu werden. Es wäre unerlässlich für solch ein zivilisiertes Szenario, dass er von der US-Justiz fair behandelt wird. Er sollte den Prozess von Sokrates nachlesen und Martin Luther Kings Briefe aus dem Gefängnis. Denn tatsächlich spiegelt seine Verwirrung und die der Öffentlichkeit über seinen Fall einen Kontaktverlust mit der moralischen Tradition wieder, aus der die edle Idee des zivilen Ungehorsams stammt.

Load-Date: July 19, 2013

Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten; Titelgeschichte: "Ist hier Platz für Flüchtlinge?" ZEIT NR. 46

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten; S. 111; Ausg. 48

Length: 382 words

Body

Als Hausärztin im Landkreis Aichach-Friedberg habe ich viele der Asylbewerber als Patienten in der Praxis und möchte ergänzen, was ich täglich erlebe. Viele Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien, in Afrika und aus Afghanistan kommen mit Schlafstörungen, Albträumen, schweren Depressionen, auch durch Sorgen um die verbliebenen Familienangehörigen.

Daneben sehe ich Verletzungen, die Grund zur Flucht waren: gebrochene Arme eines Afghanen, der von Taliban verletzt wurde, weil er für die westlichen Armeeangehörigen gearbeitet hat, eine Schussverletzung einer jungen Irakerin, die aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt und verletzt wurde. Ich erlebe diese Menschen nicht als anspruchsvoll, sondern als Bedürftige und zum Teil Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten. Diese Hilfe zu leisten fällt uns oft schwer, weil uns noch die Strukturen fehlen, die wir brauchten: Psychotherapie, Traumatherapie scheitern an Kapazitäten, an der Sprache, an kulturellen Bedingungen. Bei uns in Aichach müssen diese Strukturen erst aufgebaut werden. Es gibt aber dankenswerterweise viel guten Willen auf allen Seiten.

Ein großes Problem ist für die meisten die Untätigkeit, zu der sie verurteilt sind. Psychische Stabilisierung gelingt nicht, wenn man den ganzen Tag auf dem Bett liegt und grübelt. Integration in Sportvereine und ggf. Kirchengemeinden tut not, wenn es schon keine Arbeit gibt.

Barbara Haider, Aichach

Ein großes Kompliment für diese Idee, Menschen mit- anstatt nur immer übereinander reden zu lassen! Dadurch können Verständnis und Frieden entstehen und Berührungsängste abgebaut werden. Schockierend finde ich allerdings die starke Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen. Ist es so schwer, Mitgefühl aus Dankbarkeit heraus zu entwickeln? Würde es uns wirklich schlechter gehen, wenn wir etwas mehr abgeben würden?

Sandra Ziegele, Hohentengen

Wenn immer noch solche Aussagen und abwertende Haltungen gegenüber jungen Menschen zutage treten, wie dieses Interview offengelegt hat, haben wir nicht gelernt, nachzufühlen, was es bedeutet, aus seinem eigenen Land fliehen zu müssen. Warum soll ein Kriegsflüchtling in zerschlissener Kleidung bleiben, warum darf er nicht anständig gekleidet sein und kein Handy haben, mit dem er Kontakt zur Außenwelt halten kann?

Verzweifelte, die uns um Hilfe bitten Titelgeschichte: "Ist hier Platz für Flüchtlinge?" ZEIT NR. 46

Marie Downar, per E-Mail

Load-Date: November 21, 2013

End of Document

Lieber zwei Pässe als einer; Migrantenkinder müssen sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden - ein Fehler

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. Juni 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 12; Ausg. 27

Length: 765 words

Byline: Özlem Topcu

Body

Optionspflicht. Schon mal gehört? Sie spielt in Ihrem Leben wahrscheinlich keine Rolle. Als geborener Deutscher mussten Sie das Wort vielleicht bis jetzt nicht nachschlagen oder googeln, weil es sie nicht betrifft, sondern andere: Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren werden und zwei Staatsbürgerschaften haben, die ihrer Eltern und die deutsche. Aber nur bis zur Volljährigkeit, denn dann kommt der Behördenbrief. Und damit die Pflicht zur Entscheidung: Entweder legst du die andere Staatsbürgerschaft ab, oder du verlierst die deutsche.

In den kommenden Jahren werden sich Zehntausende dieser Optionspflichtigen entscheiden müssen: ob sie Deutsch sein wollen oder nicht.

Das zuständige Bundesinnenministerium hat schon mal in einer Studie vorgefühlt. Dabei kam heraus, dass sich die meisten Jugendlichen für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Dieses Ergebnis wertet Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als Erfolg. Er lobte, dass "junge Menschen pragmatisch mit ihrer Wahlpflicht zwischen den Staatsangehörigkeiten umgehen". Das heißt: Die Hauptgründe, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden, sind etwa, die Rechte und Vorteile als EU-Bürger weiterhin zu behalten.

Sicher ist es erfreulich, dass sich die meisten Jugendlichen, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, für die Staatsbürgerschaft des Landes entscheiden, in dem sie leben. Aber ist "Pragmatismus" bei dieser Entscheidung tatsächlich etwas, über das sich Vertreter des Staates freuen sollten? Ausgerechnet die Partei, die traditionell das Deutschsein als einen Wert ansieht, ja den Stolz auf Land, Nation und Kultur hochhält wie keine andere, bejubelt nun, dass junge Leute es einfach nur bequem finden, deutsch zu sein. Das ist nicht nur bescheiden - es ist eine politische Niederlage, die als Erfolg verkauft wird.

Doch es ist alles andere als erfolgreich, wenn, auch das belegt die Studie, Jugendliche es nicht richtig finden, dass sie sich überhaupt entscheiden müssen (40 Prozent, 23 Prozent sind unsicher), oder jeder dritte froh wäre, nicht vor die Wahl gestellt zu werden. Viele zögern die Antwort hinaus, weil sie hoffen, dass das Gesetz doch noch geändert wird und sie beide Staatsbürgerschaften behalten können - sie fühlen sich eben auch dem Land ihrer Eltern verbunden.

Lieber zwei Pässe als einer Migrantenkinder müssen sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden - ein Fehler

Vor allem aber kann es nicht froh stimmen, wenn jeder zweite von ihnen es als ungerecht empfindet, dass ihnen als Türken oder Araber etwas abverlangt wird, was Franzosen, Italienern und anderen EU-Bürgern erspart bleibt: Die nämlich dürfen ihre frühere Staatsangehörigkeit behalten, wenn sie wollen.

Da klingen die alten Reden über Identitäten und Loyalitäten nicht gerade glaubwürdig. Glaubwürdig wäre es, ein deutsches Selbstbewusstsein zu leben, das Doppelpässe gelassen hinnimmt; die Menschen als Teil der Gesellschaft anerkennt, die zwei oder mehr, eben andere, neue Identitäten ausbilden. Vieles sind und sein wollen.

Das Optionsmodell aber leistet diese Anerkennung nicht. Deshalb gehört es abgeschafft. Es ist eine Kapitulation vor der modernen Einwanderungsgesellschaft, besonders deshalb, weil sie unter den Kindern von Einwanderern, den neuen Deutschen, eine Hierarchie schafft.

Das Optionsmodell startete einmal als ein Kompromiss. Als Rot-Grün 1999 das Staatsangehörigkeitsrecht reformieren wollte, stellte sich die Opposition von CDU/CSU und FDP gegen das Vorhaben. Dann gewann in Hessen Roland Koch dank einer Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft die Landtagswahl. Rot-Grün ruderte zurück, man einigte sich auf die Optionspflicht. Doch mittlerweile ist Deutschland viel zu stark und zu lässig, um mit den Folgen dieser Unterschriftenkampagne leben zu müssen.

Mit der Lebensrealität von Einwanderern jedenfalls hat die Optionspflicht wenig zu tun. Viele der Migrantenkinder verstehen sich als bikulturelle Deutsche. Sie sind deutscher als ihre türkischen Eltern, manchmal arabischer als gedacht, manchmal aber auch deutscher als die Deutschen. Diese Unübersichtlichkeit gehört zu Deutschland.

Wäre also Patriotismus nicht der schönere Grund für die deutsche Staatsbürgerschaft als Pragmatismus? Wer weiß, was das für ein neuer deutscher Patriotismus ist, der sich da ausbildet. Er macht zumindest neugierig. Da fangen plötzlich Türken an, die deutsche Nationalhymne auf Kanakisch zu covern und bei YouTube zu präsentieren; Musliminnen binden sich die deutsche Fahne um den Kopf und gehen zum Fanfest. Patriot sein, das ist kein leichtes Thema in Deutschland. Aber als neue Deutsche (Einbürgerungsurkunde erhalten am 15.3.2001) kann man zumindest leichter darüber sprechen.

Load-Date: June 28, 2012

9.300 Dollar für eine lebensgefährliche Überfahrt; Der Menschenschmuggel in Ägypten boomt: Vor allem Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea vertrauen sich den Schleppern an. Sie fliehen vor Gewalt und Fremdenhass.

ZEIT-online

Mittwoch 16. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 42

Length: 772 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Überlebende des Bootsunglücks vor Lampedusa Anfang Oktober

© Reuters/Italian Coast Guard

Ein kleines klappriges Boot vor der Küste Alexandrias: Die **Flüchtlingsgruppe** hatte gerade abgelegt und war die ersten Seemeilen unterwegs Richtung offenes Meer, als ein ägyptisches Polizeiboot sie entdeckte und beschoss. Die Barkasse kenterte und sank. Zwölf der 116 Insassen ertranken. Einige waren zuvor schon von den Polizisten erschossen worden. Darunter der Ehemann von Najah Kourdi.

Die hochschwangere Najah Kourdi und ihre kleine Tochter wurden aus dem Wasser gezogen und gerettet. Wie die meisten an Bord stammt ihre Familie aus Syrien und wollte nur eins - weg aus Ägypten.

9.300 Dollar hatte die Familie den ägyptischen Schleppern gezahlt, die den Verzweifelten eine sichere Zukunft versprochen. Die Schlepper hätten ihnen Asyl in Schweden vorgegaukelt und behauptet, dort bekomme jeder Neuankömmling ein Haus, Geld und Arbeit, sagte Kourdi der BBC. "Wir hatten keine Ahnung von den Risiken. Wenn ich das vorher gewusst hätte, hätte ich das Boot mit meiner Tochter niemals betreten."

Fremdenfeindliche Hetze in Ägypten

Menschenschmuggel nach Italien ist inzwischen auch in Ägypten ein schnell wachsendes Geschäft. Denn seit dem Sturz von Mohammed Mursi am 3. Juli erlebt das Land am Nil eine beispiellose Welle fremdenfeindlicher Hetze. Der Hass auf Ausländer trifft vor allem die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge, weil sie die Schwächsten sind.

Auf der Straße werden sie angepöbelt, auf den Ämtern verweigert man ihnen die Aufenthaltsgenehmigung und drückt ihnen stattdessen einen Abschiebestempel in den Pass, der sie zur Ausreise innerhalb von 14 Tagen zwingt. Bei Kontrollen beschimpfen Polizisten und Soldaten die Syrer regelmäßig als Terroristen oder fünfte Kolonne der Muslimbrüder. Ihre kleinen Läden, die sie zum Lebensunterhalt in der Fremde gegründet haben, werden von der einheimischen Bevölkerung systematisch boykottiert.

9.300 Dollar für eine lebensgefährliche Überfahrt Der Menschenschmuggel in Ägypten boomt: Vor allem Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea vertrauen sich den Schlep....

Kein Wunder, dass seit drei Monaten die Zahl der syrischen Flüchtlinge dramatisch steigt, die von Ägyptens Küste aus versuchen, Italien zu erreichen. Es ist eine lebensgefährliche Überfahrt, 1.600 Kilometer lang, meist in klapprigen Kähnen. Ein anderer Teil der syrischen Flüchtlinge schlägt sich mithilfe von Schlepperbanden illegal über die Grenze nach Libyen durch, weil die Seewege von hier nach Europa kürzer sind.

Nach Schätzungen des UNHCR erreichten in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 35.000 Flüchtlinge per Boot italienischen Boden, dreimal mehr als im gesamten Jahr 2012. Mit jeweils rund 10.000 Menschen stellen Syrer und Eritreer die größten Gruppen, gefolgt von Somalia mit 4.000 Hilfesuchenden.

Die meisten Transitrouten führen über Libyen

Vor allem entlang der 1.700 Kilometer langen Küste Libyens, wo Bewaffnete vergangene Woche sogar Premierminister Ali Seidan entführten und stundenlang gefangenhielten, haben Behörden und Polizei jegliche Kontrolle verloren. Die 6.000 Kilometer langen Landesgrenzen im Süden existieren nur auf den Landkarten. Und so führen die meisten Transitrouten der Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea durch die libysche Wüste zum Mittelmeer.

"Wir sind entschlossen, uns dieses Problems anzunehmen", versprach Libyens Premier Seidan zwar nach seiner Befreiung. Aber ob er den nach Tripolis geeilten Regierungschef von Malta, Joseph Muscat, damit beruhigen konnte, ist fraglich. Vor Maltas Küste ertranken letzte Woche zwischen 50 und 200 Menschen, viele von ihnen Syrer. Ihr Boot war in stürmischer See gekentert.

Eritrea - ein Riesengefängnis

Die meisten der 364 Opfer der Schiffstragödie vor Lampedusa Anfang Oktober dagegen stammten aus Eritrea, dem Armenhaus am Horn von Afrika. Seit der Unabhängigkeit von Äthiopien 1993 wird das Land von Isaias Afewerki regiert, Staatschef, Oberkommandierender der Armee und Chef der Einheitspartei in Personalunion. Unter seinem diktatorischem Regime müssen alle Männer bis zum 50. Lebensjahr Arbeits- und Armeedienst absolvieren, zu Hungerlöhnen und schikaniert von sadistischen und brutalen Offizieren. Selbst Männer zwischen 50 bis 65 werden noch Jahr für Jahr zur sogenannten Volksarmee eingezogen.

Viele Bewohner empfinden ihr Land als Riesengefängnis. Wer kann, haut ab - dabei landen Abertausende auch in den Fängen von Beduinen auf dem Sinai, wo sie bestialisch gequält werden, um von Verwandten Lösegelder zu erpressen. Religions-, Versammlungs- und Pressefreiheit existieren nicht in Eritrea. Es gilt als Nordkorea Afrikas. Einer der Überlebenden von Lampedusa, ein 27-Jähriger, sagte seinen Rettern, er sei geflohen - nach acht Jahren Militärdienst, weil er keine Aussicht hatte, jemals entlassen zu werden.

Load-Date: October 16, 2013

Euer Asyl hilft uns nicht; Wir Christen in Syrien sollten unser Land nicht verlassen, denn hier sind wir seit Jahrtausenden verwurzelt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

18. Oktober 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 13; Ausg. 43

Length: 1227 words

Byline: Michal Shammass

Body

Kürzlich sprach ich mit einem Freund, der gerade von einem Besuch in Deutschland nach Syrien zurückgekehrt war. Er erzählte mir, dass einige Politiker aus den christlichen Parteien CDU und CSU zum Schutz der Christen in Syrien aufgerufen hätten und nun ein Gesetz durchbringen wollten, mit dem christlichen **Flüchtlingsen** aus Syrien einfacher **Asyl** gewährt werden könnte. Ich war beunruhigt, als ich seine Worte hörte.

Die Sorge um die Situation der Christen in der arabischen Welt hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, besonders nach den tief greifenden Veränderungen, die diese Region in den letzten Jahren erlebte - angefangen von den Ereignissen rund um den 11. September bis hin zur Besetzung des Iraks und schließlich dem Aufstand der arabischen Völker gegen Willkürherrschaft und Unterdrückung in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Bahrain und Jemen. Manche Politiker im Westen warnten davor, dass syrische Christen nun besonders von Übergriffen gefährdet sein könnten, weil islamistische Kräfte in Ägypten, Tunesien und Libyen die Schlüsselpositionen der Macht in den Händen halten. Einige gingen sogar so weit, zu fordern, dass Christen in Syrien in besonderem Maße geschützt und zur Auswanderung in den Westen ermutigt werden sollten.

Ich als Syrer und Christ (in dieser Reihenfolge) lehne Erklärungen grundsätzlich ab, die zum Schutz der syrischen Christen aufrufen unter dem Vorwand, sie seien speziellen Gefahren ausgesetzt oder würden im Falle eines Regimewechsels in Syrien stärker unterdrückt werden. Überlegungen dieser Art, die möglicherweise von einem deutschen Parlament in Gesetzesform gegossen werden sollen, zeugen von einer beschämenden Parteilichkeit im Umgang mit den syrischen Flüchtlingen. Denn diese sind in der großen Mehrheit sunnitische Muslime und unsere Brüder und Partner in der Heimat. Als syrischer Christ lehne ich diese beschämende Diskriminierung der Mehrzahl der Flüchtlinge in meinem Land ab, weil sie von Unmenschlichkeit zeugt und gegen die Menschenrechte und alle damit zusammenhängenden internationalen Abkommen verstößt.

Solche Erklärungen schaden nicht nur den Christen in Syrien, sondern im gesamten Nahen Osten. Und sie stellen eine Bedrohung für die Existenz aller Christen dar, die seit jeher ein Bestandteil des syrischen Volkes sind. Vor allem führen sie - beabsichtigt oder nicht - zu Identitätsbildungen auf religiöser Grundlage, sei es nun christlich oder islamisch. So leisten Erklärungen dieser Art der Schaffung religiös begründeter Staaten Vorschub. Und sie bieten

Euer Asyl hilft uns nicht Wir Christen in Syrien sollten unser Land nicht verlassen, denn hier sind wir seit Jahrtausenden verwurzelt

womöglich Anlass für diverse Einmischungen des Auslands in die Angelegenheiten der Staaten des Nahen Ostens, ganz gleich, wie diese aussehen würden.

Die Christen in Syrien sind keine Fremden, die irgendwann von außen in das Land eingedrungen sind; sie sind keine ausländische oder ethnische Minderheit. Sie sind angestammte Bürger des Landes, deren Wurzeln sich tief in die Geschichte Syriens erstrecken, wo vor Jahrtausenden eine Zivilisation entstanden ist, die der Welt das älteste Alphabet der Menschheit schenkte. Von hier breitete sich das Christentum in die Welt aus, und Syrien bescherte der Welt sieben Päpste und einige römische Kaiser. Außerdem beheimatet Syrien die wichtigsten christlichen Heiligtümer der Welt, darunter viele Kirchen, Klöster und Mausoleen, wie etwa die Hanania-Kirche, das Humaira-Kloster des heiligen Georg, das Nikola-Kloster in Maaloula und das Kloster in Sednaja. Noch immer wird in einigen Orten die Sprache des Messias gesprochen, beispielsweise in Maaloula, Dschabaadin, Sednaja und Bosra.

Was die Christen mit ihrer Heimat Syrien und ihren muslimischen syrischen Partnern verbindet, ist so bedeutend und wertvoll, dass sie es nicht einfach abstreifen können. Syrien ist für uns Christen eine Heimat, nach der wir uns sehnen. Syrien bedeutet für uns Christen gleichzeitig Boden und Ehre, Ursprung und Wurzeln - eine trauernde Mutter, deren Sohn auf den Feldern starb, die Hand noch am Pflug, eine Erde, die die Überreste der Toten heiligt, die Seite an Seite mit ihren muslimischen Brüdern für die Verteidigung der gemeinsamen Heimat gefallen sind.

In ihren Bemühungen sind die Christen in Syrien und im Nahen Osten nicht allein. Unzählige Schriftsteller, Intellektuelle, aber auch politische und religiöse Persönlichkeiten, in der Mehrheit Muslime, erheben seit Langem laut ihre Stimme, um die Existenz der Christen im Nahen Osten zu verteidigen und vor der Gefahr ihrer Vertreibung zu warnen. Gleichzeitig rufen sie zum Widerstand gegen mögliche Pläne auf, welche die Aussiedlung der Christen aus der arabischen Welt zum Ziel erklären.

Ein Beispiel ist der bekannte arabische Journalist Muhammad Hassanein Haikal. Er schreibt in seinem Buch *Ein Jahr der Krisen - Reden über die Politik* : "Ich habe das Gefühl - und ganz sicher geht es auch anderen so - , dass die gesamte arabische Welt sich menschlich und kulturell verändern wird. Sie wird unvermeidlich kümmerlicher und weniger reich sein, wenn die derzeitige Auswanderung der Christen des Nahen Ostens vernachlässigt und nicht ernst genommen wird. Was wäre es für ein großer Verlust, wenn die Christen des Nahen Ostens das Gefühl hätten, dass weder sie noch ihre Kinder eine Zukunft dort haben."

Die Christen in Syrien fordern weder vom Westen noch vom Osten Schutz. Sie fordern Schutz von ihren Partnern in der Heimat. Wie fast jeder Syrer erinnere ich mich noch sehr gut an eine patriotische Handlung von Faris al-Khoury. Al-Khoury war in den fünfziger Jahren mehrfach Ministerpräsident von Syrien. Als Reaktion auf die Worte des französischen Generals Gourad, der Damaskus besetzt hatte, bestieg al-Khoury die Kanzel der Omajjadenmoschee. "Wenn Frankreich behauptet, Syrien besetzt zu haben, um uns Christen vor den Muslimen zu schützen, dann bezeuge ich von dieser Kanzel aus, dass es keinen Gott gibt außer Gott...", sprach er damals zu den Muslimen. Daraufhin hoben ihn die Betenden auf ihre Schultern und zogen durch die Altstadt von Damaskus.

Wenn Politiker in Deutschland und im Westen den Christen in Syrien wirklich helfen wollen, dann wäre es das Beste, die Syrer, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, dabei zu unterstützen, die Katastrophe zu überwinden, die wir derzeit erleben. Statt ihnen Asyl anzubieten, sollten sie die Flüchtlinge ermutigen, in ihr Land zurückzukehren und an Syrien als ihrer wahren Heimat festzuhalten - Seite an Seite neben ihren muslimischen Brüdern. Außerdem sollte sie das syrische Volk - und zwar das ganze - finanziell und technisch unterstützen, um ihm dabei zu helfen, den Wandel von einem absolutistischen Willkürregime zu einem pluralistischen demokratischen System zu vollziehen. Politiker in Deutschland und im Westen sollten aufhören, weiterhin diktatorische Willkürregime in der Region zu unterstützen, denn sie bilden einen fruchtbaren Boden für religiösen und politischen Extremismus. Sie sollten Druck auf Israel ausüben, sich aus den arabischen besetzten Gebieten zurückzuziehen. Und sie sollten Druck auf Israel ausüben, damit es den Palästinensern ermöglicht, einen unabhängigen Heimatstaat zu errichten. Das wäre auch für uns Christen im Orient eine echte Hilfe.

Aus dem Arabischen von LARISSA BENDER

Euer Asyl hilft uns nicht Wir Christen in Syrien sollten unser Land nicht verlassen, denn hier sind wir seit
Jahrtausenden verwurzelt

MICHAL SHAMMA S ist ein syrischer Rechtsanwalt in Damaskus und Christ. Er verteidigt politische Gefangene
und engagiert sich gegen die Verletzung von Menschenrechten

Load-Date: October 18, 2012

End of Document

Wie viel C steckt in der CDU?; Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 2; Ausg. 14

Length: 1812 words

Byline: Özlem Topcu, Heinrich Wefing

Body

DIE FRAGEN STELLTEN ÖZLEM TOPÇU UND HEINRICH WEFING

"Nach dem Krieg stand das christliche Menschenbild in Flüchtlingsfragen bei der CDU ganz oben. Doch dann ist das C verblasst" (Christian Schwarz-Schilling)

DIE ZEIT: Herr Schwarz-Schilling, warum schafft es Ihre Partei, die CDU, bei den Themen Zuwanderung und Asyl nicht, einen sachlichen Ton anzuschlagen? Als sich die Zahlen der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien vergangenes Jahr erhöhten, sprach Innenminister Hans-Peter Friedrich sehr schnell von einem Missbrauch der Sozialsysteme. Ähnliches hört man derzeit, wenn es um die Zuwanderung von Roma aus Bulgarien und Rumänien geht.

Christian Schwarz-Schilling: Wenn die führenden Politiker Interessen und Absichten mit Polemik betreiben, können sie Teile der Bevölkerung - manchmal ja auch das ganze Volk, siehe 1933 - in eine falsche Richtung treiben. Heute übersehen viele, dass man als Politiker eine Riesenverantwortung gegenüber dem Volk hat. Man muss die Wahrheit sagen, nicht nur das, von dem man glaubt, das Volk wolle es hören.

ZEIT: Was hindert die CDU daran, die Debatte über die Einreise von Roma zu versachlichen? Sind es die Interessen der Führung, oder ist es die Angst vor der Basis?

Schwarz-Schilling: Beides. Weil die Führung Angst vor der Basis hat, statt sich an den Fakten zu orientieren und aufzuklären, verfolgt sie ein falsches Interesse. Das ist aber nicht nur bei uns Christdemokraten so. Denken Sie an das Wort des damaligen SPD-Innenministers Otto Schily, der 1998 sagte: "Das Boot ist voll." Als würde unser deutsches Boot kentern, wenn mal 1000 oder 10000 Leute dazukommen.

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

ZEIT: Der Deutsche Städtetag hat vor einigen Wochen vor der "Armutszuwanderung" aus Bulgarien und Rumänien gewarnt.

Schwarz-Schilling: Wir können nicht die ganze Welt retten, aber hier in Europa ist das etwas anderes, wir müssen helfen. Wir haben Rumänien und Bulgarien nun einmal in die EU aufgenommen. Die Frage, ob das richtig war oder nicht, ist jetzt, im Nachhinein, müßig.

ZEIT: Übertreiben die Kommunen?

Schwarz-Schilling: Nein, die Städte leiden unter den Fehlleitungen deutscher Politik, die den Neuzuwanderern verbietet zu arbeiten. Und die Leute sagen deshalb: Faulenzer! Wir schaffen uns die Schwierigkeiten selber. Aber es geht nicht nur um Wohlstand. Was diese Menschen wollen, ist Freiheit. Wir aber beschneiden weiter die Freiheit dieser Menschen, die im eigenen Land seit Jahrhunderten diffamiert werden. Sie wollen diesem Schicksal entkommen, dem Schicksal menschlicher Unfreiheit. Darum geht es! Aber wir reden von Missbrauch.

ZEIT: Wäre es nicht besser, den Minderheiten in den Herkunftsländern zu helfen? Die EU gibt Millionen für ihre "Roma-Strategie" aus, aber niemand kontrolliert, ob das Geld auch ankommt.

Schwarz-Schilling: Sehen Sie: Bis zur Wiedervereinigung gab es kaum eine Rede von Helmut Kohl, die nicht vom Selbstbestimmungsrecht Deutschlands gehandelt hätte. Damals hingen wir noch dem universellen Wertekodex an, weil wir damit auch deutsche Interessen verbinden konnten. In dem Moment, in dem wir unser Interesse erreicht haben, spielen diese Werte keine Rolle mehr für uns. Das ist unser Sündenfall!

ZEIT: Wahr ist aber auch, dass viele serbische und mazedonische Staatsbürger bei uns Asyl beantragen, in den meisten Fällen aber nicht asylberechtigt sind.

Schwarz-Schilling: Es gibt ja bei uns keine Alternative zum Asylantrag, anders als zum Beispiel in Kanada, wo Zuwanderer nach einem Punktesystem ausgewählt werden. Viele Kriterien, von der beruflichen Qualifikation bis zur persönlichen Gefährdung, spielen da eine Rolle. Bei uns jedoch kommen sie legal nicht rein, wenn sie nicht gerade gefoltert, vergewaltigt oder vertrieben wurden. Unsere Gesetzgebung erfasst auf diesem Gebiet nur einen Teil der Wirklichkeit und ist viel zu langsam, um den Ereignissen zu folgen.

ZEIT: Was hindert die Union daran, ein modernes Zuwanderungsgesetz zu schaffen? Die CDU hatte sich ja auch einmal sehr für das Punktesystem interessiert.

Schwarz-Schilling: Ja, das war ein kleiner Parteitag der CDU, ich glaube im Jahre 2002. Da hatte ich damals mit Wolfgang Bosbach einen Vorschlag ausgehandelt. Doch später hat die Bundestagsfraktion diesen Kompromiss weggebügelt. Wir lernen eben erst dann Dinge ernsthaft zu behandeln, wenn der Druck riesig wird.

ZEIT: Vor Ihnen liegen einige Aktenordner. Sie enthalten Fälle von Menschen aus dem Kosovo, aus Serbien, Bosnien, Armenien. Sind das Menschen, die Sie persönlich kennen?

Schwarz-Schilling: Ja. Zum großen Teil trifft das zu. Allerdings gibt es auch Fälle, von denen mir erst durch einen öffentlichen Aufschrei die Schicksale bekannt werden, diese aber durch Abschiebungen bereits nicht mehr erreichbar sind. Ich finde, dass man in seinem Heimatort, wenn solche Dramen entstehen, als politischer Mensch die Verpflichtung hat, sich einzumischen. Ich habe hier beispielsweise den Fall einer Frau A. aus Serbien, die seit fast 20 Jahren in Deutschland lebt und nun ausgewiesen werden soll, weil ihre Tochter volljährig geworden ist und es keinen Grund mehr gebe, dass die Mutter auch in Deutschland bleibe. Die Behörde schreibt, dass sie in Deutschland keine Existenzmöglichkeit gefunden habe. Dabei kämpft seit 2007 ein Hotelbesitzer darum, diese Frau, die nur Minijobberin sein darf, als Vollzeitkraft einzustellen - und dann heißt es, sie sei nicht existenzfähig! (liest vor) "Die Prüfung der Sach- und Rechtslage hat ergeben, dass kein Abschiebehindernis mehr vorliegt. ... Ich fordere Ihre Mandantin daher auf, mir bis spätestens 30. November 2012 mitzuteilen, ob und bis wann eine freiwillige Ausreise erfolgen wird. ... Sollte Ihre Mandantin nicht glaubhaft ihre Bereitschaft zur freiwilligen

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

Ausreise darlegen, dann sehe ich mich andernfalls gezwungen, die dann nötigenfalls zwangsweise Rückführung vorzubereiten."

ZEIT: Behörden haben ja einen gewissen Ermessensspielraum bei Entscheidungen wie dieser. Glauben Sie, dass sie diesen nutzen?

Schwarz-Schilling: Nein, wir brauchen einen Paradigmenwechsel, der von den oberen Stellen durchgesetzt und kontrolliert wird. In vielen Ausländerbehörden sitzen Leute, die sind 50, 60 Jahre alt, die sagen: Das haben wir doch immer so gemacht. Und die zuständigen Innenminister wissen überhaupt nicht, was in manchen Ausländerämtern vorgeht. Das Hin- und Herschieben der Akten zwischen Regierungspräsidium und den Ämtern ist für den Außenstehenden absolut undurchsichtig. Manchmal kommt es mir vor, als ob es vorwiegend darum geht, möglichst viele Ausländer wieder aus Deutschland herauszubekommen, ohne sich die entscheidenden Fragen im Einzelfall anzuschauen: Will jemand arbeiten? Warum ist eine Erwerbstätigkeit immer wieder verboten worden, obwohl der Ausländer entsprechende Angebote hatte? Wieso hat ein Flüchtling, der schon Jahre oder Jahrzehnte bei uns gelebt hat, immer noch keine Aufenthaltsgenehmigung? Und wer weiß schon, dass Menschen wie Frau A. jederzeit, auch in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden, abgeholt werden können - und teilweise auch abgeholt werden? Können wir das wirklich gutheißen, gerade wenn wir uns unsere eigene Geschichte anschauen? Diese Menschen zu völliger Unzeit von Leuten in Uniform abholen zu lassen?

ZEIT: Müsste der Paradigmenwechsel, den Sie fordern, nicht weiter oben beginnen, bei den Landesinnenministern, beim Bundesinnenminister?

Schwarz-Schilling: Der Bundesinnenminister würde wahrscheinlich sagen, dass nicht er, sondern die Landesinnenminister zuständig seien.

ZEIT: Würde es helfen, wenn jemand wie Bundesinnenminister Friedrich mal einen Tag in einer Ausländerbehörde verbringen würde?

Schwarz-Schilling: Ja, aber dann sollte er nicht in eine Ausländerbehörde gehen, wo alles tiptop ist und die Abteilungsleiter erzählen, dass alles fabelhaft läuft.

ZEIT: Herr Schwarz-Schilling, Sie sind seit über 50 Jahren in der CDU, Sie kennen die Partei sehr gut, die in jüngster Zeit viele Wendungen gemacht hat, in der Sozial- und Familienpolitik zum Beispiel. Warum nicht auch in der Zuwanderungspolitik? Hat Ihre Partei ein Problem mit Ausländern?

Schwarz-Schilling: Was in der Familienpolitik passiert, geht jede Familie an. Was in der Ausländerpolitik passiert, das ist für viele Menschen nur dann wichtig, wenn sie jemanden in ihrer Nachbarschaft kennen, der vielleicht ausgewiesen werden soll. Dann fragen sie: Warum soll der weg? Der war doch immer hier! Was hat er sich eigentlich zuschulden kommen lassen? Und was wird denn jetzt mit den Kindern, die plötzlich nicht mehr in die Schule gehen können?

ZEIT: Wie ernst nimmt Ihre Partei das C in ihrem Namen, wenn es um Flüchtlinge geht?

Schwarz-Schilling: Nach dem Krieg und den schlimmen Erfahrungen in den 1930er und 1940er Jahren stand das christliche Menschenbild in Flüchtlingsfragen bei der CDU ganz oben. Doch dann ist das C angesichts neuer Probleme verblasst und weiter in den Hintergrund getreten.

ZEIT: Sie setzen sich seit mehr als 20 Jahren für Flüchtlinge ein, Sie mahnen immer wieder, auch Ihre eigene Partei. Sind Sie manchmal müde und frustriert?

Schwarz-Schilling: Nein! Ich halte es mit dem großen Völkerrechtslehrer Hugo Grotius, der schrieb, man müsse "mit allen Kräften in seiner Zeit sich stets dagegen stemmen, dass die Dinge wie das Wasser nach unten fließen und zum Schlechteren führen. Der Normalfluss aller Geschichte ist, dass das Wasser nach unten fließt. Nur wenn es in den verschiedenen Zeitphasen genügend Leute gibt, die sich gegen diesen Fluss stemmen, kann unsere Zivilisation und unsere Errungenschaften erhalten bleiben." Und wir haben in der Zwischenzeit gelernt, wenn das

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

einer Generation nicht gelingt, dann passieren solche Dinge wie das Nazireich, wie Mao Zedong, wie Stalin. Aber wir können unseren Mund aufmachen und uns dagegenstellen, weil wir die Freiheit dazu haben. Was kann einem schon passieren? Gar nichts!

Schwarz-SchillingSein LebenChristian Schwarz-Schilling wurde am 19. November 1930 in Innsbruck geboren. Als 16-Jährigem gelang es ihm, aus der sowjetisch besetzten Zone nach West-Berlin zu fliehen und dort zu studieren.Seine Politik1960 trat Schwarz-Schilling der CDU bei und wurde 1967 Generalsekretär in Hessen. Helmut Kohl ernannte ihn 1982 zum Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen. Der Balkan-Kenner trat zehn Jahre später aus Protest gegen die angebliche Untätigkeit der Kohl-Regierung angesichts des Massenmords in Bosnien-Herzegowina zurück. 1995 vermittelte er als Schlichter zwischen den Gruppen in Bosnien-Herzegowina; von 2006 bis 2007 war er Bosnien-Beauftragter der EU.

Graphic

Diese Familie lebte in Deutschland, bis sie 2010 in den Kosovo abgeschoben wurde

Load-Date: March 27, 2013

End of Document

**Wieder die ganze Nacht durchgehasst; Strenge lässt sich gut verkaufen,
also entdecken Autoren das Autoritäre wieder**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. September 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 16; Ausg. 40

Length: 773 words

Byline: Frank Drieschner

Body

Man muss sich einen älteren Herrn vorstellen, am Steuer eines nicht zu kleinen Wagens, wie er mit leicht überhöhter Geschwindigkeit eine Ortseinfahrt passiert. Schon wieder kein Durchkommen! "Schöne Dorfstraßen wurden mit allen möglichen und unmöglichen Poldern" - gemeint sind Poller - , "Betonbarrieren oder anderen Ungetümen in grausliche Areale verwandelt", notiert er, als er gezwungenermaßen an der Ampel wartet. Und wer um alles in der Welt ist für diese Ampelschaltung verantwortlich? "Man konnte die Autofahrer wieder einmal drangsalieren", schreibt sich der Fahrer auf. Wie er das hasst! Wie er die hasst, die das alles angerichtet haben! Die Grünen.

Man muss sich eine ältere Dame vorstellen, am Küchentisch ihres Berliner Häuschens, wie sie ihrem Mann ihr Leid klagt. Sie ist Lehrerin, sie ärgert sich schwarz über ihre faulen, begriffsstutzigen Schüler, über deren uneinsichtige Eltern, die sich jede noch so berechtigte Kritik an ihren Lieblingen verbitten, und über ihren Schulleiter, der sich immer auf die Seite der Eltern stellt. Wie sie das hasst! Ihr Mann wirft ein paar Thesen über den **Migrationshintergrund** gewisser Schüler und ihrer Eltern ein und macht sich Notizen.

Was daraus wird? Nun, drei Bücher werden daraus.

Über Thilo Sarrazins Bestseller Deutschland schafft sich ab ist das Nötige gesagt. Das Buch seiner Frau Ursula über den Alltag an Berliner Schulen erscheint Ende des Monats. Hexenjagd heißt es, und den in der *Bild*-Zeitung veröffentlichten Auszügen nach zu urteilen, ist es die Klageschrift einer gescheiterten Pädagogin, die die Gründe für ihr Scheitern überall, nur nicht bei sich selbst sucht.

Wer aber ist der Herr am Steuer?

Manfred Güllner. Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa hat in dieser Woche eine Schmähschrift über die Grünen veröffentlicht. Thilo Sarrazins obsessive Faktenhuberei mochte selbst für Experten eine wissenschaftliche Herausforderung sein. Güllners Buch dagegen ist in der Sache so schlampig und kenntnislos und in seinem Urteil so abwegig, dass die Lektüre nur dem zu raten ist, der sich nicht für die Grünen interessiert, sondern allein für den Autor und seine Motive.

Wieder die ganze Nacht durchgehasst Strenges lässt sich gut verkaufen, also entdecken Autoren das Autoritäre wieder

Was treibt einen Wahlforscher dazu, die Grünen zu einer Gefahr für die Demokratie zu erklären? Güllner zufolge sind sie eine Art Krankheit, die ganze Wahlbezirke infiziert, woraufhin "die [normalen] Bürger" nicht mehr zur Wahl gehen und das Feld einer kleinen grünen Minderheit überlassen. Diese unterwirft den Staat und seine Institutionen ihren Partikularinteressen. Am Ende steht, so formuliert Güllner, die "grüne Diktatur".

Wer nach Belegen sucht, der sucht vergeblich. Selbstverständlich ist die Wahlbeteiligung an vielen Orten niedrig, an denen die grüne Partei erfolgreich ist. Die Grünen sind eine Großstadtpartei, und zu den Problemen der Großstädte gehört eben eine geringe Wahlbeteiligung, besonders aufseiten der migrantischen Unterschicht. Das eine dieser Phänomene zur Ursache des anderen zu erklären ist abwegig.

Der Rest des Buchs ist nicht besser. Die Stuttgarter Wutbürger sind Güllners Ansicht nach eine Erfindung der grün unterwanderten Medien; wütend waren die Stuttgarter ihm zufolge nur auf die grünen Bahnhofsgegner. Hat er das Ergebnis der Abstimmung über Stuttgart21 nicht zur Kenntnis genommen? Nichtwähler hält er - im Gegensatz zu aller Forschung - für enttäuschte Anhänger der Volksparteien, die durch deren Hinwendung zu den Grünen vergrault wurden. Niemand sollte besser wissen als er selbst, dass nur ein einziges historisches Ereignis die Zahl der Nichtwähler deutlich und dauerhaft erhöht hat: die CDU-Spendenaffäre, die gerade nicht den grün-affinen Modernisierern, sondern allein den Traditionalisten im konservativen Lager anzulasten ist. Woher man das weiß? Aus einer langen Datenreihe, die, jawohl, Güllners eigenes Meinungsforschungsinstitut Forsa erhoben hat.

Was also treibt Manfred Güllner? Erkenntnisinteresse scheidet als Motiv wohl aus. Geschäftssinn - das passt schon eher. So bizarr die These von der grünen Diktatur ist, die Einladung zu etlichen Talkshows nebst öffentlichem Streitgespräch mit Jürgen Trittin ist nun wohl unvermeidlich. Das ist das Geschäftsmodell der politischen Krawallpublizistik, und es funktioniert, die Sarrazins haben es vorgemacht.

Aber auch das ist nicht alles. Wer Güllners Tiraden auf sich wirken lässt, der spürt die Wut eines Konservativen, über den die Zeit hinweggegangen ist. Wer mehr Asphalt, mehr Polizei, härtere Strafen und strengere Lehrer noch immer für die Antwort auf alle oder jedenfalls die meisten Fragen hält, der ist politisch heimatlos. Das verbindet den Grünen-Hasser Güllner mit den Sarrazins.

Load-Date: September 27, 2012

Der reitende Bote in Lampedusa; Wie der aufgeklärte Fürst von Anhalt-Dessau die Flüchtlinge in sein Land holte. Eine unhaltbare Fantasie aus aktuellem Anlass

ZEIT-online

Freitag 25. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 44

Length: 571 words

Byline: Ulrich Greiner

Body

Ulrich Greiner, 67, ist Herausgeber des Magazins ZEITLiteratur. Von 1998 bis 2009 war er verantwortlicher Redakteur des Ressorts Literatur bei der ZEIT; davor ihr Feuilletonchef.

© Vera Tammen

Ist das Boot voll, ist Deutschland überbevölkert. Wer unsere Debatte über eine drohende **Flüchtlingszuwanderung** verfolgt, muss zu diesem Urteil kommen. Vielleicht denkt man an die Staus auf den Autobahnen, an die Suche nach einem Parkplatz, an den Wohnungsmangel.

In Wahrheit ist dieses Land unterbevölkert. Wohnhäuser und Läden stehen vielerorts leer, Schulen und Rathäuser sind geschlossen. Man kann das in vielen ländlichen Regionen beobachten, vor allem im Osten.

Kürzlich war ich in Dessau. Im Anhaltischen Theater gab es die Premiere von Ibsens *Nora*. Von den 1.100 Plätzen war weniger als die Hälfte besetzt. Im Restaurant, das vielleicht 200 Personen hätte bewirten können, saßen etwa 20. Bei einer Fahrt durch die im Krieg fast vollständig zerstörte Stadt sah ich riesige Flächen aufgelassener Industrie, leer stehende Häuser, frisch asphaltierte Straßen und kaum irgendwo Menschen.

Ganz in der Nähe liegt Wörlitz, das zauberhafte Gartenreich des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau (1740 bis 1817). Auf 142 Quadratkilometern gibt es 5 Schlösser, 6 Parkanlagen mit Seen und 111 kleinere Architekturdenkmäler. Der Fürst liebte jedoch nicht nur die Künste. Er modernisierte die Land- und Forstwirtschaft, er überwachte die Schulpflicht und führte Impfungen ein.

Der Fürst, den die Landeskinder Vater Franz nannten, weil er gut für sie sorgte, war ein aufgeklärter Despot, ein gebildeter Mann voller Tatendrang und Erneuerungslust.

Als ich das sah, geriet ich in einen Traum. Ich sah den Fürsten, wie er angesichts des Menschenmangels einen reitenden Boten nach Lampedusa schickte und die Flüchtlinge nach Anhalt bat. Er versprach ihnen Grund und Boden, die Einrichtung von Werkstätten und Wohnungen. In den Kleinstädten seines Fürstentums standen ohnedies viele Häuser leer.

Der reitende Bote in Lampedusa Wie der aufgeklärte Fürst von Anhalt-Dessau die Flüchtlinge in sein Land holte. Eine unhaltbare Fantasie aus aktuellem Anlass

Der Fürst erinnerte sich an die russischen Zaren, die Bauern, Handwerker und Fachleute aus fernen Ländern in ihr schwach bevölkertes Reich geholt hatten. Er dachte an die Armutsflüchtlinge Europas, die nach Texas oder Brasilien oder Uruguay gingen und Land erhielten, um es zu besiedeln und zu bewirtschaften.

Fünf vor 8:00

Abonnieren Sie die Morgenkolumne von Josef Joffe, Theo Sommer, Matthias Naß, Robert Leicht und Ulrich Greiner - täglich per E-Mail.

Ihre E-Mail-Adresse: Jetzt anmelden

Vater Franz würde, wenn er noch lebte, die Asylanten in ein kühnes Programm der Neubesiedelung und Regeneration einbinden. Er fände es absurd, dass kräftige Männer nicht arbeiten dürfen. Natürlich wäre er autoritär. Er würde den Einwanderern sagen, wo sie zu wohnen und was sie zu tun hätten. Aber er wäre klug genug, ihre Fertigkeiten zu nutzen und zu steigern.

Ja, das ist bloß eine Fantasie. Wir leben in einer Demokratie, in der jeder zuständig ist, aber keiner verantwortlich; in einem Regelungsstaat, der radikale Initiativen bürokratisch umzingelt.

Natürlich müssen die Politiker auf jene Alteingesessenen achten, die sich vor dunkelhäutigen Menschen fürchten. Aber würde man einem nennenswerten Kollektiv von Immigranten die Chance der Bewährung geben und hätten sie schließlich einen Erfolg, der dem ganzen Landstrich zugute käme, würde der Widerstand schwinden.

Es mangelt hierzulande an Menschen, doch Fremde wollen wir nicht haben.

Wenn das nicht absurd ist.

Load-Date: October 25, 2013

Niemand weiß, ob Polizisten fremdenfeindlich sind; Nach den NSU-Morden wünschen Experten eine aktuelle Studie über rassistische Vorurteile von Polizisten. Die letzte stammt von 1996, eine neue ist nicht geplant.

ZEIT-online

Dienstag 18. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: RECHTSEXTREMISMUS; Ausg. 51

Length: 840 words

Byline: Haiko Prengel

Body

Parolen wie Stammtisch-Geschwätz gaben deutsche Polizisten von sich: "98 Prozent der Polen sind Abzocker" oder "Kosovo-Albaner sind "Messer-Stecher". Erfasst wurden diese und ähnliche Vorurteile Mitte der neunziger Jahre. Damals untersuchten Wissenschaftler im Auftrag der Innenministerkonferenz, wie die Polizei über Ausländer denkt. Zuvor hatte es eine ganze Reihe rassistischer Übergriffe durch Beamte gegeben. Das Fazit: Fremdenfeindliche Einstellungen bei Polizisten seien zwar kein "systematisches Verhaltensmuster", aber keineswegs Einzelfälle.

Haben Polizisten etwas gegen Zuwanderer? Im Rahmen der Aufarbeitung der NSU-Mordserie wird diese Frage wieder gestellt. Die vielen Pannen bei der Aufklärung könnten auch damit zu tun haben, dass es in den Sicherheitsbehörden Vorurteile gegen Migranten gibt. Neun Männer ausländischer Herkunft wurden ermordet, aber ein fremdenfeindliches Motiv übersahen die Ermittler über Jahre.

Der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim wurde nach der Studie von 1996 beauftragt, die politische Aus- und Fortbildung der Polizei zu überprüfen. Deutschlands Ordnungshüter sollten künftig mehr über Rassismus lernen. Ahlheim entwickelte Unterrichtseinheiten für Polizeischulen, die daraufhin in vielen Bundesländern eingesetzt wurden, und entwarf den Leitfaden *Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit: Handreichungen für die politische Bildung der Polizei*. Seitdem ist an den Polizeischulen politische Bildung in den Lehrplänen verankert. Die Inhalte sehen aber sehr unterschiedlich aus, denn Polizei ist Ländersache.

Seit 20 Jahren nicht mehr evaluiert

Ahlheim zieht seinen Leitfaden aus seinem Bücherschrank. Nach der Expertise hatte jahrelang niemand mehr gefragt. Aber "es existieren keine aktuellen Studien über Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei", sagt der emeritierte Professor. Seit fast 20 Jahren wurde das Thema nicht mehr evaluiert.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will zwar als Konsequenz aus dem NSU-Desaster die Sicherheitsbehörden reformieren und hat bereits ein Terrorabwehrzentrum von Bund und Ländern eröffnet. Aber wie es in den Köpfen der Polizisten aussieht, wird nicht noch einmal untersucht. "Die deutsche Polizei ist nicht auf

Niemand weiß, ob Polizisten fremdenfeindlich sind Nach den NSU-Morden wünschen Experten eine aktuelle Studie über rassistische Vorurteile von Polizisten. Die le....

dem rechten Auge blind", behauptete Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamts, kürzlich auf einer Tagung zum Thema Rechtsextremismus.

Polizeiinsider sind dagegen überzeugt, dass neue Untersuchungen gescheut werden. "Die Innenverwaltungen verhindern so etwas", sagt einer, der seit Jahrzehnten Beamte ausbildet und nicht genannt werden möchte. "Die haben Angst vor dem Ergebnis." Auch der Politologe Hans-Gerd Jaschke glaubt, dass eine neue Studie zu fremdenfeindlichen Einstellungen unter Polizisten notwendig wäre: "Aber in den Behörden hat man wohl kein Interesse an *bad news*", sagt er.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestreitet, dass Studien von der Bundesregierung oder den Ländern verhindert werden sollen. Außerdem sagt er: "Es gibt bislang auch keine Anzeichen, dass vermeintliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den NSU-Verbrechen auf politische Einstellungen der Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden zurückzuführen sind."

Jaschke, der in den neunziger Jahren an der Studie mitgearbeitet hatte, schrieb damals, bei der Polizei herrsche mitunter ein problematisches Betriebsklima. Diskriminierendes Alltagsverhalten gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen werde "aus Gründen der Kameraderie und des Korpsgeist goutiert oder geduldet". Fremdenfeindliche Attitüden entstünden auch, weil bei Dienstbesprechungen und in der Fortbildung rassistisches Verhalten unberücksichtigt oder tabuisiert bliebe. Das Grundproblem sei aber seiner Ansicht nach das allgemeine politische und gesellschaftliche Klima: Bestimmte Ausländergruppen würden als unerwünscht diskriminiert.

Wolfgang Schulte, der an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) lehrt, an der Führungskräfte bundesweit ausgebildet werden, hält es für einen Mythos, dass die Polizei der Spiegel der Gesellschaft sei. Das sehe man schon daran, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei arbeiten. In der Gesellschaft liegt deren Anteil bei etwa einem Fünftel, bei der Polizei unter einem Prozent. Lässt sich überhaupt sagen, wie deutsche Polizisten politisch ticken? "Schwierig", sagt der Sozialwissenschaftler. Die Beamten auf der Straße seien häufig "konservative SPD-Leute". Doch ein genaues Bild hat niemand.

Sogar die Gewerkschaften hätten sich anfangs gegen eine Befragung zum Thema Rechtsextremismus gewehrt, erzählt Erziehungswissenschaftler Ahlheim. 2003 untersuchten Politologen der FU Berlin dann doch deren politische Einstellungen. Obwohl gewerkschaftlich Organisierte gemeinhin als politisch links gelten, hatten 19 Prozent von ihnen rechtsextreme Ansichten - genauso viele wie in der Gesamtbevölkerung. Wie werden Polizisten denken? Forscher Ahlheim vermutet nichts Gutes und sagt: "Wenn die auch nur ansatzweise wie die Normalbevölkerung denken, wäre das schon hochproblematisch für den Polizeiberuf."

Load-Date: December 19, 2012

Der "Anti-Sarrazin"; Der Pädagoge Paul Schwarz versucht den Deutschen etwas beizubringen - mit Filmen über Schule

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

20. September 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 69; Ausg. 39

Length: 1239 words

Byline: Friederike Lübke

Body

Wenn Paul Schwarz über sich spricht, dann benutzt er gerne einen Begriff, den er als Auszeichnung empfindet. Vor einem Jahr zeigte er im Stuttgarter Rathaus einen Film über Migranten. Danach befand eine Zuschauerin: "Sie sind ja ein richtiger Anti-Sarrazin." Das Gegenteil von Thilo Sarrazin und seinen Thesen über Migrantenkinder - das trifft es, dachte Schwarz.

Paul Schwarz ist Pädagoge, doch er wechselte von der Schule zum Fernsehen. Seit mehr als 20 Jahren produziert er Filme über Bildung, insgesamt über 120, so viele wie kaum jemand sonst in Deutschland. 2007 bekam er dafür das Bundesverdienstkreuz am Bande. Dreimal waren seine Filme für den Grimme-Preis nominiert, darunter der ARD-Dreiteiler "Fremd und doch vertraut". Aber bekannt wie Sarrazin ist er nicht. Schwarz glaubt, das liege an den Medien. "Ein türkischer U-Bahn-Schläger macht Schlagzeilen. Ein türkischer Arzt nicht", sagt er. Gerade um solche Menschen geht es aber in seinen jüngsten Filmen. Bildung ist sein Thema, Erfolge zeigt er am liebsten. Oberstes Prinzip: Mut machen. Zeigen: Es geht doch.

Paul Schwarz ist 68. Das weiße Haar fällt ihm lang über die Ohren. Er könnte aufhören zu arbeiten, aber er will nicht. Wenn Sarrazin schreibt, dass ungebildete Eltern mit großer Wahrscheinlichkeit ungebildete Kinder haben, gibt Schwarz ihm im Prinzip recht. Auch er sieht das häufig. Der Sohn des Arztes wird wahrscheinlich studieren. Der Sohn der Putzfrau nicht. Nur glaubt Schwarz, dass das nicht an den Eltern liegt. Seiner Ansicht nach scheitern Kinder am dreigliedrigen Schulsystem und nicht selten auch an Vorurteilen. Er hat Ärztinnen und Rechtsanwälte getroffen, die zuerst auf die Hauptschule geschickt wurden, "nur weil ihre Eltern Türken waren". So etwas ärgert ihn. Vielleicht auch wegen seiner eigenen Geschichte.

In Japan hat er unterrichtet, heute filmt er in der ganzen Welt

Sein Vater fiel im Krieg, seine Mutter hatte wenig Geld. "Kleine Verhältnisse" nennt Schwarz das. Erst auf der Abendschule machte er das Abitur, studierte und wurde Lehrer. Insgesamt zehn Jahre lang hat er unterrichtet. Ende der siebziger Jahre ging er mit seiner Frau nach Japan und lehrte Deutsch an der Universität. Ende der achtziger Jahre verbrachte er mit ihr noch einmal vier Jahre als Dozent in Argentinien. "Ich kenne die Welt so 'n bisschen", sagt er heute. Zurück in Deutschland, betreute er Sendungen über guten Unterricht und wurde vom Lehrer zum Beobachter der Lernkultur.

Der "Anti-Sarrazin" Der Pädagoge Paul Schwarz versucht den Deutschen etwas beizubringen - mit Filmen über Schule

Dabei stieß er auf einen Widerspruch: Im Land der Dichter und Denker hat Schule einen schlechten Stand. Einmal drehte Schwarz in einem internationalen Physikkurs in Göttingen. Horst Köhler, damals Bundespräsident, besuchte den Unterricht und setzte sich zu den Schülern. "In Physik war ich nie gut", sagte der Bundespräsident. Koketterie vielleicht, aber Schwarz fällt so etwas auf: Prominente, die mit schlechten Noten prahlen. Wettermoderatoren, die es als gute Nachricht bringen, wenn die Schule ausfällt. Wer es zu etwas gebracht hat, behauptet, dass es nicht an der Schule lag. "Keiner will ein Streber sein", sagt Schwarz. Alle fänden Bildung wichtig, aber in den Massenmedien tauche sie kaum auf. "Wann lief der letzte Film über Schule, in dem es nicht um einen Amoklauf ging?", fragt er. "Wann ging es in einer Talkshow mal um Bildung?"

Er bemerkt das auch, weil es ihn selbst betrifft. In den letzten Jahren war er viel im Auftrag staatlicher oder privater Bildungseinrichtungen unterwegs. Das Interesse der Sender aber hat nachgelassen. Für neue Filmideen muss er Sponsoren suchen.

"Paul Schwarz ist jemand, der dranbleibt", sagt der Pädagoge und Schulreformer Heinz Klippert. Die beiden sind auf einer Wellenlänge, seit 20 Jahren kennen sie sich, immer wieder arbeiten sie zusammen. Wenn Schwarz über die Bildungschancen von Migranten berichte, geschehe das "aus innerem Antrieb und persönlichem Anliegen", glaubt Klippert. Er hat erlebt, wie Schwarz mit Politikern diskutiert. "Da legt er den Finger in die Wunde. Er ist unerbittlich, wenn sich ihre Ansprüche nicht mit der Realität decken." Gleichzeitig sei Schwarz pragmatisch. Es gehe ihm um normale Schulen, nicht um einzelne Leuchtturmprojekte.

"Die Schüler sind nicht faul und die Lehrer nicht dumm"

Schwarz hat sich ein Bild gemacht und wird nicht müde, zu wiederholen, was ihm wichtig ist. Er wünscht sich auch in Deutschland eine Schule für alle und langes gemeinsames Lernen. Er zitiert den ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, der ihm sagte: "Die deutsche Schule teilt, sie führt nicht zusammen." Er wünscht sich, dass die Bildungsforscher und Pädagogikprofessoren mehr Mitsprache in der Politik einfordern. Er selbst muss nicht dozieren, er kann die Bilder wirken lassen. Seine Filme sollen Politikern einen Anstoß geben, indem sie zeigen, was schon gut läuft.

Im Gegensatz zum Unterrichten ist Filmemachen Teamarbeit. Schwarz recherchiert, schreibt das Drehbuch, führt die Interviews und entscheidet über den Aufbau. Filmen und Schneiden übernehmen Kameraleute und Cutter. "Mit der Kamera kenne ich mich nicht aus", sagt er freimütig, "Das beste Bild findet der Kameramann." Dominanz ist nicht seine Sache. "Genügsam und sehr gelassen" sei Schwarz, bescheinigt ihm Jens-Ove Heckel, der ihn letztes Jahr bei einem schwierigen Dreh erlebt hat. Gemeinsam waren sie in Dschibuti, am Horn von Afrika. Heckel leitete dort Umweltbildungs-Workshops für Grundschullehrer, Schwarz machte einen Film darüber. Anstrengend war für beide auch eine anschließende mehrtägige Exkursion in den entlegenen Forêt du Day, besonders weil die Straßen dorthin und die Unterkunft sehr bescheiden waren. Aber Schwarz mache so etwas mit.

Für seine Filme ist er viel unterwegs, von Afrika bis Schweden. Ständig fallen ihm Erlebnisse aus anderen Ländern ein. Er hat gesehen, wie sich Schüler in Japan für ihre Schule einsetzen. Es läuft Polkamusik von Strauß, und die Jugendlichen fegen die Flure. "Undenkbar bei uns", sagt Schwarz. Er hat gesehen, wie anschaulich Schüler in Schweden lernen, wie gut das Schulessen in Finnland ist. "Diese Länder lobt man, aber man lernt nicht von ihnen", sagt er. Ein Lehrer in Skandinavien erklärte ihm: "Ihr Deutschen habt die Reformpädagogik erfunden, wir haben sie umgesetzt." Dabei sei nicht alles schlecht in Deutschland, findet Paul Schwarz. Deshalb sagt er auch Sätze wie: "Die Schüler sind nicht faul und die Lehrer nicht dumm" und: "Multikulti ist nicht gescheitert."

Es ist für Schwarz ein Dilemma. Einerseits ärgert er sich über das deutsche Schulsystem, er findet in anderen Ländern bessere Beispiele - andererseits aber will er die Schule nicht dauernd kritisieren, wie das so viele tun. Er versucht es im Guten. Wäre das deutsche Bildungswesen ein Kind in seiner Klasse, er hätte es noch nicht aufgegeben. Er lobt den Schüler Deutschland, damit er sich vielleicht noch ein bisschen mehr anstrengt.

2005 war Schwarz für das Auswärtige Amt in Afghanistan. Sein Film zeigt ein Schulhaus, in dem sich die Mädchen drängen. Ihre Schuhe sind staubig. Das Klassenzimmer ist mehr Verschlag als Raum, unterrichtet wird bis abends um sieben. Trotzdem lernen die Schülerinnen eifrig. Wenn Schwarz sich diesen Film ansieht, ist er immer noch

Der "Anti-Sarrazin" Der Pädagoge Paul Schwarz versucht den Deutschen etwas beizubringen - mit Filmen über Schule

beeindruckt. "Die Mädchen dort", sagt er, "können alles erreichen, wenn man sie lässt." In Berlin hat er vor Kurzem Hauptschüler gefragt, was sie werden wollen. "Hartz IV", haben sie zu ihm gesagt. Paul Schwarz bleibt noch viel zu tun.

Graphic

Paul Schwarz (Mitte) war früher Lehrer, jetzt dreht er Filme über Bildung, hier in einer Realschule in Landau

Load-Date: September 20, 2012

End of Document

Welcome to Tijuana!; Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 22; Ausg. 23

Length: 2319 words

Byline: Heike Buchter

Body

Carlos Luna manövriert sein Taxi sicher über Tijuanas Ausfallstraße, vorbei an tonnenschweren Lkw und tiefen Schlaglöchern. Er deutet auf einen Streifen Land neben der Fahrbahn, auf dem Büsche und Kakteen wachsen. "Als Jugendliche sind wir hier manchmal über die Grenze in die USA geschlichen." Nur ein Zaun aus rostigem Stahl markierte damals die Grenze. Heute stehen dort haushohe Betonwälle, alle 300 Meter ragt ein Flutlichtturm auf. "Als ob wir Mexikaner alle Kriminelle wären", sagt er.

Über die Grenze, an der Luna täglich entlangfährt, wird 4000 Kilometer nordöstlich gerade erbittert gestritten. In Washington kämpft Barack Obama um eine Einwanderungsreform, die den mehr als elf Millionen illegalen **Migranten** in den USA eine Einbürgerung in Aussicht stellt. Das Gesetz ist das wichtigste Vorhaben in der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten.

Doch die Konservativen sperren sich im Kongress. Sie befürchten, die "Amnestie", als die sie Obamas Reform bezeichnen, werde weitere Millionen von Illegalen anlocken. Genau wie damals, in den neunziger Jahren nach einem ähnlichen Vorstoß des damaligen Präsidenten Ronald Reagan. Heute wollen die Republikaner deshalb vor allem die Grenze zu Mexiko dicht machen. Republikanische Senatoren haben angekündigt, dem geplanten Gesetz nur zuzustimmen, wenn der Grenzschutz nachweisen kann, 90 Prozent der illegalen Grenzübertritte zu verhindern.

Doch ist das wirklich notwendig? Sind die USA noch das Gelobte Land für viele Mexikaner? Der Besuch in Tijuana zeigt, dass sich die Verhältnisse mancherorts umgekehrt haben. Mexikos boomende Industrieproduktion sorgt dafür, dass immer weniger junge Mexikaner *al norte*, in den Norden, auswandern wollen. Es ist sogar so, dass heutzutage US-Amerikaner, angelockt vom Aufschwung und auf der Suche nach neuen Chancen, die Grenze in umgekehrter Richtung überqueren.

"Welcome to Tijuana, Tequila, Sex and Marihuana!", singt die Latino-Band Manu Chao. Lange war die Grenzstadt am Pazifik vor allem bei jungen US-Amerikanern beliebt, weil sie hier schon unter 21 Jahren legal an Alkohol kamen. An der Avenida de la Revolución reihten sich Stripperlokale, Souvenirbuden und Läden mit billigen Medikamenten aneinander.

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 wurde die einst lockere Aus- und Einreisepolitik zwischen San Diego und Tijuana verschärft. Das bunte Treiben auf der Avenida hatte ein Ende. Heute ist ein großer Teil der Läden und Kneipen verlassen, Fenster und Türen sind verbarrikadiert.

Mitte des Jahrzehnts wurde Tijuana zum grausigen Schauplatz des Drogenkrieges und blieb es lange. 2011 wurden in der knapp 2-Millionen- Einwohner-Stadt 476 Menschen umgebracht. Eine Nachricht, die damals mit Erleichterung aufgenommen wurde, weil es seit Jahren das erste Mal war, dass die Zahl der Opfer unter 500 lag. Tijuana stand für all das, was in den Augen der US-Nachbarn falsch läuft in Mexiko.

Anabel Colunga sieht in ihrer Heimatstadt etwas ganz anderes: einen Hightechstandort. "Tijuana ist die Hauptstadt für die Medizingerätebranche in Nordamerika, und hier werden auch die meisten TV-Geräte für den US-Markt gefertigt", sagt die Marketingdirektorin bei EDC, einem Verband privater Unternehmen, die Firmen bei der Ansiedlung in Tijuana helfen.

Auf dem Weg in einen Industriepark in Tijuanas staubigen Hügeln zählt Colunga die vielen Vorteile für Unternehmen auf: 35 Hochschulen in der Umgebung, viele mit industrienahen Fakultäten, Tausende Fachkräfte. Zwei internationale Seehäfen und zwei Flughäfen sind nur wenige Kilometer entfernt. Autobahnen kreuzen durch Tijuana, eine neue Güterbahntrasse ist in Planung. Colunga hat all die Fakten im Kopf. Seit es ruhiger geworden ist um die Narcos, wie die Drogenbanden hier heißen, kommen viele Besucher und potenzielle Investoren. Zuletzt sahen sich hier Handelsdelegationen aus Kuwait, Hongkong und Kanada um.

Auf dem Parkplatz von Diamond Electronics parkt ein SUV mit US-Kennzeichen. "Das ist meiner", sagt Enrique Ortiz, der Produktionschef. Diamond baut mittlere und große Flachbildschirme vorwiegend für den mexikanischen und lateinamerikanischen Markt. Der Mexikaner, ein gelernter Ingenieur, hat die US-Staatsbürgerschaft und könnte überall in den USA leben und arbeiten. Eine Weile hat er das auch getan. Viele Manager von internationalen Niederlassungen in Tijuana - meist US-Amerikaner, Japaner oder Europäer - würden mit ihren Familien auf der anderen Seite in San Diego wohnen und über die Grenze pendeln, erzählt Ortiz. Die verpassen etwas, findet er. "Tijuana wächst, ist jung und dynamisch."

Nicht nur billige Endmontage: Aus Tijuana kommen Hightechprodukte

Ein paar Straßenzüge weiter, bei Zodiac, herrscht Hochbetrieb. Schichtwechsel. Der Flugzeugausrüster beschäftigt mehr als 1000 Mitarbeiter. Zu seinen Hauptabnehmern zählen der brasilianische Flugzeugbauer Embraer und der kanadische Hersteller Bombardier. Die Fabrikhalle, in die fast zwei Fußballfelder passen würden, ist hell und aufgeräumt. In einem Bereich stellen Arbeiter auf Hightechmaschinen Metallteile her. In einer anderen Abteilung legen Frauen in Schutzanzügen Fiberglas auf Formen - Werkstücke, aus denen später die Deckenverkleidung wird.

Werksaufseher José Isaac Silva sagt, dass hier nicht bloß Teile zusammengebaut würden. Auch aufwendige Ingenieurleistungen kämen inzwischen aus Tijuana. Früher sei das anders gewesen. Da habe in den Betrieben in Tijuana kaum mehr als billige Endmontage stattgefunden. Das Know-how und die Chefs seien in den fernen Hauptquartieren, vorwiegend in den USA, geblieben. Mexiko habe in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gemacht, sagt Silva. Die Hochschulen, die Infrastruktur, das politische System - noch sei zwar nicht alles so, wie es sein solle. Aber der 36-jährige Mann mit dem lässigen Karohemd und exakt gestutzten Kinnbart glaubt an sein Land.

Zodiac expandiert. Boeing gehört zu den Neukunden. Dafür baut das Unternehmen eine neue Halle auf einem Hügel gegenüber, weitere 600 Mitarbeiter sollen dazukommen. Der Flugzeugspezialist ist nicht allein. "Mitarbeiter gesucht", steht überall auf Bannern an den Fabrikmauern drumherum. Mexiko gehört inzwischen zu den Schwellenländern, die am schnellsten wachsen: Im vergangenen Jahr hat das Land Brasilien überholt.

Anders als die USA ist Mexiko viel weniger verschuldet und verfügt über hohe Devisenreserven. Im Landesinnern weichen Sojabohnenplantagen neuen Industriekomplexen. VW hat 1,3 Milliarden Dollar in ein neues Audi-Werk investiert. Die britische Zeitschrift *The Economist* widmete dem "Aufstieg Mexikos" einen Schwerpunkt. Und beschrieb darin, dass diese Entwicklung offenbar vollkommen an Washingtons Offiziellen vorbeigehe. Vom

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

"aztekischen Tiger" schwärmte die *Financial Times* - auch wenn es in Mexiko keine Tiger gibt. Das Land macht selbst China Konkurrenz. Dort sind die Löhne in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Und Mexiko hat den Vorteil, näher an Chinas wichtigem Absatzmarkt, den USA, zu sein - geografisch und kulturell.

Schlaksig, wie er ist, und mit seinem grünen Schlabber-T-Shirt erfüllt Guillermo Romero das Technikfreak-Klischee. Er legt drei Platinen vor sich auf die Tischplatte und deutet auf die kleinste. "Bei jeder Generation haben wir mehr draufgepackt, das Design ist komplett von uns entwickelt." Jetzt passt auf die Platine eine ganze Reihe von Mikroprozessoren und Sensoren - alles, was eine Drohne so braucht, die Romero und seine Kollegen bei 3D Robotics hier bauen. Das Start-up ist eine Gründung von Jordi Muñoz, Romeros Bastel-Kumpel aus Kindertagen, und Chris Anderson. Anderson war bis vor Kurzem Chefredakteur des US-Technologiemagazins *Wired*. Doch dann entdeckte er die kleinen autonomen Fluggeräte und dachte: Das ist das nächste Ding!

Die meisten Käufer wollen die 3D-Robotics-Drohne, die ein wenig aussieht wie eine elektrischblaue Super-Libelle, bisher nur als Freizeitspaß. Anderson und seine Partner sehen aber großes Potenzial in kommerziellen Anwendungen, etwa in der Landwirtschaft. Zunächst wollte Anderson, der CEO von 3D Robotics, die Drohnen von chinesischen Subunternehmern bauen lassen. Doch Muñoz und Romero brachten ihn dazu, in ihrer Heimatstadt Tijuana eine eigene Produktionsstätte zu errichten. Die ersten Exemplare hatten die beiden noch in ihrem Schlafzimmer zusammengelötet. Jetzt beschäftigt 3D Robotics mehr als 30 Mitarbeiter und sucht nach einer größeren Halle.

Der Erfolg erinnert Chris Anderson an seine Zeit als Korrespondent in Hongkong Ende der neunziger Jahre. Die chinesische Regierung paarte damals das Finanz- und Geschäftszentrum Hongkongs mit der Industrieproduktion in der Shenzhen-Region auf dem Festland und schuf eine globale Wirtschaftsmacht, die den rasanten Aufstieg Chinas maßgeblich begründete.

Warum nicht Tijuana und San Diego auf ähnliche Weise zusammenspannen?, fragte Anderson in einem viel diskutierten Kommentar in der *New York Times*. "Mexiko könnte die lang ersehnte Antwort darauf sein, wie die US-Industrie im Wettbewerb mit China, Indien und der nächsten Generation von Rivalen bestehen kann."

Eine Idee, mit der er bei San Diegos Bürgermeister Bob Filner offene Türen einrennt. Filner hat es sich zur Aufgabe gemacht, beide Städte als einen Standort zu vermarkten. Vor ein paar Wochen hat er eine offizielle Vertretung für San Diego in Tijuana eröffnet. "Unser größtes Problem ist nicht Sicherheit, sondern die Probleme sind Offenheit und Kommunikation", sagte er in einem Interview.

"Die USA müssen Mexiko nicht als Problem, sondern als Partner sehen"

Und das Warten am Grenzübergang. Während Tijuana bereits über eine moderne Grenzanlage verfügt und die Abfertigung in Minutenschnelle erledigen kann, warten Einreisende aus den USA häufig drei Stunden oder länger. Durch die Wartezeiten entgehen der Region laut einer Studie der Grenzgemeinden jährlich mehr als zwei Milliarden Dollar Wirtschaftsleistung. "Die USA müssen anfangen, Mexiko nicht länger als Problem, sondern als Partner zu verstehen", meint auch Shannon O'Neil, Lateinamerikaexpertin beim konservativen Thinktank Council on Foreign Relations. "Wir brauchen eine neue bilaterale Politik, und vor allem müssen wir den Grenzverkehr von Menschen und Gütern erleichtern."

Doch tritt Obamas Einwanderungsreform wie geplant in Kraft, dann wird das Gegenteil der Fall sein. Der Gesetzesentwurf sieht vor, in den nächsten Jahren noch einmal 4,5 Milliarden Dollar in die Grenzsicherheit zu stecken. 3500 neue Grenzbeamte sollen eingestellt werden. Deren Zahl ist über die vergangenen 20 Jahre bereits von 4000 auf 21000 angeschwollen. Dabei verschlingt die Absicherung schon heute Rekordsummen. Im vergangenen Jahr hat die Regierung rund 18 Milliarden Dollar für die Einwanderungsaufsicht bereitgestellt - das ist mehr als das Budget aller anderen Sicherheitsbehörden zusammen.

Währenddessen ist die illegale Einwanderung aus Mexiko laut des Sozialforschungsinstituts Pew Research Center unterm Strich auf null gefallen. Das heißt, es gehen genauso viele Mexikaner in ihr Heimatland zurück, wie neue Illegale in die USA kommen.

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

VON HEIKE BUCHTER

Die Nachbarn Nah und fremd Mit mehr als 350 Millionen Ein- und Ausreisenden im Jahr ist die Grenze zwischen Mexiko und den USA die geschäftigste der Welt. Doch für viele US-Bürger bleibt Mexiko ein fremdes Land. Sie verbinden mit ihrem südlichen Nachbarn Korruption, Armut, Rückständigkeit - und die Gewalt der Drogenkartelle. Die Regierung in Washington hat das Land im Süden auf Distanz gehalten. Dabei sind die beiden Nationen durch Generationen von Migranten eng verbunden. Jeder zehnte Mexikaner lebt in den Vereinigten Staaten. Zählt man ihre in den USA geborenen Angehörigen dazu, gehören 33 Millionen Menschen der mexikanischen Minderheit an. Rein und raus Eine erste große Einwanderungswelle löste 1910 die mexikanische Revolution aus. Nach dem Sturz von Diktator Porfirio Díaz, dessen Stoßseufzer "Armes Mexiko, so fern von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten" gerne zitiert wird, zogen fast eine Million Mexikaner über den Rio Grande. Während der Großen Depression sahen US-Bürger in den Einwanderern aus dem Süden eine Konkurrenz um knappe Jobs. Viele wurden nach Mexiko deportiert. Der Zweite Weltkrieg verkehrte das Verhältnis ins Gegenteil: Die US-Wirtschaft brauchte mehr Arbeiter, und die Regierung startete ein Gastarbeiterprogramm, das 4,5 Millionen Mexikaner in die USA lockte. Der von Präsident Nixon ausgerufene "Krieg gegen Drogen" führte ab 1969 zu einer scharfen Überwachung der Grenze. 1986 garantierte ein Reformgesetz eine Amnestie für Illegale in den USA. In den neunziger Jahren folgte eine neue Einwanderungswelle. Während der großen Rezession 2008 kehrten viele Mexikaner freiwillig in ihre Heimat zurück. Nach neuesten Erhebungen gleichen sich die Migrationsströme zwischen Mexiko und den USA inzwischen aus (siehe Grafik unten). 477 Tote Während Präsident Obamas erster Amtszeit wurden mehr illegale Einwanderer deportiert als in den gesamten acht Jahren der Bush-Regierung. Bis Ende des Jahres wird seine Regierung zwei Millionen Menschen abgeschoben haben, darunter 200000 Eltern von Kindern, die in den USA geboren wurden und damit US-Bürger sind. Obwohl weniger Migranten versuchen, illegal über die Grenze im Süden zu kommen, ist die Zahl derer, die dabei umkommen, drastisch gestiegen. 2012 waren es 477. Doch nicht alle werden gefunden. Die meisten verdursten oder erfrieren. Um der verstärkten Grenzüberwachung zu entgehen, führen die Schlepperrouten zunehmend durch die Wüste oder unwegsames Gelände. Die Coyotes, die Schlepper, verlangen deshalb höhere Preise. Vor zwanzig Jahren kassierten sie 100 bis 200 Dollar für einen Grenzübertritt. Heute sind es 2000 bis 3000 Dollar. Migranten aus Zentralamerika zahlen 5000 bis 8000 Dollar. Die Schulden müssen die "Kunden" oder ihre Familien oft jahrelang abtrottern.

Graphic

Ein Mexikaner wartet nahe dem Grenzübergang in Tijuana; Die Grenze, von einer Schnellstraße bei Tijuana aus gesehen

Load-Date: May 29, 2013

Assange-Freunde fürchten die Entzauberung ihres Helden; WikiLeaks-Gründer Julian Assange kämpft um seinen Ruf als Vorreiter für politische Transparenz. Sein vorerst letztes Mittel ist das Asyl in Ecuador.

ZEIT-online

Donnerstag 16. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYL; Ausg. 34

Length: 879 words

Byline: Jürgen Krönig

Body

Assange-Anhänger in London

© Dominic Lipinski/PA Wire/dpa

Nun ist geschehen, was Julian Assange und seine Bewunderer erfreuen dürfte. Ein diplomatischer Eklat, in den mehrere Staaten involviert sind und der dem Gründer von WikiLeaks zu enormer öffentlicher Beachtung verhelfen wird. Es war ein wenig still geworden um ihn, nachdem sein Ruf als Held der Meinungsfreiheit zunehmend angekratzt war und viele seiner Bewunderer erkennen mussten, dass es bei dem Rechtsstreit in Schweden nicht um eine finstere amerikanische Verschwörung ging.

Ob die Beschuldigungen der zwei Frauen gegen Assange wegen sexueller Nötigung und in einem Fall wegen Vergewaltigung gerechtfertigt sind oder nicht, darüber kann ein schwedisches Gericht erst dann entscheiden, wenn Großbritannien ihn ausgeliefert hat. Darauf aber wird man wohl noch geraume Zeit warten müssen, denn Ecuador hat ihm politisches **Asyl** gewährt.

London selbst hatte dafür mit einem behutsam formulierten Brief die Vorlage geliefert. In ihm wurde Ecuador - vor der Asylentscheidung - höflich aufgefordert, sich um einen Kompromiss zu bemühen. Wobei die britischen Diplomaten einfließen ließen, Großbritannien sei aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre 1987 in der Lage, die diplomatische Immunität der Botschaft vorübergehend aufzuheben und Assange zu verhaften. In Presseschlagzeilen, Protestplakaten vor der Botschaft Ecuadors sowie in der Darstellung der Regierung in Quito mutierte das zur Behauptung: "Großbritannien will Botschaft stürmen". Eindrucksvoll, aber falsch. Erst einmal würde ein komplizierter Rechtsstreit ausgefochten, der zudem lange gedauert hätte.

Die Faktenlage ist klar

Das aber hält Assanges Bewunderer nicht davon ab, absurde Behauptungen für bare Münze zu nehmen und den Fall zu einem prinzipiellen Konflikt über Meinungs- und Pressefreiheit hochzustilisieren, garniert mit einer Portion Antiamerikanismus und dunklem Verschwörungsgeraune. In gewisser Hinsicht lässt sich diese Ablenkungstaktik

Assange -Freunde fürchten die Entzauberung ihres Helden WikiLeaks-Gründer Julian Assange kämpft um seinen Ruf als Vorreiter für politische Transparenz. Sein vor....

nachvollziehen. Die Faktenlage ist klar und eindeutig und gibt in dieser Richtung wenig her. Artikel 1 der Genfer Konvention definiert den politischen Flüchtling als "eine Person, die eine wohlbegründete Furcht hat vor Verfolgung aus Gründen von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder ob einer politischen Meinung willen".

Nichts davon trifft auf Assange zu. Er wird nicht einer politischen Tat beschuldigt, sondern soll sich vor einem schwedischen Gericht verantworten wegen eines angeblichen sexuellen Straftatbestandes. Allein darum geht es.

Julian Assange hat sich eifrig darum bemüht, eine heroische Legende der Verfolgung durch sinistre Kräfte und die USA zu stricken. Als Gastmoderator des staatlich-russischen Auslands-TV Russia Today hatte er einige Wochen vor seiner Flucht in die Botschaft Ecuadors den Präsidenten des Landes interviewt und dabei einfließen lassen, dass er "seit 500 Tagen in England unter Hausarrest" stehe, so als ob er festgehalten werde. Dabei war es Assange selbst, der Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um zu verhindern, in Schweden vor Gericht zu erscheinen.

Bittere Ironie auch, dass Assange um Asyl ersucht und es erhalten hat von einem Staat, in dem es unter Präsident Correa um die Presse- und Meinungsfreiheit zunehmend schlecht bestellt scheint. Laut Human Rights Watch hat die Regierung Ecuadors in den letzten Jahren "wiederholt internationale Menschenrechte und demokratische Grundrechte verletzt". Dagegen hebt sich die solide schwedische Demokratie mit ihren rechtsstaatlichen Prinzipien eigentlich wohltuend ab.

Doch ist es mehr als unwahrscheinlich, dass Assange und die Schar seiner Celebrity-Helfer wirklich fürchten, er werde von Schweden in die USA ausgeliefert und dort zu langer Haft, wenn nicht gar zur Todesstrafe verurteilt. Wahrscheinlicher ist, dass sie eine andere Sorge umtreibt, die Sorge vor der endgültigen Entzauberung ihres Helden.

Viele Verbündete und Sympathisanten, allen voran der linke *Guardian*, der mit ihm und vier anderen Presseorganen die Veröffentlichung der Geheimdepeschen organisiert hatte, sind von ihm abgefallen. Der Australier hatte sich als selbstherrlich entpuppt und Züge von Paranoia aufgewiesen, ergänzt um eine verquaste Ideologie, die den "autoritären Staat", den er als "Verschwörung" gegen die Bürger begreift, durch Enthüllungen noch repressiver machen will, bis er implodiert. Der *Guardian* brach mit ihm bereits im August 2010. Genau wie andere Partner, die WikiLeaks als neutrale Plattform für Whistleblower verstanden, aber sehen mussten, dass es Assange wohl mehr darum geht, Amerika zu attackieren.

Ein Prozess in Schweden jedoch könnte möglicherweise dafür sorgen, dass sein Ruf als hehrer Kämpfer für Transparenz unheilbaren Schaden erleidet. Wie viel besser wäre es da, die Mär von der finsternen Verschwörung am Leben zu erhalten. Dazu passt, Großbritannien als Pudel Amerikas darzustellen - was in Teilen Südamerikas immer gut ankommt - und dabei geflissentlich zu ignorieren, dass die USA gar keinen Auslieferungsantrag an London oder Stockholm gerichtet haben. Wie geht es nun weiter? Theoretisch könnte die britische Polizei Assange verhaften, wenn er den Fuß auf die Straße setzt. Assanges Zukunft wird uns also noch eine Weile beschäftigen. Das ist sicher.

Load-Date: August 17, 2012

Macho, weiß, von gestern; Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück: Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: DAS ENDE DES WEISSEN MANNES; S. 3; Ausg. 47

Length: 2276 words

Byline: Özlem Topcu, Bernd Ulrich

Body

Macht ist Kopfsache. Machtverlust auch.

Wie sich die weißen Amerikaner im Moment fühlen, die lieber Mitt Romney im Weißen Haus gesehen hätten, das hat schon vor einiger Zeit ein Film von Clint Eastwood ziemlich genau gezeigt. In *Gran Torino* geht es um den Veteranen Walt Kowalski, der in einer schäbigen Gegend von Detroit wohnt und gerade seine Frau verloren hat. Nun hat er nicht viel mehr im Leben, als Dosenbier zu trinken und sich über die Schlitzaugen in seinem Viertel zu ärgern. Kowalski hat bei einem der amerikanischsten Unternehmen gearbeitet, bei Ford, und nun muss er feststellen, dass niemand mehr amerikanische Autos fahren will. Sein ganzer Stolz ist ein Gran Torino, der die meiste Zeit behütet in der Garage steht.

Walt fühlt sich überfremdet und erkennt sein Amerika nicht mehr. Doch Walt ändert sich, weil er sich ändern muss. Er lässt sich auf seine neuen Nachbarn ein und baut eine Beziehung zu ihnen auf - wenn auch knurrend. Kowalski wird sogar zum Beschützer dieser fremden Nachbarn, als diese von einer asiatischen Gang angegriffen werden. Clint Eastwood schildert all das äußerst sensibel, ohne falsches Pathos. Clint Eastwood, der Regisseur und Schauspieler, ist so, nicht aber Clint Eastwood, der politische Mensch.

Im Wahlkampf unterhielt er sich auf dem Parteitag der Republikaner mit einem Stuhl, der Stuhl symbolisierte Obama. Ihm sagte Eastwood Dinge wie "Dieses Land gehört uns", all jene, die nicht ihre Arbeit machten, würde man nach Hause schicken. Dinge also, die der Film-Eastwood auch gesagt hat, bevor er lernte, seine neuen Nachbarn zu mögen.

Das ist das Problem des weißen Mannes - nicht nur in Amerika: Er kann sich nicht entscheiden, ob er die Migranten mögen soll, weil sie oft noch so patriarchalisch sind, wie er selbst sein möchte. Oder ob er sie ablehnen soll, weil sie Fremde sind. Das Weltbild des weißen Mannes ist labil, jede Sekunde kann es zusammenstürzen, er ist nicht überzeugt und überzeugt darum nicht. Machtverlust ist eine Sache des Kopfes.

Das ist der tiefere Grund für die Niederlage von Mitt Romney, das ist auch der Grund dafür, dass die Wiederwahl von Obama der Abwahl eines bestimmten Typus von weiß und männlich gleichkommt. Bei Obamas erster Wahl

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück : Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

konnte man noch von einer Sondersituation sprechen, weil George W. Bush das Ansehen der Republikaner ruiniert hatte und der junge Mann aus Chicago so sehr nach Aufbruch und Hoffnungen aller Art klang.

Diesmal jedoch war der Präsident schon ergraut, die Wirtschaft in einer misslichen Lage - und trotzdem wurde er gewählt. Zum zweiten Mal in Folge verstießen die amerikanischen Wähler gegen eine Regel: dass sich Minderheiten nicht zu einer Mehrheit addieren. Sie tun es offenbar doch, und sie tun es womöglich von nun an immer wieder.

Im vergangenen Mai veröffentlichte die amerikanische Zensus-Behörde Zahlen, die belegten, dass erstmals in der Geschichte der USA weniger Babys mit weißer Hautfarbe auf die Welt kamen als solche von ethnischen Minderheiten. Die Statistiker sprachen von einem Wendepunkt: 400 Jahre nachdem die ersten englischen Pilgerväter auf der *Mayflower* den Atlantik überquerten, sich von der englischen Kirche lossagten und ihre autonome Gemeinde in Neuengland gründeten, zeichnet sich ab, dass die *White Anglo-Saxon Protestants* von 2042 an nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Deshalb verlieren die Republikaner schon jetzt rein demografisch bei den Wählern in jedem Jahr 1,7 Prozentpunkte gegenüber den Demokraten. Demografie und Demoskopie marschieren im Gleichschritt.

Die politischen Vertreter einer Mehrheit, die auf dem besten Weg ist, zur Minderheit zu werden, sind also nicht klug beraten, wenn sie sich außerdem noch gegen Schwule und Lesben, gegen großstädtische, emanzipierte Frauen und gegen Arme wenden. So, wie Mitt Romney es getan hat. Und um auch ganz sicher zu sein, dass sich die Hispanics und die Afroamerikaner bei ihm so wenig wohlfühlen wie die Frauen, nominierte er als möglichen Vizepräsidenten Paul Ryan, einen Mann genau wie er selbst, nur ein bisschen jünger.

Und was geht das alles die Europäer an, die weißen Männer auf dem Alten Kontinent? Noch nicht ganz so viel wie die Amerikaner, obwohl auch hier die Migranten unübersehbar auf dem Vormarsch sind. Sie brauchen mangels Masse eben noch ein oder zwei Jahrzehnte länger als in den USA. Dafür droht dem weißen Mann in Europa höchst akut eine ganz andere Minderheit, die nebenbei gesagt eine Mehrheit ist: die Frau. Mit oder ohne Quote sind die Frauen dabei, die Hegemonie des Mannes zu beenden. Besonders augenfällig ist das zurzeit gerade in Deutschland, nicht nur wegen der Kanzlerin. Am deutlichsten zeigt sich der Hegemonieverlust bei einem Mann: Peer Steinbrück. Er ist in etwa so alt wie Joschka Fischer und Gerhard Schröder, er ist wie sie ein Macho alter Schule, dominant, eitel, amüsant, etwas autoritär, laut, basta. Der Unterschied ist nur: In Schröders und Fischers großer Zeit, vor zehn Jahren, da kam so was noch ganz gut an, auch bei Frauen. Heute wirkt Steinbrück etwas aus der Zeit gefallen, Frauen, junge zumal, können mit ihm wenig anfangen. Man stelle sich ihn nur zwischen Angela Merkel, Ursula von der Leyen und Katrin Göring-Eckardt vor, kulturell in der Minderheit, chancenlos, Gruppenbild mit Herr. Nun läuft Peer Steinbrück zu allerlei Frauentreffen, um sich nachzuzusozialisieren, was ihn auch wieder ganz sympathisch macht. Ändern tut es nichts mehr, in Deutschland wird die Politik mehr und mehr Frauensache.

Der allmähliche Machtverlust des weißen Mannes gegenüber Migranten und Frauen findet zu alledem auch noch eine globale Entsprechung. Die Dominanz des Westens geht in diesen Jahrzehnten zu Ende, Schwellenländer wie Indien, Brasilien und China gewinnen an Bedeutung, ökonomisch wie politisch. Und die Fähigkeit des Westens, durch militärische Interventionen die Welt nach seinen Wünschen umzugestalten, ist in den vergangenen zehn Jahren schroff an ihre Grenzen gestoßen.

Die Bilanz ist also eindeutig, dreifacher Machtverlust, gegenüber den Frauen, den Migranten, dem Rest der Welt. Ist sie auch deprimierend? Und wenn ja: für wen?

Der weiße Mann ist am Ende, weiße Männer wird es jedoch weiterhin geben. Sie können also etwas tun, sie können auf die neuen Anforderungen reagieren und haben damit oft auch schon begonnen. So wie Clint Eastwood in *Gran Torino*. Und die weißen Männer haben Zeit, denn so rapide wird der Niedergang nicht sein, zumal die ökonomische Macht nach wie vor überwiegend in den Händen weißer Männer liegt. Insofern bringt die Wahl in Amerika zunächst einmal nur die große Politik gegen das große Geld in Stellung, eine Auseinandersetzung, deren Ausgang noch lange nicht entschieden ist.

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück : Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Tatsächlich stirbt nicht eine Hautfarbe aus und auch kein Geschlecht ab, sondern ein Habitus, allerdings einer, der jahrtausendealt ist, der hundertfach von einer Generation zur nächsten weitergegeben wurde. Lange war der weiße Mann ganz selbstverständlich das Maß aller Dinge und aller anderen Menschen, er war die Norm. Er bestimmte, was Zivilisation ist, er war Zivilisation in persona und fuhr in die Welt hinaus, um sie den anderen beizubringen. Sein "westlich aufgeklärter" Blick bestimmte, was der "Orient" war, wie Afrika funktionierte oder Asien, wie sich andere weiterzuentwickeln hatten. Er besaß die Macht, die anderen zu definieren, nie war es so, dass die anderen den weißen Mann definierten oder Ansprüche auf die Vorherrschaft in der Welt stellten. Sie verehrten ihn oder rebellierten gegen ihn, doch immer stand er im Zentrum.

Aber wie kann, wie soll der weiße Mann mit seiner veränderten Stellung in der Welt umgehen? Vom Gedanken abzurücken, sich als die Norm zu betrachten, wäre für den Anfang völlig ausreichend. Sich als einen unter anderen zu sehen, nicht als den einen über allen. Es ist schwer zu verkraften, aus dem Zentrum zu treten oder vertrieben zu werden, besonders dann, wenn es womöglich gar kein neues Zentrum gibt. Aber Milliarden Menschen haben schon immer so leben müssen, es geht also.

Wer fragt, wie der Westen, wie der Mann mit seiner noch verbliebenen Macht und seinem allmählichen Machtverlust umgehen soll, der landet unweigerlich wieder bei Barack Obama, der sich dagegen wehren würde, ein Vorbild genannt zu werden, und vielleicht gerade deshalb zu einem taugt.

Obama hat schon früh in seinem Leben gelernt, was es bedeutet, fremd und fremdbestimmt zu sein. Seine Identität ist so vielschichtig wie das multiethnische Amerika selbst, er ist eine "Kreation der Welt", wie sein Biograf David Maraniss in einem Interview sagte. Seine Mutter, eine Weiße aus Kansas, sein Vater, ein Kenianer, heirateten 1961, zu einer Zeit, in der "Mischehen" zwischen Weißen und Schwarzen noch vielerorts verboten waren. Später wuchs Obama einige Jahre in Indonesien auf, seine Mutter ließ sich von Obamas Vater scheiden und heiratete einen Indonesier. Er sah also bereits als Sechs- bis Siebenjähriger so viele unterschiedliche Orte und Menschen, wie sie die meisten seiner späteren Mitstudenten in New York nicht einmal als Erwachsene sehen würden.

Obama ist ein Schwarzer nur aus dem Blickwinkel eines Weißen, der sich selbst als rein ansieht und jede rassische Abweichung von sich selbst als farbig definiert. Tatsächlich ist Obama weder schwarz noch weiß, und er ist doch schwarz und weiß zugleich; er ist gläubiger Christ mit islamischen Vornamen: Barack, der Gesegnete; Hussein, der Sohn des vierten rechtgeleiteten Kalifen der Muslime. Als Jugendlicher wurde er "Barry" genannt; kurz vor seiner ersten Kandidatur holte er sich seinen ursprünglichen Namen zurück, mit der Konsequenz, fortan von vielen für einen Muslim gehalten zu werden. Ein Amerikaner des Gestern, der Immobilientycoon Donald Trump, forderte vergangenes Jahr Obama wochenlang dazu auf, seine Geburtsurkunde öffentlich zu machen. Keiner wisse, wo der Mann herkomme, wo er aufgewachsen sei. So jemand wie Obama - konnte er tatsächlich ein richtiger Amerikaner sein?

Später dann, bei seinem politischen Weg nach ganz oben hatte Barack Obama kein schwarzes Vorbild im Präsidentenamt, das er nachahmen, in das er sich hineinfallen lassen konnte - es war eher umgekehrt: Das Amerika der Minderheiten hat in ihm etwas gesehen, das ihn kompatibel für die eigene Lebensweise machte. Unpassend war und ist Obama hingegen in jedem Hinterzimmer-Washington der Lobbyisten, der gebogenen Krawatten auf zufriedenen Bäuchen, der Whiskey-und-Zigarren-Gemütlichkeit. Nicht, dass gegen diese Kultur etwas zu sagen wäre, die muss es sicher auch geben. Nur würde ein Obama mit Whiskey und Zigarre eben aussehen wie ein Schwarzer, der einen Weißen spielt. Andererseits: Als erster schwarzer Präsident der Vereinigten Staaten, darf er seine Macht nicht aggressiv zeigen. Nichts, was er sagt oder tut, durfte an die intellektuelle Aggression eines Malcolm X oder die Wut der Schwarzen erinnern, die besonders der politische Rap à la Public Enemy gegen das weiße Establishment freilegte: *"Elvis was a hero to most / But he never meant - to me you see / Straight up racist that sucker was"* ("Elvis war für die meisten ein Held / Für mich war er nichts / Der Wichser war bloß ein übler Rassist"). Man könnte Obama fast lieben für seine Ungeselligkeit.

Zuletzt wurde er oft als unzugänglich und introvertiert kritisiert. Nur, wie könnte er anders sein? Die erste Frau an der Spitze der Deutschen bekam lange dasselbe zu hören. Die Ersten können eben nicht die Lockersten sein, sie schlüpfen nicht in ihre Ämter wie in einen alten Pantoffel, sie tasten sich hinein. Das jedenfalls kann man auch von

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück : Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Obama lernen: Situationen auszuhalten, die sich jeder Art von Präpotenz verweigern, neue Verhaltensweisen zu erfinden, auch spontan, wo die alten nicht mehr funktionieren.

Männlichkeit bedeutet bei Obama, innen- wie außenpolitisch die Grenzen der eigenen Macht zu akzeptieren - die USA sind nicht mehr die Weltführer, sie wollen und müssen sich mehr auf sich selbst konzentrieren (Schulden, Arbeitslosigkeit, Abzug der Truppen). Es ist immer noch eine sehr selbstbewusste Macht, aber vielleicht wird sie in ihren besten Momenten etwas weiser, eine Macht, die sich bewusst ist, dass der *pursuit of happiness* nicht immer gut laufen muss. Eine Macht, die weiß, dass sie sich erneuern muss, weil sich die Umstände geändert haben. Ist das deprimierend? Oder eher interessant?

Als besonders schwierig könnten sich für den neuen weißen Mann die Anforderungen der Frauen erweisen, die ihn zugleich ganz sensibel und ungebrochen männlich haben möchten, das eine mehr am Tag, das andere vielleicht mehr in der Nacht. Die Männlichkeit, die beides in sich vereint, das ist der letzte unbekannte Kontinent, der noch erobert werden darf. Er ist bislang ziemlich unbewohnt, gerade auch Hispanics oder Afroamerikaner oder Türken bevölkern ihn nur spärlich.

Der Machtverlust des weißen Mannes wird noch oft von Håme begleitet werden, kein Wunder, er hat ja auch lange genug dominiert. Dennoch wäre es billig und auch etwas blöde, jetzt in einen Gegendriumph auszubrechen. Die Wiederwahl von Obama markiert eine historische Wende, die Jahre selbstverständlicher männlicher, weißer Dominanz gehen zu Ende, vieles ist da falsch gelaufen, einiges richtig, nun beginnt etwas Neues. Das gilt auch, um bei der Avantgarde des Gestern zu enden, für die Republikaner. Eigentlich spricht nichts dagegen, dass auch sie sich auf die neue Welt einstellen. Möglich, dass die Amerikaner 2016 wieder einen republikanischen Präsidenten wählen. Gut möglich, dass sein Name dann auf -o oder -ez enden wird. Oder dass er eine Frau ist.

Mitarbeit: JUSTUS VON DANIELS

Graphic

Clint Eastwood als Walt Kowalski in "Gran Torino"

Load-Date: November 15, 2012

Wie viel C steckt in der CDU?; Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Wie viel C steckt in der CDU?; S. 2; Ausg. 14

Length: 1830 words

Byline: Heinrich Wefing Özlem Topcu

Body

Heinrich Wefing

Özlem Topcu

DIE FRAGEN STELLTEN ÖZLEM TOPÇU UND HEINRICH WEFING

»Nach dem Krieg stand das christliche Menschenbild in Flüchtlingsfragen bei der CDU ganz oben. Doch dann ist das C verblasst« (Christian Schwarz-Schilling)

DIE ZEIT: Herr Schwarz-Schilling, warum schafft es Ihre Partei, die CDU, bei den Themen Zuwanderung und Asyl nicht, einen sachlichen Ton anzuschlagen? Als sich die Zahlen der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien vergangenes Jahr erhöhten, sprach Innenminister Hans-Peter Friedrich sehr schnell von einem Missbrauch der Sozialsysteme. Ähnliches hört man derzeit, wenn es um die Zuwanderung von Roma aus Bulgarien und Rumänien geht.

Christian Schwarz-Schilling: Wenn die führenden Politiker Interessen und Absichten mit Polemik betreiben, können sie Teile der Bevölkerung - manchmal ja auch das ganze Volk, siehe 1933 - in eine falsche Richtung treiben. Heute übersehen viele, dass man als Politiker eine Riesenverantwortung gegenüber dem Volk hat. Man muss die Wahrheit sagen, nicht nur das, von dem man glaubt, das Volk wolle es hören.

ZEIT: Was hindert die CDU daran, die Debatte über die Einreise von Roma zu versachlichen? Sind es die Interessen der Führung, oder ist es die Angst vor der Basis?

Schwarz-Schilling: Beides. Weil die Führung Angst vor der Basis hat, statt sich an den Fakten zu orientieren und aufzuklären, verfolgt sie ein falsches Interesse. Das ist aber nicht nur bei uns Christdemokraten so. Denken

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

Sie an das Wort des damaligen SPD-Innenministers Otto Schily, der 1998 sagte: »Das Boot ist voll.« Als würde unser deutsches Boot kentern, wenn mal 1000 oder 10000 Leute dazukommen.

ZEIT: Der Deutsche Städtetag hat vor einigen Wochen vor der »Armutszuwanderung« aus Bulgarien und Rumänien gewarnt.

Schwarz-Schilling: Wir können nicht die ganze Welt retten, aber hier in Europa ist das etwas anderes, wir müssen helfen. Wir haben Rumänien und Bulgarien nun einmal in die EU aufgenommen. Die Frage, ob das richtig war oder nicht, ist jetzt, im Nachhinein, müßig.

ZEIT: Übertreiben die Kommunen?

Schwarz-Schilling: Nein, die Städte leiden unter den Fehlleitungen deutscher Politik, die den Neuzuwanderern verbietet zu arbeiten. Und die Leute sagen deshalb: Faulenzer! Wir schaffen uns die Schwierigkeiten selber. Aber es geht nicht nur um Wohlstand. Was diese Menschen wollen, ist Freiheit. Wir aber beschneiden weiter die Freiheit dieser Menschen, die im eigenen Land seit Jahrhunderten diffamiert werden. Sie wollen diesem Schicksal entkommen, dem Schicksal menschlicher Unfreiheit. Darum geht es! Aber wir reden von Missbrauch.

ZEIT: Wäre es nicht besser, den Minderheiten in den Herkunftsländern zu helfen? Die EU gibt Millionen für ihre »Roma-Strategie« aus, aber niemand kontrolliert, ob das Geld auch ankommt.

Schwarz-Schilling: Sehen Sie: Bis zur Wiedervereinigung gab es kaum eine Rede von Helmut Kohl, die nicht vom Selbstbestimmungsrecht Deutschlands gehandelt hätte. Damals hingen wir noch dem universellen Wertekodex an, weil wir damit auch deutsche Interessen verbinden konnten. In dem Moment, in dem wir unser Interesse erreicht haben, spielen diese Werte keine Rolle mehr für uns. Das ist unser Sündenfall!

ZEIT: Wahr ist aber auch, dass viele serbische und mazedonische Staatsbürger bei uns Asyl beantragen, in den meisten Fällen aber nicht asylberechtigt sind.

Schwarz-Schilling: Es gibt ja bei uns keine Alternative zum Asylantrag, anders als zum Beispiel in Kanada, wo Zuwanderer nach einem Punktesystem ausgewählt werden. Viele Kriterien, von der beruflichen Qualifikation bis zur persönlichen Gefährdung, spielen da eine Rolle. Bei uns jedoch kommen sie legal nicht rein, wenn sie nicht gerade gefoltert, vergewaltigt oder vertrieben wurden. Unsere Gesetzgebung erfasst auf diesem Gebiet nur einen Teil der Wirklichkeit und ist viel zu langsam, um den Ereignissen zu folgen.

ZEIT: Was hindert die Union daran, ein modernes Zuwanderungsgesetz zu schaffen? Die CDU hatte sich ja auch einmal sehr für das Punktesystem interessiert.

Schwarz-Schilling: Ja, das war ein kleiner Parteitag der CDU, ich glaube im Jahre 2002. Da hatte ich damals mit Wolfgang Bosbach einen Vorschlag ausgehandelt. Doch später hat die Bundestagsfraktion diesen Kompromiss weggebügelt. Wir lernen eben erst dann Dinge ernsthaft zu behandeln, wenn der Druck riesig wird.

ZEIT: Vor Ihnen liegen einige Aktenordner. Sie enthalten Fälle von Menschen aus dem Kosovo, aus Serbien, Bosnien, Armenien. Sind das Menschen, die Sie persönlich kennen?

Schwarz-Schilling: Ja. Zum großen Teil trifft das zu. Allerdings gibt es auch Fälle, von denen mir erst durch einen öffentlichen Aufschrei die Schicksale bekannt werden, diese aber durch Abschiebungen bereits nicht mehr erreichbar sind. Ich finde, dass man in seinem Heimatort, wenn solche Dramen entstehen, als politischer Mensch die Verpflichtung hat, sich einzumischen. Ich habe hier beispielsweise den Fall einer Frau A. aus Serbien, die seit fast 20 Jahren in Deutschland lebt und nun ausgewiesen werden soll, weil ihre Tochter volljährig geworden ist und es keinen Grund mehr gebe, dass die Mutter auch in Deutschland bleibe. Die Behörde schreibt, dass sie in Deutschland keine Existenzmöglichkeit gefunden habe. Dabei kämpft seit 2007 ein Hotelbesitzer darum, diese Frau, die nur Minijobberin sein darf, als Vollzeitkraft einzustellen - und dann heißt es, sie sei nicht existenzfähig! (liest vor) »Die Prüfung der Sach- und Rechtslage hat ergeben, dass kein Abschiebehindernis mehr vorliegt. ... Ich fordere Ihre Mandantin daher auf, mir bis spätestens 30. November 2012 mitzuteilen, ob und bis wann eine

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

freiwillige Ausreise erfolgen wird. ... Sollte Ihre Mandantin nicht glaubhaft ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise darlegen, dann sehe ich mich andernfalls gezwungen, die dann nötigenfalls zwangsweise Rückführung vorzubereiten.«

ZEIT: Behörden haben ja einen gewissen Ermessensspielraum bei Entscheidungen wie dieser. Glauben Sie, dass sie diesen nutzen?

Schwarz-Schilling: Nein, wir brauchen einen Paradigmenwechsel, der von den oberen Stellen durchgesetzt und kontrolliert wird. In vielen Ausländerbehörden sitzen Leute, die sind 50, 60 Jahre alt, die sagen: Das haben wir doch immer so gemacht. Und die zuständigen Innenminister wissen überhaupt nicht, was in manchen Ausländerämtern vorgeht. Das Hin- und Herschieben der Akten zwischen Regierungspräsidium und den Ämtern ist für den Außenstehenden absolut undurchsichtig. Manchmal kommt es mir vor, als ob es vorwiegend darum geht, möglichst viele Ausländer wieder aus Deutschland herauszubekommen, ohne sich die entscheidenden Fragen im Einzelfall anzuschauen: Will jemand arbeiten? Warum ist eine Erwerbstätigkeit immer wieder verboten worden, obwohl der Ausländer entsprechende Angebote hatte? Wieso hat ein Flüchtling, der schon Jahre oder Jahrzehnte bei uns gelebt hat, immer noch keine Aufenthaltsgenehmigung? Und wer weiß schon, dass Menschen wie Frau A. jederzeit, auch in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden, abgeholt werden können - und teilweise auch abgeholt werden? Können wir das wirklich gutheißen, gerade wenn wir uns unsere eigene Geschichte anschauen? Diese Menschen zu völliger Unzeit von Leuten in Uniform abholen zu lassen?

ZEIT: Müsste der Paradigmenwechsel, den Sie fordern, nicht weiter oben beginnen, bei den Landesinnenministern, beim Bundesinnenminister?

Schwarz-Schilling: Der Bundesinnenminister würde wahrscheinlich sagen, dass nicht er, sondern die Landesinnenminister zuständig seien.

ZEIT: Würde es helfen, wenn jemand wie Bundesinnenminister Friedrich mal einen Tag in einer Ausländerbehörde verbringen würde?

Schwarz-Schilling: Ja, aber dann sollte er nicht in eine Ausländerbehörde gehen, wo alles tiptop ist und die Abteilungsleiter erzählen, dass alles fabelhaft läuft.

ZEIT: Herr Schwarz-Schilling, Sie sind seit über 50 Jahren in der CDU, Sie kennen die Partei sehr gut, die in jüngster Zeit viele Wendungen gemacht hat, in der Sozial- und Familienpolitik zum Beispiel. Warum nicht auch in der Zuwanderungspolitik? Hat Ihre Partei ein Problem mit Ausländern?

Schwarz-Schilling: Was in der Familienpolitik passiert, geht jede Familie an. Was in der Ausländerpolitik passiert, das ist für viele Menschen nur dann wichtig, wenn sie jemanden in ihrer Nachbarschaft kennen, der vielleicht ausgewiesen werden soll. Dann fragen sie: Warum soll der weg? Der war doch immer hier! Was hat er sich eigentlich zuschulden kommen lassen? Und was wird denn jetzt mit den Kindern, die plötzlich nicht mehr in die Schule gehen können?

ZEIT: Wie ernst nimmt Ihre Partei das C in ihrem Namen, wenn es um Flüchtlinge geht?

Schwarz-Schilling: Nach dem Krieg und den schlimmen Erfahrungen in den 1930er und 1940er Jahren stand das christliche Menschenbild in Flüchtlingsfragen bei der CDU ganz oben. Doch dann ist das C angesichts neuer Probleme verblasst und weiter in den Hintergrund getreten.

ZEIT: Sie setzen sich seit mehr als 20 Jahren für Flüchtlinge ein, Sie mahnen immer wieder, auch Ihre eigene Partei. Sind Sie manchmal müde und frustriert?

Schwarz-Schilling: Nein! Ich halte es mit dem großen Völkerrechtslehrer Hugo Grotius, der schrieb, man müsse »mit allen Kräften in seiner Zeit sich stets dagegen stemmen, dass die Dinge wie das Wasser nach unten fließen und zum Schlechteren führen. Der Normalfluss aller Geschichte ist, dass das Wasser nach unten fließt. Nur wenn es in den verschiedenen Zeitphasen genügend Leute gibt, die sich gegen diesen Fluss stemmen, kann unsere

Wie viel C steckt in der CDU? Deutschland muss Zuwanderern helfen, statt sie abzuschieben, meint der ehemalige CDU-Minister Christian Schwarz-Schilling

Zivilisation und unsere Errungenschaften erhalten bleiben.« Und wir haben in der Zwischenzeit gelernt, wenn das einer Generation nicht gelingt, dann passieren solche Dinge wie das Nazireich, wie Mao Zedong, wie Stalin. Aber wir können unseren Mund aufmachen und uns dagegenstellen, weil wir die Freiheit dazu haben. Was kann einem schon passieren? Gar nichts!

Schwarz-SchillingSein LebenChristian Schwarz-Schilling wurde am 19. November 1930 in Innsbruck geboren. Als 16-Jährigem gelang es ihm, aus der sowjetisch besetzten Zone nach West-Berlin zu fliehen und dort zu studieren.Seine Politik1960 trat Schwarz-Schilling der CDU bei und wurde 1967 Generalsekretär in Hessen. Helmut Kohl ernannte ihn 1982 zum Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen. Der Balkan-Kenner trat zehn Jahre später aus Protest gegen die angebliche Untätigkeit der Kohl-Regierung angesichts des Massenmords in Bosnien-Herzegowina zurück. 1995 vermittelte er als Schlichter zwischen den Gruppen in Bosnien-Herzegowina; von 2006 bis 2007 war er Bosnien-Beauftragter der EU.

Diese Familie lebte in Deutschland, bis sie 2010 in den Kosovo abgeschoben wurde

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

"Ihr seid hier nicht in Afrika"; Schwere Vorwürfe gegen die Polizei in Frankfurt: Vier Beamte sollen einen aus Äthiopien stammenden Mann aus rassistischen Motiven zusammengeschlagen haben.

ZEIT-online

Freitag 9. November 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: RASSISMUS; Ausg. 46

Length: 862 words

Byline: Hellmuth Vensky

Body

U-Bahn in Frankfurt

© Frank Rumpenhorst/dpa

Wer für einen Schwarzfahrer gehalten wird, lebt offenbar gefährlich in Frankfurt - vor allem, wenn er ein Schwarzer ist. Eine Gehirnerschütterung mit Bewusstlosigkeit, Prellungen des Brustkorbs, des Knies und der Hüfte diagnostizierten Ärzte bei Derege Wevelsiep. Der 41-Jährige wirft vier Polizisten vor, ihn krankenhausreif geprügelt zu haben, nachdem er sich beschwert hatte, dass Kontrolleure in der U-Bahn ihn und seine Verlobte rassistisch behandelten. Wevelsiep stammt aus Äthiopien, er kam als Adoptivkind nach Deutschland.

Der Fall erregt Aufsehen, seit die *Frankfurter Rundschau* am Dienstag darüber berichtet hat. Er taugt auch deshalb zum Aufreger, weil er nicht der erste seiner Art in Deutschland ist. Oury Jalloh und Adem Özdamar starben in Polizeigewahrsam. Niemand weiß, wie viele **Migranten** Übergriffe erleiden, sich aber mangels Sprach- und Behördenkenntnis nicht so gut wehren können wie der seit seinem sechsten Lebensjahr in Deutschland lebende Ingenieur Wevelsiep.

Dabei versichern die Behörden immer wieder, sie gingen gegen Rassismus in den eigenen Reihen vor und förderten die interkulturelle Kompetenz. Dass sich die Ermittlungen nach der schändlicherweise "Döner-Morde" genannten Terrorserie so lange auf das Umfeld der türkisch- und griechischstämmigen Opfer konzentrierten, hat das Vertrauen vieler Migranten in diese Beteuerungen erschüttert. Wieder gelobten die Behörden Besserung.

Am Donnerstag musste der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) im Innenausschuss des Landtages zum Fall Wevelsiep Stellung beziehen, sagte aber in geheimer Sitzung auch nicht mehr als zuvor der Presse: dass die Staatsanwaltschaft ermittele, es aber "durchaus gegensätzliche Darstellungen" gebe. Wevelsieps Anwalt hat Strafanzeige erstattet, wegen Hausfriedensbruch, Beleidigung und Körperverletzung im Amt. Die Verletzungen wurden im Krankenhaus dokumentiert.

"Bin ich Nazi?"

"Ihr seid hier nicht in Afrika" Schwere Vorwürfe gegen die Polizei in Frankfurt: Vier Beamte sollen einen aus Äthiopien stammenden Mann aus rassistischen Motive....

Nach Wevelsieps Darstellung fuhren er, seine Verlobte und der gemeinsame dreijährige Sohn am Abend des 17. Oktober mit seiner Monatskarte U-Bahn. Mit ihr darf er werktags nach 19 Uhr einen Erwachsenen mitnehmen. Ein Dreijähriger braucht kein Ticket. Bei einer ersten Kontrolle habe niemand etwas zu beanstanden gehabt.

Wevelsiep sagt, er sei ausgestiegen, seine Verlobte und der Sohn seien mit der (übertragbaren) Monatskarte weitergefahren. Kurz darauf rief die Frau ihn an: Kontrolleure hätten sie aus der Bahn geholt. Sie hätten ihr gesagt, sie habe verbotenerweise einen weiteren Afrikaner mitfahren lassen und müsse 40 Euro zahlen. Wevelsiep eilte zur Station.

"Ihr seid hier nicht in Afrika", sollen die Kontrolleure gesagt haben. Wevelsiep, seit sechs Jahren Deutscher, antwortete, sie hätten niemanden mitfahren lassen und auch niemanden im Abteil gekannt. Er fragte die Kontrolleurin, ob es nicht eher um seine Hautfarbe gehe. Sie solle "nicht vergessen, dass wir nicht mehr 1942 haben". Als sie empört fragte: "Bin ich Nazi?", sagte er nach eigenen Angaben: "Das weiß ich nicht, das müssen Sie selbst wissen."

Die Polizei wurde gerufen, laut Wevelsiep auf Vorschlag seiner Verlobten. Die drei Polizisten und eine Polizistin wollten die Ausweise sehen. Wevelsiep hatte seinen nicht dabei, nannte Namen und Geburtsdatum, die Beamten überprüften am Telefon seine Identität, wie er sagt. Trotzdem leerten sie seine Taschen, Visitenkarten von Geschäftspartnern landeten auf dem Bürgersteig. Als er sich beklagt habe, sei er als "dummer Schwätzer" abgekanzelt worden.

Die Beamten wollten ihm Handschellen anlegen. Wevelsiep protestierte: Er müsse doch nur rasch zu Hause den Ausweis holen. "Ich zähle bis zwei", habe der Polizist gesagt. Eins, zwei - Faustschlag ins Gesicht. Dann hätten ihn die Beamten gefesselt, wieder geschlagen, getreten. Seine Verlobte fand ihn später im Schlafzimmer seiner Wohnung, bewusstlos.

Die Frankfurter Verkehrsgesellschaft (VGF) sagt, nach Darstellung der Kontrolleure habe die Verlobte Wevelsieps keinen gültigen Fahrschein gehabt und eine Kontrolleurin als "Nazi" beschimpft. Diese hat Anzeige erstattet. Was die Polizisten aussagen, erfährt die Öffentlichkeit vorerst nicht.

Opposition fordert unabhängige Aufklärung

Die Reaktionen in sozialen Netzwerken sind heftig. Sie zeigen: Das Ansehen der Polizei ist schwer beschädigt. Fast alle Kommentatoren gehen fest davon aus, dass Wevelsieps Vorwürfe stimmen. Viele geben an, selbst Erlebnisse mit rabiatischen und/oder rassistischen Beamten gehabt zu haben. Am Donnerstag demonstrierten nach einem Aufruf auf Facebook mehr als 2.000 Menschen gegen Polizeigewalt und Rassismus.

Die Opposition im Landtag verlangt rückhaltlose Aufklärung. Auf keinen Fall dürfe ein falsch verstandener "Korpsgeist" dazu führen, dass Polizisten geschont würden. Grüne und SPD fordern eine unabhängige Stelle, die Vorwürfe gegen Polizisten untersucht. Das Innenministerium hält das nicht für nötig. Außerdem bearbeite beispielsweise die britische *Independent Police Complaints Commission* (IPCC) mit 600 Beschäftigten 7.000 Beschwerden pro Jahr, so etwas könne ein Bundesland gar nicht stemmen. Vielleicht reicht es nicht, wenn nur die Hessen über den Fall Wevelsiep nachdenken.

Load-Date: November 10, 2012

Die Zwangsarbeiter für die Superreichen; Arbeit mit den eigenen Händen ist unter Katarern verpönt. Auf 230.000 Einheimische kommen deshalb rund 1,6 Millionen Gastarbeiter, von denen viele wie Sklaven arbeiten.

ZEIT-online

Montag 7. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: WM in Katar; Ausg. 41

Length: 1436 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Arbeiter vor der Statue von Zinedine Zidane in Doha

© Str/dpa

Zehn Kilometer vor den Toren von Doha stampft Katar eine neue Stadt aus dem Wüstenboden. Lusail City wird die glamouröse Metropole einmal heißen, geplant als Drehscheibe für die Fußballweltmeisterschaft 2022 - das erste globale Fußballspektakel auf arabischem Boden. Hier soll die gigantische 90.000-Zuschauer-Arena für das Endspiel errichtet werden, hier entstehen die meisten der 29 neuen Hotels, um die angereisten Fans zu beherbergen. Gleichzeitig will Katars Emirfamilie die gesamte Infrastruktur ihres superreichen Ministaats modernisieren: Mehr als hundert Kilometer Metro sind geplant, eine Autobahnbrücke nach Bahrain, dazu ein komplett neues Schienennetz für ihre Halbinsel im Persischen Golf.

So kühn und fantastisch, so superreich und glitzernd - doch seit den Vorwürfen von Sklavenarbeit auf Katars Großbaustellen gerät nun erstmals auch die düstere Rückseite des weltweit bewunderten Baubooms ins internationale Rampenlicht: das Schicksal der Millionen **Migrantenarbeiter** aus Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch und Nepal in der Golfregion. Nicht nur in Doha, auch in Dubai, Abu Dhabi, Riad und Kuwait City schufteten Hunderttausende indische und asiatische Arbeitskräfte auf spektakulären Megabaustellen - schlecht bezahlt und schlecht ernährt, untergebracht in überfüllten, schäbigen Massenbaracken vor den Toren der Städte. Wer krank wird, bekommt die Tage im Bett vom Lohn abgezogen.

In Katar starben im vergangenen Jahr rund 200 Arbeiter aus Nepal, viele an Herzversagen nach extrem langen Schichten in der Gluthitze oder durch schwere Arbeitsunfälle. Bei Beschäftigten aus Indien, Bangladesch und Sri Lanka liegen die Zahlen ähnlich hoch, mehr als 1.000 wurden auf den Baustellen verletzt.

Und dennoch machen sich nach wie vor Hunderttausende junge Männer und Frauen auf die Hoffungsreise in den Nahen Osten. Denn die Staaten am Persischen Golf gehören zu den reichsten Ländern der Welt. Ihr Wohlstand jedoch ruht auf den Schultern eines stetig wachsenden Heeres von Wanderarbeitern. Zwölf Millionen arbeiten inzwischen in den Emiraten und Monarchien der Arabischen Halbinsel, die Frauen als Hausangestellte, die Männer

Die Zwangsarbeiter für die Superreichen Arbeit mit den eigenen Händen ist unter Katarern verpönt. Auf 230.000 Einheimische kommen deshalb rund 1,6 Millionen Gas....

auf dem Bau, als Verkäufer, Kellner, Putzleute oder Taxifahrer. Mit neun Millionen geht der Löwenanteil nach Saudi-Arabien, wo Migranten ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. In Kuwait und Katar liegt ihr Anteil bei 70 Prozent, in Dubai und Abu Dhabi, den beiden glitzernden Metropolen der Vereinigten Arabischen Emirate, sogar bei 90 Prozent. Keine andere Region der Welt nutzt Dienste von Gastarbeitern in solchen Dimensionen und mit solchen jährlichen Zuwachsraten.

Die jungen Saudi-Araber, Katarer und Kuwaiter denken gar nicht daran, sich die Finger schmutzig zu machen. Manuelle Arbeit ist verpönt und zu den mageren Löhnen der ausländischen Migranten mögen sie schon gar nicht schuften. Stattdessen streben sie alle nach einem sicheren Posten im ohnehin schon aufgeblähten Staatsdienst. Ihr Lebensziel ist ein ruhiger Schreibtischjob, möglichst üppig bezahlt, mit kurzen Arbeitszeiten, während das Millionenheer der Inder und Asiaten Wohlstand und Wirtschaft am Laufen hält, in der Regel mit Monatslöhnen zwischen 150 und 400 Euro.

Allein in Saudi-Arabien, dem mit Abstand bevölkerungsreichsten Golfstaat, sind nach Angaben des Arbeitsministeriums zwei Millionen einheimische Männer und 1,7 Millionen einheimische Frauen arbeitslos, fast ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung. Doch 90 Prozent der Arbeitsplätze, die heute von asiatischen Gastarbeitern ausgefüllt werden, seien "ihrer Natur nach nicht geeignet für Bürger des Königreiches Saudi-Arabien", erläuterte Arbeitsminister Adel Faqih im Namen seiner ölsatten Landsleute.

Da der öffentliche Sektor aus allen Nähten platzt, werden Privatfirmen nun mehr und mehr per Gesetz gezwungen, Quoten-Saudis einzustellen. Damit die mit ihrer geringen Arbeitsmoral und Unzuverlässigkeit jedoch nicht zu viel Chaos anrichten, zahlen Privatunternehmen dem verwöhnten Nachwuchs allzu oft jeden Monat ein Gehalt und schicken ihn nach Hause.

Beim kleinen Nachbarn Katar wiederum kommen auf 230.000 Einheimische momentan rund 1,6 Millionen Gastarbeiter. Bis zu Beginn der WM wird deren Zahl um eine weitere halbe Million wachsen. Von den 230.000 Katarern sind lediglich 45.000 Männer und 25.000 Frauen im Arbeitsleben aktiv. Sie steuern das Unternehmen Katar, politisch, wirtschaftlich und strategisch. Fast alle sind beim Staat beschäftigt, im September 2011, während des Arabischen Frühlings, gab es quer durch die Bank eine 60-Prozent-Gehaltserhöhung aus der Staatskasse. Katarische Lehrer bekommen jetzt ein Einstiegsgehalt von 9.000 Euro im Monat, ihre ägyptischen und sudanesischen Kollegen müssen mit einem Viertel davon auskommen.

Auch kann niemand hier eine Firma ohne katarischen Teilhaber aufmachen, der sich danach meist darauf beschränkt, die Hand aufzuhalten. Heiratet ein Katarer, kann er sich auf dem Katasteramt ein Baugrundstück aussuchen, die nötige Million für die neue Villa legt der Staat noch obendrauf. Strom, Wasser und Krankenversicherung sind lebenslang kostenlos. Nur das Tanken muss noch jeder selbst bezahlen.

Die Heerscharen ihrer Bediensteten dagegen haben viel bescheidenere Anliegen. Sie suchen Arbeit, bessere Löhne und einen Ausweg aus der Misere daheim. Die wenigsten ahnen, was sie am Golf erwartet. Denn jeder Neuankömmling braucht für sein Arbeitsvisum einen lokalen Sponsor, der nach einem dubiosen Bürgschaftssystem, Kafala genannt, allmächtig ist. Die meisten bekommen bei Ankunft ihren Pass abgenommen, sind jeder Willkür ausgeliefert und dürfen erst nach zwei Jahren ihre Familie daheim besuchen. "Der Arbeiter ist völlig an seinen Arbeitgeber gebunden. Er kann ihn nicht verlassen, egal, wie schlimm er behandelt wird", sagt Nicholas McGeehan von Human Rights Watch.

Wie eine Arbeitsmaschine reichen einheimische Unternehmer die Gastarbeiter nach Belieben an andere weiter - ohne deren Einverständnis einzuholen. Ein gesetzlicher Mindestlohn existiert ebenso wenig wie eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht. Wer widerspricht, vorenthaltene Bezahlung nachfordert oder gar streikt, fliegt raus und muss die Heimreise antreten. Auch Kündigung, Wechsel des Arbeitgebers und Flucht aus dem Gastland sind praktisch unmöglich: Für das Ausreisevisum ist die Unterschrift des Sponsors nötig.

Das erfüllt nach den Maßstäben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO den Tatbestand der Zwangsarbeit. Nach einer ILO-Studie aus dem Jahr 2012 mit dem Titel *Getäuscht und gefangen - Menschenhandel im Mittleren Osten* fristen schätzungsweise 600.000 Menschen ein Dasein als moderne Arbeitssklaven. Die Menschen

Die Zwangsarbeiter für die Superreichen Arbeit mit den eigenen Händen ist unter Katarern verpönt. Auf 230.000 Einheimische kommen deshalb rund 1,6 Millionen Gas....

würden "systematisch belogen hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, oft existieren die versprochenen Arbeitsplätze auch gar nicht", heißt es.

Besonders skandalös ist der Umgang mit weiblichen Haushaltshilfen. Sie werden geschlagen, seelisch terrorisiert oder sexuell missbraucht, weshalb Länder wie die Philippinen, Nepal und Indonesien in den vergangenen beiden Jahren ihren Staatsbürgerinnen verboten, sich weiterhin von arabischen Staaten anwerben zu lassen. "Ich habe immer nur das zu essen bekommen, was die Herrschaften auf ihren Tellern übrig ließen", berichtete eine Philippinerin, die sich in Kuwait City in die Botschaft ihres Landes geflüchtet hatte. Als die Familie dann noch von ihr verlangte, um 3 Uhr früh die Fenster des Hauses zu putzen, entschloss sie sich zur Flucht. Nach Einschätzung des US-Außenministeriums ist die Misshandlung von Haushaltshilfen in Kuwait so verbreitet, dass dies den Tatbestand des Menschenhandels erfüllt.

Und so prangern Menschenrechtsorganisationen die Zustände an als moderne Sklaverei, Ausbeutung und Zwangsarbeit, ein Vorwurf, den diese Woche der Vorsitzende des katarischen Nationalkomitees für Menschenrechte, Ali al-Marri, energisch bestritt, auch wenn er zugab, dass es "einige Probleme" gebe.

Der Arbeitsminister Saleh al-Khulaifi versprach angesichts der internationalen Empörung, sein Land werde für die WM-Baustellen die Zahl der Arbeitskontrolleure von 150 auf 300 verdoppeln, eine Ankündigung, die Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, "schwach und enttäuschend" nannte. "Diese Inspektoren haben schon jetzt keinerlei Effekt", kritisierte sie und forderte ein "sehr deutliches Signal" des Weltfußballverbands an die Adresse des Emirates. "Die Fifa darf nicht erlauben, dass die WM 2022 errichtet wird auf dem Fundament moderner Sklaverei. In Katar aber ist das die Realität von Hunderttausenden Arbeitsmigranten."

Load-Date: October 7, 2013

Macho, weiß, von gestern; Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück: Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, TITELGESCHICHTE DAS ENDE DES WEISSEN MANNES; Macho, weiß, von gestern; S. 3; Ausg. 47

Length: 2335 words

Byline: Bernd Ulrich

Özlem Topcu

Body

Özlem Topcu

Macht ist Kopfsache. Machtverlust auch.

Wie sich die weißen Amerikaner im Moment fühlen, die lieber Mitt Romney im Weißen Haus gesehen hätten, das hat schon vor einiger Zeit ein Film von Clint Eastwood ziemlich genau gezeigt. In *Gran Torino* geht es um den Veteranen Walt Kowalski, der in einer schäbigen Gegend von Detroit wohnt und gerade seine Frau verloren hat. Nun hat er nicht viel mehr im Leben, als Dosenbier zu trinken und sich über die Schlitzaugen in seinem Viertel zu ärgern. Kowalski hat bei einem der amerikanischsten Unternehmen gearbeitet, bei Ford, und nun muss er feststellen, dass niemand mehr amerikanische Autos fahren will. Sein ganzer Stolz ist ein Gran Torino, der die meiste Zeit behütet in der Garage steht.

Walt fühlt sich überfremdet und erkennt sein Amerika nicht mehr. Doch Walt ändert sich, weil er sich ändern muss. Er lässt sich auf seine neuen Nachbarn ein und baut eine Beziehung zu ihnen auf - wenn auch knurrend. Kowalski wird sogar zum Beschützer dieser fremden Nachbarn, als diese von einer asiatischen Gang angegriffen werden. Clint Eastwood schildert all das äußerst sensibel, ohne falsches Pathos. Clint Eastwood, der Regisseur und Schauspieler, ist so, nicht aber Clint Eastwood, der politische Mensch.

Im Wahlkampf unterhielt er sich auf dem Parteitag der Republikaner mit einem Stuhl, der Stuhl symbolisierte Obama. Ihm sagte Eastwood Dinge wie »Dieses Land gehört uns«, all jene, die nicht ihre Arbeit machten, würde man nach Hause schicken. Dinge also, die der Film-Eastwood auch gesagt hat, bevor er lernte, seine neuen Nachbarn zu mögen.

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück: Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Das ist das Problem des weißen Mannes - nicht nur in Amerika: Er kann sich nicht entscheiden, ob er die Migranten mögen soll, weil sie oft noch so patriarchalisch sind, wie er selbst sein möchte. Oder ob er sie ablehnen soll, weil sie Fremde sind. Das Weltbild des weißen Mannes ist labil, jede Sekunde kann es zusammenstürzen, er ist nicht überzeugt und überzeugt darum nicht. Machtverlust ist eine Sache des Kopfes.

Das ist der tiefere Grund für die Niederlage von Mitt Romney, das ist auch der Grund dafür, dass die Wiederwahl von Obama der Abwahl eines bestimmten Typus von weiß und männlich gleichkommt. Bei Obamas erster Wahl konnte man noch von einer Sondersituation sprechen, weil George W. Bush das Ansehen der Republikaner ruiniert hatte und der junge Mann aus Chicago so sehr nach Aufbruch und Hoffnungen aller Art klang.

Diesmal jedoch war der Präsident schon ergraut, die Wirtschaft in einer misslichen Lage - und trotzdem wurde er gewählt. Zum zweiten Mal in Folge verstießen die amerikanischen Wähler gegen eine Regel: dass sich Minderheiten nicht zu einer Mehrheit addieren. Sie tun es offenbar doch, und sie tun es womöglich von nun an immer wieder.

Im vergangenen Mai veröffentlichte die amerikanische Zensus-Behörde Zahlen, die belegten, dass erstmals in der Geschichte der USA weniger Babys mit weißer Hautfarbe auf die Welt kamen als solche von ethnischen Minderheiten. Die Statistiker sprachen von einem Wendepunkt: 400 Jahre nachdem die ersten englischen Pilgerväter auf der *Mayflower* den Atlantik überquerten, sich von der englischen Kirche lossagten und ihre autonome Gemeinde in Neuengland gründeten, zeichnet sich ab, dass die *White Anglo-Saxon Protestants* von 2042 an nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Deshalb verlieren die Republikaner schon jetzt rein demografisch bei den Wählern in jedem Jahr 1,7 Prozentpunkte gegenüber den Demokraten. Demografie und Demoskopie marschieren im Gleichschritt.

Die politischen Vertreter einer Mehrheit, die auf dem besten Weg ist, zur Minderheit zu werden, sind also nicht klug beraten, wenn sie sich außerdem noch gegen Schwule und Lesben, gegen großstädtische, emanzipierte Frauen und gegen Arme wenden. So, wie Mitt Romney es getan hat. Und um auch ganz sicher zu sein, dass sich die Hispanics und die Afroamerikaner bei ihm so wenig wohlfühlen wie die Frauen, nominierte er als möglichen Vizepräsidenten Paul Ryan, einen Mann genau wie er selbst, nur ein bisschen jünger.

Und was geht das alles die Europäer an, die weißen Männer auf dem Alten Kontinent? Noch nicht ganz so viel wie die Amerikaner, obwohl auch hier die Migranten unübersehbar auf dem Vormarsch sind. Sie brauchen mangels Masse eben noch ein oder zwei Jahrzehnte länger als in den USA. Dafür droht dem weißen Mann in Europa höchst akut eine ganz andere Minderheit, die nebenbei gesagt eine Mehrheit ist: die Frau. Mit oder ohne Quote sind die Frauen dabei, die Hegemonie des Mannes zu beenden. Besonders augenfällig ist das zurzeit gerade in Deutschland, nicht nur wegen der Kanzlerin. Am deutlichsten zeigt sich der Hegemonieverlust bei einem Mann: Peer Steinbrück. Er ist in etwa so alt wie Joschka Fischer und Gerhard Schröder, er ist wie sie ein Macho alter Schule, dominant, eitel, amüsant, etwas autoritär, laut, basta. Der Unterschied ist nur: In Schröders und Fischers großer Zeit, vor zehn Jahren, da kam so was noch ganz gut an, auch bei Frauen. Heute wirkt Steinbrück etwas aus der Zeit gefallen, Frauen, junge zumal, können mit ihm wenig anfangen. Man stelle sich ihn nur zwischen Angela Merkel, Ursula von der Leyen und Katrin Göring-Eckardt vor, kulturell in der Minderheit, chancenlos, Gruppenbild mit Herr. Nun läuft Peer Steinbrück zu allerlei Frauentreffen, um sich nachzusozialisieren, was ihn auch wieder ganz sympathisch macht. Ändern tut es nichts mehr, in Deutschland wird die Politik mehr und mehr Frauensache.

Der allmähliche Machtverlust des weißen Mannes gegenüber Migranten und Frauen findet zu alledem auch noch eine globale Entsprechung. Die Dominanz des Westens geht in diesen Jahrzehnten zu Ende, Schwellenländer wie Indien, Brasilien und China gewinnen an Bedeutung, ökonomisch wie politisch. Und die Fähigkeit des Westens, durch militärische Interventionen die Welt nach seinen Wünschen umzugestalten, ist in den vergangenen zehn Jahren schroff an ihre Grenzen gestoßen.

Die Bilanz ist also eindeutig, dreifacher Machtverlust, gegenüber den Frauen, den Migranten, dem Rest der Welt. Ist sie auch deprimierend? Und wenn ja: für wen?

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück: Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

Der weiße Mann ist am Ende, weiße Männer wird es jedoch weiterhin geben. Sie können also etwas tun, sie können auf die neuen Anforderungen reagieren und haben damit oft auch schon begonnen. So wie Clint Eastwood in *Gran Torino*. Und die weißen Männer haben Zeit, denn so rapide wird der Niedergang nicht sein, zumal die ökonomische Macht nach wie vor überwiegend in den Händen weißer Männer liegt. Insofern bringt die Wahl in Amerika zunächst einmal nur die große Politik gegen das große Geld in Stellung, eine Auseinandersetzung, deren Ausgang noch lange nicht entschieden ist.

Tatsächlich stirbt nicht eine Hautfarbe aus und auch kein Geschlecht ab, sondern ein Habitus, allerdings einer, der jahrtausendealt ist, der hundertfach von einer Generation zur nächsten weitergegeben wurde. Lange war der weiße Mann ganz selbstverständlich das Maß aller Dinge und aller anderen Menschen, er war die Norm. Er bestimmte, was Zivilisation ist, er war Zivilisation in persona und fuhr in die Welt hinaus, um sie den anderen beizubringen. Sein »westlich aufgeklärter« Blick bestimmte, was der »Orient« war, wie Afrika funktionierte oder Asien, wie sich andere weiterzuentwickeln hatten. Er besaß die Macht, die anderen zu definieren, nie war es so, dass die anderen den weißen Mann definierten oder Ansprüche auf die Vorherrschaft in der Welt stellten. Sie verehrten ihn oder rebellierten gegen ihn, doch immer stand er im Zentrum.

Aber wie kann, wie soll der weiße Mann mit seiner veränderten Stellung in der Welt umgehen? Vom Gedanken abzurücken, sich als die Norm zu betrachten, wäre für den Anfang völlig ausreichend. Sich als einen unter anderen zu sehen, nicht als den einen über allen. Es ist schwer zu verkraften, aus dem Zentrum zu treten oder vertrieben zu werden, besonders dann, wenn es womöglich gar kein neues Zentrum gibt. Aber Milliarden Menschen haben schon immer so leben müssen, es geht also.

Wer fragt, wie der Westen, wie der Mann mit seiner noch verbliebenen Macht und seinem allmählichen Machtverlust umgehen soll, der landet unweigerlich wieder bei Barack Obama, der sich dagegen wehren würde, ein Vorbild genannt zu werden, und vielleicht gerade deshalb zu einem taugt.

Obama hat schon früh in seinem Leben gelernt, was es bedeutet, fremd und fremdbestimmt zu sein. Seine Identität ist so vielschichtig wie das multiethnische Amerika selbst, er ist eine »Kreation der Welt«, wie sein Biograf David Maraniss in einem Interview sagte. Seine Mutter, eine Weiße aus Kansas, sein Vater, ein Kenianer, heirateten 1961, zu einer Zeit, in der »Mischehen« zwischen Weißen und Schwarzen noch vielerorts verboten waren. Später wuchs Obama einige Jahre in Indonesien auf, seine Mutter ließ sich von Obamas Vater scheiden und heiratete einen Indonesier. Er sah also bereits als Sechs- bis Siebenjähriger so viele unterschiedliche Orte und Menschen, wie sie die meisten seiner späteren Mitsudenten in New York nicht einmal als Erwachsene sehen würden.

Obama ist ein Schwarzer nur aus dem Blickwinkel eines Weißen, der sich selbst als rein ansieht und jede rassische Abweichung von sich selbst als farbig definiert. Tatsächlich ist Obama weder schwarz noch weiß, und er ist doch schwarz und weiß zugleich; er ist gläubiger Christ mit islamischen Vornamen: Barack, der Gesegnete; Hussein, der Sohn des vierten rechtgeleiteten Kalifen der Muslime. Als Jugendlicher wurde er »Barry« genannt; kurz vor seiner ersten Kandidatur holte er sich seinen ursprünglichen Namen zurück, mit der Konsequenz, fortan von vielen für einen Muslim gehalten zu werden. Ein Amerikaner des Gestern, der Immobiliencycoon Donald Trump, forderte vergangenes Jahr Obama wochenlang dazu auf, seine Geburtsurkunde öffentlich zu machen. Keiner wisse, wo der Mann herkomme, wo er aufgewachsen sei. So jemand wie Obama - konnte er tatsächlich ein richtiger Amerikaner sein?

Später dann, bei seinem politischen Weg nach ganz oben hatte Barack Obama kein schwarzes Vorbild im Präsidentenamt, das er nachahmen, in das er sich hineinfallen lassen konnte - es war eher umgekehrt: Das Amerika der Minderheiten hat in ihm etwas gesehen, das ihn kompatibel für die eigene Lebensweise machte. Unpassend war und ist Obama hingegen in jedem Hinterzimmer-Washington der Lobbyisten, der gebogenen Krawatten auf zufriedenen Bäuchen, der Whiskey-und-Zigarren-Gemütlichkeit. Nicht, dass gegen diese Kultur etwas zu sagen wäre, die muss es sicher auch geben. Nur würde ein Obama mit Whiskey und Zigarre eben aussehen wie ein Schwarzer, der einen Weißen spielt. Andererseits: Als erster schwarzer Präsident der Vereinigten Staaten, darf er seine Macht nicht aggressiv zeigen. Nichts, was er sagt oder tut, durfte an die

Macho, weiß, von gestern Ob Mitt Romney oder Peer Steinbrück: Die Männer des Westens sind bedroht - von Frauen, Migranten und vom Rest der Welt

intellektuelle Aggression eines Malcolm X oder die Wut der Schwarzen erinnern, die besonders der politische Rap à la Public Enemy gegen das weiße Establishment freilegte: »*Elvis was a hero to most / But he never meant - to me you see / Straight up racist that sucker was*« (»Elvis war für die meisten ein Held / Für mich war er nichts / Der Wichser war bloß ein übler Rassist«). Man könnte Obama fast lieben für seine Ungeselligkeit.

Zuletzt wurde er oft als unzugänglich und introvertiert kritisiert. Nur, wie könnte er anders sein? Die erste Frau an der Spitze der Deutschen bekam lange dasselbe zu hören. Die Ersten können eben nicht die Lockersten sein, sie schlüpfen nicht in ihre Ämter wie in einen alten Pantoffel, sie tasten sich hinein. Das jedenfalls kann man auch von Obama lernen: Situationen auszuhalten, die sich jeder Art von Präpotenz verweigern, neue Verhaltensweisen zu erfinden, auch spontan, wo die alten nicht mehr funktionieren.

Männlichkeit bedeutet bei Obama, innen- wie außenpolitisch die Grenzen der eigenen Macht zu akzeptieren - die USA sind nicht mehr die Weltführer, sie wollen und müssen sich mehr auf sich selbst konzentrieren (Schulden, Arbeitslosigkeit, Abzug der Truppen). Es ist immer noch eine sehr selbstbewusste Macht, aber vielleicht wird sie in ihren besten Momenten etwas weiser, eine Macht, die sich bewusst ist, dass der *pursuit of happiness* nicht immer gut laufen muss. Eine Macht, die weiß, dass sie sich erneuern muss, weil sich die Umstände geändert haben. Ist das deprimierend? Oder eher interessant?

Als besonders schwierig könnten sich für den neuen weißen Mann die Anforderungen der Frauen erweisen, die ihn zugleich ganz sensibel und ungebrochen männlich haben möchten, das eine mehr am Tag, das andere vielleicht mehr in der Nacht. Die Männlichkeit, die beides in sich vereint, das ist der letzte unbekannte Kontinent, der noch erobert werden darf. Er ist bislang ziemlich unbewohnt, gerade auch Hispanics oder Afroamerikaner oder Türken bevölkern ihn nur spärlich.

Der Machtverlust des weißen Mannes wird noch oft von Hämie begleitet werden, kein Wunder, er hat ja auch lange genug dominiert. Dennoch wäre es billig und auch etwas blöde, jetzt in einen Gegentriumph auszubrechen. Die Wiederwahl von Obama markiert eine historische Wende, die Jahre selbstverständlicher männlicher, weißer Dominanz gehen zu Ende, vieles ist da falsch gelaufen, einiges richtig, nun beginnt etwas Neues. Das gilt auch, um bei der Avantgarde des Gestern zu enden, für die Republikaner. Eigentlich spricht nichts dagegen, dass auch sie sich auf die neue Welt einstellen. Möglich, dass die Amerikaner 2016 wieder einen republikanischen Präsidenten wählen. Gut möglich, dass sein Name dann auf -o oder -ez enden wird. Oder dass er eine Frau ist.

Mitarbeit: JUSTUS VON DANIELS

Clint Eastwood als Walt Kowalski in »Gran Torino«

Load-Date: March 25, 2022

Die richtige Quote; Hunderte von Journalistinnen fordern mehr Macht in der Führung deutscher Medien. Soll man das erzwingen?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 1; Ausg. 10

Length: 920 words

Byline: Giovanni di Lorenzo

Body

Den Sinn von Quoten habe ich nie verstanden. Vor Jahren sprach ich mich beispielsweise gegen Quoten für Migranten aus, vielleicht auch, weil ich in dieser Frage einen blinden Fleck habe. Doch waren auch rationale Argumente gegen die Quote schnell zur Hand: die Angst, dass sie ebenfalls als eine Form von Diskriminierung angesehen werden könnte, wenngleich als eine positive. Die Überzeugung, dass die Einführung des Individualrechts anstelle des Gruppenrechts (sprich: des ständischen) eine zivilisatorische Errungenschaft ist. Die Verlegenheit, zu begründen, warum man der einen Gruppe die Quote gewährt, der anderen aber nicht. Die Erfahrung, dass Begabung immer noch das beste Qualifikationsmerkmal ist. Und dabei wurde seinerzeit noch gar nicht erörtert, welch bürokratisches Monster eine gesetzlich sanktionierte Quote schaffen könnte.

Merkwürdig, wie homogen und hermetisch Redaktionen oft noch sind

Nun haben mehr als 300 Journalistinnen auf Initiative einiger meist junger Kolleginnen - von denen einige bislang dachten, sie würden Kämpfe dieser Art eher der Welt von gestern zuordnen - einen spektakulären Aufruf unterzeichnet. Darunter sind auch zwanzig Mitarbeiterinnen von *ZEIT* und *ZEIT ONLINE*. Sachte im Ton, aber bestimmt in der Sache, fordern sie Chefredakteure, Intendanten und Herausgeber deutscher Medien auf, innerhalb von fünf Jahren "mindestens 30 Prozent der Führungspositionen" mit Frauen zu besetzen, auf allen Ebenen der Hierarchie. Namens der Chefredaktion der *ZEIT* erkläre ich: Wir nehmen den Ball auf und werden alles in unserer Macht Stehende tun, dieser Forderung auch gerecht zu werden.

Wie das? Die Argumente von einst sind ja nicht obsolet geworden. Warum also jetzt diese Wende? Es ist die Konfrontation mit einer Realität, der wir glaubwürdig nichts entgegenhalten können: 360 Tages- und Wochenzeitungen haben die Initiatorinnen in Deutschland gezählt, nur klägliche zwei Prozent dieser Blätter werden von Frauen geführt. In den meisten Redaktionen steigt der Frauenanteil rapide, an den Journalistenschulen sind Frauen oft schon in der Mehrheit. Aber ein Frauenanteil von 30 Prozent unter den Führungskräften in den Redaktionen binnen fünf Jahren wird schon als Fortschritt angesehen. Die Diskrepanz zwischen ihrer Präsenz und ihrer Beteiligung an der Macht in Redaktionen ist nicht zu rechtfertigen - selbst wenn man berücksichtigt, dass geeignete junge Frauen noch ein paar Jahre brauchen, um in leitende Positionen zu gelangen, und es hin und wieder auch Frauen gibt, die sich eine hierarchische Aufgabe nicht antun wollen. Was also, wenn guter Wille und

Die richtige Quote Hunderte von Journalistinnen fordern mehr Macht in der Führung deutscher Medien. Soll man das erzwingen?

gute Frauen allein keine guten Ergebnisse erzielen? Dann ist eben doch die Zeit für eine Quote gekommen. Sie ist kein Ziel an sich, aber sie ist ein Instrument, das Chefs und Frauen halb ermutigen, halb zwingen soll, sich anzustrengen, über ihren Schatten zu springen.

Wenn man Ressortleiter und ihre Stellvertreter sowie die Seitenverantwortlichen in unserer Redaktion zusammenzählt, dann ist die Quote von 30 Prozent bei der *ZEIT* fast schon erfüllt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit: Die Leitung so wichtiger Ressorts wie Politik, Wirtschaft, Feuilleton oder Wissen ist fest in Männerhand, ganz zu schweigen von der Chefredaktion oder der Herausgeberschaft (wobei Chefredakteure und Herausgeber von unseren beiden Verlegern und unserer Verlegerin berufen werden). Der Zeitverlag ist da mit einem Frauenanteil von mehr als 60 Prozent unter den Führungskräften schon wesentlich weiter. Und auch Neugründungen haben es naturgemäß leichter, Vorgaben zu erfüllen. Das in Berlin seit 2007 hergestellte *ZEITmagazin* hat eine Frauenführungs-Quote von 40 Prozent, sie wäre noch höher, hätte die stellvertretende Chefredakteurin vor Kurzem nicht aus familiären Gründen beschlossen, in die Leitung eines Ressorts in unserer Hamburger Zentrale zu wechseln. Aber unsere Defizite wollen wir beseitigen, und wir sind zuversichtlich, dass wir das bis 2017 schaffen. Und wenn wir die Quote verfehlen? Das wäre dann so peinlich für uns oder die Frauen oder beide, dass es nicht geschehen wird.

Es wäre übrigens ganz falsch, mehr Frauen in der Führung nur als eine Frage der Gerechtigkeit anzusehen. Bestimmt ist es gerechter, doch das rechtfertigt vielleicht eine Frauenquote in der Politik, nicht hingegen eine in einer Zeitung. Die ist nämlich in erster Linie nicht dazu da, gerecht zu sein, sondern gut. Wir müssen den besten Journalismus machen, der uns möglich ist - und verkaufen muss er sich auch noch. Mit Sicherheit fördert eine Quote die Qualität von Zeitungen. Zudem: Zeitungen sind Seismografen der Gesellschaft, wie können sie das sein, wenn sie Frauen aus wichtigen Bereichen heraushalten? Hat sich bei Männern noch nicht herumgesprochen, dass das Leseverhalten in Familie und Gesellschaft in der Hauptsache von Frauen bestimmt wird?

Frauen sind nicht die besseren Journalisten, sie führen auch nicht besser. Nur eben anders, meistens uneitler als Männer. Und Verschiedenheit, das ist etwas, woran es gerade in Zeitungen mangelt. Merkwürdig, wie homogen und hermetisch Redaktionen oft noch sind, und das in einer Branche, die von der Neugier und der Verschiedenheit lebt. Es fehlt ja nicht nur an Frauen, es fehlt auch an Migranten, es fehlt an Ostdeutschen. Es hat keinen Sinn, für alles und alle eine Quote einzuführen. Doch nach jahrelanger Debatte um den Anteil von Frauen in der Führung ist es mit dem Lavieren nun einfach genug.

Siehe auch Feuilleton Seite 45

Load-Date: March 1, 2012

Welcome to Tijuana!; Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WIRTSCHAFT; Welcome to Tijuana!; S. 22; Ausg. 23

Length: 2380 words

Byline: Heike Buchter

Body

Carlos Luna manövriert sein Taxi sicher über Tijuanas Ausfallstraße, vorbei an tonnenschweren Lkw und tiefen Schlaglöchern. Er deutet auf einen Streifen Land neben der Fahrbahn, auf dem Büsche und Kakteen wachsen. »Als Jugendliche sind wir hier manchmal über die Grenze in die USA geschlichen.« Nur ein Zaun aus rostigem Stahl markierte damals die Grenze. Heute stehen dort haushohe Betonwälle, alle 300 Meter ragt ein Flutlichtturm auf. »Als ob wir Mexikaner alle Kriminelle wären«, sagt er.

Über die Grenze, an der Luna täglich entlangfährt, wird 4000 Kilometer nordöstlich gerade erbittert gestritten. In Washington kämpft Barack Obama um eine Einwanderungsreform, die den mehr als elf Millionen illegalen Migranten in den USA eine Einbürgerung in Aussicht stellt. Das Gesetz ist das wichtigste Vorhaben in der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten.

Doch die Konservativen sperren sich im Kongress. Sie befürchten, die »Amnestie«, als die sie Obamas Reform bezeichnen, werde weitere Millionen von Illegalen anlocken. Genau wie damals, in den neunziger Jahren nach einem ähnlichen Vorstoß des damaligen Präsidenten Ronald Reagan. Heute wollen die Republikaner deshalb vor allem die Grenze zu Mexiko dicht machen. Republikanische Senatoren haben angekündigt, dem geplanten Gesetz nur zuzustimmen, wenn der Grenzschutz nachweisen kann, 90 Prozent der illegalen Grenzübertritte zu verhindern.

Doch ist das wirklich notwendig? Sind die USA noch das Gelobte Land für viele Mexikaner? Der Besuch in Tijuana zeigt, dass sich die Verhältnisse mancherorts umgekehrt haben. Mexikos boomende Industrieproduktion sorgt dafür, dass immer weniger junge Mexikaner *al norte*, in den Norden, auswandern wollen. Es ist sogar so, dass heutzutage US-Amerikaner, angelockt vom Aufschwung und auf der Suche nach neuen Chancen, die Grenze in umgekehrter Richtung überqueren.

»Welcome to Tijuana, Tequila, Sex and Marihuana!«, singt die Latino-Band Manu Chao. Lange war die Grenzstadt am Pazifik vor allem bei jungen US-Amerikanern beliebt, weil sie hier schon unter 21 Jahren legal an Alkohol kamen. An der Avenida de la Revolución reihten sich Stripperlokale, Souvenirbuden und Läden mit billigen Medikamenten aneinander.

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 wurde die einst lockere Aus- und Einreisepolitik zwischen San Diego und Tijuana verschärft. Das bunte Treiben auf der Avenida hatte ein Ende. Heute ist ein großer Teil der Läden und Kneipen verlassen, Fenster und Türen sind verbarrikadiert.

Mitte des Jahrzehnts wurde Tijuana zum grausigen Schauplatz des Drogenkrieges und blieb es lange. 2011 wurden in der knapp 2-Millionen-Einwohner-Stadt 476 Menschen umgebracht. Eine Nachricht, die damals mit Erleichterung aufgenommen wurde, weil es seit Jahren das erste Mal war, dass die Zahl der Opfer unter 500 lag. Tijuana stand für all das, was in den Augen der US-Nachbarn falsch läuft in Mexiko.

Anabel Colunga sieht in ihrer Heimatstadt etwas ganz anderes: einen Hightechstandort. »Tijuana ist die Hauptstadt für die Medizingerätebranche in Nordamerika, und hier werden auch die meisten TV-Geräte für den US-Markt gefertigt«, sagt die Marketingdirektorin bei EDC, einem Verband privater Unternehmen, die Firmen bei der Ansiedlung in Tijuana helfen.

Auf dem Weg in einen Industriepark in Tijuanas staubigen Hügeln zählt Colunga die vielen Vorteile für Unternehmen auf: 35 Hochschulen in der Umgebung, viele mit industrienahen Fakultäten, Tausende Fachkräfte. Zwei internationale Seehäfen und zwei Flughäfen sind nur wenige Kilometer entfernt. Autobahnen kreuzen durch Tijuana, eine neue Güterbahntrasse ist in Planung. Colunga hat all die Fakten im Kopf. Seit es ruhiger geworden ist um die Narcos, wie die Drogenbanden hier heißen, kommen viele Besucher und potenzielle Investoren. Zuletzt sahen sich hier Handelsdelegationen aus Kuwait, Hongkong und Kanada um.

Auf dem Parkplatz von Diamond Electronics parkt ein SUV mit US-Kennzeichen. »Das ist meiner«, sagt Enrique Ortiz, der Produktionschef. Diamond baut mittlere und große Flachbildschirme vorwiegend für den mexikanischen und lateinamerikanischen Markt. Der Mexikaner, ein gelernter Ingenieur, hat die US-Staatsbürgerschaft und könnte überall in den USA leben und arbeiten. Eine Weile hat er das auch getan. Viele Manager von internationalen Niederlassungen in Tijuana - meist US-Amerikaner, Japaner oder Europäer - würden mit ihren Familien auf der anderen Seite in San Diego wohnen und über die Grenze pendeln, erzählt Ortiz. Die verpassen etwas, findet er. »Tijuana wächst, ist jung und dynamisch.«

Nicht nur billige Endmontage: Aus Tijuana kommen Hightechprodukte

Ein paar Straßenzüge weiter, bei Zodiac, herrscht Hochbetrieb. Schichtwechsel. Der Flugzeugausrüster beschäftigt mehr als 1000 Mitarbeiter. Zu seinen Hauptabnehmern zählen der brasilianische Flugzeugbauer Embraer und der kanadische Hersteller Bombardier. Die Fabrikhalle, in die fast zwei Fußballfelder passen würden, ist hell und aufgeräumt. In einem Bereich stellen Arbeiter auf Hightechmaschinen Metallteile her. In einer anderen Abteilung legen Frauen in Schutzanzügen Fiberglas auf Formen - Werkstücke, aus denen später die Deckenverkleidung wird.

Werksaufseher José Isaac Silva sagt, dass hier nicht bloß Teile zusammengebaut würden. Auch aufwendige Ingenieurleistungen kämen inzwischen aus Tijuana. Früher sei das anders gewesen. Da habe in den Betrieben in Tijuana kaum mehr als billige Endmontage stattgefunden. Das Know-how und die Chefs seien in den fernen Hauptquartieren, vorwiegend in den USA, geblieben. Mexiko habe in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte gemacht, sagt Silva. Die Hochschulen, die Infrastruktur, das politische System - noch sei zwar nicht alles so, wie es sein solle. Aber der 36-jährige Mann mit dem lässigen Karohemd und exakt gestutzten Kinnbart glaubt an sein Land.

Zodiac expandiert. Boeing gehört zu den Neukunden. Dafür baut das Unternehmen eine neue Halle auf einem Hügel gegenüber, weitere 600 Mitarbeiter sollen dazukommen. Der Flugzeugspezialist ist nicht allein. »Mitarbeiter gesucht«, steht überall auf Bannern an den Fabrikmauern drumherum. Mexiko gehört inzwischen zu den Schwellenländern, die am schnellsten wachsen: Im vergangenen Jahr hat das Land Brasilien überholt.

Anders als die USA ist Mexiko viel weniger verschuldet und verfügt über hohe Devisenreserven. Im Landesinnern weichen Sojabohnenplantagen neuen Industriekomplexen. VW hat 1,3 Milliarden Dollar in ein neues Audi-Werk investiert. Die britische Zeitschrift *The Economist* widmete dem »Aufstieg Mexikos« einen

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Schwerpunkt. Und beschrieb darin, dass diese Entwicklung offenbar vollkommen an Washingtons Offiziellen vorbeigehe. Vom »aztekischen Tiger« schwärmte die *Financial Times* - auch wenn es in Mexiko keine Tiger gibt. Das Land macht selbst China Konkurrenz. Dort sind die Löhne in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Und Mexiko hat den Vorteil, näher an Chinas wichtigem Absatzmarkt, den USA, zu sein - geografisch und kulturell.

Schlaksig, wie er ist, und mit seinem grünen Schlabber-T-Shirt erfüllt Guillermo Romero das Technikfreak-Klischee. Er legt drei Platinen vor sich auf die Tischplatte und deutet auf die kleinste. »Bei jeder Generation haben wir mehr draufgepackt, das Design ist komplett von uns entwickelt.« Jetzt passt auf die Platine eine ganze Reihe von Mikroprozessoren und Sensoren - alles, was eine Drohne so braucht, die Romero und seine Kollegen bei 3D Robotics hier bauen. Das Start-up ist eine Gründung von Jordi Muñoz, Romeros Bastel-Kumpel aus Kindertagen, und Chris Anderson. Anderson war bis vor Kurzem Chefredakteur des US-Technologiemagazins *Wired*. Doch dann entdeckte er die kleinen autonomen Fluggeräte und dachte: Das ist das nächste Ding!

Die meisten Käufer wollen die 3D-Robotics-Drohne, die ein wenig aussieht wie eine elektrischblaue Super-Libelle, bisher nur als Freizeitspaß. Anderson und seine Partner sehen aber großes Potenzial in kommerziellen Anwendungen, etwa in der Landwirtschaft. Zunächst wollte Anderson, der CEO von 3D Robotics, die Drohnen von chinesischen Subunternehmern bauen lassen. Doch Muñoz und Romero brachten ihn dazu, in ihrer Heimatstadt Tijuana eine eigene Produktionsstätte zu errichten. Die ersten Exemplare hatten die beiden noch in ihrem Schlafzimmer zusammengelötet. Jetzt beschäftigt 3D Robotics mehr als 30 Mitarbeiter und sucht nach einer größeren Halle.

Der Erfolg erinnert Chris Anderson an seine Zeit als Korrespondent in Hongkong Ende der neunziger Jahre. Die chinesische Regierung paarte damals das Finanz- und Geschäftszentrum Hongkongs mit der Industrieproduktion in der Shenzen-Region auf dem Festland und schuf eine globale Wirtschaftsmacht, die den rasanten Aufstieg Chinas maßgeblich begründete.

Warum nicht Tijuana und San Diego auf ähnliche Weise zusammenspannen?, fragte Anderson in einem viel diskutierten Kommentar in der *New York Times*. »Mexiko könnte die lang ersehnte Antwort darauf sein, wie die US-Industrie im Wettbewerb mit China, Indien und der nächsten Generation von Rivalen bestehen kann.«

Eine Idee, mit der er bei San Diegos Bürgermeister Bob Filner offene Türen einrennt. Filner hat es sich zur Aufgabe gemacht, beide Städte als einen Standort zu vermarkten. Vor ein paar Wochen hat er eine offizielle Vertretung für San Diego in Tijuana eröffnet. »Unser größtes Problem ist nicht Sicherheit, sondern die Probleme sind Offenheit und Kommunikation«, sagte er in einem Interview.

»Die USA müssen Mexiko nicht als Problem, sondern als Partner sehen«

Und das Warten am Grenzübergang. Während Tijuana bereits über eine moderne Grenzanlage verfügt und die Abfertigung in Minutenschnelle erledigen kann, warten Einreisende aus den USA häufig drei Stunden oder länger. Durch die Wartezeiten entgehen der Region laut einer Studie der Grenzgemeinden jährlich mehr als zwei Milliarden Dollar Wirtschaftsleistung. »Die USA müssen anfangen, Mexiko nicht länger als Problem, sondern als Partner zu verstehen«, meint auch Shannon O'Neil, Lateinamerikaexpertin beim konservativen Thinktank Council on Foreign Relations. »Wir brauchen eine neue bilaterale Politik, und vor allem müssen wir den Grenzverkehr von Menschen und Gütern erleichtern.«

Doch tritt Obamas Einwanderungsreform wie geplant in Kraft, dann wird das Gegenteil der Fall sein. Der Gesetzesentwurf sieht vor, in den nächsten Jahren noch einmal 4,5 Milliarden Dollar in die Grenzsicherheit zu stecken. 3500 neue Grenzbeamte sollen eingestellt werden. Deren Zahl ist über die vergangenen 20 Jahre bereits von 4000 auf 21000 angeschwollen. Dabei verschlingt die Absicherung schon heute Rekordsummen. Im vergangenen Jahr hat die Regierung rund 18 Milliarden Dollar für die Einwanderungsaufsicht bereitgestellt - das ist mehr als das Budget aller anderen Sicherheitsbehörden zusammen.

Welcome to Tijuana! Während die USA über ihre Einwanderungspolitik streiten, erleben die Mexikaner ihr eigenes Wirtschaftswunder

Währenddessen ist die illegale Einwanderung aus Mexiko laut des Sozialforschungsinstituts Pew Research Center unterm Strich auf null gefallen. Das heißt, es gehen genauso viele Mexikaner in ihr Heimatland zurück, wie neue Illegale in die USA kommen.

VON HEIKE BUCHTER

Die Nachbarn Nah und fremd Mit mehr als 350 Millionen Ein- und Ausreisenden im Jahr ist die Grenze zwischen Mexiko und den USA die geschäftigste der Welt. Doch für viele US-Bürger bleibt Mexiko ein fremdes Land. Sie verbinden mit ihrem südlichen Nachbarn Korruption, Armut, Rückständigkeit - und die Gewalt der Drogenkartelle. Die Regierung in Washington hat das Land im Süden auf Distanz gehalten. Dabei sind die beiden Nationen durch Generationen von Migranten eng verbunden. Jeder zehnte Mexikaner lebt in den Vereinigten Staaten. Zählt man ihre in den USA geborenen Angehörigen dazu, gehören 33 Millionen Menschen der mexikanischen Minderheit an. Rein und raus Eine erste große Einwanderungswelle löste 1910 die mexikanische Revolution aus. Nach dem Sturz von Diktator Porfirio Díaz, dessen Stoßseufzer »Armes Mexiko, so fern von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten« gerne zitiert wird, zogen fast eine Million Mexikaner über den Rio Grande. Während der Großen Depression sahen US-Bürger in den Einwanderern aus dem Süden eine Konkurrenz um knappe Jobs. Viele wurden nach Mexiko deportiert. Der Zweite Weltkrieg verkehrte das Verhältnis ins Gegenteil: Die US-Wirtschaft brauchte mehr Arbeiter, und die Regierung startete ein Gastarbeiterprogramm, das 4,5 Millionen Mexikaner in die USA lockte. Der von Präsident Nixon ausgerufene »Krieg gegen Drogen« führte ab 1969 zu einer scharfen Überwachung der Grenze. 1986 garantierte ein Reformgesetz eine Amnestie für Illegale in den USA. In den neunziger Jahren folgte eine neue Einwanderungswelle. Während der großen Rezession 2008 kehrten viele Mexikaner freiwillig in ihre Heimat zurück. Nach neuesten Erhebungen gleichen sich die Migrationsströme zwischen Mexiko und den USA inzwischen aus (siehe Grafik unten). 477 Tote Während Präsident Obamas erster Amtszeit wurden mehr illegale Einwanderer deportiert als in den gesamten acht Jahren der Bush-Regierung. Bis Ende des Jahres wird seine Regierung zwei Millionen Menschen abgeschoben haben, darunter 200000 Eltern von Kindern, die in den USA geboren wurden und damit US-Bürger sind. Obwohl weniger Migranten versuchen, illegal über die Grenze im Süden zu kommen, ist die Zahl derer, die dabei umkommen, drastisch gestiegen. 2012 waren es 477. Doch nicht alle werden gefunden. Die meisten verdursteten oder erfrieren. Um der verstärkten Grenzüberwachung zu entgehen, führen die Schlepperrouten zunehmend durch die Wüste oder unwegsames Gelände. Die Coyotes, die Schlepper, verlangen deshalb höhere Preise. Vor zwanzig Jahren kassierten sie 100 bis 200 Dollar für einen Grenzübertritt. Heute sind es 2000 bis 3000 Dollar. Migranten aus Zentralamerika zahlen 5000 bis 8000 Dollar. Die Schulden müssen die »Kunden« oder ihre Familien oft jahrelang abtrottern.

Ein Mexikaner wartet nahe dem Grenzübergang in Tijuana; Die Grenze, von einer Schnellstraße bei Tijuana aus gesehen

Load-Date: March 25, 2022

Schweden ist nicht Bullerbü; Das skandinavische Land gilt als vorbildlicher Reformstaat. Doch Migranten haben es schwer: Die Schweden integrieren sie nicht. Von T. Bünz, Stockholm

ZEIT-online

Mittwoch 29. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: UNRUHEN IN STOCKHOLM; Ausg. 22

Length: 864 words

Byline: Tilmann Bünz

Body

Schaulustige fotografieren die Brände im Stockholmer Vorort Rinkeby.

© Fredrik Sandberg/Scanpix/Reuters

Schweden ist eine gespaltene Gesellschaft. Hier die neuen - dort die alten Schweden. Sie sitzen in der gleichen U-Bahn, aber sie fahren unterschiedliche Strecken. In Vororten wie Husby und Rinkeby in Stockholm sind die Einwanderer unter sich. "Der falsche Name, der falsche Vorort, ein anderer Zungenschlag - und du wirst drinnen in Stockholm schief angeguckt", sagt Jamerson. Jamerson ist Brasilianer, lebt in einem dieser Vororte, studiert Philosophie und ist ein Freund meiner Tochter. Er beschimpft die weiße Mittelklasse als Rassisten. Das ist starker Tobak. Dachten wir nicht immer, dass Schweden eine Art großes Bullerbü ist, gerecht und frei?

Die Schweden selbst sind jedenfalls davon überzeugt, im besten Land der Welt zu leben, auch wenn diese Gewissheit vielleicht gerade kurz erschüttert wurde. Schweden ist auf jeden Fall ein Land mit hohen Ansprüchen an sich selbst. Das hat Tradition. So schenkte Schweden der Welt den Sicherheitsgurt und das erste Auto mit Katalysator. Das war ein Volvo Kombi 245 und der gleiche Autokonzern hat versuchsweise auch mal das Fließband abgeschafft. Den Krippenplatz für alle gibt es schon seit 1970. Keine deutsche Talkshow in der nicht auf Skandinavien verwiesen wird: Seht her, Reformen sind möglich. Es geht doch.

Schweden stehen gerne Modell, aber sind auch gerne für sich. Wenn Schweden von Europa sprechen, dann reden sie vom Kontinent da unten. Sie leisten sich eine *splendid isolation* wie ein Inselvolk. Sie haben ein anderes Bedürfnis nach Nähe und Austausch. Sie schweigen gerne in ihren 96.000 Badeseen. Sie möchten sich nicht aufdrängen. Die Angst vor allzu großer Nähe führt zu einer gewissen Armut an Kontakten außerhalb des gewohnten Kreises, einem Mangel an Offenheit gegenüber anderen. Es gibt Sommerschweden und Winterschweden. Im Winter sind sie nicht sehr gesellig (und der Winter kann lang dauern). Schweden murren untereinander auch häufig über ihre wortkargen Landsleute. Geändert hat sich dadurch nichts.

Wohnungspolitik ist Teil des Problems

Schweden ist nicht Bullerbü Das skandinavische Land gilt als vorbildlicher Reformstaat. Doch Migranten haben es schwer: Die Schweden integrieren sie nicht. Von

Das sind keine besonders guten Voraussetzungen um anderthalb Millionen Neubürger aus aller Welt zu integrieren - in eine Gesellschaft mit nur knapp zehn Millionen Einwohnern.

Dazu passt - leider - die schwedische Wohnungspolitik, die dafür sorgt, dass sich alte und neue Schweden aus dem Weg gehen. Es gibt rund um die historischen Innenstädte Wohnquartiere von einiger Tristesse. Sie entstanden Anfang der siebziger Jahre und sind Teil des "Millionprogrammet". Der Name zeugt von enormer Energie und dem Glauben an den großen, den richtigen Plan. Im "Millionprogrammet" ging es darum, eine Million Wohnungen in einem Jahrzehnt zu bauen. Diese Million Bauten sind von ihren ersten Bewohnern im Zuge des sozialen Aufstiegs längst verlassen worden. Jetzt wohnen dort die Migranten, die selber noch nicht den Sprung in die besseren Viertel geschafft haben.

Eine Adresse in einem dieser Viertel ist keine Empfehlung auf dem Arbeitsmarkt. Personalchefs schauen nach "ethnischen Schweden" und die heißen eher Nilsson, Svensson oder Lundgren. Bei gleicher Qualifikation werden Bewerber mit Namen wie Asneri und Özogus nachweisbar nicht so gerne eingestellt. Seit einige Unternehmen mit anonymen Bewerbungen arbeiten, ist es ein bisschen besser geworden.

Die soziale Schere

Die größte Überraschung ist vielleicht, dass im Mutterland der Sozialdemokratie seit sieben Jahren ein anderer Geist weht. Nicht unbedingt zum Schaden des Landes. Die Finanzen sind gesund, die Wettbewerbsfähigkeit ist gestiegen. Die bürgerliche Regierung unter Fredrik Reinfeldt ist angetreten, um Schweden fit zu machen. Seitdem ist das Land aber sozial kälter geworden. Die Unterschiede sind gewachsen, die Mittelschicht zahlt erheblich weniger Steuern, eine neuen Klasse der *working poor* ist entstanden - ganz wie bei uns.

Auch wenn es schwerfällt zu glauben: Nirgendwo ist laut OECD die Schere zwischen arm und reich so groß wie in Schweden. Das reichste Fünftel der Bevölkerung besitzt drei Viertel der Vermögen. "Egal wie Schweden wählt: Sozialdemokraten sind wir doch alle", dieses Bonmot, aufgeschnappt von Hans Magnus Enzensberger 1989, gilt heute nicht mehr. Sozialdemokraten waren immer stolz darauf, dass alle mitkommen, dass niemand zurückbleibt. Die Regierung Reinfeldt hat es hingenommen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den aufständischen Vororten wie Husby auf den Rekordwert von vierzig Prozent gestiegen ist - und das mit einer florierenden Wirtschaft.

Zur Tradition der nordischen Länder gehört auch eine strenge Arbeitsethik. Fördern und Fordern. Die Jugendlichen aus den Vororten haben davon nichts gespürt. Nach und nach wurden alle Förderprogramme gestrichen. Auch gefordert wurden sie nicht, sondern schlicht beiseite gelassen und vergessen. Die Brandsätze der letzten Wochen in allen Trabantenstädten des Landes waren vor allem ein Hilfeschrei. Schweden hören ungern Ratschläge von außen. Sie wissen ja schließlich selber am besten, dass es Zeit für ein neues Millionenprogramm ist. Diesmal müsste es darum gehen, mit der Jugend der Vororte ein neues Schweden zu bauen.

Load-Date: May 29, 2013

Ihr versteht mich!; Warum junge Deutsch-Türken und junge Ostdeutsche viel mehr gemeinsam haben, als sie glauben

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

20. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK OSTEN; Ihr versteht mich!; S. 14; Ausg. 26

Length: 809 words

Byline: Kabra Gamsay

Body

Wir sind dazu erzogen worden, immer nur nach Unterschieden zu suchen. Warum bloß?

Die Deutschen im Osten gingen unvoreingenommener als jene im Westen auf die Türken zu, sagte vorige Woche der Schweriner Premier Erwin Sellering (SPD) im ZEIT-Interview. Hier entgegnet ihm die türkischstämmige Autorin Kabra Gamsay, wieso sie sich Ostdeutschen bisweilen eigentlich nahe fühlt

Können wir einfach nicht miteinander, Deutsch-Türken und Ostdeutsche? Schließlich leben wir kaum beisammen. Nur 0,2 Prozent der Bevölkerung in Ostdeutschland haben einen türkischen Migrationshintergrund. Zum Vergleich: In Westdeutschland sind es 3,6 Prozent. In Berlin hat sogar jeder Zwanzigste türkische Wurzeln. Und wenn man den Umfragen glaubt, dann mögen die Ostdeutschen uns Deutsch-Türken nicht sonderlich gerne: 39 Prozent der befragten Ostdeutschen seien ausländerfeindlich, sagt eine Statistik - Tendenz steigend. Gleich denkt man an den NSU, beheimatet in Sachsen.

Dass wir kaum zusammenleben: Ist das unser Problem? Denn letztendlich ist es ja einfacher, den Unbekannten nicht zu mögen. Einen, dem man im Alltag ohnehin nicht begegnet. Mit dem Fremden, dem Andersartigen verbindet uns nichts. Mit dem Todfeind aus dem Nachbarschaftsstreit verbindet uns schon mehr.

Vielleicht würde es also helfen, wenn die Ostdeutschen mehr türkische Nachbarn, griechische Schulkameraden und marokkanische Arbeitskollegen hätten. Die menschliche Begegnung entwapfnet die Bilder im Kopf. »Der ist aber nett«, denkt man vielleicht.

Aber eigentlich ist das gar nicht der wichtigste Punkt, finde ich. Denn wir Deutsch-Türken und die Ostdeutschen haben genug, das uns verbindet.

Ihr versteht mich! Warum junge Deutsch-Türken und junge Ostdeutsche viel mehr gemeinsam haben, als sie glauben

Ich habe nie in den neuen Ländern gelebt oder mich länger dort aufgehalten. Mein Repertoire persönlicher Ostdeutschland-Erlebnisse beschränkt sich auf ostdeutsche Bekannte und Freunde. Aber mit allen hat mich immer mindestens eine Sache verbunden: der andere Blick.

Ich bin in Hamburg aufgewachsen. Bis zum Abitur hatte ich exakt einen ostdeutschen Freund, Steffen. Im Studium lernte ich Jette kennen. Sie war aus Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg gezogen. Als ich anfang, Texte über mein Leben als Minderheitsangehörige in Deutschland zu schreiben, war sie eine der ersten Bio-Deutschen, bei der ich das Gefühl hatte, dass sie mich nicht nur verstand - sondern dass sie mit mir mitfühlen konnte. Wir beide gehören zur Generation der Einheitskinder, wir kennen Deutschland nur ohne Mauer. Da spielen Ost und West keine Rolle mehr, könnte man meinen. Aber wenn ich ihr von Beschimpfungen und abwertenden Blicken gegenüber mir als Muslimin und Deutsch-Türkin sprach, erzählte Jette mir von den Bananen-Witzen und Nazi-Anspielungen. Wir beide, Jette und ich, hatten den Muselmanen und den Ossi gemeinsam.

Dabei war es nicht das »Opfersein«, das uns verband, sondern der andere Umgang mit Normen und Konventionen. Wer in einer Gesellschaft aufwächst, in der er zur Minderheit gehört, der weiß, dass die Mehrheit nicht alles ist. Der entwickelt ein kritisches Bewusstsein für Probleme und Missstände in der Gesellschaft. Wer einmal zum Fremden gemacht wird, kann andere »Fremde« verstehen. Und das ist eine Gabe. Eine Besonderheit. Ich brauchte viele weitere Gespräche mit ostdeutschen Freunden, bis mir das bewusst geworden war. Einer dieser Freunde war Daniel, Journalist in Berlin. Zweimal in seinem Leben hatte er sich als Fremder gefühlt. In der DDR als Kind einer religiösen Familie, die jeden Sonntag heimlich die Kirche besuchte. Dann im vereinten Deutschland als »der Ostdeutsche«. Wie auch bei Jette hatte ich bei Daniel das Gefühl, dass er mich wirklich verstand. Er war zweimal aus dem Rahmen, aus der Norm gefallen; umso mehr öffneten sich ihm die Augen für andere Menschen außerhalb der Norm. Menschen außerhalb der Norm, das sind nicht nur Migranten. Es sind genauso Homosexuelle, religiöse Minderheiten, manchmal sogar Frauen. Dies zu erkennen - für mich ist das ein Geschenk, das uns verbindet.

Ist Rassismus in den neuen Ländern ein Problem? Ja. Das ist er aber auch in den alten Bundesländern. Denn Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entstehen, weil wir, egal, wie viel wir gemeinsam haben, immer nach dem Unterschied suchen. Die britische Kulturtheoretikerin Henrietta Moore veranschaulicht das an einem Beispiel: Wir alle haben als Kinder das Bilderrätsel »Finde den Unterschied« gespielt. Wir sind also dazu erzogen worden, selbst den geringfügigsten Unterschied zu suchen! Deshalb suchen wir den kleinen Fehler im anderen.

Dem Osten fehlen keine Türken. Unserer Gesellschaft fehlen Menschen.

VON KÄTHE BRA GÄMMÄY

Der Blog der Autorin: ein-fremdwoerterbuch.com

Die Hamburgerin Käthe Gämmäy, 24, lebt heute in England

Load-Date: March 25, 2022

Eine muss es sagen; Ansichten einer Kulturpessimistin

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. April 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: IMMER SCHLIMMER; S. 13; Ausg. 18

Length: 340 words

Byline: Susanne Gaschke

Body

Eigentlich gibt es in der deutschen Gesellschaft nur zwei absolute Tabus: erstens alles, was den Holocaust leugnet oder die Schuld daran den Juden selbst zuschiebt. Zweitens die Vorstellung, Sex mit Kindern könne irgendwie in Ordnung sein. Diese Meinungen kann man nicht haben, und das ist hundertprozentig richtig so. Alles andere kann gesagt werden, und es wird auch gesagt. Trotzdem haben "künstliche Tabus" (Wolf Biermann) und deren "Verletzung" großen öffentlichen Erfolg. Meister im Brechen künstlicher Tabus sind neben Günter Grass auch Margot Käßmann (nichts gut in Afghanistan), Karl-Theodor zu Guttenberg (Krieg) und Thilo Sarrazin (genetisch dumme Migranten). Entscheidend für den Erfolg der Tabubrecher ist die überzeugende Zurschaustellung großen persönlichen Mutes und aufrechter Empörung. Warum aber sollen die künstliche Aufregung und ihre lukrativen Folgen (PR, Bestseller) nur wenigen, durch ihre besondere Empörungsfähigkeit Privilegierten vorbehalten sein? Im Interesse einer Demokratisierung des Tabubruchs möchte ich hier kostenlos ein paar Themen zur Verfügung stellen, mit denen Sie mindestens die nächste Abendeinladung aufmischen und - wer weiß? - vielleicht auch das Interesse eines Literaturagenten auf sich ziehen können.

Zum Beispiel: Es macht Spaß, in Parteien mitzuarbeiten; wer das tut, hat mehr Durchblick als die meisten Nuri-Wähler. Oder: Marktforschung wird die westliche Zivilisation zugrunde richten. Oder: Scheidung ist oft ein Ausdruck mangelnder Charakterfestigkeit und unrealistischer Hoffnungen. Sie macht unglücklich und schadet den Kindern. Oder: Konsum macht unfrei und dient überwiegend dem Zweck, Arbeitnehmer in Abhängigkeit zu halten. Oder: Fußball ist ein ausgeklügeltes System zur Unterhaltung und Verdummung der Massen.

Bitte denken Sie daran: Das wird man doch wohl noch sagen dürfen! Mut und Emphase beim Vortrag! Sollte Ihr Tischgespräch trotz korrekter Nutzung eines dieser Themen harmonisch verlaufen, nehme ich das Thema selbstverständlich mit Bedauern zurück und spitze es weiter zu.

Graphic

Susanne Gaschke

Eine muss es sagen Ansichten einer Kulturpessimistin

Load-Date: April 26, 2012

End of Document

Ein Eingreifen in Syrien ist unverzichtbar; Die Zahl der Flüchtlinge steigt, Kämpfe eskalieren, Chemiewaffen drohen in falsche Hände zu geraten. Der Westen wird sich einer Intervention in Syrien bald nicht mehr entziehen können.

ZEIT-online

Montag 27. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: MILITÄREINSATZ; Ausg. 35

Length: 681 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Kämpfer der Freien Syrischen Armee in Aleppo (Aufnahme vom 26.08.12)

© Youssef Boudlal/Reuters

Syrien ist auf dem Weg zur Hölle. UN-Weltsicherheitsrat hin oder her, ob sie es riskieren will oder nicht: Die internationale Gemeinschaft wird in absehbarer Zeit intervenieren müssen.

Die Verbrechen werden von Tag zu Tag grässlicher, das Massaker in Daraya ist nur das jüngste Beispiel. Die Zahl der **Flüchtlinge** droht die Anrainerstaaten zu überfordern, allein vergangene Woche passierten 30.000 die Grenzen. Und bei der Eskalation der Kämpfe scheint es kein Halten mehr zu geben. Immer systematischer greift Assads Armee aus der Luft mit Hubschraubern und Kampfjets an, weil ihre Bodentruppen keinen Vorstoß in die umkämpften Areale mehr wagen. In Aazaz, wo Rebellen eine Post-Assad-Enklave ausgerufen hatten, richtete in der vergangenen Woche ein MiG-Jäger mit Raketen ein Inferno an - 20 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt.

Auch kann niemand garantieren, ob nicht durchgedrehte Eliteeinheiten am Ende doch mit Giftgas auf Rebellenviertel in den Städten losgehen. Tausende Tote und Massenpaniken im ganzen Land wären die Folge.

Eingeklemmt zwischen den Fronten erleben bereits jetzt Hunderttausende Familien den Albtraum ihres Lebens. Mindestens zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht - innerhalb und außerhalb der Grenzen ihrer Heimat. Fast alle haben ihr Dach über dem Kopf verloren und stehen vor dem Nichts, selbst wenn eines Tages zu Hause die Waffen schweigen.

Vor allem aber die Chemiewaffenvorräte Assads werden ein Eingreifen erzwingen - direkt während des Bürgerkriegs, sollte der Diktator die teuflischen Substanzen tatsächlich einsetzen. Oder nach seinem Sturz, damit das tödliche Gas nicht versprengten loyalen Truppenteilen, der Hisbollah oder ausländischen Dschihadisten in die Hände fällt.

Ein Eingreifen in Syrien ist unverzichtbar Die Zahl der Flüchtlinge steigt, Kämpfe eskalieren, Chemiewaffen drohen in falsche Hände zu geraten. Der Westen wird

Solches Kriegsmaterial kann auf keinen Fall sich selbst überlassen bleiben, wie das libysche Beispiel zeigt. 15.000 Boden-Luft-Raketen sind seinerzeit aus den Beständen von Muammar al-Gaddafi abhanden gekommen. Im ungünstigsten Fall auf 60.000 schätzt das Pentagon die Zahl der notwendigen Soldaten, sollten diese Giftwaffen ad hoc in einer Großaktion neutralisiert werden müssen. Das käme einer Invasionsarmee gleich - fast in der Größenordnung des Irak-Feldzugs.

Gleichzeitig entwickelt sich der Massenexodus aus Syrien zur größten Flüchtlingskatastrophe des Nahen Ostens in der jüngeren Geschichte. So richtig es ist, die Hauptlast der Aufnahme zunächst einmal den Anrainerstaaten zuzumuten, inzwischen kommen diese - wie Jordanien und Libanon - selbst ins Trudeln. Die Geflohenen ernähren, die Verwundeten versorgen, die seit anderthalb Jahren nicht zur Schule gegangenen Kinder wieder unterrichten - die internationale Gemeinschaft wird den Asylländern noch in ganz anderen Dimensionen helfen müssen als bisher.

Denn die meisten Familien können selbst dann nicht sofort zurück, wenn das Assad-Regime stürzt. Ihre Häuser sind Ruinen, Schulen und Krankenhäuser, Bäckereien und Felder sind zerstört, Strom und Wasserversorgung nicht mehr vorhanden. Städte wie Homs, Hama, Rastan oder Daraa müssen ganz neu aufgebaut werden. Hunderttausende haben alles verloren, ihre Angehörigen, ihre Wohnungen, ihre Existenz und ihr Vertrauen in die Zukunft.

Inzwischen rüsten Türkei, USA und Frankreich erstmals für begrenzte Flugverbotszonen, die der syrischen Zivilbevölkerung zumindest in den Randregionen einen Mindestschutz garantieren könnten. Die Vereinigten Staaten bringen Spezialeinheiten gegen die Chemiewaffen in Stellung und planen, größere Vorräte an Lebensmitteln und Medizin in der Region zu deponieren. Deutschland assistiert der zerstrittenen Opposition bei ihrer Planung eines politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Und Italien bündelt die Initiativen diese Woche zu einem Gipfel für die Zeit nach Assad.

Allen aber dürfte inzwischen klar sein: Was für Syrien in den nächsten Monaten und Jahren auf die Weltgemeinschaft zukommt, das wird wesentlich umfassender sein, viel länger dauern und weitaus kostspieliger werden, als die 7.587 Nato-Luftangriffe auf Libyen.

Load-Date: August 28, 2012

In dauernder Angst vor Abschiebung; 13 Jahre haben sie in Deutschland gelebt. Aber Marija Kurtic und ihre Familie sollen nach Serbien abgeschoben werden. Ob sie integriert sind, interessiert Behörden wenig.

ZEIT-online

Freitag 15. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ROMA-FLÜCHTLINGE; Ausg. 25

Length: 913 words

Byline: Susanna Andrick

Body

Demonstrieren für das Bleiberecht von Roma: Muci, Marija, Salijana, Trajko und Marija Kurtic (v.l.)

© Maxi Schele

Marija Kurtic tigert in der Empfangshalle des Hamburger Rathauses hin und her. Sie will dem Innensenator begegnen. Die Bürgerschaftssitzung ist beendet, erste Abgeordnete strömen durch die schweren Flügeltüren. Marija starrt auf den Durchgang, wirft den anderen **Flüchtlingen** einen kurzen Blick zu. Dann ist es so weit: Michael Neumann tritt in den Saal, flankiert von drei Bodyguards mit stählerner Miene. "Herr Neumann, bitte schieben Sie uns nicht ab!", schleudert Marija ihm entgegen.

Der Hamburger Innensenator verlangsamt seinen Schritt. Wenige Wochen zuvor hatte er versprochen, alle Einzelfälle zu prüfen. "Meine Kinder sprechen perfekt Deutsch, sie haben nur gute Noten!", ruft sie. "Wollen Sie allen Ernstes hier Ihre Familiengeschichte diskutieren?", fragt Neumann. "Ich würde sogar ohne meine Kinder zurückgehen", sagt sie mit Tränen in den Augen. Der Senator wendet den Blick ab.

Ein paar Tage zuvor hatte der Flüchtlingsrat zu einer Pressekonferenz am Rathausmarkt geladen. Die Roma wollten ein weiteres Mal auf ihre Lage aufmerksam machen - aber nur ein halbes Dutzend Journalisten hörte zu. Marija erzählte ihre Geschichte. Wie zehn anderen Roma-Familien droht ihrer Familie die Abschiebung aus Deutschland. Der Flüchtlingsrat reichte dagegen Petitionen im Hamburger Senat ein, acht davon wurden bereits abgelehnt. Als größte Minderheit Europas werden Roma auch in Serbien diskriminiert - doch aus deutscher Behördensicht nicht stark genug für ein Aufenthaltsrecht.

Ihre Haare sind rostbraun gefärbt, eine Sorgenfalte durchzieht ihre Stirn. Obwohl Marija keine 40 Jahre alt ist, verrät ihr Gesicht, dass sie schon viel durchgemacht hat. 1991 floh sie mit ihrem Mann vor dem Bosnien-Krieg nach Deutschland. Hier kamen ihre drei Kinder zur Welt, hier lernte auch Marija lesen und schreiben.

In Serbien konnten die Kinder nicht zur Schule gehen

In dauernder Angst vor Abschiebung 13 Jahre haben sie in Deutschland gelebt. Aber Marija Kurtic und ihre Familie sollen nach Serbien abgeschoben werden. Ob sie

2003 gingen sie zurück nach Serbien. Das Leben, das sie dort erwartete, schildert sie als Albtraum: Sie mussten ständig umziehen, jede noch so würdelose Arbeit tun und die Kinder konnten nicht mehr zur Schule gehen. Die ganze Familie schlief in einem Zimmer, ohne Bett, in Armut. Eines Tages klopfte es an der Tür. Zwei Männer kamen herein und wollten Marijas Töchter kaufen. Wahrscheinlich, um sie zur Prostitution zu zwingen - so wie viele andere Roma-Frauen in ihrer Heimat.

Um die Töchter zu schützen, kehrte die Familie 2010 zurück nach Deutschland. Heute steht Marijas jüngere Tochter kurz vor dem Hauptschulabschluss, ihre ältere Schwester macht eine Ausbildung zur Köchin. Eine erfolgreiche Integration. Doch Marija hat Angst, abgeschoben zu werden. Seit mehr als einem Jahr ist sie wegen einer Depression in psychologischer Behandlung.

Auf dem gläsernen Tisch von Marijas Anwältin Cornelia Ganten-Lange türmen sich Akten. Wirres, hellgraues Haar fällt in ihre Stirn. "Die Hamburger SPD duldet Abschiebungen im Morgengrauen", sagt Ganten-Lange. Die Polizei holt die Menschen aus ihren Betten und bringt sie direkt zum Flughafen. Das sei unmenschlich. Ksenija Bekeris, sozialpolitische Sprecherin der SPD Hamburg, sagt jedoch, sie habe davon noch nichts gehört: "Diese Praxis lehnen wir ab. Wir setzen uns ein für humane Umstände von Rückführungen". Doch Anwältin Ganten-Lange meint, einen Trend zu erkennen: "Die deutsche Politik und Gesellschaft werden immer feindlicher gegenüber Flüchtlingen."

Eine Woche später betreten Marija und ihr Mann Muci kurz nach neun Uhr die Ausländerbehörde. Hier hoffen sie zu erfahren, dass sie für immer bleiben dürfen. Rund 30 Menschen warten. Kinder laufen umher, Säuglinge schreien. Um 12:31 Uhr ist es so weit: Ihre Nummer blinkt auf. Als Marija und Muci in das Büro treten, schaut die Beamtin kaum auf. "Wo sind Sie zur Zeit wohnhaft, also wo halten Sie sich wirklich auf?", fragt sie. "Das steht doch auf der Bescheinigung. In der Flüchtlingsunterkunft im Billstieg", antwortet Marija ruhig und setzt sich. "Sie wissen selbst, dass das nicht stimmen muss", keift die Frau. Marija und Muci kauern schweigend auf den Stühlen. Im Hintergrund singen Coldplay " *This could be para-para-paradise ...* ". Die Beamtin druckt ein Dokument aus. Die beiden sollen bestätigen, dass sie sich mit einem unangekündigten Ortswechsel strafbar machen. Marijas Atem geht schneller. Droht eine Abschiebung im Morgengrauen?

Abstimmung um 22 Uhr

Schließlich kommt der Tag, an dem die Bürgerschaft über die Petition von Marijas Familie abstimmt. Es ist der letzte Punkt auf der Tagesordnung. Um 22 Uhr spielen die Politiker längst mit ihren Handys. Die Flüchtlinge sitzen nebeneinander auf der Zuschauer-Empore. Marija beugt sich nach vorn. Weniger als zwei Minuten brauchen die Abgeordneten, um über die Zukunft von 16 Menschen zu entscheiden. "Wer stimmt dafür, den Asylantrag Nummer 1676 zu bewilligen?"

Die Hände in den Sitzreihen von GAL und Linkspartei heben sich. "Und wer stimmt dagegen?", fragt die Präsidentin. Träge heben sich die Hände der Mehrheit - der Antrag ist abgelehnt. Marija schießt in die Höhe. Plötzlich schauen die Politiker auf, alle Augen sind für einen Moment auf sie gerichtet. Marija blickt Innensenator Neumann direkt in die Augen. Dann wendet sie sich ab und stapft aus dem Saal.

Seitdem hat der Senat nach einer weiteren Petition erlaubt, dass Marijas Familie vorerst in Deutschland bleiben darf - bis ihre Tochter im August den Hauptschulabschluss bekommt.

Load-Date: June 16, 2012

Ein Sittengemälde der Republik; Der NSU-Ausschuss musste zwar viele Fragen offenlassen. Doch bewiesen haben die Abgeordneten eine parteiübergreifende Einigkeit im Kampf gegen rechten Terror. Von M. Lau

ZEIT-online

Donnerstag 16. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: NSU-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS; Ausg. 21

Length: 956 words

Byline: Mariam Lau

Body

Der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschuss, Sebastian Edathy (Archiv)

© Thomas Peter/Reuters

Wenn der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages heute zu seiner letzten öffentlichen Sitzung zusammenkommt, ist beileibe nicht alles geklärt, was man gern über die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gewusst hätte: Wie das Terror-Trio seine zehn Opfer überhaupt ausgewählt hat, zum Beispiel. Neun von ihnen waren ja nicht nur irgendwelche Migranten - sie waren sichtbare, selbstständige, erfolgreiche Geschäftsleute, mit Lieferwagen, auf denen nicht "Schmidt" stand, oder "Bönnhardt", sondern eben "Simsek".

Warum haben sich Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos im November 2011 im Angesicht zweier Streifenpolizisten umgebracht, wo sie schon so viele Tote auf dem Gewissen hatten? Was genau ist in Heilbronn passiert, wo die Polizistin Michelle Kiesewetter ermordet wurde - all das ist ungeklärt.

Trotzdem hat dieser Ausschuss, haben vor allem die elf Abgeordneten, die seinen Kern bildeten, ein Porträt der Bundesrepublik nach der Wende geliefert, aus dem sich spätere Generationen womöglich ein recht genaues Bild davon machen könnten, wer wir sind. Ein Sittengemälde mit reichlich Schatten, aber auch Licht ist da entstanden. Auf der hellen Seite kann man verzeichnen, dass es, über alle Parteigrenzen hinweg und quer durch die Hierarchien, einen Konsens darüber gibt, dass es sich hier um rechten Terror gehandelt hat, und dass davor alle weltanschaulichen Differenzen zurückzustehen haben.

Erkenntnisse der CDU

Das hatte, bei all dem Elend, das der Ausschuss zu bewältigen hatte, etwas Ermutigendes. Alle Parteien haben nicht ihre Scharfmacher geschickt, sondern die Leiseren aus der zweiten Reihe, von denen einige hier aber zu großer Form aufliefen. Es hat fast Spaß gemacht, zu sehen, wie Petra Pau von der Linken, die oft am Sektierertum ihrer Partei verzweifelt, ihrem CDU-Kollegen Clemens Binninger zulächelte, wenn der eine seiner gefürchteten höflich-unnachgiebigen Fragen stellte.

Ein Sittengemälde der Republik Der NSU-Ausschuss musste zwar viele Fragen offenlassen. Doch bewiesen haben die Abgeordneten eine parteiübergreifende Einigkeit i....

Binninger ist, wie sein Parteifreund Armin Schuster, ursprünglich Polizist gewesen. Die Fahndungsspannen der Polizei im NSU-Fall, die unbegreiflicherweise die Spur der Tatwaffe, der immer gleichen Ceská, nie bis zu ihrem Ende verfolgt hat, haben beide schier krank gemacht. Binninger, so heißt es, war erheblichem Druck aus dem Bundesinnenministerium ausgesetzt: Er solle gefälligst Parteifreunde nicht so hart anfassen. Aber mit Ausnahme von Otto Schily sind die meisten verantwortlichen Innenminister Unionspolitiker. Die Konfrontation konnte nicht ausbleiben. Die Union, die Sicherheitspolitik als ihre Herzenskompetenz betrachtet, musste erkennen, dass sie den Rechtsextremismus jahrelang unterschätzt hat. Man hat den rechten Rand lange als "politisches Eigentum" betrachtet, dass es nur nach Hause zu holen galt. Dass dieser Rand in Teilen jetzt endgültig weggebrochen ist, und dass es um Leib und Leben geht - das hat der bayerische Innenminister Kurt Beckstein fast den Tränen nah eingeräumt. Er kannte Enver Simsek aus Nürnberg. Er hat bei ihm Blumen gekauft.

Für die Grünen wiederum bot der Ausschuss Konfrontationen mit der eigenen Geschichte, die zurückreichte bis in die Zeit der ersten großen bundesrepublikanischen Terrorwelle: dem Deutschen Herbst von 1977. Die Anwälte Otto Schily, Hans-Christian Ströbele und Wolfgang Wieland blickten sich quer über das Ausschussrondell in die Augen. Otto Schily hat nie so ganz schlüssig erklären können, welcher Weg ihn vom glühenden Anwalt der RAF zum hartleibigen Innenminister der Regierung Gerhard Schröder geführt hat. Hans-Christian Ströbele glaubt, sich im Wesentlichen treu geblieben zu sein. Und Wolfgang Wieland war der erste Grüne, der seiner Partei überhaupt so etwas wie eine verantwortungsvolle Innenpolitik entwickelte. Er wird aber dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören. Dann haben die Grünen nur noch Netzsicherheit - einen Innenpolitiker haben sie nicht mehr.

Oft lief der Ausschuss Gefahr, in Empörung zu ersaufen - die immer neuen Pannen, Grotesken, die autoritäre Rechthaberei immer neuer Amtsträger boten dafür reichlich Stoff. Aber man holte sich gegenseitig immer wieder auf den Teppich - schon weil man es, wie der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) sagte, "den Angehörigen und den Opfern schuldig ist". Gegen Edathy hatte es zu Anfang einige Vorbehalte gegeben; er war gelegentlich im Bundestag recht scharfzüngig aufgetreten, wenn es um Migrationsfragen ging. Auch hatte seine Partei den Ausschuss nicht so wirklich gewollt - man wollte keine zweite Blamage für einen SPD-Innenminister, nachdem man schon beim BND-Untersuchungsausschuss nicht gut ausgesehen hatte. Aber Edathy überraschte seine Gegner mit hartnäckiger Moderationsbereitschaft - auch wenn ihm gelegentlich mal der Kragen platzte, und Wolfgang Schäuble ihn mit den Worten zurechtwies: "Ich weiß schon, Herr Vorsitzender, dass Sie hier gern Politseminare abhalten."

Zschäpe als V-Mann

Ein einziges Mal hat ein Abgeordneter der Verlockung nachgegeben, gegenüber wartenden Journalisten und Kameras den Skandal zu präsentieren, auf den alle gewartet haben, für den es aber nach wie vor keinen einzigen Beleg gibt: dass die inzwischen in München vor Gericht stehende Beate Zschäpe selbst für den Verfassungsschutz gearbeitet hat.

Noch ist der Abschlussbericht nicht geschrieben. Die Abgeordneten werden sich nicht bis ins Detail auf Empfehlungen einigen können; es ist eben doch Wahlkampf, und Innenpolitik ist nun einmal auch Politik. Aber es ist klar, was der bestmögliche Ausgang dieser deprimierenden Episode unserer Geschichte ist. Dass die Sicherheitsbehörden sagen: Es waren unsere Toten. Und die Linken, im weitesten Sinn des Wortes, sagen: Es sind unsere Sicherheitsbehörden.

Load-Date: May 16, 2013

Uni-Asyl für verfolgte Forscher; Die Organisation Scholars at Risk hilft Akademikern, die in ihrer Heimat bedroht werden. Manchen rettet sie sogar das Leben.

ZEIT-online

Sonntag 24. März 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: HILFSPROGRAMM

Length: 832 words

Byline: Sarah Schaschek

Body

Wer ihn verraten hat, weiß Felix Kaputu nicht. Nur, dass die Regierung im Kongo es ernst meinte, als sie ihn 2006 verhaftete. Das Land stand kurz vor der Wahl, Kaputu unterrichtete an der Universität Lubumbashi Literaturwissenschaft und Englisch für Soziologen und Informatiker. Einmal äußerte er außerhalb eines Kurses die Sorge, dass die Datenbanken der Wahlcomputer manipuliert werden könnten. Wenige Wochen später saß er im Gefängnis - als vermeintlicher Rebellenführer.

Von Professoren erwartet die Regierung im Kongo Dankbarkeit, nicht Zweifel. Weil Kaputu oft zu internationalen Konferenzen reiste, schien er verdächtig. Eine Bemerkung reichte, um ihn festzunehmen. Im Gefängnis fühlte er sich wie tot, erzählte Kaputu jetzt auf einer Konferenz der Organisation Scholars at Risk an der Freien Universität Berlin (FU). Dort haben Vertreter deutscher Universitäten über die Gründung einer deutschen Sektion des Netzwerks beraten.

Scholars at Risk half bei Kaputus Befreiung. Kollegen, die er bei einem Aufenthalt in den USA kennengelernt hatte, informierten Amnesty International. Kaum war er frei, vermittelte Scholars at Risk Kaputu nach Harvard. Das Netzwerk sorgte dafür, dass er ein Jahr dort bleiben konnte. Später ging er drei Jahre nach Boston, inzwischen lehrt er afrikanische Literatur und Politik in Belgien. Die Wissenschaft ist die einzige Verbindung zur Heimat. In den Kongo kann er nicht zurückkehren.

Ein Netz von 300 Universitäten weltweit

Kaputu nennt sich einen "obdachlosen" Forscher, aber einen, der wertvolles Wissen mitbringt. Scholars at Risk setzt sich dafür ein, dass dieses Wissen genutzt wird, dass verfolgte Wissenschaftler nicht nur in Sicherheit gebracht werden, sondern auch weiterforschen können. Meistens organisiert das Netzwerk einen Gastaufenthalt an einer Partneruniversität, manchmal hilft es beim Nachzug der Familie, bei Asylanträgen oder Einwanderung.

Praktisch vom ersten Tag der Ausreise an wird an einer langfristigen Lösung gearbeitet, sagt die Direktorin der europäischen Sektion des Netzwerks, Sinead O'Goreman - auch wenn viele Forscher am liebsten in die Heimat zurückkehren möchten.

Uni-Asyl für verfolgte Forscher Die Organisation Scholars at Risk hilft Akademikern, die in ihrer Heimat bedroht werden. Manchen rettet sie sogar das Leben.

Weltweit sind bislang 300 Universitäten Mitglieder im Netzwerk. Nicht alle nehmen regelmäßig Forscher auf, manche veranstalten Vorträge über akademische Freiheit oder helfen Flüchtlingen zu studieren. Das Netzwerk, das im Jahr 2000 in Chicago gegründet wurde, beobachtet die politische Lage in über 50 Ländern. Verfüge das Team über ausreichend Informationen, könne es jemanden, der akut gefährdet ist, binnen 24 Stunden außer Landes bringen, sagt Sinead O'Goreman. Meist dauert der Prozess aber einige Monate, bis eine Gastuniversität gefunden ist, die dann die Kosten übernimmt. Es steht nur ein kleines Notfallbudget zur Verfügung, zusätzlich arbeitet das Netzwerk aber eng mit dem Scholar Rescue Fund zusammen, einer privaten Stiftung in den USA.

Die europäische Vertretung sitzt in Den Haag, in Europa sind bislang vor allem England (mit 74 Universitäten), Norwegen (17) und die Niederlande (13) aktiv. Die Universität Oslo ist seit 2001 Mitglied, vier Wissenschaftler hat sie bereits beherbergt, mittlerweile gibt es dort sogar ein eigenes Budget von 100.000 Euro, um im Jahr einen Wissenschaftler aufnehmen zu können.

Als einzige deutsche Universität ist die FU Berlin bei Scholars at Risk vertreten. Vor einem Jahr trat sie bei. Mit Neda Soltani hat die Uni im Februar dieses Jahres ihre erste Stipendiatin aufgenommen. Die Iranerin war 2009 auf der Höhe ihrer akademischen Karriere, als sie fliehen musste. Sie lehrte Literaturwissenschaften und war Direktorin eines technischen Colleges mit 11.000 Studenten. Politischer Protest lag ihr fern, wie sie sagt. Kurz vor der Wahl im Juni 2009 wurde eine Studentin erschossen, deren Namen die Medien mit Soltanis verwechselten. Ohne die Angaben zu prüfen, schickten sie ihr Facebookbild um die Welt.

Plötzlich war Soltani das Gesicht der Opposition. Die iranische Regierung witterte eine Chance, das Verbrechen zu vertuschen, und verlangte von Soltani eine Bestätigung, dass der Tod der Studentin eine Falschmeldung gewesen war.

Soltani weigerte sich. Daraufhin warf man ihr Landesverrat vor, im Iran kann das zur Todesstrafe führen. Soltani verließ innerhalb von zwölf Tagen das Land. Sie bekam ein Schengen-Visum und stellte einen Asylantrag in Deutschland. Ihr Geld reichte gerade für den Flug. Ohne Deutschkenntnisse fand sie sich in einem Asylantenheim in Gießen wieder.

Die Monate des Wartens beschreibt Sotani als weiteres Trauma. Dazu kam die Angst, nicht wieder wissenschaftlich arbeiten zu können. Dann lehrt sie Analphabeten Lesen. "Statt T. S. Eliot habe ich das ABC unterrichtet", es klingt noch immer bitter. Als sie *Le Monde* 2010 ein Interview gibt, bekommt sie Kontakt zum Scholar Rescue Fund, mit dem sie ein Jahr in die USA geht. Bleiben kann sie dort nicht, weil sie sonst ihren Asylstatus in Deutschland verlieren würde. Schließlich erhält sie das Angebot der FU. Es gilt für drei Jahre.

Load-Date: March 26, 2013

**Vorsicht! Prozesse in Moskau; Der Schweizer Regisseur Milo Rau
provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: FEUILLETON; Vorsicht! Prozesse in Moskau; S. 62; Ausg. 11

Length: 1573 words

Byline: Johannes Voswinkel

Body

Eine bessere Reklame hätte die Theaterperformance im Moskauer Sacharow-Zentrum kaum finden können: Ein Trupp Kosaken zog vor dem Gebäude am Jausa-Ufer auf. Zuvor hatten vier Männer in den weinroten Westen der **Migrationsbehörde** das dreitägige Spektakel unterbrochen, um die Einreisepapiere des Schweizer Regisseurs Milo Rau zu kontrollieren. Der Staat war auf ihn aufmerksam geworden, weil er das sensible Verhältnis von Staat, Religion und Kunst anpackte.

Dabei arbeitet Rau fast unscheinbar und hat immer ein Lächeln parat. Er läuft in Jeans, kariertem Hemd und Lederjacke bei den Proben umher wie ein später Student, der vor dem Master noch schnell sein Lieblingsprojekt umsetzen möchte. »Wir sind ganz ausgewogen zwischen beiden Seiten«, verkündete er freudestrahlend vor dem Beginn seiner Performance *Moskauer Prozesse*. Das klingt überraschend für den Vertreter eines Berufsstands, der oft lieber polarisiert. Aber es passte zu seinem Ziel, einen Dialog unter Gleichrangigen zu schaffen. Das hört sich nach wenig an, ist aber viel in Russland. Seine russischen Mitspieler waren ihm dankbar. »So etwas«, sagte einer von ihnen, »bekämen wir nicht hin.«

Der 36-jährige Rau hat drei Moskauer Prozesse der vergangenen zehn Jahre in seiner Performance verbunden, die am Sonntag zu Ende ging: Im Januar 2003 verwüsteten sechs orthodoxe Gläubige die umstrittene Kunstaussstellung *Vorsicht! Religion*. Sie blieben straffrei, aber die Organisatoren der Ausstellung wurden wegen Aufwiegelung zu religiösem Hass zu Geldstrafen verurteilt. Unter demselben Tatbestand verloren im Sommer 2010 zwei Kuratoren einen Prozess, die mit ihrer Ausstellung *Verbotene Kunst* auf die staatliche Zensur in Russland hinweisen wollten. Im August vergangenen Jahres kamen zwei Aktivistinnen der Punkband Pussy Riot ins Straflager. Sie hatten vor dem Altarraum der Christ-Erlöser-Kathedrale zu einem Anti-Putin-Lied getanzt.

Als Ort der *Moskauer Prozesse* wählte Rau das Sacharow-Zentrum, eine ehemalige Polizeiwache, die Mitte der neunziger Jahre zu einem Gedenkort an den sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow umgebaut worden war. Heute ist das Zentrum Treffpunkt eines kleinen Kreises von Querdenkern, Historikern und Menschenrechtlern. In seinem Ausstellungssaal hatten einst die Bilder gehangen, die zu den zwei Prozessen führten. Hier baute Rau vor der unverputzten Ziegelsteinwand und den oberarmstarken Heizrohren sein Tribunal auf: Richtertisch, Anklage und Verteidigung, Zeugenstand und eine Bank für die sieben Geschworenen.

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit

Rau ist bekannt als Weltreisender in Sachen politischer Mord und Genozid: Er hat für Film und Bühne die letzten Tage des rumänischen Diktators Ceaușescu und dessen Frau, den Völkermord in Ruanda und die Gerichtsansprache des norwegischen Massenmörders Anders Breivik dokumentiert. Diesmal zog es ihn nach Russland, in eine Art »Sehnsuchtsland«, das ihm schon sein Vater nahegebracht hatte. »Er war Trotzki«, sagt Rau. »Ja, so was gab es mal.« Rau forschte über den Gulag und merkte bald, dass er für sein Theaterkonzept eher die zeitnahe Geschichte und noch lebende Menschen brauchte. Die Idee zu den *Moskauer Prozessen* entstand. »Das Sacharow-Zentrum lässt zwei Prozesse nachstellen, die es verloren hat«, sagt Rau. »Das wäre ja sogar in Deutschland frech.« Der Vorwitz gefällt ihm.

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit. »Es erfüllt die Funktion, die eigentlich die russischen Medien hätten«, erklärt der Leiter des Theaterprogramms des Sacharow-Zentrums, Michail Kaluschskij. »Es erzählt von dem, worüber das Fernsehen schweigt. Die offiziellen Kanäle und Medien leiden gerade in ihrem historischen Gedächtnis an Sklerose. Präsident Putin tut uns zusätzlich einen Gefallen, wenn er ein universales Geschichtsbuch für die Schule vorschlägt. Denn Geschichte kann unterschiedlich erzählt werden. Da setzt das dokumentarische Theater an.«

Es hat allerdings mit der Passivität vieler Menschen zu kämpfen. Sie sind noch vom sowjetischen System geprägt, das nur eine allgemein gültige Meinung kannte, und erleben heute ein Regime, in dem die Oberen lieber Dekrete schreiben, als zu diskutieren. »Dieses Theaterprojekt bietet die außergewöhnliche Chance, einmal alle anzuhören und sich selbst eine Meinung zu bilden«, sagt der Jurist Maxim Krupskij, der gegen seine persönliche Überzeugung in Raus *Prozessen* als Ankläger auftrat. »Die heutige Welt lebt doch vom ständigen Zweifel und Überdenken.« In Russland aber werden nur wenige die *Prozesse* sehen. Die einmalige Performance lief fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Rau ließ sie filmen. Wo der Film später gezeigt werden kann, bleibt offen.

Monatlang hatte Rau um Teilnehmer an seinen *Prozessen* geworben. Fachleute und Betroffene sollten auf die Bühne treten, keine Schauspieler. Rau wollte die Verfahren nicht nachstellen und gab jedem Textfreiheit. Er bekam Absagen: Manche Gläubige verabscheuen das Sacharow-Zentrum als Hort der Liberalen. Höhere Geistliche der orthodoxen Kirche antworteten erst gar nicht. Sogar Richter im Ruhestand fanden sich nicht bereit, den Vorsitz auf der Bühne zu übernehmen. Sie fürchteten Probleme. Eine Fernsehmoderatorin gab letztlich die Richterin.

Die Performance wurde allein ihres brisanten Themas Religion wegen zum Theaterereignis. Russlands Frömmler fühlen sich stark, da der Staat sie unterstützt und zugleich die atheistische Elite der Sowjetzeit ihren Einfluss verliert. Sie wehren sich gegen den wachsenden Islam in Russland und gegen die Globalisierung, die Werte aus dem »liberal-faschistischen« Westen ins Land schwappen lässt. Ihr Weltbild ist hermetisch abgeschlossen und in sich logisch: Das russische Wesen wird von außen bekämpft. Zeitgenössische Kunst, so sagen sie, sei ein Mittel dafür und werde vor allem vom US-Außenministerium finanziert. Das russische Volk solle in moralische Depression und Stress versetzt werden, um seine Arbeitsleistung und Abwehrbereitschaft zu schwächen. Im Sacharow-Zentrum rief das bei manchem Gelächter hervor. Im Land würde es von vielen schweigend angenommen.

Die Geschworenen waren am Ende so gespalten wie die russische Gesellschaft

Die Liberalen wiederum betonen die Freiheit der Meinungsäußerung. Erst die freie Kunst zeige, wo die wunden Punkte in der Gesellschaft lägen. Der frühere Priester Gleb Jakunin, den die orthodoxe Kirche verstoßen hat, verkörperte im Zeugenstand die in Russland oft überhörte Kombination aus Gläubigkeit und Toleranz. »Manche der Kunstwerke beleidigen«, sagte er, »aber sie haben ein Lebensrecht.« Die Zeugin der Verteidigung, Jelena Wolkowa, resümierte: »In sowjetischer Zeit habe ich die Religion verteidigt. Heute verteidige ich die Kunst.«

Wenn es auch zum Dialog noch nicht reichte, gelang das gemeinsame Zuhören. Die einen warfen Pussy Riot Rowdytum vor, und die anderen konterten, indem sie die jungen Frauen zur erfolgreichen Belebung eines Malewitsch-Bildes stilisierten: Menschen ohne Gesichter, in farbiger Kleidung vor einem weißen, also

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

austauschbaren Hintergrund. Die einen betonten, dass Russland ein Teil Europas sei, und die anderen verwiesen auf die Landkarte: Der Hauptteil des Landes liege doch in Asien. Der jahrhundertealte Streit zwischen Westlern und Ostlern lebt weiter. Aber im Publikum saß eine Frau von Pussy Riot neben einem gläubigen Aktivist, der auf der Straße gegen die Demos ihrer Anhänger kämpft.

Der Burgfriede wurde von außen bedroht. Vier angebliche Mitarbeiter des russischen Migrationsdienstes, von denen drei sich nicht ausweisen wollten, tauchten auf, um die Papiere aller anwesenden Ausländer zu prüfen. Diese Provokation schaffte, woran es im Gerichtssaal noch mangelte: Der Dialog funktionierte. Ankläger und Verteidiger taten sich zur Rettung der Performance gegen die Kontrolleure zusammen. »Manchmal geben Staatsbeamte Anweisungen, über deren Folgen sie nicht nachdenken«, schimpfte der Experte der Anklage, Maxim Schewtschenko. »Sie verschlechtern das Ansehen Russlands weiter. Mit solchen Bürokraten braucht man keine Feinde mehr.« Rau erhielt vom Migrationsdienst eine Rüge, weil er mit seinem Geschäftsvisum nicht künstlerisch tätig sein durfte.

Dann kamen die Kosaken. 40 Mann in lockerer Einheit und fantasievollen Kostümen zogen vor das Sacharow-Zentrum. Die Veranstalter baten fünf von ihnen in den Saal. Schewtschenko fragt sicherheitshalber, ob sie auch keine Säbel oder Dolche dabei hätten. Die Kosaken waren unbewaffnet, schoben bald die Persianermütze in die Stirn oder tippten gelangweilt auf ihren Handys herum. Dann zogen sie wieder ab. Sie konnten im Gerichtssaal keine Gotteslästerung entdecken.

Die Geschworenen zeigten sich am Ende des Prozesses so gespalten wie die russische Gesellschaft. Ihr Urteil: ein knapper Freispruch. Das Publikum klatschte. Aber nur kurzzeitig drohte ein harmonisches Ende. Dann protestierte der Ankläger Schewtschenko und plädierte für eine Neuverhandlung. Die Richterin beendete das Verfahren mit einem Hammerschlag im Unfrieden.

Schuld ist stets der Klassenfeind: »Ankläger« Maxim Kruskij zeigt ein volksfeindliches Objekt aus der Ausstellung »Vorsicht! Religion«

Load-Date: March 25, 2022

Die Bilanz ist grau; Bevor der Wahlkampf in die heiße Phase tritt, verteilt unser Autor ANTON PELINKA Zensuren für die Leistung der Regierung in den vergangenen fünf Jahren

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH; Die Bilanz ist grau; S. 10; Ausg. 32

Length: 1708 words

Byline: Anton Pelinka

Body

Der vor fünf Jahren gewählte Nationalrat verabschiedet sich - und mit ihm die Bundesregierung. Zeit für eine Bilanz. Diese droht freilich in dem grobschlächtigen Wahlkampfgetöse unterzugehen. Denn was der Parlamentsmehrheit und damit der Regierung zuzurechnen ist, erscheint vor Wahlen nebensächlich. SPÖ und ÖVP werfen sich in die Brust und reklamieren das, was sich positiv darstellen lässt, für sich allein. Denn: Wahlen sind Nullsummenspiele - eine Partei kann nur auf Kosten anderer gewinnen.

Was zunächst positiv auffällt: Die Regierung hat sich nicht in vorgezogene Wahlen **geflüchtet**, wie es die blau-schwarze Regierung 2002 oder die Große Koalition 2008 getan haben. Die Rechnung, durch die Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre die Rahmenbedingungen für effektives Regieren zu verbessern, ist aufgegangen.

Doch wurde diese Chance auch genutzt? Eine Regierungsbilanz in einer Demokratie ist niemals schwarz oder weiß - sie changiert in unterschiedlichen Grautönen, die eine Bewertung unabhängig vom Wahlkampflärm ermöglichen.

Eine Bewertung der Regierung insgesamt ist nicht sinnvoll. Sinnvoll ist es nur, die einzelnen Politikfelder zu bewerten. Die Bundesregierung ist nicht nur eine Koalition, sie ist auch ein Kreis von selbstständig agierenden Ministern. Diese bestimmen über die einzelnen Politikfelder im Zusammenhang mit den strategischen Vorgaben ihrer jeweiligen Partei.

Dass die bilanzierende Bewertung in einer Art Zeugnis erfolgt, hat auch damit zu tun, dass bei den Wahlen am 29. September über Auf- oder Abstieg der einzelnen Parteien entschieden wird. Diese Festlegung erlaubt keine feinere Beurteilung, denn zu wählen heißt: Ja oder Nein zu sagen. Aus der Mischung aller Grautöne entsteht eine neue Farbe. Doch hinter jedem Kreuz, das auf den Stimmzettel gesetzt wird, steht die Wahrnehmung vieler Einzelheiten, aus denen die Politik einer Regierung insgesamt besteht - nicht zuletzt die auf einzelne Personen bezogene Sympathiewerte.

Gedächtnispolitik: Gut

Die Bilanz ist grau Bevor der Wahlkampf in die heiße Phase tritt, verteilt unser Autor ANTON PELINKA Zensuren für die Leistung der Regierung in den vergangenen

Diese Regierung hat endlich einige skandalöse Ausblendungen der Nachkriegszeit beendet. Am Ulrichsberg stellt das Bundesheer nun keine Ehrenwachen mehr für diejenigen, die den Ausgang des Zweiten Weltkriegs beklagen. Auch wurde dieses Jahr des 8. Mai, des Jahrestages der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands, würdig gedacht. Der Heldenplatz war frei von Kundgebungen deutschnationaler Revisionisten. Und endlich wurden die Weichen für ein Deserteursdenkmal gestellt. Im siebten Jahrzehnt ihres Bestehens scheint die Zweite Republik sich dazu durchgerungen zu haben, ein demokratisches Österreich-Narrativ öffentlich herzuzeigen: Österreich ist frei, weil der NS-Staat besiegt wurde.

Wahlkampfkostenbeschränkung: Gut

Die österreichische Politik ist im internationalen Vergleich extrem teuer. Die Ursachen waren der leichte Zugang der Parteien zu öffentlichem und privatem Geld und das Fehlen einer wirksamen Kostenbremse. Frank Stronachs Ankündigung, sein Milliardenvermögen in den Wahlkampf zu pumpen, hat wohl bei den anderen Parteien ein Umdenken gefördert.

Die Regel lautet nun: Wahlerfolge sollen nicht direkte Folge des finanziellen Einsatzes sein. Allerdings wird sich erst nach dem Wahltermin feststellen lassen, wie viel die in diesem Jahr beschlossenen Maßnahmen tatsächlich wert sind. Erst dann wird klar sein, ob die Begrenzung der Wahlkampfkosten eingehalten wurde, in welchem Ausmaß die eingebauten Umgehungsmöglichkeiten das Konzept zu stark durchlöchert und damit entwertet haben und ob der Rechnungshof sich ein realistisches Bild der Kosten machen konnte oder durfte.

Wirtschaftliches Krisenmanagement: Gut bis befriedigend

Wenn auch eine Ursache-Wirkung-Analyse nicht eindeutig belegen kann, was das Verdienst der Sozialpartnerschaft und was die Folge einer schon vor Jahrzehnten erarbeiteten Stabilität ist - die Regierung hat zumindest nicht verhindert, dass Österreich im europäischen Vergleich die Krise gut gemeistert hat. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) und Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) sorgten für die Feinabstimmung mit der Sozialpartnerschaft. Allen Unkenrufen zum Trotz hat das Land derzeit die geringste Arbeitslosigkeit innerhalb der EU, und die Schwächephase der Wirtschaft hat bisher zu keiner Rezession geführt. Die Bilanz kann sich im europäischen Vergleich sehen lassen. Die Regierung kann sich dies als Erfolg verbuchen.

Europapolitik: Gut bis befriedigend

Werner Faymann, dem bei seinem Antritt 2008 aus guten Gründen der Ruf eines EU-Laien mit Neigungen zum Anti-Europa-Populismus vorausging, hat sich europapolitisch erfolgreich profiliert. Das ist gut für die Reputation der Regierung insgesamt. Für die ÖVP ist es andererseits eine Herausforderung. Denn ihr droht die historisch erworbene Etikette »Europapartei« abhanden zu kommen. Die Volkspartei reagiert auch bereits, indem sie die Monopolstellung des Kanzlers im Europäischen Rat als Konsequenz des Vertrages von Lissabon problematisiert.

Der Europakonsens zwischen SPÖ, ÖVP und Grünen hat gehalten. Auch das nützt Österreich - denn sollte der politische Diskurs in einen EU-feindlichen Konkurrenzkampf der Parteien schlittern, wozu die Rhetorik von FPÖ und Team Stronach einladen, schadet dies vor allem der Durchsetzungsfähigkeit österreichischer Interessen in Brüssel.

Außenpolitik: Befriedigend

Dass sich das kleine Österreich nicht allzu heftig um ein außenpolitisches Profil jenseits der Mitgliedschaft in der EU bemüht, ist nachvollziehbar. Vernünftig ist, dass das Land im Kosovo politisch und militärisch präsent ist und am Westbalkan nach wie vor eine sichtbare Funktion innehat. Fragwürdig ist es hingegen, dass sich Wien im Nahen Osten zunehmend dadurch profiliert, Israel zu kritisieren. Hier haben gerade die Gralshüter der Neutralität, die vor allem in der SPÖ zu finden sind, mit echter Neutralitätspolitik offenbar nichts mehr am Hut.

Und in den anderen Weltregionen? Es gibt gute Gründe dafür, dass die aktive Außenpolitik der Kreisky-Ära als längst vergangener Einzelfall ins Museum der Geschichte gestellt wird. Der Kalte Krieg ist vorbei, und damit ist

Die Bilanz ist grau Bevor der Wahlkampf in die heiße Phase tritt, verteilt unser Autor ANTON PELINKA Zensuren für die Leistung der Regierung in den vergangenen

auch die österreichische Rolle eines unparteiischen Vermittlers zwischen den beiden Machtblöcken nur noch Erinnerung.

Demokratiereform: Befriedigend

Es ist nur allzu verständlich, dass die Regierung nicht auf jeden Modetrend aufspringt und jeder Wahlrechtsreformidee hinterherhechelt. Es ist richtig, wenn sie sich nicht an der Vereinfachung beteiligt, die auch aus vielen Medien widerhallt: »Direkte Demokratie - hui, Parteien - pfui!« Trotzdem eierte die Große Koalition hin und her, zwischen wohlfeilen Gesten an Wutbürger und dem österreichischen Brauch, im Zweifel alles auf die lange Bank zu schieben. Dabei entstand insgesamt eine Politik, die oft unter dem begründeten Verdacht der Verteidigung kurzfristiger Eigeninteressen stand. Es war aber auch insgesamt keine Politik zu beobachten, die mehr gewesen wäre als bloße Reaktion auf Zurufe von außen.

Bildungspolitik: Genügend

Einige Schritte in die richtige Richtung einer an den OECD-Standards orientierten Reform des Bildungssystems wurden in den vergangenen fünf Jahren gesetzt. Stichworte: neue Mittelschule und Studienplatzfinanzierung in einigen universitären Bereichen. Der große Wurf fehlte aber. Die Chance zu einem bildungspolitischen Junktim wurde den Vetomächten geopfert: den Blockierern jeder weiterreichenden Schulreform auf der einen und den Illusionisten eines freien Universitätszuganges auf der anderen Seite. Die SPÖ-Unterrichtsministerin und der ÖVP-Wissenschaftsminister erweckten zwar den Eindruck, persönlich die heiligen Kühe ihrer Parteien schlachten zu wollen - aber letztlich langte es immer nur dazu, von der jeweils anderen Seite ein Opferritual zu fordern. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, der Einzelschritte in Richtung Studiengebühren aufgehoben hat, und die nur schwer erträglichen Verhandlungen mit der schwarz dominierten Lehrgewerkschaft zeigen nur, dass nichts Substanzielles weitergegangen ist.

Migrationspolitik: Genügend bis nicht genügend

Der Regierung fehlte jeder Mut zu innovativen Schritten, die freilich nur auf europäischer Ebene erfolgen könnten. Der einzige Lichtblick war die Installierung eines Integrationsstaatssekretärs. Er vermochte das strukturelle Grundübel zwar nicht zu beseitigen, aber immerhin die Perspektive zu relativieren, bei der Migration ausschließlich als eine Frage der Inneren Sicherheit und damit der Polizei betrachtet wird. Zu mehr hat es aber nicht gereicht. Etwa zu einem Signal europäischer Solidarität an jene Staaten, die durch ihre geografische Lage von der Migration besonders belastet sind. Österreich macht es sich als ein Staat ohne Schengen-Außengrenzen recht bequem.

Verteidigungspolitik: Nicht genügend

Eine Debatte über die Zukunft der militärischen Landesverteidigung wurde erfolgreich vermieden. Die ÖVP überrollte die Chance, im Zuge des Bundesheervolksbegehrens über Sinn und Zweck der Streitkräfte zu diskutieren, mit einem Propagandafeldzug für den Zivildienst. Die SPÖ war Gefangene ihres Neutralitätsdogmas, das in Verbindung mit dem wenig glaubwürdigen Schwenk zu einer Berufsheerposition einer wirklichen Heeresdebatte im Wege stand. Das Fehlen einer überzeugenden Perspektive zeigte sich auch, als der Rückzug vom Golan dem Bundesheer eine wichtige Aufgabe nahm. Und die wird auch durch vermehrte Sportangebote für Soldaten nicht ersetzt werden können.

Schlussendlich gibt es noch jene Themen, die es erst gar nicht auf die Tagesordnung schafften: eine weitreichende Pensions- und eine ebensolche Verwaltungsreform etwa, die nach den Schnellschüssen aller Populisten das Budget sanieren könnten. Oder die Reform des Bundesstaates, die bereits in der Folgenlosigkeit des Österreich-Konvents von 2004/05 erstickte. Und der Strafvollzug geriet erst durch tragische Ereignisse unmittelbar vor Beginn des Wahlkampfes auf den Radarschirm der Innenpolitik.

Fünf Jahre lang regiert: Das Kabinett Faymann steht kurz davor, von den Wählern beurteilt zu werden

Die Bilanz ist grau Bevor der Wahlkampf in die heiße Phase tritt, verteilt unser Autor ANTON PELINKA
Zensuren für die Leistung der Regierung in den vergangenen

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Köpfchen, Alter!; Die Bildungsexpansion hat dafür gesorgt, dass die Deutschen schlauer sind als früher

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. April 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: SERIE: VORSICHT, GUTE NACHRICHTEN!; S. 35; Ausg. 15

Length: 404 words

Byline: Martin Spiewak

Body

Einst war sie die wichtigste deutsche Schulform, daher ihr Name: die Hauptschule. 1972 besuchten sie noch die Hälfte aller 13-Jährigen, heute sind es gerade noch 15 Prozent. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Schüler fast verdoppelt, welche die Schule mit dem Abitur beenden. Noch nie gab es so viele Studenten und so wenige Schulabbrecher in Deutschland wie heute. Die Bildungsexpansion hat vor allem die Mädchen begünstigt, die heute im Durchschnitt bessere Abschlüsse machen als Jungen. Aber auch Schüler aus Migrantenfamilien, die Sorgenkinder unseres Schulsystems, haben von dem profitiert, was Bildungsforscher "kognitive Mobilisierung" nennen. Der Durchschnittsdeutsche wird messbar schlauer: Jedes zusätzliche Schuljahr bringe im Schnitt drei IQ-Punkte, schreibt die Intelligenzforscherin Elsbeth Stern.

Dennoch klagen Lehrer seit Langem über den Leistungsverlust ihrer Schüler. Abgesehen davon, dass dieses Lamento schon im alten Griechenland verbreitet war: Für die einzelnen Schulformen trifft die Diagnose sogar zu. Wenn heute 40 statt 10 Prozent einer Altersstufe das Gymnasium besuchen, ist das mittlere Lernniveau zwangsläufig niedriger als früher. "Auf den ganzen Jahrgang bezogen, lernen die Schüler aber dennoch mehr", sagt der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein.

Zu einer generellen Abwertung der Abschlüsse hat die Bildungsexpansion nicht geführt. Die Arbeitslosenrate unter Akademikern zum Beispiel liegt seit vielen Jahren unter fünf Prozent. Das liegt vornehmlich daran, dass die Anforderungen in vielen Berufen gewachsen sind und weiter steigen werden.

Als Problem erweist sich der Trend für jene Schüler, die nur einen Hauptschulabschluss vorweisen können oder nicht einmal das. Unter ihnen sind viele, die im Lesen und Rechnen kaum über das Niveau der Grundschule hinauskommen. Sie haben wenig Aussicht auf eine Ausbildung oder einen Beruf, mit dem sie ohne staatliche Hilfe eine Familie ernähren können. Zwar ist der Anteil der sogenannten Risikoschüler in den vergangenen zehn Jahren von einem Viertel auf ein Fünftel gesunken. Gleichzeitig sinkt jedoch ihr Optimismus, den Aufstieg aus eigener Kraft schaffen zu können. In einer Allensbach-Umfrage aus dem vergangenen Jahr stimmten nur 18 Prozent dieser Jugendlichen der Aussage zu, dass jemand, der sich anstrengt, es in dieser Gesellschaft zu etwas bringen kann.

VON MARTIN SPIEWAK

Köpfchen, Alter! Die Bildungsexpansion hat dafür gesorgt, dass die Deutschen schlauer sind als früher

Load-Date: April 4, 2013

End of Document

"Die Behörden haben nicht unvoreingenommen ermittelt"; Im Fall NSU haben die Sicherheitsbehörden die Wahrheit nicht vertuscht, aber verdrängt, sagt der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses Edathy im Interview.

ZEIT-online

Samstag 3. November 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: NSU-TERROR; Ausg. 45

Length: 1152 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Gedenkstein für Mehmet Kubasik, am 4. April 2006 in Dortmund erschossen

© Peter Grewer/dapd

ZEIT ONLINE: Herr Edathy, nur zufällig wurde vor einem Jahr die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) entdeckt. Was war Ihr Gedanke, als Sie davon erfuhren?

Sebastian Edathy: Dass wir Rechtsterrorismus in Deutschland haben, hat mich als Innenpolitiker nicht überrascht. Aber das Ausmaß der Taten und die Skrupellosigkeit der Täter haben mich erschüttert. Das Serienverbrechen an den neun Migranten zum Beispiel war mir gar nicht bewusst gewesen, zumal die Sicherheitsbehörden lange in die falsche Richtung ermittelt haben. Als dann die Sonderkommission Bosphorus im Jahr 2006 endlich überlegte, ob nicht doch Rechtsextremisten hinter den Morden stecken, gab es zudem eine Absprache, das öffentlich nicht zu thematisieren.

ZEIT ONLINE: Man wollte wohl nicht das gute Image Deutschlands bei der Fußball-Weltmeisterschaft konterkarieren.

Edathy: Im Untersuchungsausschuss hat der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein ausgesagt, er wollte nicht zu einer Verunsicherung der türkischen Gemeinde beitragen. Das ist natürlich ein hanebüchenes Argument. Aber es ist ein gutes Beispiel für das, womit wir Abgeordnete uns seit Monaten beschäftigen: mit einer falschen Herangehensweise der Sicherheitsbehörden an diese Taten. Was nicht sein durfte, konnte nicht sein. Rassismus durfte offenbar nicht als mögliches Motiv nach außen benannt werden.

ZEIT ONLINE: Der Untersuchungsausschuss des Bundestages untersucht seit Januar das Versagen der Sicherheitsbehörden bei der Suche nach den Terroristen. Die Abgeordneten kämpfen dabei immer wieder gegen Widerstände, treffen auf mangelnde Aussagebereitschaft. Haben Verfassungsschutz und Polizei denn irgendetwas begriffen?

"Die Behörden haben nicht unvoreingenommen ermittelt" Im Fall NSU haben die Sicherheitsbehörden die Wahrheit nicht vertuscht, aber verdrängt, sagt der Vorsitzen....

Edathy: Ich hoffe es zumindest. Klar ist, es müssen sich Strukturen erheblich ändern. Die Behörden haben in den Mordfällen an den Migranten nicht objektiv und unvoreingenommen ermittelt. Was außerdem auffällt bei unseren Zeugenbefragungen: In Teilen der Sicherheitsarchitektur herrscht ein völlig irrationales Rivalitäts- und Konkurrenzdenken. Bei der Suche nach den Tätern wurden Informationen nicht weitergegeben. Das ist natürlich ein unerträglicher Zustand, wenn Behörden, die dem Rechtsstaat dienen sollen, sich gegenseitig behindern.

ZEIT ONLINE: Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verweist auf das neu gegründete Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts und die Rechtsextremismusdatei und sagt, Daten würden nun schneller weitergegeben und besser ausgewertet. Reicht das?

Edathy: Das geht in die richtige Richtung. Aber auch die Kompetenz der Fahnder muss verbessert werden. Bei Polizei und Inlandsgeheimdienst hat es zum Teil schlicht an Analysefähigkeiten gemangelt.

<http://xml.zeit.de/gesellschaft/zeitleiste-rechtsterrorismus>

ZEIT ONLINE: Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, fordert als Konsequenz endlich ein NPD-Verbot.

Edathy: Das NPD-Verbotsverfahren muss man trennen von der Aufarbeitung der NSU-Mordserie. Es gab zwar punktuelle Verbindungen von NPD-Funktionären zum Umfeld der drei Terroristen. Es wird aber niemand ernsthaft behaupten, der NSU sei der militärische Arm der NPD gewesen. Die punktuellen Verbindungen können sicher als Argumentationspunkte dienen für ein neues NPD-Verfahren. Das alleine reicht aber nicht, um einen entsprechenden Vorstoß in Karlsruhe zu begründen.

ZEIT ONLINE: Die elf Abgeordneten des Untersuchungsausschusses sind dafür gelobt worden, dass sie bei der Aufklärung dieser Affäre ohne parteipolitische Spitzchen zusammenarbeiten. Können Sie garantieren, dass dies im nun beginnenden Bundestagswahlkampf so bleibt?

Edathy: Ich bin zuversichtlich, dass wir weiter gut zusammenarbeiten. Wir haben darüber gesprochen, dass wir dieser Linie treu bleiben wollen.

ZEIT ONLINE: Ihr FDP-Kollege Hartfrid Wolff regt an, den Untersuchungsausschuss auch nach der Bundestagswahl weiterzuführen. Was halten Sie davon?

Edathy: Ich halte diese Debatte für unnötig. Zugespitzt formuliert: Wir müssen laufend darum kämpfen, dass die Behörden uns ihre Akten zuleiten. Es wäre völlig falsch, denen jetzt zu signalisieren, sie könnten sich auch bis nach der Bundestagswahl damit Zeit lassen. Wir sind gesetzlich angehalten, bis zum Ende der Legislaturperiode unsere Arbeit abzuschließen. Das ist ambitioniert, aber das kriegen wir hin.

ZEIT ONLINE: Haben Sie mal gezählt, durch wie viele Aktenordner Sie sich bisher durchgearbeitet haben?

Edathy: 2.500 etwa. Es werden sicherlich noch mehr.

ZEIT ONLINE: Wie sollte künftig mit den Informanten aus der rechten Szene, mit den umstrittenen V-Leuten umgegangen werden?

Edathy: Wenn Sie versuchen, verdeckte Polizei-Ermittler in die Szene einzuschleusen, dann dauert das Jahre, wenn es überhaupt gelingt. Es ist also naheliegend, einzelne Personen aus der Szene zu gewinnen, die dem Staat gegen Geld Informationen zukommen lassen. Es muss aber eine klare rechtsstaatliche Kontrolle geben, und daran hat es in der Vergangenheit zum Beispiel in Thüringen gefehlt. Da hat ein V-Mann mit staatlichen Geldern die rechtsextreme Szene maßgeblich finanziert, über die er dann berichtet hat. So etwas darf nicht wieder vorkommen.

ZEIT ONLINE: Können Sie ausschließen, dass Beate Zschäpe, Uwe Mundlos oder Uwe Böhnhardt dem Verfassungsschutz zugearbeitet haben?

"Die Behörden haben nicht unvoreingenommen ermittelt" Im Fall NSU haben die Sicherheitsbehörden die Wahrheit nicht vertuscht, aber verdrängt, sagt der Vorsitzen....

Edathy: Es gibt bisher keine Informationen, die darauf hinweisen würden. Das heißt aber nicht, dass ich das ausschließen kann. Der Militärische Abschirmdienst hatte Kontakt zu Uwe Mundlos, als dieser seinen Wehrdienst ableistete. Bald werden wir uns im Ausschuss damit befassen, wie eng dieser Kontakt war. Da gibt es noch viele Fragen.

ZEIT ONLINE: Die Angehörigen der NSU-Opfer sind inzwischen finanziell entschädigt worden. Ist die Fürsorgepflicht des Staates damit abgeschlossen?

Edathy: Ich habe erst kürzlich die Opfer des Nagelbombenanschlages von Köln besucht. Mein Eindruck ist, es gibt noch viele Probleme. Da müssen wir helfen, und das machen wir in enger Kooperation mit der Beauftragten für die NSU-Opfer, Barbara John, die exzellente Arbeit leistet. Es stellt sich übrigens die grundsätzliche Frage, ob das Parlament nicht als ständige Einrichtung eine Ombudsperson für Opfer rechtsextremistischer Gewalt einsetzen sollte. Darüber sollte man diskutieren.

ZEIT ONLINE: Was ist ihr Fazit nach fast einem Jahr Ermittlungsarbeit: Haben die Sicherheitsbehörden bei der Suche nach der NSU nicht doch etwas vertuscht?

Edathy: Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, dass man die Täter kannte und die Ermittlungen bewusst in eine andere Richtung geleitet hat. Es war möglicherweise systemisches Versagen: Eine Mischung aus Wegschauen, Nicht-Wahrhabenwollen, Inkompetenz und fehlender Kommunikation zwischen den Behörden. Schlimm genug. Der worst case wäre selbstverständlich: Man wusste mehr, als man bisher eingeräumt hat.

Load-Date: November 4, 2012

POLITIK

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Mai 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: IN DER ZEIT; S. 14; Ausg. 22

Length: 1059 words

Body

2 Freundschaft in der Politik Norbert Röttgen und Peter Altmaier von Bernd Ulrich

4 "Warum ich den Euro nicht will" Thilo Sarrazin im Gespräch

5 Die Linke Das Ende von Oskar Lafontaine von Mariam Lau

6 Irland Euro-Krise mit Stil: Das Land muss über den Fiskalpakt abstimmen von Jochen Bittner

7 Kulturpolitik Mehr Migranten zu Intendanten! von A. Schmitz

8 Schuldenkrise Griechenland am Abgrund von Thomas E. Schmidt

9 Eurovision Song Contest Wie europäisch ist Aserbaidschan? von Johannes Voswinkel

10 Terrorverdacht Kenias Polizei sucht einen deutschen Islamkonvertiten. Die Eltern sind verzweifelt von Yassin Musharbash

12 Zeitgeist von Josef Joffe

SPD Schluss mit der Troika von Peter Dausend

13 Immer schlimmer von S. Gaschke

Dossier

15 Medien Frank Schirrmacher ("FAZ") und Giovanni di Lorenzo über medialen Konformismus, die Macht des Internets und ihre eigene Verantwortung

18 Wochenschau Europa Die frappierend unterschiedlichen Grenzstädte Ventimiglia und Menton von Annika Joeres

Schach-WM Der Kampf geht weiter von Ulrich Stock

Geschichte

POLITIK

19 Württemberg Alles neu in Stuttgarts Landesmuseum von Benedikt Erenz

20 Zweiter Weltkrieg Triumph und Tragik des Alan Turing von Henning Sietz

Wirtschaft

21 Deutsche Bank Josef Ackermann geht. Was bleibt? von Uwe Jean Heuser

Kinder Die Familienpolitik der Regierung ist eine Katastrophe von Elisabeth Niejahr

22 Facebook Wer hat Schuld am Flop? von K. Bode und G. Hamann

23 Opel Der Vizechef des Mutterkonzerns und seine Pläne für Deutschland. Ein Gespräch

24 Europa Die EU muss Wirtschaft anders denken - auch in der Krise von Nicholas stern

Euro Die Angst vor der großen Kapitalflucht von mark schieritz

25 Frankreich Europa muss mehr tun als sparen, fordert der Präsidentenberater Philippe Aghion

27 Tegel Der alte Flughafen hilft Berlin aus der Klemme von Marcus Rohwetter

28 Sparkassen Die mächtigste Lobbygruppe in Berlin von mark schieritz und arne storn

30 Kunstmarkt Die Sammlung von Gunter Sachs wird versteigert von John F. Jungclaussen

Geld und Leben

31 Internet-Politik Alles läuft falsch von Bernd Holznagel und Pascal Schumacher

Krisenländer Sie brauchen Hilfe bei der Einführung eines dualen Ausbildungssystems

Ökonom Je lockerer ein Karriere-Netzwerk, desto besser von sophie crocoll

32 Was bewegt... den Industriellen Arnaud Lagardère? von Karin Finkenzeller

Wissen

33 Raumfahrt Ein privater Raumtransporter startet ins All

Kunst Wissenschaftler erforschen die Maltechniken Albrecht Dürers von Urs Willmann

34 Schule Ein Bildungsrat ist nötig. Berlins ehemaliger Bildungssenator Jürgen Zöllner erklärt, warum

35 Raumfahrt Die Forschungsbilanz der ISS ist mager von Dirk Asendorpf

36 Kaffee Wie kommt das Koffein aus der Bohne? von Stefanie Schramm

37 Infografik Alles über Wurst

38 Medizin Ärzte suchen Methoden, Narbenbildungen zu minimieren von harro Albrecht

39 Ein Minilabor soll die Erreger der Lungenentzündung entlarven von Josephina Maier

41 Kinderzeit Castingshows Bei RTL treten jetzt auch Kinder gegeneinander an von Judith Scholter

42 ZEIT Kinderfilm-Edition (8) "Soul Boy"

Feuilleton

POLITIK

43 Das Glück ist grün Woher rührt der Gartenboom? von hanno rauterberg

45 Der politische Mensch im Garten von jakob augstein

Interview mit dem Kunsthistoriker Horst Bredekamp über die Philosophie des Gartens

jens jessen über den Gartenterror

46 Urheberdebatte Ein Plädoyer für das Autorenprinzip von wolfgang prinz

47 Belletristik Felicitas Hoppe "Hoppe" von ijoma mangold

Nachruf auf den Historiker Arno Lustiger von e. von thadden

48 Politisches Buch Bei Ling "Ausgewiesen. Über China" von tilman spengler

Erzählungen Raymond Carver "Beginners" von bernadette conrad

49 Sachbuch Thilo Sarrazin "Europa braucht den Euro nicht" von henrik enderlein

50 Kino Eine Regisseurin dreht im streng islamischen Saudi-Arabien. Wie geht das? von jana simon

51 Cannes Interview mit dem Regisseur Wes Anderson

Vier Filme über die Liebe von Katja nicodemus

52 Theater Neue Stücke von Peter Handke und anderen in Wien von peter kümmel

Kunst "Made in Germany" in Hannover von gerrit gohlke

53 Kunstmarkt Der Kunsthändler Thomas le Claire von stefan koldehoff

Museumsführer Das Bauhaus-Museum in Berlin von johanna di blasi

56 Nachrufe Der Sänger Dietrich Fischer-Dieskau von volker hagedorn

Robin Gibb von den Bee Gees von thomas gross

57 Jazzlegende Ein Besuch bei Archie Shepp von stefan hentz

58 Glauben & Zweifeln Vatikan Benedikt XVI. entscheidet über die Zukunft der Piusbruderschaft von David Berger, Evelyn Finger u. Gregor Maria Hoff

Reisen

59 Pilgern Mit Tochter und Sohn auf dem Jakobsweg von Bjørn Erik Sass

61 Wales Coasteering an der Küste von Anglesey von Julius Schophoff

62 Magnet "Hijacked 2. Australien/Deutschland"

Lesezeichen

63 Kreuzfahrt Was mit den Prachtschiffen gestürzter Diktatoren geschieht von Dela Kienle

64 Interview Douglas Mack ist mit einem 50 Jahre alten Reiseführer durch Europa gefahren

Chancen

POLITIK

65 Vergrault Ausgerechnet in den Ingenieurwissenschaften gibt fast jeder Zweite auf von Jan-Martin Wiarda

66 Salafisten "Gott ist kein Diktator"

67 Experiment In Cottbus sollen TU und FH fusionieren - entsteht eine Hochschule neuen Typs? von Malte Buhse

69 Gesundheitsforschung Junge Mediziner müssen sich ihre Zeit im Labor erkämpfen von Hadija Haruna

Public Health Wissenschaft im Dienst der Gesundheitspolitik

82 Zeit der Leser

Rubriken

2 Worte der Woche

22 Macher und Märkte

38 Stimmt's?/Erforscht & erfunden

48 Impressum/Hörbuch

57 Finis/Klarer denken

81 LESERBRIEFE

"Gott ist kein Diktator" Wer sind die Salafisten, die die Deutschen gerade beunruhigen? Was wollen sie überhaupt? Mouhanad Khorchide, Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster, klärt auf Chancen
Seite 66

Die Netzthemen der ZEITWochen der Abrechnung: Der Grüne Boris Palmer nimmt sich die Piraten vor (Politik) und zwei Juristen die schwarzgelbe Netzpolitik. Gier frisst Hirn bei Facebook (Wirtschaft) - und was passiert im Hirn des Urhebers? (Feuilleton)

ZEIT Magazin 100 Ideen, die Fahrten von A nach B angenehmer gestalten, und die beweisen: Der Weg ist das Ziel Die Rettung der Schriftstellerin Lilly Brett Die Rückkehr des Zweireihers

ZEIT Online Der bayerische Inder Vor 25 Jahren kam Kuldip Singh als Asylbewerber nach Bayern und traf die Frau seines Lebens. Im Videoporträt erzählen Kuldip und Corinna, wie sich ihre Liebe gegen alle Widerstände behauptet hat www.zeit.de/leben-mit-rassismus

POLITIK

Load-Date: May 24, 2012

End of Document

Müssen die Ossis dran glauben?; Den neuen Ländern fehlt es an christlichen Werten - das hat fatale Folgen, findet unsere Autorin. Polemik einer Zugereisten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK OSTEN ARTIKELFOLGE WER'S GLAUBT; Müssen die Ossis dran glauben?; S. 12; Ausg. 47

Length: 1624 words

Byline: Nele Bey

Body

Es sind nur sieben Worte. »Vielleicht sollte man denen die NPD vorbeischicken.« Krass, raunt mein Mann, echt krass. Er schiebt mir das iPad mit seiner geöffneten Facebook-Seite herüber. Sven, ein Kumpel aus dem Ruderverein, hat diese sieben Worte gepostet. Es ist sein Kommentar zu einer Nachricht, die wie ein Gespenst durch unseren Kiez spukt: Mitten in Köpenick gibt es ein Flüchtlingsheim. Ausgerechnet in die Räume eines ehemaligen Bürgeramtes hatte der Senat die Neuankömmlinge einquartiert. In einen Plattenbau vis-à-vis dem Bahnhof.

Keiner fragte sie, woher sie kommen. Viele glaubten es schon zu wissen. Sven zum Beispiel. »Sinti und Roma« seien das, sagt er, als wir uns im Ruderclub treffen. In seinem Gesicht spiegelt sich Wut. Diese Leute seien nur gekommen, um den Staat »abzuzocken«, seien Hartz-IV-Betrüger. »Woher willst du das wissen?«, fragte ich. »Na, guck sie dir doch an. Goldkettchen tragen die. Denen geht es doch gut.«

Im Internet wird Sven noch unflätiger. Von »Drecksasylanten« schreibt er auf Facebook. Mein Mann schaut mich an. Ich schaue ihn an. War das der Sven, den wir kannten? Ein netter Kerl, dachten wir. Ende 30, Abitur, BWL-Studium, krisensicherer Job in einer Behörde, geschieden, zwei Kinder. Wenn das Auto nicht anspringt oder der Wasserhahn leckt, Sven hilft.

Vor einigen Jahren sind wir aus dem hohen Norden der Republik in den Osten Berlins gezogen. Nie hätten wir geglaubt, dass auf diesem Ort ein unsichtbarer Schatten liegen könnte. Ausgerechnet hier, in der Großstadt, beginne ich, die Nächstenliebe zu vermissen. Dabei ist Köpenick ein Refugium, es gibt viel Licht, viel Grün. Es ist ein Kiez, in dem jeder jeden kennt; in der Mitte ein Bäcker, zwei Cafés und eine Kirche. Eine mächtige Glocke taktet den Tag in Viertelstunden. Das ist unser Zuhause.

Die Kirche, so dachten wir bisher, spielte in unserem Leben keine große Rolle. Wir sind beide getauft und konfirmiert, sogar geheiratet haben wir mit Gottes Segen. Aber im Gottesdienst waren wir schon lange nicht mehr. Mein Verhältnis zu Gott ist ein pragmatisches. Man muss nicht mit der Bibel unterm Kopfkissen schlafen, um zu wissen, wie man durchs Leben navigiert. Wozu hat man Werte?

Müssen die Ossis dran glauben? Den neuen Ländern fehlt es an christlichen Werten - das hat fatale Folgen, findet unsere Autorin. Polemik einer Zugereisten

Meine Mutter, Jahrgang 1944, war ein Flüchtling. Sie wuchs als achtes Kind einer Vertriebenenfamilie in der norddeutschen Tiefebene auf, in einer Barackensiedlung mit Plumpsklo. Sie war an diesem Ort nicht willkommen, das ließ man sie spüren. Es ging ihr ähnlich wie heute den Ankömmlingen in dem Heim in unserem Kiez. »Pollacken«, so nannte man die Neubürger aus Ostpreußen. Es war ein Stigma, meine Mutter versuchte ihr Leben lang, es loszuwerden. Ihr Haus stand immer offen für andere. Sie ermutigte uns, die Welt zu bereisen und Vorurteilen zu misstrauen. Ich habe mich nie gefragt, ob das praktiziertes Christentum ist.

Diese Frage holte mich erst ein, als wir vor zehn Jahren nach Ostberlin zogen. Werte, von denen ich dachte, sie seien selbstverständlich, galten hier für andere nicht. Oder spricht aus dieser Diagnose die Arroganz des Wessis?

»Ohne Gott ist alles erlaubt«, schrieb Dostojewski. Das erklärt manches

Brandenburgs früherer Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) beklagte 2005, dass der real existierende Sozialismus eine moralisch verlotterte Gesellschaft zurückgelassen habe. Heute glaube nur noch jeder Dritte im Osten an Gott. Der Generalleutnant a. D. war damals schon für seinen forschenden Ton und einen gewissen Mangel an Feingefühl bekannt. Mit Repressionen gegen die Kirchen, kritisierte er, habe das greise Politbüro die Gesellschaft »entchristlicht«. Verbindliche Moralregeln und grundlegende Werte seien verloren gegangen.

Das Fehlen von Religion - ist es das, was unsere Nachbarn von mir und meinem Mann trennt? Die These vom moralstabilisierenden Charakter der Religion hat schon der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski vertreten. Es war seine Erklärung für die eigene Verwandlung vom Revolutionär zum Christen: »Ohne Gott ist alles erlaubt.« Als Politikwissenschaftlerin hätte ich es nie gewagt, diesen Satz zu unterschreiben. Gibt es nicht Unmenschliches, das auch und gerade in christlichen Ländern geschehen ist? Haben nicht nur in Rostock-Lichtenhagen, sondern auch in Solingen und Mölln die Häuser von Migranten gebrannt?

Für meine Examensarbeit habe ich die Rolle der evangelischen Kirche bei der friedlichen Revolution in der DDR untersucht. Ich bin Menschen begegnet, die ihr Leben riskierten, um genau jene Werte und Regeln zu verteidigen, die ich nun im Alltag vermisste. Bürgerrechtler, Schriftsteller, Künstler, Pastoren. Ihr Kampf war gelebte Demokratie.

Ich frage mich, ob Christen die besseren Menschen sind. Führte die säkulare Ethik der DDR tatsächlich dazu, dass sich ihre Bürger nur über Konformität definierten? Nein, sagt der katholische Sozialphilosoph Hans Joas klar und deutlich. Erstens, hält er dagegen, zehre das moralische Fundament säkularer Staaten latent von christlichen Werten. Zweitens könnten sich auch nichtreligiöse Menschen solche Werte zu eigen machen. Sie entstünden nämlich überall dort, wo Menschen auf engem Raum zusammenlebten, »aus der Erfahrung gelungener Kooperation«.

Der Publizist Andreas Püttmann, Autor des Buches *Gesellschaft ohne Gott*, behauptet das Gegenteil. Er stützt sich auf eine ganze Reihe von Umfragen über die Korrelationen zwischen Sozialverhalten und religiöser Einstellung. Danach tauchen religiös geprägte Menschen nicht nur weniger in den Kriminalstatistiken auf als andere, sie sind auch hilfsbereiter und weniger materialistisch.

Hartmut Wittig ist seit 1985 evangelischer Pfarrer in Berlin-Hellersdorf. 60 Jahre, Vollbart, Berliner Schnauze. Seine Kirche hat keinen Turm. Es ist ein Gemeindehaus, das versteckt in einer Plattenbausiedlung liegt.

Wittig sagt, gerade habe eine Frau einen Hilferuf auf seinem Anrufbeantworter hinterlassen. Sie stecke in einer tiefen Krise. Ihr Name stand in keiner Kartei, sie war also kein Mitglied der Gemeinde. Hartmut Wittig musste sie nicht zurückrufen. Er tut es trotzdem, das versteht sich von allein. »Ich bin Seelsorger«, sagt er.

Wittig kennt das noch aus der DDR: Die evangelische Kirche, sie sei ein Anker für all jene gewesen, die dem Sozialismus nicht als nützlich erschienen. Bedingungslos gehorsam und leistungsfähig musste der Musterbürger sein, jederzeit bereit, eigene Bedürfnisse hinter das vermeintliche Allgemeinwohl zurückzustellen. Ein Rädchen in der Maschine Staat. Für Behinderte oder Alte sei in diesem System kein Platz gewesen. Die habe der Staat gerne der Kirche überlassen.

Müssen die Ossis dran glauben? Den neuen Ländern fehlt es an christlichen Werten - das hat fatale Folgen, findet unsere Autorin. Polemik einer Zugereisten

Hartmut Wittig lächelt gequält. Er sagt: »Die Kirche muss sie versorgen - dieses Bewusstsein sitzt bei vielen heute noch drin.«

Gastfreundschaft, sagt der Pastor, müsse man hier noch lernen

An einem Wochentag im Oktober ist die evangelische Kirche in meiner Gemeinde voller als an Heiligabend. Der Pastor hat zu einer Fragestunde eingeladen. Es geht um das Flüchtlingsheim im Ort. Es ist das Thema, das die Menschen in unserem Kiez bewegt.

Auch unser Ruderfreund und Nachbar Sven kommt hin. Die Bänke sind bis auf den letzten Platz besetzt. Die Atmosphäre ist gespannt. So weit sei es schon gekommen, dass man nicht mal mehr im eigenen Hause sicher sei, sagt einer der Anwesenden. Das Sinti-und-Roma-Gesocks, es lungere jetzt schon im Park herum. Seit die da seien, habe es schon drei Einbrüche gegeben. Frauen und Kinder trauten sich gar nicht mehr aus dem Haus. Und deshalb, er holt tief Luft, deshalb müssten die weg.

Die, das sind 120 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, Serbien, dem Iran, Tschetschenien oder Afghanistan, die Hälfte davon Kinder, viele traumatisiert. Warum sie der Senat ausgerechnet in einer ehemaligen Schule zusammengepfercht hat, ohne genügend Duschen und Toiletten, die Frage kann keiner beantworten.

Vom Senat ist niemand da. Die Bezirkspolitiker sind wütend. Sie behaupten, man habe sie überrumpelt. Von einer Notlösung ist die Rede und davon, dass man dem Senat längst kleinere und besser ausgestattete Unterkünfte in Randlage vorgeschlagen habe.

Der Heimleiter bittet um Spielzeug und warme Bekleidung für die Bewohner, der Pastor appelliert an das Mitgefühl. Der Mann aus dem Zeitungskiosk lässt ihn nicht ausreden. Dies sei eine Bürgersprechstunde, keine Predigt, brüllt er. »Jawoll«, raunen zwei Rentnerinnen mit Strickmützen, und eine junge Mutter pflichtet ihnen bei. Ein Mann fragt mit badischem Singsang: »Leute, wovor habt ihr eigentlich Angst?«

Zu DDR-Zeiten, sagt Pfarrer Hartmut Wittig, habe es kaum Ausländer in der DDR gegeben - und wenn doch, habe man sie von den Bürgern isoliert. Vertragsarbeiter aus Kuba oder Mosambik. Die Völkerfreundschaft sei staatlich verordnet worden - und das von einem Regime, dem viele zutiefst misstrauten. Gastfreundschaft, sagt der Pastor, das müsse man jetzt eben noch lernen, auch in meiner Gemeinde. Ein Runder Tisch soll her, schon nächste Woche wollen wir uns wieder in der Kirche treffen, um zu beraten, was wir tun können, um zu helfen - nicht nur den Neuankömmlingen, auch den Nachbarn, die Front machen gegen sie.

Ich hoffe, dass Sven dann auch wieder dabei ist. Dass es uns gelingt, ihn dazu zu überreden, mit ins Flüchtlingsheim zu kommen, zu den »Drecksasylanten«, wie er auf Facebook geschrieben hat.

»Du, Sven. Warum sollte ausgerechnet die NPD in dem Heim vorbeischauen?«, schreibe ich unter seine Nachricht.

»Mensch, Nele«, antwortet Sven. »Das war ein Witz. Hast Du nicht den Smiley hinter dem Kommentar gesehen?«

Auf Wunsch der Autorin wurden ihr Name und der ihres Bekannten Sven von der Redaktion geändert

Load-Date: March 25, 2022

So kommt es 2014 auf jeden Fall; Jahresausblicke stimmen nie? Dieser hier ist anders. Zehn Dinge, die im kommenden Jahr auf jeden Fall passieren werden - von Syrien über Apple bis zur AfD.

ZEIT-online

Montag 30. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Jahresausblick; Ausg. 51

Length: 1200 words

Body

Am Times Square, New York Carlo Allegri/Reuters

1. Irgendwo auf der Welt wird es geschehen. Apple wird **sein 500-Millionstes iPhone** verkaufen. Es wird wohl Sommer sein, das Geschäft wird keine Schlagzeilen machen, der Käufer wird davon nichts merken. Doch es bedeutet, dass rein rechnerisch rund jeder 14. Mensch auf der Erde ein iPhone besitzen wird. Dass es so kommen wird, ist im Grunde ausgemacht: Schon im Oktober 2013 hatte Apple rund 420 Millionen Exemplare verkauft. Zuletzt waren es jedes Jahr mehr als 120 Millionen. Das iPhone bleibt damit unangefochten das beliebteste Telefon der Welt. Zumindest vorerst.

2. Tritt nicht sofort und unerwartet Frieden ein, werden im nächsten Jahr **im Syrien-Krieg mehr als 150.000 Menschen gestorben sein**. Zum Vergleich: Im zweiten Irakkrieg sind je nach Schätzung zwischen 100.000 und 600.000 Menschen getötet worden. Die Zahl der **Flüchtlinge** wird im kommenden Jahr selbst nach vorsichtigen Schätzungen die Zahl der **Flüchtlinge** aus Afghanistan übersteigen. Rund vier Millionen Menschen aus Syrien werden den Vereinten Nationen zufolge im kommenden Jahr auf der Flucht sein. Dennoch werden die Opfer des syrischen Krieges, der so zäh, brutal und abgeschieden von der Öffentlichkeit verläuft, im Westen weiter weniger Beachtung finden als die anderer Kriege zuvor.

3. Auf der Erde werden weitere Tierarten verschwinden. Mit ziemlicher Sicherheit trifft es **das Nördliche Breitmaulnashorn**, eines der größten Säugetiere der Welt. Derzeit gibt es noch vier Exemplare in einem Nationalpark in Kenia. Die Umweltschutzorganisation WWF rechnet fest damit, dass die Tierart das nächste Jahr nicht überleben wird. Wilderer machen Jagd auf das Horn des Nashorns, ihre Beute ist auf dem Markt viel Geld wert: In Vietnam gelten die Hörner als Statussymbol, in China als Heilmittel gegen Krankheiten wie Krebs. Ein Mythos: Eine Wirkung konnte noch nie nachgewiesen werden.

4. In Deutschland setzt sich ein ökonomisches Wunder fort. Ende 2014 werden **mehr Menschen** in Deutschland leben als noch in diesem Jahr - und insgesamt **mehr Menschen, die arbeiten**. Zwar schrumpft die deutschstämmige Bevölkerung im kommenden Jahr aus demografischen Gründen um rund 200.000 Einwohner. Aber die Zahl der Einwanderer betrug unter dem Strich zuletzt rund 400.000 und es ist nicht damit zu rechnen, dass sie nächstes Jahr sinken wird. "Es müsste schon eine große neue Finanzkrise kommen, damit die

So kommt es 2014 auf jeden Fall Jahresausblicke stimmen nie? Dieser hier ist anders. Zehn Dinge, die im kommenden Jahr auf jeden Fall passieren werden - von Syr....

Bevölkerung in Deutschland im nächsten Jahr schrumpft", sagt der Nürnberger Migrationsforscher Herbert Brücker. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das: Selbst wenn einige der neuen Einwanderer nicht sofort einen Job finden werden, steigt die Beschäftigung weiter an.

5. "Bitte schalten Sie alle elektronischen Geräte bei Start und Landung aus." Der Spruch, den jeder Flugreisende kennt, wird im kommenden Jahr der Vergangenheit angehören. Nachdem die US-Luftfahrtbehörde schon Ende Oktober die Verbote lockerte, zieht die Europäische Agentur für Flugsicherheit jetzt nach: Im neuen Jahr werden **elektronische Geräte wie Handy, Tablet und E-Reader auch während Start und Landung erlaubt sein**. Zwar nur im Flugmodus, Telefonieren und Surfen geht also bei den meisten Fluglinien weiterhin nicht. Die Reiseführer-App oder die Lieblingsserie auf dem Tablet sind aber drin.

6. **Der Westen wird in Afghanistan bleiben** - auch wenn die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit im Moment eine andere ist. Zwar verlässt die Nato mit ihren Verbündeten im kommenden Jahr offiziell Afghanistan. Doch das heißt nicht, dass am Hindukusch keine Soldaten mehr sein werden. Auch nach dem Abzug der Soldaten der Schutztruppe Isaf werden bis zu 12.000 Soldaten des Westens das afghanische Militär unterstützen. Auch die Bundeswehr wird 600 bis 800 Soldaten für die Mission zur Verfügung stellen. Einzig die Unterschrift des afghanischen Präsidenten Karsai fehlt noch - er will das brisante Thema seinem Nachfolger überlassen.

7. Obwohl die Menschheit eigentlich Energie sparen müsste, wird der weltweite Energieverbrauch **im kommenden Jahr weiter steigen**. Vor allem China und Indien treiben die Nachfrage an. Im kommenden Jahr könnte China erstmals zum größten Ölimporteur der Welt aufsteigen - und die USA ablösen.

8. Im Juni wird eine Schlagzeile eine neue Debatte auslösen: Im Bildungsbericht, den ein Expertengremium vorstellen wird, steht erstmals, dass es in Deutschland **mehr Studienanfänger als Ausbildungsanfänger** gegeben hat. Es gibt also mehr junge Leute, die sich für ein Studium entscheiden als für eine Ausbildung - historisch betrachtet war das in der Bundesrepublik immer anders. Zwar gab es in diesem Jahr einen Einmaleffekt aufgrund der verkürzten Abiturjahrgänge und einem besonders starken Geburtsjahrgang. Unabhängig davon aber steigt die Zahl der Studienanfänger in Deutschland, die Zahl der Ausbildungsanfänger stagniert eher als dass sie steigt. Die Akademisierung Deutschlands schreitet weiter voran.

9. Es ist noch nicht klar, ob Großdemonstrationen die Fußball-WM in Brasilien unterbrechen werden, ob die Drogenbanden die Gewalt eskalieren lassen oder Überfallswellen auf Touristen die großen Städte heimsuchen. Sicher ist aber, dass die brasilianische Regierung zur WM 2014 einen Rekordaufmarsch an Polizisten, Truppen und technischer Gerätschaften plant - **das bestbewachte Sport-Großereignis aller Zeiten**. Das Justiz- und Verteidigungsministerium werden eng zusammenarbeiten, schon jetzt liegt das veranschlagte Sicherheitsbudget deutlich höher als bei der WM in Südafrika vor vier Jahren. Im Herzen von Rio de Janeiro wurde gerade eine futuristische Schaltzentrale zur Überwachung der ganzen Stadt installiert. Während der Spiele werden Drohnen, 15-Meter-hohe ausfahrbare Beobachtungsplattformen und das Neueste der Sensor-, Antennen- und Kamertechnik zum Einsatz kommen. Auch das ist eine sichere Prognose: Falls trotz der geballten Polizeimacht noch etwas schief geht in Rio, wird es davon die besten Aufnahmen aller Zeiten geben.

10. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) wird **erste Abgeordnetenmandate erringen**. Allein schon wegen des Wahlrechts: Bei der Europawahl Ende Mai gibt es keine Fünf-Prozent-Hürde, nach Brüssel ziehen die Euro-Kritiker also auf jeden Fall. Im Spätsommer werden die Landtage von Brandenburg, Thüringen und Sachsen neu gewählt. Noch kann es immer sein, dass die AfD den Einzug nicht schafft, aber alle Umfragen sehen die Partei in jedem der Bundesländer stabil über fünf Prozent. Zum Teil liegen die Zustimmungswerte siebenmal so hoch wie jene der FDP. Auch bei der Bundestagswahl wählten in diesen Bundesländern mehr als fünf Prozent der Bürger die AfD. Selbst wenn es für die Partei schlecht läuft, wird sie sich zumindest zeitweilig als vierte bis fünfte Kraft in den Parlamenten etablieren können.

Zusammengetragen von Patrick Beuth, Alina Schadwinkel, Philip Faigle, Steffen Richter, Kersten Augustin, Michael Schlieben, Thomas Fischermann, Frida Thurm und Ruben Karschnick.

So kommt es 2014 auf jeden Fall Jahresausblicke stimmen nie? Dieser hier ist anders. Zehn Dinge, die im kommenden Jahr auf jeden Fall passieren werden - von Syr....

Load-Date: December 30, 2013

End of Document

Vorsicht! Prozesse in Moskau; Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 62; Ausg. 11

Length: 1511 words

Byline: Johannes Voswinkel

Body

Eine bessere Reklame hätte die Theaterperformance im Moskauer Sacharow-Zentrum kaum finden können: Ein Trupp Kosaken zog vor dem Gebäude am Jausa-Ufer auf. Zuvor hatten vier Männer in den weinroten Westen der **Migrationsbehörde** das dreitägige Spektakel unterbrochen, um die Einreisepapiere des Schweizer Regisseurs Milo Rau zu kontrollieren. Der Staat war auf ihn aufmerksam geworden, weil er das sensible Verhältnis von Staat, Religion und Kunst anpackte.

Dabei arbeitet Rau fast unscheinbar und hat immer ein Lächeln parat. Er läuft in Jeans, kariertem Hemd und Lederjacke bei den Proben umher wie ein später Student, der vor dem Master noch schnell sein Lieblingsprojekt umsetzen möchte. "Wir sind ganz ausgewogen zwischen beiden Seiten", verkündete er freudestrahlend vor dem Beginn seiner Performance *Moskauer Prozesse*. Das klingt überraschend für den Vertreter eines Berufsstands, der oft lieber polarisiert. Aber es passte zu seinem Ziel, einen Dialog unter Gleichrangigen zu schaffen. Das hört sich nach wenig an, ist aber viel in Russland. Seine russischen Mitspieler waren ihm dankbar. "So etwas", sagte einer von ihnen, "bekämen wir nicht hin."

Der 36-jährige Rau hat drei Moskauer Prozesse der vergangenen zehn Jahre in seiner Performance verbunden, die am Sonntag zu Ende ging: Im Januar 2003 verwüsteten sechs orthodoxe Gläubige die umstrittene Kunstaussstellung *Vorsicht! Religion*. Sie blieben straffrei, aber die Organisatoren der Ausstellung wurden wegen Aufwiegelung zu religiösem Hass zu Geldstrafen verurteilt. Unter demselben Tatbestand verloren im Sommer 2010 zwei Kuratoren einen Prozess, die mit ihrer Ausstellung *Verbotene Kunst* auf die staatliche Zensur in Russland hinweisen wollten. Im August vergangenen Jahres kamen zwei Aktivistinnen der Punkband Pussy Riot ins Straflager. Sie hatten vor dem Altarraum der Christ-Erlöser-Kathedrale zu einem Anti-Putin-Lied getanzt.

Als Ort der *Moskauer Prozesse* wählte Rau das Sacharow-Zentrum, eine ehemalige Polizeiwache, die Mitte der neunziger Jahre zu einem Gedenkort an den sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow umgebaut worden war. Heute ist das Zentrum Treffpunkt eines kleinen Kreises von Querdenkern, Historikern und Menschenrechtlern. In seinem Ausstellungssaal hatten einst die Bilder gehangen, die zu den zwei Prozessen führten. Hier baute Rau vor der unverputzten Ziegelsteinwand und den oberarmstarken Heizrohren sein Tribunal auf: Richtertisch, Anklage und Verteidigung, Zeugenstand und eine Bank für die sieben Geschworenen.

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit

Rau ist bekannt als Weltreisender in Sachen politischer Mord und Genozid: Er hat für Film und Bühne die letzten Tage des rumänischen Diktators Ceausescu und dessen Frau, den Völkermord in Ruanda und die Gerichtsansprache des norwegischen Massenmörders Anders Breivik dokumentiert. Diesmal zog es ihn nach Russland, in eine Art "Sehnsuchtsland", das ihm schon sein Vater nahegebracht hatte. "Er war Trotzki", sagt Rau. "Ja, so was gab es mal." Rau forschte über den Gulag und merkte bald, dass er für sein Theaterkonzept eher die zeitnahe Geschichte und noch lebende Menschen brauchte. Die Idee zu den *Moskauer Prozessen* entstand. "Das Sacharow-Zentrum lässt zwei Prozesse nachstellen, die es verloren hat", sagt Rau. "Das wäre ja sogar in Deutschland frech." Der Vorwitz gefällt ihm.

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit. "Es erfüllt die Funktion, die eigentlich die russischen Medien hätten", erklärt der Leiter des Theaterprogramms des Sacharow-Zentrums, Michail Kaluschskij. "Es erzählt von dem, worüber das Fernsehen schweigt. Die offiziellen Kanäle und Medien leiden gerade in ihrem historischen Gedächtnis an Sklerose. Präsident Putin tut uns zusätzlich einen Gefallen, wenn er ein universales Geschichtsbuch für die Schule vorschlägt. Denn Geschichte kann unterschiedlich erzählt werden. Da setzt das dokumentarische Theater an."

Es hat allerdings mit der Passivität vieler Menschen zu kämpfen. Sie sind noch vom sowjetischen System geprägt, das nur eine allgemein gültige Meinung kannte, und erleben heute ein Regime, in dem die Oberen lieber Dekrete schreiben, als zu diskutieren. "Dieses Theaterprojekt bietet die außergewöhnliche Chance, einmal alle anzuhören und sich selbst eine Meinung zu bilden", sagt der Jurist Maxim Krupskij, der gegen seine persönliche Überzeugung in Raus *Prozessen* als Ankläger auftrat. "Die heutige Welt lebt doch vom ständigen Zweifel und Überdenken." In Russland aber werden nur wenige die *Prozesse* sehen. Die einmalige Performance lief fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Rau ließ sie filmen. Wo der Film später gezeigt werden kann, bleibt offen.

Monatelang hatte Rau um Teilnehmer an seinen *Prozessen* geworben. Fachleute und Betroffene sollten auf die Bühne treten, keine Schauspieler. Rau wollte die Verfahren nicht nachstellen und gab jedem Textfreiheit. Er bekam Absagen: Manche Gläubige verabscheuen das Sacharow-Zentrum als Hort der Liberalen. Höhere Geistliche der orthodoxen Kirche antworteten erst gar nicht. Sogar Richter im Ruhestand fanden sich nicht bereit, den Vorsitz auf der Bühne zu übernehmen. Sie fürchteten Probleme. Eine Fernsehmoderatorin gab letztlich die Richterin.

Die Performance wurde allein ihres brisanten Themas Religion wegen zum Theaterereignis. Russlands Frömmler fühlen sich stark, da der Staat sie unterstützt und zugleich die atheistische Elite der Sowjetzeit ihren Einfluss verliert. Sie wehren sich gegen den wachsenden Islam in Russland und gegen die Globalisierung, die Werte aus dem "liberal-faschistischen" Westen ins Land schwappen lässt. Ihr Weltbild ist hermetisch abgeschlossen und in sich logisch: Das russische Wesen wird von außen bekämpft. Zeitgenössische Kunst, so sagen sie, sei ein Mittel dafür und werde vor allem vom US-Außenministerium finanziert. Das russische Volk solle in moralische Depression und Stress versetzt werden, um seine Arbeitsleistung und Abwehrbereitschaft zu schwächen. Im Sacharow-Zentrum rief das bei manchem Gelächter hervor. Im Land würde es von vielen schweigend angenommen.

Die Geschworenen waren am Ende so gespalten wie die russische Gesellschaft

Die Liberalen wiederum betonen die Freiheit der Meinungsäußerung. Erst die freie Kunst zeige, wo die wunden Punkte in der Gesellschaft lägen. Der frühere Priester Gleb Jakunin, den die orthodoxe Kirche verstoßen hat, verkörperte im Zeugenstand die in Russland oft überhörte Kombination aus Gläubigkeit und Toleranz. "Manche der Kunstwerke beleidigen", sagte er, "aber sie haben ein Lebensrecht." Die Zeugin der Verteidigung, Jelena Wolkowa, resümierte: "In sowjetischer Zeit habe ich die Religion verteidigt. Heute verteidige ich die Kunst."

Wenn es auch zum Dialog noch nicht reichte, gelang das gemeinsame Zuhören. Die einen warfen Pussy Riot Rowdytum vor, und die anderen konterten, indem sie die jungen Frauen zur erfolgreichen Belebung eines Malewitsch-Bildes stilisierten: Menschen ohne Gesichter, in farbiger Kleidung vor einem weißen, also austauschbaren Hintergrund. Die einen betonten, dass Russland ein Teil Europas sei, und die anderen verwiesen auf die Landkarte: Der Hauptteil des Landes liege doch in Asien. Der jahrhundertealte Streit zwischen Westlern und

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Ostlern lebt weiter. Aber im Publikum saß eine Frau von Pussy Riot neben einem gläubigen Aktivisten, der auf der Straße gegen die Demos ihrer Anhänger kämpft.

Der Burgfriede wurde von außen bedroht. Vier angebliche Mitarbeiter des russischen Migrationsdienstes, von denen drei sich nicht ausweisen wollten, tauchten auf, um die Papiere aller anwesenden Ausländer zu prüfen. Diese Provokation schaffte, woran es im Gerichtssaal noch mangelte: Der Dialog funktionierte. Ankläger und Verteidiger taten sich zur Rettung der Performance gegen die Kontrolleure zusammen. "Manchmal geben Staatsbeamte Anweisungen, über deren Folgen sie nicht nachdenken", schimpfte der Experte der Anklage, Maxim Schewtschenko. "Sie verschlechtern das Ansehen Russlands weiter. Mit solchen Bürokraten braucht man keine Feinde mehr." Rau erhielt vom Migrationsdienst eine Rüge, weil er mit seinem Geschäftsvisum nicht künstlerisch tätig sein durfte.

Dann kamen die Kosaken. 40 Mann in lockerer Einheit und fantasievollen Kostümen zogen vor das Sacharow-Zentrum. Die Veranstalter baten fünf von ihnen in den Saal. Schewtschenko fragt sicherheitshalber, ob sie auch keine Säbel oder Dolche dabei hätten. Die Kosaken waren unbewaffnet, schoben bald die Persianermützen in die Stirn oder tippten gelangweilt auf ihren Handys herum. Dann zogen sie wieder ab. Sie konnten im Gerichtssaal keine Gotteslästerung entdecken.

Die Geschworenen zeigten sich am Ende des Prozesses so gespalten wie die russische Gesellschaft. Ihr Urteil: ein knapper Freispruch. Das Publikum klatschte. Aber nur kurzzeitig drohte ein harmonisches Ende. Dann protestierte der Ankläger Schewtschenko und plädierte für eine Neuverhandlung. Die Richterin beendete das Verfahren mit einem Hammerschlag im Unfrieden.

Graphic

Schuld ist stets der Klassenfeind: "Ankläger" Maxim Krupskij zeigt ein volksfeindliches Objekt aus der Ausstellung "Vorsicht! Religion"

Load-Date: March 7, 2013

Gehen wir zu Mustafa!; Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und blüht es zwischen Migration und Gentrifizierung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 61-62; Ausg. 22

Length: 2068 words

Byline: Ulrich Stock

Body

Mühsam, geradezu ruckelnd ist es dann doch noch Frühjahr geworden. Inzwischen kucken auch im Norden die Blümchen aus ihren Beeten, und das traditionell kühle Hamburg zieht von Sonnenstunde zu Sonnenstunde mehr Besucher an. Ihr Ziel nach Kirchentag und Hafengeburtstag ist jetzt die Internationale Gartenschau, die noch bis in den erhofft goldenen Oktober laufen wird, nachdem sie im April quasi aus Schnee und Eis heraus gestartet war.

Gartenschauen gibt es in Hamburg seit 1869. Die aktuelle Ausgabe ist so voluminös wie keine zuvor. Sie stellt nicht nur Hunderttausende *Planten un Blumen* aus, wie man hier gern sagt, sondern erstmals auch 200 Kleingärten samt ihrer Pächter. Die Kleingärtner wohnen auf der Elbinsel Wilhelmsburg, hin- und hergerissen zwischen **Migration** und Gentrifizierung. Sie können Geschichten erzählen, die so bunt sind wie die gefüllten Tulpen und so düster wie das Schwarz in den Stiefmütterchen. Man nimmt sich also besser Zeit. Die IGS, wie die Schau am Ort von Freund und Feind abgekürzt wird, lässt sich nicht in zwei, drei Stunden abschreiten. Drei Tage empfiehlt die Geschäftsleitung, das Tagesticket zu 21 Euro. Das Wegenetz misst 15 Kilometer, das Gelände ist riesig, und es liegt verblüffenderweise mitten in der Stadt. Nur acht Minuten braucht die S-Bahn vom Hauptbahnhof hierher. So schnell ist man nicht in Eppendorf, geschweige denn in Blankenese.

Gleichwohl haben die feineren Hanseaten vom größten Viertel ihrer Stadt bisher kaum Notiz genommen. Nach Wilhelmsburg fährt man nicht, man kennt es nicht, man braucht es nicht, bloß für die Hafenwirtschaft und die Ausländer. Irgendwo müssen sich die Container ja auftürmen. Irgendwo müssen die Armen ja wohnen. Irgendwo müssen Lastwagen und Güterzüge ja endlos durchrauschen.

Diese über Jahrzehnte eingeübte Arroganz und Ignoranz wird jetzt schwinden. Die Hamburger, angelockt von Goldlack und Großer Schneebanane, beginnen in diesen Tagen zögernd den ihnen fremden Stadtteil zu entdecken. Jeder Zweite ist hier ein Migrant, jeder zweite Migrant ein Türke. Wie Mustafa Kurden. Man kann ihn treffen am Zaun seines Kleingartens, der sich am südlichen Zipfel des IGS-Geländes befindet, nicht weit von der großen Bühne, von der nun monatelang Musik zu ihm herüberweht. Gerade ist es ein Spielmannszug, der *Amazing Grace* zum Besten gibt. Ein Klingeln und Rattern.

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und bl....

Dem Mittfünfziger ist seine türkische Staatsbürgerschaft nicht anzusehen. Sein Hamburgisch ist geschliffen. Man muss ihm länger zuhören, um die kleinen Fehler zu bemerken, die einer macht, der erst mit zwölf nach Deutschland kam und nur drei Jahre lang hier zur Schule gehen konnte, bevor er in die Arbeitswelt ausgespuckt wurde, derentwegen er ja hergezogen worden war.

"17.5.1971", dieses Datum erwähnt er öfter, wenn er von sich erzählt: Es bezeichnet den Tag, an dem der Junge aus dem Dorf bei Izmir von seinem Vater in die Metropole Hamburg geholt wurde. Sieh zu, wie du klarkommst. 42 Jahre ist das her, und dazwischen liegen etliche Arbeitsstellen als Ungelernter am Hafenrand und etliche Umzüge, wenn das jeweilige Mietshaus wieder mal dran war mit Abriss oder Sanierung.

Was für ein Leben, unten und rau. Nie beim Sozialamt gewesen, da ist er stolz drauf, aber dann Krankheit und Frührente.

"Ich bin hier besser aufgehoben als in der Türkei, wenn man auch ein Mensch zweiter Klasse ist. Hier kann man sich alles leisten, in der eigenen Heimat nicht." Er sagt es ohne Bitterkeit. Seine Elbinsel hat er lieb gewonnen. Gern radelt er am Deich entlang, in Richtung Moorfleet. Einen deutschen Pass hat er nicht, hat seine Frau nicht, haben seine beiden großen Kinder nicht.

Die Kinder würden Wilhelmsburg nicht so mögen, "zu viele Ausländer". Der Sohn zog mit Frau und Kindern schon in eine andere Ecke der Stadt. Damit die beiden Enkel, Einwanderer in der vierten Generation, auf dem Rasen spielen und im Sand buddeln können, hat Mustafa Kurden sich um den Kleingarten beworben. Die Parzelle, eine von 25, gehört zu Hamburgs jüngstem Kleingartenverein, der kurz vor der Gartenschau auf dem Gelände gegründet wurde. Er ist ein Geschenk der IGS an Wilhelmsburg. Die Gärten werden bleiben, wenn die Schau geht.

Mustafa Kurden nimmt es gelassen, ein interkultureller Vorzeigegärtner zu sein. Er zimmert in Seelenruhe seine Laube zusammen. Stück für Stück hat er das Altholz aus der Unterlage von 40-Fuß-Containern gesägt, am Hafen für wenig Geld zu kriegen, "echte deutsche Eiche". Die Fenster stammen aus Abbruchhäusern. Die Tür bekam er von einem Kleingärtner geschenkt, der sie sich eigentlich selbst hatte einbauen wollen, wäre sie nicht so massiv gewesen. "Wir haben die mit vier Mann eingehängt. Dessen Hütte wäre glatt umgekippt." Wochenlanges Leimen und Nageln, zum Schluss der Anstrich, die Flächen braun, die Kanten weiß. Das sind die Vereinsfarben von Sankt Pauli, haben seine Nachbarn gleich festgestellt, "das war aber Zufall".

Bislang gibt es nur Ausländer in der Kolonie, Türken, Griechen, Russen. "Ein paar Deutsche würden mir Freude machen", aber so sei es eben in Wilhelmsburg. In seinem vierstöckigen Mietshaus wohne von den ehemals zwei Deutschen nur noch einer; im Neubau gegenüber auch nur einer, "und das ist eigentlich ein Pole".

Frau Kurden reagiert im Freien schnell allergisch, deshalb ist der Garten seine Sache. "Ich liebe Rosen." Rundherum hat er sie gepflanzt, dazwischen Stiefmütterchen, "die Rosen brauchen ja bis Juni, Juli". Und dann das Gemüse: Tomaten, drei Farben Paprika, Salat, Lauchzwiebeln, Dill, Petersilie. An Obst Zwetschge, Apfel, Kirsche, Birne. "Bäume lieb ich so sehr."

Schon sehen IGS-Besucher seinem Gärtnern zu. Manche kennen ihn, wie der Trupp Wilhelmsburger Polizisten neulich: "Mustafa ist da!", hätten die gerufen und gehofft, dass sie bei ihm einen Kaffee bekämen, ohne dafür 3,50 Euro bezahlen zu müssen wie an den teuren Buden der Gartenschau. "Gehen wir zu Mustafa!"

Auf der IGS gibt es drei weitere Kleingartenvereine, die schon existierten, als das Gelände noch städtisches Brachland war. Kampfmittel lauerten im Boden, Kampfhunde auf den Wegen, Müll lag herum. Jeder machte, was er wollte. Die Pächter, mehrheitlich Deutsche, ertrugen die Missstände und genossen die Anarchie. Ihre Hütten wucherten wie das Grün ringsum. Nachdem die Gartenschau von der Stadt beschlossen worden war, kamen die Ordnungshüter mit dem Kleingartengesetz (überdachte Fläche maximal 24 Quadratmeter), und die Landschaftsarchitekten schickten schweres Gerät. Die Lauben wurden gestutzt, der Dschungel wurde gerodet. Und nun stapfen täglich bis zu 15000 Schaulustige vorbei.

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und bl....

Die Pächter erleben es wie einen Spuk. Sie hocken hinter dem Sichtschutz neben ihren Lauben, zu erkennen nur am Rauch, der vom Grill aufsteigt. Manch ein hungriger Besucher auf seinem langen Marsch setzte sich gern auf eine Wurst zu ihnen, aber sie ziehen es vor, weltabgewandt vor sich hin zu brutzeln, bis im Herbst die Ruhe wieder einkehrt.

Selbst der begeisterte Neugärtner Mustafa Kurden ist kein Gartenschau-Enthusiast. Er hat sie sich noch nicht einmal angesehen. "Was soll da so interessant sein? Das gibt's ja auch in Büchern." Siebzig Millionen Euro habe das alles gekostet. "Die haben wir nicht. Wir haben nur, was wir uns erlauben können." Und er rechnet vor, wie teuer da alles ist: "Würstchen und Kartoffelsalat 7,50 Euro, Cola 3,50 Euro - das sind 11 Euro."

Seine Tochter indes hat nach einem ersten Bummel ihre Meinung geändert: "Papa, das ist doch ganz interessant." Demnächst, wenn die Laube so weit ist, wird er wohl mal mitgehen.

"In 80 Gärten um die Welt" lautet das Motto der Schau. Es gibt einen Geysirgarten, einen Nebelwald, ein Wasserkino, einen Bollywoodgarten, einen Klettergarten, einen verlorenen Garten, einen Marsgarten und einen Landeplatz für Engel. Es gibt fliegende Erdbeeren und laserbeschriftete Äpfel, Zypressenromantik und Containergärten, Baumfarne und Treibholz und einen Beteiligungsgarten, in dem Wilhelmsburger Kinder pflanzen dürfen, was sie wollen. Es gibt eine raupenartige Gartenschaubahn, die mit 7,50 Euro pro Ticket durch das Portemonnaie der Fußlahmen fährt, und es gibt den geschwungenen Beton einer Skater-Anlage, über den junge Artisten brettern, denen *Dendrobium thysiflorum* am Arsch vorbeigeht.

Wer nach dieser Aufzählung nicht recht verstanden hat, was auf der Gartenschau zu sehen ist, hat schon viel verstanden. Es gibt nichts, was es hier nicht gibt, mal abgesehen vom ökologisch unkorrekten Torf - die erste torffreie Gartenschau!

Es gibt Jazz around the World, Animateure auf Stelzen, Mittagsgebete, Tanzen mit der Volkshochschule. Es gibt eine Präsentation der Heideregion Uelzen und ein Theaterstück der Grundschule Uetersen. Es gibt einen Fix-my-Bike-Contest für alle, die im Englischen sattelfest sind. Es gibt Expeditionen ins Wohnzimmer zum Thema Raumbegrünung und vor 120 Mustergräbern auch Antwort auf die letzte aller Fragen: "Wer geht wo hinterm Sarg?"

Dazu inszeniert sich der NDR wie üblich als vermooster Heimatsender und präsentiert das Hafenkonzert zwischen Baum und Borke.

Die Gartenschau ist ein so kühnes wie biederes Spektakel für eine aufmerksamkeitsgestörte Gesellschaft. Sie muss laut in alle Richtungen tönen, um das Geld wieder einzuspielen, das sie verschlungen hat. Im Widerspruch zu dieser ernüchternden Feststellung kann man sich auf eine der schnittigen Holzbänke setzen, deren Silhouetten an die Kreuzfahrtschiffe erinnern, und die Farben im Grün genießen. Das geht erstaunlicherweise auch.

Am 1. Mai zogen 50 Autonome aus dem Hamburger Schanzenviertel vor den Haupteingang, um ihrer Forderung "niGS da!" Ausdruck zu verleihen. Pflanzkübel wurden umgerüpelt, Blumen herausgerupft, und Besucher erlebten innerstädtisches Uneinverstandensein als Showeinlage, für die sie nicht einmal bezahlen mussten. Wäre die Demonstration angemeldet gewesen, hätte man sie glatt ins Programm aufnehmen können.

Mustafa Kurden findet den Protest nicht völlig absurd. Tausende Bäume seien für die IGS gefällt worden. Musste das sein? Andererseits werde Wilhelmsburg jetzt richtig schön. "Ich freu mich natürlich." Wenn die Gartenschau vorbei ist, kommt der Zaun drum herum weg, und das Gelände wird auf Dauer zum Park. Hat sich irgendwo je wer gegen einen öffentlichen Park gewandt, von reichen Anliegern abgesehen? Ist das ehemalige Gartenschaugelände Pflanzen und Blumen nicht heute die beliebteste Grünanlage Hamburgs?

Das ist nicht die Sorge von Mustafa Kurden. Den Kleingärtner, der im Jahr 158 Euro Pacht zahlt, sorgen die neuen Zweieinhalbzimmerwohnungen für 250000 Euro. In Wilhelmsburg!

VON ULRICH STOCK

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und bl....

WilhelmsburgGartenschau (IGS) Idealerweise bequem mit dem Zug bis zum Hamburger Hauptbahnhof und dann mit der S-Bahn bis zur Station Wilhelmsburg. Alternativ von den Landungsbrücken quer durch den Hafen per Barkasse, die allerdings nur um 9.30 und 17 Uhr ablegt. Für den Rundgang empfehlen sich feste Schuhe. Auf dem Gelände fährt in luftiger Höhe die Monorail-Bahn auf einem Rundkurs mit drei Haltestellen, kostet extra. Wer schnell durstig wird, nimmt sich etwas zu trinken mit oder reichlich Euros für die überall anzutreffende Gastronomie. Eintritt 21 Euro, abends von 18 Uhr an bis zur Dämmerung 9 Euro. Mehr Details und Programm unter www.igs-hamburg.de Bücher In 80 Gärten um die Welt heißt das offizielle Begleitbuch zur IGS (Ellert & Richter Verlag; 336 S., 5,95 (EURO)). Es ist zwar handlich und voller Details, bringt einem die überkomplexe Gartenschau aber auch nicht wirklich nahe. Besser geht man mit geschärften Sinnen übers Gelände und lässt sich inspirieren. Empfehlenswert dagegen ist Das grüne Hamburg (Ellert & Richter Verlag; 370 S., 19,95 (EURO)), in dem Politiker, Gärtner und Historiker die Rolle des Grüns in der Hamburger Stadtentwicklung nachzeichnen. Tolle Fotos von Michael Zapf. Ein sinnvolles Geschenk auch für jeden Stadtplaner in weniger grünen deutschen Orten Bauausstellung (IBA) Wilhelmsburg ist Schauplatz auch der Internationalen Bauausstellung IBA. Hier gibt es viele interessante Gebäude zu sehen, neu gebaut oder umgenutzt. Da wäre etwa das weltweit erste Algenhaus, das aus blubbernden Biotanks in der Fassade beheizt wird, oder der letzte Flak-Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg, der jetzt mit Sonnenkollektoren bestückt ist und von dessen Café auf dem Dach aus sich die Elbphilharmonie in den Blick nehmen lässt. Mehr auf der Homepage www.iba-hamburg.de

Graphic

Die Schau, deren Teil er ist, hat er noch nicht gesehen: Mustafa Kurden neben seiner Laube auf dem IGS-Gelände

Die raupenartige Gartenschaubahn führt für 7,50 Euro pro Ticket über das Gelände

Load-Date: May 23, 2013

NSU-Mörder wagten hohes Risiko; Bei ihren Morden liefen die NSU-Täter höchste Gefahr, erwischt zu werden. Bei den Ermittlungen nicht: Eine Zeugenaussage zeigt eine vorurteilsbelastete Polizeiarbeit.

ZEIT-online

Mittwoch 25. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Prozess; Ausg. 38

Length: 994 words

Byline: Tom Sundermann

Body

Die Anklagebank im NSU-Prozess im Gerichtssaal 101 in München

© Peter Kneffel/dpa

Ein rotes Haus mitten in München, im Erdgeschoss ein kleines Ladengeschäft. Hier hatte sich Theodor Boulgarides eine Existenz aufgebaut. Der Grieche war stolz auf seinen Schlüsseldienst, er arbeitete hart, gönnte sich kaum Freizeit. Am Abend des 15. Juni 2005 endete all das: Boulgarides wurde mit drei Schüssen getötet - nach Ansicht der Bundesanwaltschaft von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt.

Der Mord an dem 41-Jährigen ist Thema des 39. Tages im NSU-Prozess, am Nachmittag untersuchte das Münchner Oberlandesgericht dann den Tod des Kasseler Halit Yozgat. Damit sind alle neun **Migrantensterben** der NSU-Serie eingeführt. Der Fall, der in Heilbronn getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter, wird später behandelt.

Kurz nachdem Boulgarides' Geschäftspartner Wolfgang F. die Polizei gerufen hatte, kam Kommissar Thomas M. in das Geschäft. In seiner Aussage legt er dar, dass die Täter ein hohes Risiko eingingen: Direkt vor dem Geschäft hielten demnach zwei Buslinien im Zehn-Minuten-Takt. Zudem kamen Boulgarides' Mörder zu einer Zeit in den Laden, als viele Berufspendler unterwegs waren. Trotzdem fanden sich keine Zeugen, die sie am Tatort sahen - obwohl das Schlüsselgeschäft durch das große Schaufenster von außen gut einzusehen war.

Und wohl auch gut auszuskundschaften. Aber: Wie suchten die Täter ihr Opfer aus? Gerade sechs Tage zuvor hatten sie der Anklage zufolge in Nürnberg den Imbissbetreiber Ismail Yasar erschossen. Drei Möglichkeiten sind denkbar: Sie fuhr von Nürnberg nach München und entschieden sich spontan, sie hatten das Ziel lange im Voraus erkundet - oder es gab Helfer vor Ort.

Die letzte These wird durch ein interessantes Detail gestützt: Wolfgang F. hatte am Tag zuvor ausgesagt, das Geschäft sei bis 18 Uhr geöffnet gewesen - die tödlichen Schüsse fielen jedoch gegen 19 Uhr. Möglicherweise hatte Boulgarides seinen Mördern nach Ladenschluss noch die Tür geöffnet.

NSU-Mörder wagten hohes Risiko Bei ihren Morden liefen die NSU-Täter höchste Gefahr, erwischt zu werden.
Bei den Ermittlungen nicht: Eine Zeugenaussage zeigt ei....

Wie in vielen anderen Fällen suchten die Ermittler zu Beginn nach Verbindungen des Mords ins Drogenmilieu - Boulgarides' an das Geschäfts angrenzende Wohnung und sein Keller seien mit einem Rauschgiftfund durchsucht worden, sagt Kommissar M. Wie bei den anderen NSU-Ermittlungen fand sich nichts.

Nur einen Schatten gesehen

Im Anschluss führt das Gericht den letzten Migrantenmord der NSU-Serie ein: Es geht um den 21-jährigen Kasseler Halit Yozgat, der am 6. April 2006 in seinem Internetcafé getötet wurde. Auch in diesem Fall wird deutlich: Angst, erwischt zu werden, hatten die Täter nicht. Sechs Kunden waren in dem Café, als gegen 17 Uhr Yozgats Mörder hereinkamen. Er saß an seinem Schreibtisch im Eingangsbereich, wo er von zwei Kugeln aus einer Ceska-Pistole getroffen wurde. Nur wenige Minuten danach kam sein Vater Ismail, der ihn ablösen wollte.

Die Furchtlosigkeit der Täter war offenbar berechtigt - keiner der möglichen Zeugen konnte sie beschreiben. So berichtet es der Kommissar Karl-Heinz G., der in der Mordkommission "Café" ermittelte. In den Telefonzellen des Ladens hielten sich demnach eine Mutter mit ihrem Kind und ein Mann auf. Dieser hörte dumpfe Knallgeräusche, drehte sich um und sah nur einen Schatten aus dem Café huschen. In einem Hinterzimmer standen Computer mit Internetzugang. Dort saßen zwei Jugendliche und ein Erwachsener - der Verfassungsschützer Andreas T., der als einziger die Geräusche nicht gehört haben will. T. ist für eine spätere Sitzung als Zeuge geladen.

Ermittlungen im Familienkreis

Kommissar G. war für die Ermittlungen im Umfeld der Familie mit türkischer Herkunft zuständig. Ismail und Ayse Yozgat hatten vier Töchter und einen Sohn, Halit war "der Mittelpunkt", sagt G. Er beschreibt die Zusammenarbeit mit der Familie als höchst angenehm: "Herr und Frau Yozgat waren sehr kooperativ, harmonisch und vertrauensvoll." Sie hätten verstanden, dass in einem Mordfall auch in der Familie ermittelt werden müsse. Auch gegen eine Überwachung ihres Telefonanschlusses hätten sie nichts eingewandt.

Letztlich habe sich bei der Familie jedoch kein Mordmotiv ergeben. G. beschreibt sie mit einem Satz, den er für ein Kompliment hält: "Das waren gläubige Muslime, aber westlich orientiert", sagt er, "sie haben sich in unserer Gesellschaftssystem sehr gut integriert." Ein Raunen geht durch den Saal - als seien der muslimische Glaube und ein Leben im Westen generell ein Widerspruch.

Der Verdacht liegt nahe, dass ein solches Denken auch die Recherchen der Mordkommission bestimmte. Tatsächlich lief es zwischen Ermittlern und Familie wohl längst nicht so glatt, wie G. es beschreibt. Thomas Bliwier, der Nebenklage-Anwalt der Yozgats, meldet sich: Ob sich Herr Yozgat nicht einmal beschwert hätte, dass die Ermittlungen in die falsche Richtung laufen? "Da können Sie ihn gerne fragen, das glaube ich nicht", entgegnet G.

Bliwier ist anderer Meinung. Er hält G. aus den Prozessakten vor. Demnach vertraute sich Ismail Yozgat einem türkischstämmigen Polizisten an und beschwerte sich über die Arbeit der Mordkommission. Yozgat habe verlangt, die Ermittler sollten endlich aufhören, Familienangehörige zu verdächtigen, beteuerte unter Tränen, niemand habe etwas zu verheimlichen. Eher habe er den Eindruck, hinter dem Mord stecke "ein Spinner, der wahllos Ausländer umbringt". G. sagt, das habe Yozgat ihm gegenüber nicht gesagt. Vom Vermerk seines Kollegen bekam er offenbar nichts mit, "die Mordkommission bestand aus vielen Kollegen", sagt er.

Wie stand es aber um die Ermittlungen im rechten Tätermilieu? G. sagt: "Wir haben alles mit einbeziehen müssen." Dass das tatsächlich geschah, kann er nicht so recht belegen. Anscheinend verließen sich die Kasseler darauf, dass Bundeskriminalamt und Staatsschutz alles klären würden.

Load-Date: September 26, 2013

NSU-Mörder wagten hohes Risiko Bei ihren Morden liefen die NSU-Täter höchste Gefahr, erwischt zu werden.
Bei den Ermittlungen nicht: Eine Zeugenaussage zeigt ei....

End of Document

Ein Untersuchungsausschuss, der sich lohnt; Rücktritte, Enthüllungen, Akteneinsichten: Die hartnäckige Arbeit des elfköpfigen NSU-Aufklärergremiums im Bundestag kann sich sehen lassen. Von Lisa Caspari

ZEIT-online

Mittwoch 4. Juli 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: NSU-MORDE; Ausg. 27

Length: 1080 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Der Vorsitzende des Neonazi-Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD)

© Hannibal/dpa

Es ist keine leichte Aufgabe, die die elf Abgeordneten des Bundestages zu bewältigen haben: Seit gut fünf Monaten untersuchen sie in einem Untersuchungsausschuss das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden im Fall der Terrortruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Allein der Untersuchungszeitraum beträgt über zehn Jahre, so lange konnten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt unentdeckt im Untergrund leben.

Doch die Parlamentarier haben gute Arbeit geleistet. Sie haben Akten gewälzt, Beamte befragt, Parteigrenzen vergessen und dabei so einiges enthüllt. Im Mai kam heraus, dass die bayerische Polizei bei der Suche nach dem Mörder mehrerer **Migranten** sogar einen Dönerimbiss betrieb. In ihren Befragungen der Ermittlungsbeamten enttarnten die Abgeordneten weitere abenteuerliche Arbeitspraktiken: In Nordrhein-Westfalen verließ sich die Polizei in ihren Ermittlungen auf einen Hellseher, in Hamburg auf einen Metaphysiker.

Die geschredderten Akten sind am Donnerstag Thema

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages brachte vergangene Woche auch ans Licht, dass noch nach Bekanntwerden der Existenz der Terrorgruppe sensible Akten zu ihrem rechtsextremen Umfeld vernichtet wurden. Ein leitender Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes hatte sie am 11. November 2011, in Köln bezeichnenderweise feucht-fröhlich gefeierter Karnevalsbeginn, geschreddert, angeblich weil eine Frist zum Datenschutz abgelaufen war.

Dieser Referatsleiter ist für Donnerstag als Zeuge vor den Untersuchungsausschuss geladen. In einer nicht öffentlichen Sitzung soll er seine Beweggründe erklären. Beobachter halten es aber auch für möglich, dass er jegliche Aussage verweigert.

Die sieben Akten, die er durch den Reißwolf jagen ließ, enthielten geheimdienstliche Informationen zur Anwerbung von Spitzeln im Thüringer Heimatschutz, einer rechtsextremen Organisation, in der auch die drei NSU-Terroristen

Ein Untersuchungsausschuss, der sich lohnt Rücktritte, Enthüllungen, Akteneinsichten: Die hartnäckige Arbeit des elfköpfigen NSU-Aufklärergremiums im Bundestag

ein- und ausgingen. Inzwischen sind die Akten aus anderen Unterlagen rekonstruiert worden, doch die Fragen bleiben: Wollte der Geheimdienst etwas vertuschen oder war der Beamte einfach nur ein fleißiger Datenschützer, der die Akten fristgerecht entsorgen wollte?

Mit Spannung erwartet wird am Donnerstag im Untersuchungsausschuss außerdem der Auftritt desjenigen, den die "Schredder-Affäre" bereits das Amt gekostet hat. Der scheidende Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm wird ab Mittag über die Ermittlungen seiner Behörde aussagen. Seinem Auftritt wird mit großen medialen Erwartungen entgegengeblickt, allerdings glaubt das Ausschussmitglied Eva Högl von der SPD nicht, dass er nach seinem Rücktritt "freier spricht."

Spannender war für die Parlamentarier des Untersuchungsausschusses am Mittwoch die Einsicht in einige noch existente Akten der "Operation Rennsteig". So wurde die Anwerbekampagne des Verfassungsschutzes beim rechtsextremen "Thüringer Heimatschutz" (THS) benannt. Nach dem öffentlichen Druck der vergangenen Tage hatte das Innenministerium den Abgeordneten gestattet, die sonst als streng geheim geschwärzten Klarnamen der 35 Mitglieder des THS einzusehen, die vom Verfassungsschutz zwischen 1998 und 2003 angesprochen worden waren, um sie als V-Leute zu werben.

Dies ist ein bislang einmaliger Vorgang. Am Abend ist klar: Die drei Rechtsterroristen gehörten nicht zu denen, die vom Verfassungsschutz angeworben waren.

Auch der Militärische Abschirmdienst erlaubte den Abgeordneten in dieser Woche, geheime Akten gänzlich ohne Schwärzung einzusehen. Der Geheimdienst der Bundeswehr hatte zwischen 1999 und 2003 Informationen über den "Thüringer Heimatschutz" gesammelt, um Erkenntnisse über Rechtsextremisten in den Reihen der Bundeswehr zu gewinnen.

Diese Entwicklung ist der bislang wohl größte Erfolg des parlamentarischen Kontrollgremiums. Bei der Anforderung von Ermittlungsakten ist er auf den guten Willen der Sicherheitsbehörden angewiesen. Diese entscheiden für sich, welche Informationen sie als so geheim einstufen, dass sie niemand außerhalb der Behörde sehen darf. Im Konfliktfall bleibt den Abgeordneten nichts anderes übrig, als gerichtlich gegen die Sicherheitsbehörden vorzugehen - was Jahre dauern kann. Doch die Hartnäckigkeit des Gremiums und dessen konsequent-mahnende Präsenz der Parlamentarier in den Medien hat sich offenbar ausgezahlt.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird noch lange andauern. Abschließend will das Gremium Empfehlungen formulieren, wie die Sicherheitsbehörden in Zukunft besser zusammenarbeiten können. Gerade an den Schnittstellen zwischen Bundesamt und Landesämtern für Verfassungsschutz hatte es bei der Suche nach den Rechtsterroristen und bei der Aufklärung der Mordserie an Migranten und des Mordes an einer Polizistin oft schwere Versäumnisse gegeben, genauso beim Austausch zwischen Polizei und Geheimdienst. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der durch die stets neuen Enthüllungen selbst unter Druck steht, kündigte bereits an, sich die Empfehlungen des Ausschusses zu Herzen nehmen zu wollen.

Reformen bisher an Sicherheitsbehörden gescheitert

Schon jetzt sind diverse Ideen auf dem Markt. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat in der Vergangenheit mehrmals die Zusammenlegung einzelner Landesverfassungsschutzbehörden gefordert. Andere verlangen für die Zukunft eine einheitliche Bundesstelle. Doch all diese Ideen widersprechen dem Föderalismusprinzip des Grundgesetzes, sie sind gegen den Willen der betroffenen Länder kaum durchsetzbar. Andere fordern, dass der Geheimdienst künftig transparenter arbeitet und der Einsatz von V-Leuten durch eine unabhängige Instanz kontrolliert wird. Gegner argumentieren, ein Geheimdienst könne nur vernünftig arbeiten, wenn er eben nicht jeden seiner Schritte dokumentieren müsse. V-Männer würden sich kaum mehr anwerben lassen, wenn sie davon ausgehen müssten, dass ihre Personalien noch von einer weiteren Stelle überprüft werden.

FDP-Rechtspolitiker Christian Ahrendt jedenfalls, Mitglied im parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste, sagt ZEIT ONLINE: "Eine Reform der Sicherheitsbehörden ist in der Vergangenheit leider immer an dem erbitterten Widerstand ebendieser gescheitert." Ahrendt verweist dabei auf den fehlgeschlagenen Umzug

Ein Untersuchungsausschuss, der sich lohnt Rücktritte, Enthüllungen, Akteneinsichten: Die hartnäckige Arbeit des elfköpfigen NSU-Aufklärergremiums im Bundestag

der BKA-Zentrale nach Berlin und die abgeblasene Zusammenlegung von Bundespolizei und BKA. Er sagt: "Es muss sich endlich etwas tun, aber leider bin ich da aus Erfahrung sehr skeptisch."

Load-Date: July 5, 2012

End of Document

Sankt Martin und die Syrer; Der Bischof von Rottenburg wollte auch ein bisschen wie Papst Franziskus sein. Doch in seiner Diözese und im Landkreis stößt er damit auf wenig Begeisterung.

ZEIT-online

Donnerstag 31. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 44

Length: 1054 words

Byline: Rüdiger Bäßler

Body

Außenansicht der Basilika Weingarten mit Klosterabtei (Archiv)

© Stefan Puchner/dpa

Die Tagung war schon fast zu Ende, da ließ der Bischof Gebhard Fürst, Oberhaupt der Diözese Rottenburg-Stuttgart, im alten Kloster St. Martin in der Stadt Weingarten eine kleine Bombe platzen. Am Ende eines mehrtägigen Kirchenkongresses schlug der katholische Geistliche ganz im franziskanischen Geist des neuen Papstes vor, die verlassenen Mönchstrakte des Klosters künftig für **Flüchtlinge** zur Verfügung zu stellen. Es sei womöglich an diesem Tag, sagt ein Teilnehmer bewundernd, der "Genius loci" des Wallfahrtsortes über den Bischof gekommen.

Nachdem Fürst zunächst vornehmen Applaus bekommen hatte, fragen sich mittlerweile viele, weshalb in dem südlichen Landstrich, in dem es Hunderte Kirchenbesitztümer gibt, ausgerechnet das ehemalige Benediktinerkloster Weingarten Wohnstätte für **Flüchtlinge** aus Syrien werden soll. Einerseits haben die letzten Mönche aus Nachwuchsmangel das Kloster vor drei Jahren verlassen. Seither stehen 50 Zimmer auf der etwa 600 Quadratmeter großen Geschossfläche leer.

Andererseits ist Weingarten nicht irgendeine Kirchenanlage, sondern, mit seiner prachtvollen Basilika, größtes barockes Kirchenbauwerk nördlich der Alpen und Anziehungspunkt für jährlich Zehntausende Wallfahrer. "Klein Rom" nennen Gläubige die Basilika in Anlehnung an den Petersdom in der italienischen Hauptstadt. Europaweit einmalig ist der alljährliche Blutritt am Tag nach Christi Himmelfahrt, zu dem 3.000 Reiter in Frack und Zylinder aufbrechen.

Muslime in Kreuzgängen

In verschiedenen Internet- und Leserbriefforen örtlicher Zeitungen gibt es mittlerweile Hunderte ablehnende Kommentare zur Idee einer Flüchtlingsunterkunft. Das alte Kloster sei "im Nullkommanix runtergewohnt, versaut und ausgeplündert", steht da zu lesen. Nun würden also bald Muslime durch die Kreuzgänge wandeln und die

Sankt Martin und die Syrer Der Bischof von Rottenburg wollte auch ein bisschen wie Papst Franziskus sein.
Doch in seiner Diözese und im Landkreis stößt er damit....

Kruzifixe müssten verhängt werden, heißt es anderswo. Fatalistisch klingt dieser Rat: "Solange es also kein Steuergeld kostet ... nur zu!"

Tatsächlich wird jedoch Steuergeld nötig sein, um die Idee des Bischofs Wirklichkeit werden zu lassen. Die katholische Kirche ist in Weingarten nämlich lediglich Mieterin der Klosteranlage, in deren Südflügel sich noch ein Tagungshaus der Diözese befindet. Besitzer des Großdenkmalgebäudes ist das Land Baden-Württemberg. Wie die alten Mönchszellen in Flüchtlingsunterkünfte umgebaut werden, sei Sache des Besitzers, sagt ein Sprecher der Diözese in Rottenburg. Mit Zahlen und Summen habe man sich darum im eigenen Haus bisher nicht beschäftigt. 40 Betten für Flüchtlinge, das wäre am Ende ein schöner Erfolg, heißt es.

Sehr verhalten ist die Reaktion beim Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg. Der zuständige Amtsleiter in Ravensburg, Hermann Zettler, findet den bischöflichen Vorschlag zwar "positiv", fügt aber hinzu: "So wie ich das Gebäude kenne, wird es baulichen Handlungsbedarf geben."

Was den Benediktinermönchen bis 2010 noch zugemutet werden konnte, ist künftig nicht mehr tragbar. Die Sanitäranlagen im entrümpelten Klostertrakt sind marode, durch die zweidrahtige Verkabelung der Elektroinstallation fließt seit 40 Jahren der Strom. Die geltenden Gesetzesvorschriften zum Brandschutz und zur Offenhaltung von Rettungswegen sind bei Weitem nicht erfüllt.

Sanierung würde Millionen kosten

Die denkmalgerechte Sanierung all dessen werde wohl viele Millionen Euro kosten und Jahre dauern, bestätigt Zettler. Möglicherweise, so der Amtsleiter, könne man provisorisch etwas machen, zum Beispiel Leitungen auf Putz verlegen. Das werde gerade geprüft. Nur eines weiß er ganz gewiss: Bezahlen werde auch das Land Baden-Württemberg all das nicht. Der Landkreis Ravensburg als Flüchtlingsbehörde sei hier zuständig.

Die Ravensburger sind, wie alle Kreise im Land, unter Druck. Das baden-württembergische Integrationsministerium rechnet 2013 mit bis zu 14.000 Flüchtlingen, 2012 waren es knapp 8.000, 2011 rund 5.300. Ravensburg wird bis Ende des Jahres zwischen 350 und 500 neue Hilfesuchende aufgenommen haben. "Die Not ist groß", sagt eine Sprecherin der Kreisbehörde. Längst müssten Asylsuchende auch in Containern untergebracht werden. Privatleuten, die Wohnraum anbieten, zahlt der Kreis in vielen Fällen sogar Umbaukosten, um die Menschen schnell unterbringen zu können.

Der Unmut der Kommunalpolitiker über den franziskanisch angehauchten Bischof entzündet sich auch an der Tatsache, dass die Kirche in Rottenberg nicht arm ist. Erst kürzlich wurde das neue, knapp 40 Millionen Euro teure Bischöfliche Ordinariat eingeweiht. Allerdings: Da die Kirche nun mal nicht der Eigentümer des Klosters ist, ist sie auch nicht für dessen Sanierung zuständig, egal wie viel Geld sie für andere Dinge ausgeben kann.

Unterstellt wird von politischer Seite zudem, dass die Kirche die auf öffentliche Kosten sanierten Räume nach dem Ende der Syrien-Krise erneut mieten und eine neue "Bruderschaft" dort ansiedeln könnte. Der Plan, wieder Mönche ins Weingartener Kloster zu bringen, wird vom Sprecher der Diözese bestätigt.

Das finanziell zu unterstützen sei aber wohl kaum Aufgabe des Landkreises, heißt es in Kommunalpolitiker-Kreisen. Der Ravensburger CDU-Landrat Kurt Widmaier habe den Vorschlag des Bischofs vorerst auch zur Kenntnis genommen, bestätigt seine Pressestelle.

Moralisch überrumpelt

Doch auch in der Frage, wer von der Sanierung der Räume langfristig profitiert, müsste sich der Landkreis eigentlich eher mit dem Land als mit der Kirche auseinandersetzen. Das eigentliche Problem scheint deswegen eher zu sein, dass der Landkreis sich vom Bischof überrumpelt und moralisch unter Druck gesetzt fühlt. Sich einfach über den Vorschlag des Bischofs hinwegzusetzen, traut man sich offenbar nicht.

Der Pfarrer der Kirchengemeinde St. Martin, Ekkehard Schmid, wünscht sich bald wieder Ordensleben in dem alten Gebäude, der Abzug der letzten Padres sei "schmerzlich" gewesen.

Sankt Martin und die Syrer Der Bischof von Rottenburg wollte auch ein bisschen wie Papst Franziskus sein.
Doch in seiner Diözese und im Landkreis stößt er damit....

Bis es so weit ist, will sich Schmid allem stellen, was noch kommt. Einen untergründigen Missmut in seinem Umfeld hat auch er längst registriert und mahnt die breite Öffentlichkeitsarbeit an, die noch nötig sein werde, um die Flüchtlingsunterkunft wirklich bauen zu können. "Man muss die Gemeinde mitnehmen." Vorher aber, sagt der Pfarrer, werde abgewartet, zu welchen Beschlüssen die Weltlichkeit sich am Ende durchringt.

Load-Date: October 31, 2013

End of Document

Köpfchen, Alter!; Die Bildungsexpansion hat dafür gesorgt, dass die Deutschen schlauer sind als früher

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. April 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WISSEN SERIEN VORSICHT, GUTE NACHRICHTEN (3); Köpfchen, Alter!; S. 35; Ausg. 15

Length: 405 words

Byline: Martin Spiewak

Body

Einst war sie die wichtigste deutsche Schulform, daher ihr Name: die Hauptschule. 1972 besuchten sie noch die Hälfte aller 13-Jährigen, heute sind es gerade noch 15 Prozent. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Schüler fast verdoppelt, welche die Schule mit dem Abitur beenden. Noch nie gab es so viele Studenten und so wenige Schulabbrecher in Deutschland wie heute. Die Bildungsexpansion hat vor allem die Mädchen begünstigt, die heute im Durchschnitt bessere Abschlüsse machen als Jungen. Aber auch Schüler aus Migrantenfamilien, die Sorgenkinder unseres Schulsystems, haben von dem profitiert, was Bildungsforscher »kognitive Mobilisierung« nennen. Der Durchschnittsdeutsche wird messbar schlauer: Jedes zusätzliche Schuljahr bringe im Schnitt drei IQ-Punkte, schreibt die Intelligenzforscherin Elsbeth Stern.

Dennoch klagen Lehrer seit Langem über den Leistungsverlust ihrer Schüler. Abgesehen davon, dass dieses Lamento schon im alten Griechenland verbreitet war: Für die einzelnen Schulformen trifft die Diagnose sogar zu. Wenn heute 40 statt 10 Prozent einer Altersstufe das Gymnasium besuchen, ist das mittlere Lernniveau zwangsläufig niedriger als früher. »Auf den ganzen Jahrgang bezogen, lernen die Schüler aber dennoch mehr«, sagt der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein.

Zu einer generellen Abwertung der Abschlüsse hat die Bildungsexpansion nicht geführt. Die Arbeitslosenrate unter Akademikern zum Beispiel liegt seit vielen Jahren unter fünf Prozent. Das liegt vornehmlich daran, dass die Anforderungen in vielen Berufen gewachsen sind und weiter steigen werden.

Als Problem erweist sich der Trend für jene Schüler, die nur einen Hauptschulabschluss vorweisen können oder nicht einmal das. Unter ihnen sind viele, die im Lesen und Rechnen kaum über das Niveau der Grundschule hinauskommen. Sie haben wenig Aussicht auf eine Ausbildung oder einen Beruf, mit dem sie ohne staatliche Hilfe eine Familie ernähren können. Zwar ist der Anteil der sogenannten Risikoschüler in den vergangenen zehn Jahren von einem Viertel auf ein Fünftel gesunken. Gleichzeitig sinkt jedoch ihr Optimismus, den Aufstieg aus eigener Kraft schaffen zu können. In einer Allensbach-Umfrage aus dem vergangenen Jahr stimmten nur 18 Prozent dieser Jugendlichen der Aussage zu, dass jemand, der sich anstrengt, es in dieser Gesellschaft zu etwas bringen kann.

VON MARTIN SPIEWAK

Köpfchen, Alter! Die Bildungsexpansion hat dafür gesorgt, dass die Deutschen schlauer sind als früher

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Kristallnacht im August; "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "Asylanten"

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. August 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 20; Ausg. 34

Length: 2727 words

Byline: Christoph Dieckmann

Body

Vor Kurzem erst enttäuschte Rostocks Oberbürgermeister Roland Methling amerikanische Touristen. Sie hatten ihn nach dem Friedhof für die Opfer von Lichtenhagen gefragt. Ungläubig hörten sie, es habe keine Toten gegeben, anders als bei den Brandanschlägen in Solingen, Lübeck, Mölln. Obwohl wir keinen Deut besser sind, sagt Methling. Ich schäme mich dafür, was wir 1992 hier zugelassen haben.

Hielten Sie das für möglich?

Nein. Aber es zeigt, wie schnell etwas explodieren kann, wenn man Öl ins Feuer gießt - durch unbedachte Äußerungen, durch eine versagende Politik.

Methlings Pressereferent Ulrich Kunze: Ich gehöre nicht zu den Rostockern, die sich scheuen, von Pogrom zu sprechen.

Das Pogrom von Lichtenhagen. Vor zwanzig Jahren brannte in der Rostocker Trabantenstadt das sogenannte Sonnenblumenhaus. Der elfgeschossige Plattenbau mit dem Wandmosaik beherbergte Mecklenburg-Vorpommerns Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst). Den Nachbaraufgang bewohnten Vietnamesen, die einst als "Vertragsarbeiter" in die DDR gekommen waren.

Im Sommer 1992 lagerten vor dem Sonnenblumenhaus Scharen von Flüchtlingen, vor allem aus Rumänien. Sie mussten tagelang ohne Verpflegung und Toiletten auf der Wiese kampieren, weil die überfüllte ZAst sie nicht registrierte. Die Zustände entglitten. An drei Abenden, vom 22. bis zum 24. August, versammelte sich am Sonnenblumenhaus deutscher Volkszorn - protestierend, randalierend, endlich gewaltbereit, auch nach dem Abtransport der Asylbewerber. Steine flogen, dann Molotowcocktails. Rädelsführer stiegen über die Balkone ins Gebäude ein und legten Feuer, zum Jubel des Mobs. Das Tatmotiv wurde aus Tausenden Kehlen gegrölt: DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN, AUSLÄNDER RAUS!

Die Polizei?

Kristallnacht im August "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "....

Blieb unsichtbar.

Die Feuerwehr?

Drang nicht durch.

Die TV-Welt wurde Zeuge. Die Fernsehbilder aus den Augusttagen 1992 wirkten wie ein "Kristallnacht"-Remake. In jener Nacht schrumpfte das ostdeutsche Heldenvolk zum Pöbel von Lichtenhagen. Zur Symbolfigur promovierte der arbeitslose Baumaschinist Harald Ewert, der im Deutschland-Trikot und mit eingenässter Joggingbuxe den Hitlergruß entbot. Später bestritt er Blasenschwäche und nazistische Gesinnung. Die Nässe sei Bier gewesen und sein Arm irgendwie reflexhaft hochgefliegen, als der deutschtrunkene Bürger mit dem tobenden Volkskörper verschmolz.

Etwa 120 Hausinsassen gerieten in Todesgefahr. Dass niemand starb, war schieres Glück und das Verdienst von Vietnamesen, die das Dach aufbrachen.

Zufällig befand sich im brennenden Haus ein Kamerateam des ZDF-Magazins *Kennzeichen D*, darunter Jochen Schmidt. Zehn Jahre später schrieb er ein Lichtenhagen-Buch. *Politische Brandstiftung* rekonstruiert die Ereignisse mit Akribie, vor allem das Versagen der Behörden.

Seit Wochen hatten Stadt und Land einander die Verantwortung für die Asylbewerber zugeschanzt. In der Brandnacht verschwand Rostocks Polizeidirektor Siegfried Kordus drei Stunden lang zum "Hemdwechsel". Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lothar Kupfer (CDU) fand "vom Faktischen her eine absolute Gefährdung nicht gegeben". Der CDU-Ministerpräsident Berndt Seite dekretierte, die Vorfälle zeigten, dass "die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird".

Jochen Schmidts erbitterte These: Inkompetenz und Schlamperei dienten einem perfiden politischen Willen. Die Politik wünschte ein Fanal und ließ die Volksmeute absichtsvoll gewähren. Das Pogrom von Lichtenhagen war die Marschmusik für ein rigide verschärftes Asylgesetz. Helmut Kohls Regierung installierte es 1993 - mit Zustimmung der SPD. Schmidts Buch bündelt Indizien. Den Schießbefehl, sozusagen, hat der Autor nicht gefunden.

Gewiss ist, dass Rostock erschrak und sich seiner Schande stellte. Die Stadt schuf einen Ausländerrat. Asylbewerber wurden nun innerstädtisch einquartiert. Die Jugendarbeit bekam Geld, Räume, Programme gegen Gewalt. Es wuchsen Bürgerinitiativen gegen Rassismus und Rechts. Die Vietnamesen gründeten den Begegnungsverein Diên Hồng. Zum 20. Jahrestag bittet jetzt die *Ostsee-Zeitung*, Lichtenhäger Erinnerungen einzusenden. Auch Rostocks jüngster Ehrenbürger Joachim Gauck wird kommen und reden. Der Verein Soziale Bildung verteilt 10000 Gratis-DVDs mit der britischen Pogrom-Dokumentation *The Truth Lies In Rostock*, damit das Gedächtnis der Stadt nicht aufgehübscht werde wie der Stadtteil Lichtenhagen.

Denn heute wirkt Lichtenhagen nahezu adrett. Die vierzig Jahre alten Plattenblocks sind bunt saniert. Erker, Loggien, gläserne Liftschächte lassen staunen, wie man die Platte veredeln kann. Linden rauschen, Möwen schreien, in zwanzig Minuten radelt man zum Ostseestrand. Der Boulevard rottet zwar noch, doch in den Springbrunnen juchzen Sommerkinder. Das Pogrom ist weder ihre Geschichte noch die der Mehrzahl heutiger Bewohner. Wir müssen die Älteren fragen.

Ich hab's im Fernsehen erlebt, in Kanada, sagt der Seemann. Ich hab wirklich nichts gegen Ausländer, ich bin mit allen gefahren - Inder, Indonesier, Vietnamesen...

Ich war dabei, sagt der kleine Herr. Ich hatte Angst. Man konnte nichts dagegen sagen, die Glatzen schlagen doch gleich zu.

Die Zustände waren unerträglich, sagt die silberhaarige Dame. Diese, diese Sinti und wie die anderen heißen, die haben aggressiv gebettelt. Die Kinder, wenn man denen was geben wollte, klauten sie das Portemonnaie. Diebstähle, massenhaft, auch in der Kaufhalle.

Kristallnacht im August "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "....

Auf den Rasen geschissen, sagt der Mittagszecher auf der Bank. Öffentlich gefickt, sagt sein Trunkgenosse. Zecher drei, im bürgerlichen Hemd: Das sind Gerüchte. Zecher zwei: Dat hab ich gesehn. Zecher drei: Was sollten die machen, ohne Dach überm Kopp?

Leute, es gibt keinerlei Rechtfertigung, ein Haus mit Menschen anzuzünden.

Dat warn keine Lichtenhäger, sagt Zecher zwei. Dat warn zugereiste Nazis.

Ich hab selbst 'n Molli reingehauen, verkündet Zecher eins. Die blanke Brust ist markant tätowiert. Eine Faust zeigt den Stinkefinger als ejakulierenden Penis, flankiert von Frakturschrift: "Schlechtes Vorbild". Und wenn dat wieder vorkommt, spricht das schlechte Vorbild, dann hau ich da wieder 'n Molli rein. Dat geb ich dir mit Unterschrift.

War 'ne Schande, sagt Zecher zwei. Hätte nich vorkommen dürfen.

Das wird euch der Gauck auch sagen.

Ach, der Pfaffe, sagt Zecher zwei. Zecher drei: Du, der ist gut, der hat bei der Wende in der Marienkirche doll gepredigt. Da hing was dahinter!

Ein sehr anderes Trio erwartet uns im Kolping-Begegnungszentrum. Der Leiter Rainer Fabian und die Jugendarbeiterin Hanka Bobsin erläutern uns die Initiative "Lichtenhagen bewegt sich" und ihre Aktivitäten. So etwas wie 1992 werde es nicht mehr geben, glaubt Frau Bobsin. Man möge Rostocks damalige Situation bedenken: Entlassungswellen, Zukunftsängste, die Mahnwachen an den Werften. Erst braucht es ein erschütterndes Ereignis, sagt Frau Bobsin. Daraus zieht man Lehren, damit es in Zukunft hoffentlich nicht mehr passiert. Erst nach München 72 wurde die GSG9 gegründet.

Wir pflanzen eine Eiche, und danach ist Feierabend

Wer weiß, wer 1992 alles mitgespielt hat, um ein Exempel zu statuieren, sagt Herr Fabian. Damals haben sich viele mitreißen lassen. Unsere Jugendlichen sind gar nicht in der Lage, Molotowcocktails zu bauen. Die wurden ihnen in die Hand gedrückt. Sie haben sie natürlich geworfen, vielleicht auch animiert durch Fernsehteams.

Wortführer der Runde ist Ralf Mucha, einst Seebär, heute Vorsitzender des Ortsbeirats Lichtenhagen und Landtagsabgeordneter der SPD. Das waren anfangs friedliche Demonstrationen für ein gerechteres Asylgesetz, erklärt Mucha. Das Eskalieren haben andere besorgt, die hier 'ne Bühne suchten. Und dass Lichtenhäger Bürger Beifall geklatscht haben, würd ich auch nur bedingt sagen. Es herrschte Schockstarre und die Einsicht: Das geht nicht, das ist unmöglich, das ist nicht unser Weg.

Was erwarten Sie von Joachim Gauck?

Dass er diesen Rechtfertigungsdruck von den Lichtenhägern nimmt. Er sagt ja auch: Es sind jetzt schon sechzig Jahre nach dem Krieg, die KindsKinder tragen keine Verantwortung für die Schandtaten. Wer sich engagiert, soll ein gutes Gewissen haben.

Derzeit entwirft "Lichtenhagen bewegt sich" einen volkspädagogischen Handzettel, der die Hiesigen für den 20. Jahrestag präparieren soll. Die Medien, klagt Mucha, haben sich in der Vergangenheit die Lichtenhäger geschnappt und befragt. Und dann konnten die nicht viel sagen, weil sie unvorbereitet waren, und fielen in die Rechtfertigung zurück. Wir wollen kein Tingeltangel-Friedensfest wie zum 10. und zum 15. Jahrestag. Und auch keine Gedenktafel am Sonnenblumenhaus, weil wir befürchten, dass es sonst zu Übergriffen kommt. Es gibt eine Sternfahrt mit der Bürgerinitiative "Bunt statt braun", wir pflanzen eine Eiche, und danach ist Feierabend.

Zum Sonnenblumenhaus. Im Parterre des Aufgangs 18, wo 1992 der sengende Mob einbrach, residiert heute ein Beerdigungsinstitut. Es lässt "würdevoll Abschied nehmen" mit einem integrationsfördernden Zitat von Exupéry: "Wir sind einer für den anderen Pilger, die auf verschiedenen Wegen einem gemeinsamen Treffpunkt zuwandern." Drinnen Särge, weiße Rosen und eine Trauerfachfrau, die sich bekümmert der Asylanten-Invasion entsinnt: Möbel

Kristallnacht im August "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "....

aus dem Fenster geschmissen, überall hingepullert, so trieben es diese, diese Roma und wie die anderen heißen, die mit den Kopftüchern.

Aber das Haus anstecken?

Das geht natürlich nicht. Man muss beide Seiten verstehen. Echt leid taten mir die Vietnamesen, die gerieten dazwischen, die konnten gar nichts dafür. Das waren ordentliche Leute.

Dieses Lob ist in Rostock verbreitet - vielleicht auch als Schutzschild gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit? Fleißig seien die Vietnamesen, freundlich, anpassungsgewillt. Ein Kompliment lautet: Die siehste gar nicht.

Wir sehen einige der 900, die heute noch in Rostock leben. Zur DDR-Zeit waren es 3000. Sie arbeiteten im Hafen und in der Shanty-Näherei. Mit dem Untergang der DDR-Wirtschaft fielen sie ins Nichts. "Die Fidschis" sollten möglichst rasch verschwinden. Viele taten es, bis den Verbliebenen 1993 das Aufenthaltsrecht zugestanden wurde.

Wir sind eingeladen zum Gesprächsabend des Vereins Diên Hồng: zwei Stunden familiäres Palaver bei Melone und Schokokeksen, moderiert vom vietnamkundigen Ex-Handelsmarinisten Ulrich Kamprath. Es geht um kulturelle Unterschiede und Volkstemperamente, um das Leben inmitten der freundlich-kühlen Deutschen, um Nord- und Südvietnam, die USA, den Krieg. Kampraths Frachter transportierte auch Waffen nach Fernost. Ins Bruderland DDR gelangt, erfuhren die Vietnamesen die Grenzen des Internationalismus: isolierte Unterbringung, schroffe Regeln. Schwangerschaft? Abtreibung oder Heimreise. Und nie lässt sich vergessen, wie der spielsüchtige Kamerad vom Hochhaus sprang.

Dieses Grölen, dieses Jubeln angesichts von Menschen in Todesangst

Die Vietnamesen haben einen hohen Begriff von Ehre und Eigenverantwortung. Manche reißen sich eher ein Bein ab, bevor sie ihnen zustehende Sozialleistungen annehmen. - So spricht am nächsten Morgen im Rostocker Rathaus der Oberbürgermeister. Roland Methling amtiert seit 2005. Er ist parteilos; einst war er in der SED. Ein Mann des Hafens, wie er ausdauernd betont. Hafen bedeutet: Tor zur Welt. Weltoffen sei Rostock, und müsse es sein. Methling, studierter Kybernetiker und Ingenieur, regiert die Hansestadt als Netzwerker. Seit 1990 organisierte er die Hanse Sail , Rostocks grandioses Festival für Segler aus der ganzen Welt. Gern sticht er visionär in hohe See. Wir sind ja, spricht er, in der DDR mit dem Gedanken aufgewachsen, dass alle Menschen gleich sind und die Welt zusammengehört. Andererseits die widersinnigen Grenzen. Dann Andropow, Gorbatschow, die Konvergenztheorie: Entweder die Systeme wachsen friedlich aufeinander zu, oder in fünf Jahren existiert die Welt nicht mehr. Jeder wusste, dass die DDR wirtschaftlich ohne Öffnung nicht überlebt. Da stand ein Zwei-Millionen-Kran im Hafen still, weil wir keine hundert Westmark für ein Ersatzteil aus Hamburg hatten.

Herr Methling, wie haben Sie 1992 Lichtenhagen erlebt?

Mit dem Gedanken: Die machen da kaputt, wofür Tausende Rostocker mit Inbrunst arbeiten - für eine weltoffene, prosperierende Stadt.

Diese Stadt liegt dem OB zu Füßen. Unter seinen Rathausfenstern breitet sich der Neue Markt. Bunte Giebel leuchten, rechts trutzte St.Mariens kriegsbewahrte Gotik. Rostock wimmelt, von der studentischen Kröpeliner-Tor-Vorstadt bis zum Warnow-Hafen mit seinen Booten, Fähren, Riesenpöten und dem Möwenschrei: Ans Meer!

Wir sitzen am Strom mit einer Stadtlegende, die aber aus Thüringen stammt. 18 Jahre lang war Wolfgang Richter Rostocks Ausländerbeauftragter. Er zählte zu den Eingeschlossenen im brennenden Sonnenblumenhaus. Er weiß, wie die Lichtenhäger Zustände kulminierten. Hirnrissig, die ZAst ins Wohngebiet zu setzen, sagt Richter. Schon im Juni 1991 schrieb er Innenminister Kupfer, dass "schwerste Übergriffe bis hin zu Tötungen nicht mehr auszuschließen" seien. Aber was dann geschah, sagt Richter, das konnte ich mir doch nicht vorstellen. Die Presse hatte die Stimmung noch angeheizt. "Asylanten grillen Möwen", solche Berichte. Und: "Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAst aufräumen". Das las sich wie ein Aufruf.

Kristallnacht im August "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "....

Richter ist ein stadtweit gerühmter Parlamentär der Toleranz. Er spricht besonnen, er versteht es, Menschen mitzunehmen. Die Verschwörungstheorie seines Freundes Jochen Schmidt teilt er nicht. Am offiziellen Rostock kritisiert er den Hang zu plakativer Weltoffenheit. Die stetige Förderung von Integration habe Methlings SPD-Vorgänger Arno Pöker energischer betrieben. Eins ist Richter besonders wichtig: Begonnen habe das Pogrom als hiesige Angelegenheit, auch wenn auswärtige Rechte auf den fahrenden Zug sprangen. Dieses Grölen, dieses Jubeln angesichts von Menschen in Todesangst, das sei eine Rostocker Dimension.

Und was war deutschlandtypisch?

Wirtschaftsflüchtlinge, Asylantenflut, all diese Begriffe sind nicht hier in Rostock erfunden worden. Auch nicht die Bereitschaft, Opfer zu Tätern zu machen. Und zu ignorieren, dass sie sich in Not befinden. Und dass wir Teil wirtschaftlicher Prozesse sind, die Menschen Flüchtlinge werden lassen.

Einst lehrte Richter Geografie: ein globaler Charakter, Freidenker hinter Grenzen. Wie schäbig wäre das Alibi, DDR-geprägte Menschen seien Zwangsrassisten.

In Richters Geist treffen wir etliche Rostocker. Steffen Vogt zeigt uns die Asylbewerberunterkunft. Sie wird von Sozialarbeitern des Bürgervereins Ökohaus geführt - im Grüngürtel der Innenstadt, damit die 220 Bewohner sich als Menschen fühlen, nicht als Sperrmüll in der Pampa.

Im Kulturzentrum Peter-Weiss-Haus begegnen wir Christoph Schützler, Maximilian Schneider und Sven Rohloff vom Verein Soziale Bildung, der "Ermöglichungskultur mit Beteiligungscharakter" betreibt. Zur Zeit des Rostockers Pogroms waren sie jugendliche Bürger eines nationalbesoffenen Beitrittsgebiets, dessen Einheitskanzler immerfort "Wir Deutschen..." predigte. Sie erlebten die Nazi-Hatz auf alles Linke, die Vereinsamung des Anstands in Dörfern und kleinen Städten. Sie hatten Lehrlingskameraden, die Steinwurf trainierten, um am Wochenende "Asylantenheime zu entglasen". Auch heute will nicht jeder Antifa-Aktive seinen Namen in der Zeitung lesen.

Wäre Lichtenhagen 2012 möglich?

Der alltägliche Rassismus ist immer noch virulent, sagt Schützler. Aber die Gegenwehr in Rostock wäre auf jeden Fall größer.

Auch einen Westler haben wir besucht. Der Buchhändler Manfred Keiper kam 1990 aus Bremen. Am Doberaner Platz betreibt er die fabelhafte Andere Buchhandlung. 1992 habe die Politik Hasardeur gespielt und die kollektive Angst vor den Fremden instrumentalisiert. Hätten daraufhin nicht reihenweise Köpfe rollen müssen, bis ganz nach oben? Doch die Verantwortungsflüchtlinge klebten am Amt. Allmählich, findet Keiper, wachse hier die demokratische Kultur, das eigenverantwortliche Bewusstsein. Wo dieses individuelle Selbstvertrauen fehle, da werde die Gruppe gesucht. Freilich sitzt auch die NPD im Rostocker Stadtparlament. Darüber redet niemand, sagt Keiper. Aber einfach ignorieren, das klärt nichts.

Wandel braucht Zeit und den Wechsel der Generationen. Das ist Manfred Keipers 68er-Westerfahrung. Die Rostocker Vergesslichkeit bekämpft er nach Buchhändlerart. Er hat sich die Restauflage des Schmidtschen Werks gesichert. Ein Schaufenster ist komplett mit *Politische Brandstiftung* dekoriert.

Graphic

Als das ostdeutsche Heldenvolk zum Pöbel von Lichtenhagen schrumpfte: Szenen aus Rostock 1992

Load-Date: August 16, 2012

Kristallnacht im August "Deutschland den Deutschen": Im Sommer 1992 wütete ein entfesselter Mob in Rostock-Lichtenhagen drei Abende lang gegen "Ausländer" und "...."

End of Document

Vorsicht! Prozesse in Moskau; Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 62; Ausg. 11

Length: 1511 words

Byline: Johannes Voswinkel

Body

Eine bessere Reklame hätte die Theaterperformance im Moskauer Sacharow-Zentrum kaum finden können: Ein Trupp Kosaken zog vor dem Gebäude am Jausa-Ufer auf. Zuvor hatten vier Männer in den weinroten Westen der **Migrationsbehörde** das dreitägige Spektakel unterbrochen, um die Einreisepapiere des Schweizer Regisseurs Milo Rau zu kontrollieren. Der Staat war auf ihn aufmerksam geworden, weil er das sensible Verhältnis von Staat, Religion und Kunst anpackte.

Dabei arbeitet Rau fast unscheinbar und hat immer ein Lächeln parat. Er läuft in Jeans, kariertem Hemd und Lederjacke bei den Proben umher wie ein später Student, der vor dem Master noch schnell sein Lieblingsprojekt umsetzen möchte. "Wir sind ganz ausgewogen zwischen beiden Seiten", verkündete er freudestrahlend vor dem Beginn seiner Performance *Moskauer Prozesse*. Das klingt überraschend für den Vertreter eines Berufsstands, der oft lieber polarisiert. Aber es passte zu seinem Ziel, einen Dialog unter Gleichrangigen zu schaffen. Das hört sich nach wenig an, ist aber viel in Russland. Seine russischen Mitspieler waren ihm dankbar. "So etwas", sagte einer von ihnen, "bekämen wir nicht hin."

Der 36-jährige Rau hat drei Moskauer Prozesse der vergangenen zehn Jahre in seiner Performance verbunden, die am Sonntag zu Ende ging: Im Januar 2003 verwüsteten sechs orthodoxe Gläubige die umstrittene Kunstaussstellung *Vorsicht! Religion*. Sie blieben straffrei, aber die Organisatoren der Ausstellung wurden wegen Aufwiegelung zu religiösem Hass zu Geldstrafen verurteilt. Unter demselben Tatbestand verloren im Sommer 2010 zwei Kuratoren einen Prozess, die mit ihrer Ausstellung *Verbotene Kunst* auf die staatliche Zensur in Russland hinweisen wollten. Im August vergangenen Jahres kamen zwei Aktivistinnen der Punkband Pussy Riot ins Straflager. Sie hatten vor dem Altarraum der Christ-Erlöser-Kathedrale zu einem Anti-Putin-Lied getanzt.

Als Ort der *Moskauer Prozesse* wählte Rau das Sacharow-Zentrum, eine ehemalige Polizeiwache, die Mitte der neunziger Jahre zu einem Gedenkort an den sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow umgebaut worden war. Heute ist das Zentrum Treffpunkt eines kleinen Kreises von Querdenkern, Historikern und Menschenrechtlern. In seinem Ausstellungssaal hatten einst die Bilder gehangen, die zu den zwei Prozessen führten. Hier baute Rau vor der unverputzten Ziegelsteinwand und den oberarmstarken Heizrohren sein Tribunal auf: Richtertisch, Anklage und Verteidigung, Zeugenstand und eine Bank für die sieben Geschworenen.

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit

Rau ist bekannt als Weltreisender in Sachen politischer Mord und Genozid: Er hat für Film und Bühne die letzten Tage des rumänischen Diktators Ceausescu und dessen Frau, den Völkermord in Ruanda und die Gerichtsansprache des norwegischen Massenmörders Anders Breivik dokumentiert. Diesmal zog es ihn nach Russland, in eine Art "Sehnsuchtsland", das ihm schon sein Vater nahegebracht hatte. "Er war Trotzki", sagt Rau. "Ja, so was gab es mal." Rau forschte über den Gulag und merkte bald, dass er für sein Theaterkonzept eher die zeitnahe Geschichte und noch lebende Menschen brauchte. Die Idee zu den *Moskauer Prozessen* entstand. "Das Sacharow-Zentrum lässt zwei Prozesse nachstellen, die es verloren hat", sagt Rau. "Das wäre ja sogar in Deutschland frech." Der Vorwitz gefällt ihm.

Mit seinem dokumentarischen Theater trifft Rau in Moskau den Ton der Zeit. "Es erfüllt die Funktion, die eigentlich die russischen Medien hätten", erklärt der Leiter des Theaterprogramms des Sacharow-Zentrums, Michail Kaluschskij. "Es erzählt von dem, worüber das Fernsehen schweigt. Die offiziellen Kanäle und Medien leiden gerade in ihrem historischen Gedächtnis an Sklerose. Präsident Putin tut uns zusätzlich einen Gefallen, wenn er ein universales Geschichtsbuch für die Schule vorschlägt. Denn Geschichte kann unterschiedlich erzählt werden. Da setzt das dokumentarische Theater an."

Es hat allerdings mit der Passivität vieler Menschen zu kämpfen. Sie sind noch vom sowjetischen System geprägt, das nur eine allgemein gültige Meinung kannte, und erleben heute ein Regime, in dem die Oberen lieber Dekrete schreiben, als zu diskutieren. "Dieses Theaterprojekt bietet die außergewöhnliche Chance, einmal alle anzuhören und sich selbst eine Meinung zu bilden", sagt der Jurist Maxim Krupskij, der gegen seine persönliche Überzeugung in Raus *Prozessen* als Ankläger auftrat. "Die heutige Welt lebt doch vom ständigen Zweifel und Überdenken." In Russland aber werden nur wenige die *Prozesse* sehen. Die einmalige Performance lief fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Rau ließ sie filmen. Wo der Film später gezeigt werden kann, bleibt offen.

Monatelang hatte Rau um Teilnehmer an seinen *Prozessen* geworben. Fachleute und Betroffene sollten auf die Bühne treten, keine Schauspieler. Rau wollte die Verfahren nicht nachstellen und gab jedem Textfreiheit. Er bekam Absagen: Manche Gläubige verabscheuen das Sacharow-Zentrum als Hort der Liberalen. Höhere Geistliche der orthodoxen Kirche antworteten erst gar nicht. Sogar Richter im Ruhestand fanden sich nicht bereit, den Vorsitz auf der Bühne zu übernehmen. Sie fürchteten Probleme. Eine Fernsehmoderatorin gab letztlich die Richterin.

Die Performance wurde allein ihres brisanten Themas Religion wegen zum Theaterereignis. Russlands Frömmler fühlen sich stark, da der Staat sie unterstützt und zugleich die atheistische Elite der Sowjetzeit ihren Einfluss verliert. Sie wehren sich gegen den wachsenden Islam in Russland und gegen die Globalisierung, die Werte aus dem "liberal-faschistischen" Westen ins Land schwappen lässt. Ihr Weltbild ist hermetisch abgeschlossen und in sich logisch: Das russische Wesen wird von außen bekämpft. Zeitgenössische Kunst, so sagen sie, sei ein Mittel dafür und werde vor allem vom US-Außenministerium finanziert. Das russische Volk solle in moralische Depression und Stress versetzt werden, um seine Arbeitsleistung und Abwehrbereitschaft zu schwächen. Im Sacharow-Zentrum rief das bei manchem Gelächter hervor. Im Land würde es von vielen schweigend angenommen.

Die Geschworenen waren am Ende so gespalten wie die russische Gesellschaft

Die Liberalen wiederum betonen die Freiheit der Meinungsäußerung. Erst die freie Kunst zeige, wo die wunden Punkte in der Gesellschaft lägen. Der frühere Priester Gleb Jakunin, den die orthodoxe Kirche verstoßen hat, verkörperte im Zeugenstand die in Russland oft überhörte Kombination aus Gläubigkeit und Toleranz. "Manche der Kunstwerke beleidigen", sagte er, "aber sie haben ein Lebensrecht." Die Zeugin der Verteidigung, Jelena Wolkowa, resümierte: "In sowjetischer Zeit habe ich die Religion verteidigt. Heute verteidige ich die Kunst."

Wenn es auch zum Dialog noch nicht reichte, gelang das gemeinsame Zuhören. Die einen warfen Pussy Riot Rowdytum vor, und die anderen konterten, indem sie die jungen Frauen zur erfolgreichen Belebung eines Malewitsch-Bildes stilisierten: Menschen ohne Gesichter, in farbiger Kleidung vor einem weißen, also austauschbaren Hintergrund. Die einen betonten, dass Russland ein Teil Europas sei, und die anderen verwiesen auf die Landkarte: Der Hauptteil des Landes liege doch in Asien. Der jahrhundertealte Streit zwischen Westlern und

Vorsicht! Prozesse in Moskau Der Schweizer Regisseur Milo Rau provozierte in der russischen Hauptstadt mit einer Theaterperformance

Ostlern lebt weiter. Aber im Publikum saß eine Frau von Pussy Riot neben einem gläubigen Aktivisten, der auf der Straße gegen die Demos ihrer Anhänger kämpft.

Der Burgfriede wurde von außen bedroht. Vier angebliche Mitarbeiter des russischen Migrationsdienstes, von denen drei sich nicht ausweisen wollten, tauchten auf, um die Papiere aller anwesenden Ausländer zu prüfen. Diese Provokation schaffte, woran es im Gerichtssaal noch mangelte: Der Dialog funktionierte. Ankläger und Verteidiger taten sich zur Rettung der Performance gegen die Kontrolleure zusammen. "Manchmal geben Staatsbeamte Anweisungen, über deren Folgen sie nicht nachdenken", schimpfte der Experte der Anklage, Maxim Schewtschenko. "Sie verschlechtern das Ansehen Russlands weiter. Mit solchen Bürokraten braucht man keine Feinde mehr." Rau erhielt vom Migrationsdienst eine Rüge, weil er mit seinem Geschäftsvisum nicht künstlerisch tätig sein durfte.

Dann kamen die Kosaken. 40 Mann in lockerer Einheit und fantasievollen Kostümen zogen vor das Sacharow-Zentrum. Die Veranstalter baten fünf von ihnen in den Saal. Schewtschenko fragt sicherheitshalber, ob sie auch keine Säbel oder Dolche dabei hätten. Die Kosaken waren unbewaffnet, schoben bald die Persianermützen in die Stirn oder tippten gelangweilt auf ihren Handys herum. Dann zogen sie wieder ab. Sie konnten im Gerichtssaal keine Gotteslästerung entdecken.

Die Geschworenen zeigten sich am Ende des Prozesses so gespalten wie die russische Gesellschaft. Ihr Urteil: ein knapper Freispruch. Das Publikum klatschte. Aber nur kurzzeitig drohte ein harmonisches Ende. Dann protestierte der Ankläger Schewtschenko und plädierte für eine Neuverhandlung. Die Richterin beendete das Verfahren mit einem Hammerschlag im Unfrieden.

Graphic

Schuld ist stets der Klassenfeind: "Ankläger" Maxim Krupskij zeigt ein volksfeindliches Objekt aus der Ausstellung "Vorsicht! Religion"

Load-Date: March 7, 2013

Ein Leben ohne Pass; Eine Perserin in Wien: Sajeh Tavasolie, 25, Studentin

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH, DRINNEN; Ein Leben ohne Pass; S. 14; Ausg. 45

Length: 334 words

Byline: Ernst Schmiederer

Body

Als Fünfjährige kam ich mit meiner jüngeren Schwester und meinen Eltern nach Wien - eine **Flüchtlingsfamilie** aus dem Iran. Eigentlich sollte unsere Reise in die USA führen, zu meinem Onkel. Doch wir sind in Wien stecken geblieben und warteten jahrelang auf den **Asylbescheid**. Dreimal wurden wir abgewiesen. Schließlich bekamen wir einen humanitären Aufenthaltstitel. Was das bedeutet? Dass ich bis heute ein Leben ohne Pass führen muss. Dass ich Österreich kenne und sonst nichts. Ich habe noch nie das Meer gesehen. Ich habe noch keine Auslandsreise unternehmen können. Ich war immer nur in Österreich.

Als junges Mädchen bin ich von daheim abgehauen. Es gab Streit mit dem Vater, ich war in der Pubertät. Ich wohnte bei Freundinnen, hatte zwei und manchmal drei Jobs. Immer in der Modebranche. Seit ich 15 Jahre alt bin, zahle ich Steuern. Ich habe keinen Tag Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bezogen. Inzwischen arbeite ich bei einem Privatradiosender. Außerdem studiere ich Wirtschaft und schreibe an einer Bachelorarbeit.

Um die österreichische Staatsbürgerschaft bemühe ich mich seit sieben Jahren. Erst sollte ich eine Prüfung in Geografie und Deutsch machen, obwohl ich 2009 hier maturiert habe und perfekt Deutsch spreche. 2011 war ich fast am Ziel. Doch dann hieß es, dass mir zwei Tage Nachweis im Fristenlauf fehlen. Ein Amt hatte zu langsam gearbeitet. Also musste ich zwei Jahre warten. Bis März 2013. Jetzt will man wieder ein Papier von mir: Weil ich keinen Pass habe, soll ich eine Bestätigung aus der iranischen Botschaft bringen, dass ich meine Staatsbürgerschaft zurückgelegt habe. Die Botschaft ist aber exterritorial, liegt sozusagen außerhalb Österreichs. Wenn ich reingehe, kann niemand für mich garantieren. Das ist absurd. Vor ein paar Wochen habe ich erfahren, dass ich 2014 mit einem Erasmus-Stipendium an der FU Berlin studieren kann. Dafür brauche ich den Pass.

AUFGEZEICHNET VON ERNST SCHMIEDERER

Sajeh Tavasolie ist aus Teheran

Load-Date: March 25, 2022

Olympia-Sprinterin als Bootsflüchtling gestorben; Samia Yusuf Omar hatte 2008 in Peking Somalia vertreten, in London wollte sie wieder antreten. Nun wurde bekannt, dass sie auf der Überfahrt nach Italien gestorben ist.

ZEIT-online

Montag 20. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: SOMALIA; Ausg. 34

Length: 335 words

Body

Samia Yusuf Omar

© Kerim Okten/epa/dpa

Die somalische Sprinterin und Olympiateilnehmerin Samia Yusuf Omar ist im Mittelmeer bei der Überfahrt in Richtung Süditalien ums Leben gekommen. Omar hatte 2008 bei der Eröffnungsfeier der Spiele in Peking als Fahnenträgerin ihr Land vertreten. Die 21-Jährige, die in Peking über 200 Meter antrat, war vor mehreren Monaten mit anderen **Migranten** an Bord eines Fischerbootes aus Libyen abgefahren, um Italien zu erreichen.

Vermutlich Anfang April kam sie bei einem Schiffsbruch im Kanal von Sizilien unweit von der Küste Maltas ums Leben. Dies berichtete am Wochenende Abdi Bile, Weltmeister über 1.500 Meter in Rom 1987, bei Feierlichkeiten anlässlich der beiden Olympiasiege des britischen Läufers Mo Farah, der in Somalia geboren wurde.

"Wir sind über Mos Erfolge sehr glücklich, wir dürfen Samias Drama jedoch nicht vergessen", sagte Bile der italienischen Sporttageszeitung *Gazzetta dello Sport*. Samia Yusuf Omar hatte sich als 17-Jährige gegen den Widerstand in ihrer muslimischen Heimat den Olympiastart erkämpft.

"Geld gesammelt, um Reise zu zahlen"

"Ich renne gegen den Hass in meinem Land und um meiner Familie zu helfen", berichtete sie damals. Nach ihrem viel beachteten 200-Meter-Lauf, in dem sie in persönlicher Bestzeit von 32,16 Sekunden den letzten Platz belegte, wurde sie von den Zuschauern frenetisch gefeiert.

"Samia wollte unbedingt an den Olympischen Spielen in London teilnehmen", berichtete Samias Trainer Mustafa Abdelaziz. Es sei aber nicht klar gewesen, ob Somalia aus Geldgründen Athleten nach London werde schicken können.

"Sie hatte uns daher vorgeschlagen, allein London zu erreichen. Wir haben Geld gesammelt, um ihr die Reise zu zahlen", sagte Abdelaziz. Ihre Mutter habe sogar deswegen ein kleines Grundstück verkauft. Samia sei voller

Olympia-Sprinterin als Bootsflüchtling gestorben Samia Yusuf Omar hatte 2008 in Peking Somalia vertreten, in London wollte sie wieder antreten. Nun wurde bekannt....

Hoffnungen abgereist. "Wir wussten, dass die Reise nach Europa gefährlich war, wir dachten jedoch nicht, dass sie das Leben verlieren würde", erklärte Abdelaziz. "Ihr Tod hat uns zutiefst erschüttert."

Load-Date: August 21, 2012

End of Document

Frischer SPINAT, heiß und fettig

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WOCHENMARKT; S. 46; Ausg. 14

Length: 413 words

Byline: Elisabeth Raether

Body

Einige Restaurantbetreiber mit türkischem Migrationshintergrund halten es für sinnvoll, sich als italienische Gastwirte auszugeben. Denn die italienische Küche ist Konsensküche, während der Normalesser vor dem Essen der Türken immer noch ein wenig Angst hat, auch wenn er ansonsten vielleicht liberale Ansichten zum Thema Einwanderung vertritt.

Dabei kann man von den Türken einiges lernen. Sie haben einen beispielhaft gelassenen Umgang mit Spinat. Er ist in der Türkei Bestandteil vieler Gerichte und macht kein Aufhebens um sich. Es ranken sich dort keine Legenden um seinen Eisengehalt. Kinder essen ihn klaglos. Spinat wird zum Beispiel einfach in einen Börek gestopft, eine Fast-Food- Blätterteigtasche. Die Rollen, die es bei jedem türkischen Imbiss gibt, können extrem fettig sein, wenn sie frittiert werden. Das schmeckt besonders nachts um zwei Uhr. Die leichtere Variante, im Ofen gebacken, wird im Kochbuch *Echt türkisch* beschrieben, das Hilal Arslantas zusammen mit ihrer Mutter Latife verfasst hat (Christian Verlag). Die Familie wohnt seit Langem in Deutschland. Hilal Arslantas studiert Wirtschaftsingenieurwesen in Landshut, aber einen ganzen Sommer lang kochten die beiden in der türkischen Sommerfrische im anatolischen Dorf, um ihr Buch mit 80 Rezepten zusammenzustellen.

Den Spinat waschen, abtropfen lassen, klein schneiden und in eine Schüssel geben. In einer Pfanne das Öl erhitzen, die Zwiebel schälen, klein hacken und anschwitzen. (Wer will, brät ein bisschen Knoblauch mit an.) In die Schüssel zum Spinat geben und mit Salz, Paprika und Pfeffer abschmecken.

Die Blätterteig-Dreiecke nebeneinander auslegen. In einer Schüssel Eier, Joghurt, Öl und Milch verquirlen. Je ein Teigdreieck mit dieser Mischung bestreichen und ein anderes Dreieck darauflegen. Jetzt auf dem spitzen Drittel der Dreiecke jeweils etwas von der Spinat-Zwiebel-Mischung verteilen. Die anderen beiden Ecken des Dreiecks einschlagen und von der Spitze her einrollen. Auf ein gefettetes Backblech legen. Die übrige Sauce auf die Böreks streichen, mit Sesam bestreuen und im auf 200 Grad vorgeheizten Backofen ungefähr 15 Minuten goldbraun backen.

BLÄTTERTEIGROLLEN MIT SPINATFÜLLUNGFür die Füllung:300 g Spinat, 1 Zwiebel, 50 ml Pflanzenöl, ½ TL Salz, Paprikapulver, PfefferFür die Sauce:2 Eier, 3 EL Joghurt, 100 ml Pflanzenöl, 150 ml Milch, 1 EL Sesam1

Frischer SPINAT, heiß und fettig

Packung türkischer Blätterteig (12 bis 16 Blätter, dreieckig) oder Yufka-Teig, aus dem türkischen Lebensmittelladen

Load-Date: March 29, 2012

End of Document

Bitte ein modernes Bleiberecht; Özlem Topçu/Bernd Ulrich: »Deutschland durchgehend geöffnet« ZEIT NR. 41

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Bitte ein modernes Bleiberecht; S. 83; Ausg. 43

Length: 492 words

Body

Der Artikel ruft zu einer anderen Wahrnehmung des Themas **Migration** auf: weg von einem »Problemthema« zu einem »Lösungsthema«. Eine darin angedachte personelle wie institutionelle Lösung sei eine Beauftragte oder Ministerin, der die Autoren Topçu und Ulrich allerlei Attribute und Verhaltensweisen zuschreiben wollen. Dabei heißt es: »Diese Persönlichkeit müsste auch zur Mehrheitsgesellschaft sprechen und ihr etwas mehr Integrationsbereitschaft abverlangen: ein paar Festtage hier, ein wenig Geschichtswissen da. Ein Volk, das die Mülltrennung gelernt hat, wird auch den Unterschied zwischen Sunniten, Schiiten und Alawiten kapieren.«

Ich wünsche mir, dass das »Lösungsthema« Inklusion weniger lapidar behandelt wird und so wirklich die Chance hat, von einem »Problemthema« wegzukommen. Denn der unglückliche Vergleich zwischen der Unterscheidung von Sunniten, Schiiten und Alawiten und der Mülltrennung, also von islamischen Glaubensrichtungen und Müllkategorien, lässt ein Problembewusstsein vermissen. Die Lösung des Problems erschöpft sich nicht in begrifflichem Feingefühl.

Barbara von Gayling-Westphal, Konstanz

Was gebraucht wird, ist ein modernes Bleibe- und Arbeitsrecht in Form einer vernünftig gestalteten Bluecard! Eine doppelte Staatsbürgerschaft für Zugewanderte hilft nicht wirklich weiter. Wenn es Zuwanderern in Deutschland nicht gefällt, werden sie sich - egal ob mit alleiniger oder doppelter Staatsbürgerschaft - die Freiheit nicht nehmen lassen, trotzdem woanders zu arbeiten! Wie übrigens wir Deutsche selber auch.

Wer hingegen hier heimisch geworden ist, dürfte kein Problem mit der alleinigen deutschen Staatsbürgerschaft haben. Für diejenigen sind auch das Wahlrecht und die Nutzung der solidarischen Sozialsysteme in Deutschland durchgehend geöffnet.

Hans Schmidt, Magdeburg

Die doppelte Staatsbürgerschaft zäumt das Pferd von hinten auf, meine ich. Wer gut integriert - besser: inkludiert - ist, wird sich hier zu Hause fühlen und keinen zweiten Pass brauchen; auf Dauer kann kein Gesunder eine doppelte Identität haben.

Bitte ein modernes Bleiberecht Özlem Topçu/Bernd Ulrich: »Deutschland durchgehend geöffnet« ZEIT NR. 41

Dass es Menschen mit »anderen Wurzeln« in unserer Gesellschaft gibt, ist so! Jeder hat »andere Wurzeln«. Integration versucht, fremde Gruppen in die Mitte der Gesellschaft zu holen - und ist gescheitert, weil die Gruppen weiterhin als fremd wahrgenommen werden und sich als fremd wahrnehmen. Inklusion dagegen sieht den einzelnen Menschen mit seinen besonderen Fähigkeiten und Ressourcen, sieht ihn als Teil der Vielfalt in unserer Gesellschaft, will, dass er an ihr teilhat auf all ihren Ebenen und dass er sich einbringt mit seinem Können.

Natürlich gibt es Menschen, die ihr Anderssein betont leben: seien es Kopftuchmädchen, Punks, Grufties oder andere. Solange sie sich nicht außerhalb dieser Gesellschaft stellen (Segregation), muss sie das aushalten, ist auch das Teil der Vielfalt, die uns stark machen kann.

Dr. Ursula Augener, per E-Mail

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Wie gefährlich sind Deutschlands Salafisten?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ANALYSEN; Wie gefährlich sind Deutschlands Salafisten?; S. 8; Ausg. 13

Length: 526 words

Byline: Yassin Musharbash

Body

VON YASSIN MUSHARBASH

Knapp anderthalb Jahre nachdem die Neonazi-Mordbande NSU aufgefliegen ist, hat die Polizei in Nordrhein-Westfalen vier Salafisten festgenommen. Sie sollen eine Anschlagsserie gegen Politiker der islamfeindlichen Partei Pro NRW geplant haben. Bei einem der Männer wurde dem *Spiegel* zufolge eine Ceska-Pistole gefunden - dasselbe Fabrikat, das der NSU mutmaßlich für zehn Morde an Migranten benutzte. Auch eine Liste mit Namen, womöglich eine Todesliste, hatten sie vorbereitet; ein ähnliches Dokument hinterließ der NSU. Es ist denkbar, dass Deutschland einem Anschlag, womöglich aber auch einer weiteren extremistisch motivierten Mordserie entgangen ist.

Der Generalbundesanwalt ermittelt, es geht um die Gründung einer »inländischen terroristischen Vereinigung radikal-islamistischer Prägung«. Rund 600 Gramm Ammoniumnitrat, das sich zur Sprengstoffherstellung eignet, wurden sichergestellt. Die Festgenommenen, ein Albaner und drei Deutsche, werden der salafistischen Szene zugerechnet, die in Deutschland aus 4000 bis 5000 Personen besteht - und wächst. Denn die Radikalen bieten einfache Antworten auf komplizierte Lebensfragen, engen Zusammenhalt und eine starke Identität. Der Salafismus orientiert sich vorrangig an dem historischen Vorbild der islamischen Urgemeinde im Medina des 7. Jahrhunderts.

Rund zehn Prozent der Salafisten in Deutschland gelten als gewaltbereit - mithin mehrere Hundert Personen. Gewaltbereit kann vieles bedeuten: die Bereitschaft, an einer Straßenschlacht teilzunehmen - oder einen Terroranschlag zu planen. Polizei und Verfassungsschutz haben weder die Mittel, sie alle zu beobachten, noch gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage. Einer der Festgenommenen ist der *Westdeutschen Allgemeinen* zufolge vor einigen Jahren beinahe in Bremen in den Polizeidienst berufen worden.

Lange gingen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass ein möglicher Terroranschlag wahrscheinlich aus dem Ausland gesteuert sein würde. Mittlerweile gilt ein Attentat nach dem Muster des nun vereitelten Plans als ebenso wahrscheinlich. Denn etablierte Terrorgruppen wie Al-Kaida versuchen seit einigen Jahren, Freiwillige im Westen zu Attentaten in Eigenregie anzustacheln. Einige Zeichner umstrittener Mohammed-Karikaturen waren bereits Ziel solcher Anschläge. Eine Reihe von Mordaufrufen in deutscher Sprache, zum Teil ausdrücklich gegen die Pro-Bewegung gerichtet, haben Terroristen in den vergangenen Monaten über das Internet verbreitet.

Wie gefährlich sind Deutschlands Salafisten?

Mehrere salafistische Vereine sind jüngst verboten worden. Einige Dutzend dschihadistisch ausgerichtete Salafisten sind daraufhin nach Ägypten gegangen - sie und ihr Umfeld haben die Sicherheitsbehörden besonders im Blick. Die Behörden befürchten zudem, dass es immer weniger braucht, um Einzelne gewalttätig werden zu lassen - Karikaturen oder Filme etwa. Andererseits halten sie viele der Militanten für zu dilettantisch, um einen größeren Anschlag verüben zu können. Für die Sicherheitslage in Deutschland heißt das: Man muss damit rechnen, dass militante Salafisten weitere Anschläge vorhaben.

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Wie gefährlich sind Deutschlands Salafisten?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 8; Ausg. 13

Length: 519 words

Byline: Yassin Musharbash

Body

VON YASSIN MUSHARBASH

Knapp anderthalb Jahre nachdem die Neonazi-Mordbande NSU aufgefliegen ist, hat die Polizei in Nordrhein-Westfalen vier Salafisten festgenommen. Sie sollen eine Anschlagsserie gegen Politiker der islamfeindlichen Partei Pro NRW geplant haben. Bei einem der Männer wurde dem *Spiegel* zufolge eine Ceska-Pistole gefunden - dasselbe Fabrikat, das der NSU mutmaßlich für zehn Morde an Migranten benutzte. Auch eine Liste mit Namen, womöglich eine Todesliste, hatten sie vorbereitet; ein ähnliches Dokument hinterließ der NSU. Es ist denkbar, dass Deutschland einem Anschlag, womöglich aber auch einer weiteren extremistisch motivierten Mordserie entgangen ist.

Der Generalbundesanwalt ermittelt, es geht um die Gründung einer "inländischen terroristischen Vereinigung radikal-islamistischer Prägung". Rund 600 Gramm Ammoniumnitrat, das sich zur Sprengstoffherstellung eignet, wurden sichergestellt. Die Festgenommenen, ein Albaner und drei Deutsche, werden der salafistischen Szene zugerechnet, die in Deutschland aus 4000 bis 5000 Personen besteht - und wächst. Denn die Radikalen bieten einfache Antworten auf komplizierte Lebensfragen, engen Zusammenhalt und eine starke Identität. Der Salafismus orientiert sich vorrangig an dem historischen Vorbild der islamischen Urgemeinde im Medina des 7. Jahrhunderts.

Rund zehn Prozent der Salafisten in Deutschland gelten als gewaltbereit - mithin mehrere Hundert Personen. Gewaltbereit kann vieles bedeuten: die Bereitschaft, an einer Straßenschlacht teilzunehmen - oder einen Terroranschlag zu planen. Polizei und Verfassungsschutz haben weder die Mittel, sie alle zu beobachten, noch gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage. Einer der Festgenommenen ist der *Westdeutschen Allgemeinen* zufolge vor einigen Jahren beinahe in Bremen in den Polizeidienst berufen worden.

Lange gingen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass ein möglicher Terroranschlag wahrscheinlich aus dem Ausland gesteuert sein würde. Mittlerweile gilt ein Attentat nach dem Muster des nun vereitelten Plans als ebenso wahrscheinlich. Denn etablierte Terrorgruppen wie Al-Kaida versuchen seit einigen Jahren, Freiwillige im Westen zu Attentaten in Eigenregie anzustacheln. Einige Zeichner umstrittener Mohammed-Karikaturen waren bereits Ziel solcher Anschläge. Eine Reihe von Mordaufrufen in deutscher Sprache, zum Teil ausdrücklich gegen die Pro-Bewegung gerichtet, haben Terroristen in den vergangenen Monaten über das Internet verbreitet.

Wie gefährlich sind Deutschlands Salafisten?

Mehrere salafistische Vereine sind jüngst verboten worden. Einige Dutzend dschihadistisch ausgerichtete Salafisten sind daraufhin nach Ägypten gegangen - sie und ihr Umfeld haben die Sicherheitsbehörden besonders im Blick. Die Behörden befürchten zudem, dass es immer weniger braucht, um Einzelne gewalttätig werden zu lassen - Karikaturen oder Filme etwa. Andererseits halten sie viele der Militanten für zu dilettantisch, um einen größeren Anschlag verüben zu können. Für die Sicherheitslage in Deutschland heißt das: Man muss damit rechnen, dass militante Salafisten weitere Anschläge vorhaben.

Load-Date: March 21, 2013

End of Document

Die Deutschland-Pförtner; Wer darf im Land bleiben, wer nicht? Die Sachbearbeiter der größten Ausländerbehörde der Republik in Berlin-Mitte entscheiden über Tausende Schicksale. Von Nicole Sagener

ZEIT-online

Montag 5. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: AUSLÄNDERBEHÖRDE; Ausg. 32

Length: 1434 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Eine Frau will im Büro der Berliner Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

© Andreas Rentz/Getty Images

10 Uhr. Am Eingang

Zwei Frauen, eine junge blonde und eine ältere grauhaarige, sitzen hinter einem geöffneten Fenster in einem kleinen Pförtnerkabuff, vor sich eine lange Schlange Ausländer. Dialogfetzen in unzähligen Sprachen schwirren durcheinander, die Gesichter der Wartenden sind angespannt. Ganz vorne steht ein etwa 50-jähriger Mann mit grau meliertem Stoppelbart. An seiner linken Hand hängt ein etwa 5-jähriger Junge.

Er sei aus Syrien, wohin er müsse, fragt der Mann in stockendem Deutsch. "**Flüchtling?**", fragt die ältere Pförtnerin mit Berliner Akzent. Woher er komme und ob er das erste mal hier sei. Er nicht, aber seine Frau sei neu in Deutschland, sagt der Mann.

"Schick' sie am besten gleich nach Syrien", sagt die jüngere Pförtnerin zu ihrer Kollegin. Die Augen des Mannes weiten sich panisch, seine Finger umklammern fester die kleine Hand des Jungen.

"Also ich meine, direkt zur Abteilung Z 3", sagt die Pförtnerin schnell mit entschuldigendem Lächeln. Die Hand des Mannes entspannt sich. Er bedankt sich höflich und macht sich auf zu Etage 1, Abteilung Z3, zuständig für 42 Länder, auch für seine Heimat.

Die Berliner Ausländerbehörde am Friedrich-Krause-Ufer 24 in Moabit ist die größte ihrer Art in Deutschland: Ein klotziger Neubaukomplex hinter einem hohen Eisentor, für viele ein Ort der Angst und der Willkür. Wer hier eine Akte hat, ist ein sogenannter Kunde - das soll die Serviceorientierung betonen.

Doch die Behörde muss immer mehr Fälle bearbeiten. 2011 waren es knapp 190.000, ein Jahr später mehr als 200.000. 295 Mitarbeiter, davon knapp drei Viertel Frauen, Durchschnittsalter 47 Jahre, entscheiden hier über

Die Deutschland-Pförtner Wer darf im Land bleiben, wer nicht? Die Sachbearbeiter der größten Ausländerbehörde der Republik in Berlin-Mitte entscheiden über Taus....

all jene, die von Rechts wegen keine Deutschen sind. Studenten aus Polen, in Berlin geborene Türken - sie alle klopfen hier an die Türen der Sachbearbeiter, manche immer wieder, über Jahrzehnte hinweg.

Jeden Tag wälzen sich etwa 1.000 Nichtdeutsche durch das Treppenhaus zwischen den vier Stockwerken, schieben Kinderwagen durch die langen, eintönigen Gänge oder sitzen wortlos in den Wartebereichen. Babys weinen, es riecht nach kaltem Zigarettenrauch und Schweiß.

Kunden und Kritiker werfen der Ausländerbehörde immer wieder ungerechte, gar unmenschliche Entscheidungen vor. Die Behörde verteidigt dann den Ermessensspielraum ihrer Sachbearbeiter und verweist auf die wachsende Komplexität und Intransparenz des Ausländerrechts.

Das hatte in den Sechziger Jahren noch sechsundzwanzig Paragrafen, heute sind es allein im Aufenthaltsgesetz mehr als 100. Die VAB - die Verfahrenshinweise der Ausländerbehörde Berlin, mit denen man Rechtsklarheit schaffen will, füllen 465 Seiten.

Dazu kommen praktische Probleme. Zu viele Mitarbeiter sprechen noch immer kein oder kaum Englisch, trotz der angebotenen Sprachkurse. Zu viele Kunden müssen noch immer, trotz des neuen elektronischen Terminsystems, extrem lange warten.

Martina Webel, Angelika Seiffert, Detlev Hübl entscheiden Tag für Tag darüber, wer bleiben darf und wer gehen muss. Ihr Ermessen entscheidet über Schicksale. Sie sitzen auf der sicheren Seite des Schreibtisches.

10.30 Uhr. Abteilung Z 7, Türkei

Die mit buntem Glitzernagellack überzogenen, langen Fingernägel von Martina Webel blättern flink durch einen Stapel Papiere - die Schulzeugnisse von Erkan B. Der 16-Jährige sitzt nach vorne gebeugt auf der anderen Seite von Webels Tisch, neben ihm seine Mutter.

"Wann und wo zur Schule gegangen?" fragt Webel im Behörden-Stakkato und blickt konzentriert auf ihren Bildschirm.

Erste, zweite und zehnte Klasse in der Türkei, antwortet Erkan.

"Wo ist das vorletzte Zeugnis?"

Fünf Jahre durchgehenden Aufenthalt in Deutschland muss er vorweisen können, um einen unbefristeten Aufenthalt zu beantragen. Dafür aber muss er sämtliche Schulzeugnisse vorlegen. Heute fehlen einige. "Ich muss Sie leider wegschicken", sagt Webel.

Erkan und seine Mutter blicken sie verunsichert an. Webel öffnet das "schlaue Kassettchen". So nennt sie die weiße Stahlkassette, die neben der Espressomaschine steht. Ein Stempel und bunte Aufkleber sind darin aufbewahrt.

Was so unscheinbar wirkt, ist für viele von unschätzbarem Wert. Einer der Aufkleber ist die sogenannte Fiktionsbescheinigung. Zusammen mit dem Stempel garantiert sie Aufenthalt in Deutschland - zumindest vorläufig. Für ein, drei, fünf, neuerdings bis zu 17 Jahre - je nach Herkunft, Einkommen, Staatsangehörigkeit der Eltern oder Kinder. Erkan erhält heute eine provisorische Aufenthaltserlaubnis für drei Monate. Dann muss er wiederkommen.

Martina Webel arbeitet seit mehreren Jahrzehnten in der Behörde. Sie hat erlebt, wie sich jemand aus dem Fenster stürzen wollte, wurde selbst bedroht. Mit den meisten aber komme sie gut aus. Schwieriger sei es für die etwa 20 Kollegen mit Migrationshintergrund. Die würden von ihren Landsleuten als illoyal beschimpft.

Jetzt wirft Webel noch einen Blick auf Erkans letztes Zeugnis und sagt lächelnd: "In Mathe, da geht doch noch was, oder?" Erkan lacht nervös zum Abschied.

Die Deutschland-Pförtner Wer darf im Land bleiben, wer nicht? Die Sachbearbeiter der größten Ausländerbehörde der Republik in Berlin-Mitte entscheiden über Taus....

12.30 Uhr. Büro von Angelika Seiffert-Weiß, Leiterin Regionalsachgebiet Türkei

Ein junger Mann mit kurz geschorenen dunklen Haaren und breitem Lachen klopft an der Bürotür von Angelika Seiffert-Weiß, lugt durch den Türspalt. Dann läuft er auf die überraschte Frau zu und umarmt sie fest. "Schon gut", sagt Seiffert-Weiß. "Aber strengen Sie sich an, damit es in Zukunft nicht wieder zu solchen Problemen kommt."

Sie hatte zufällig erfahren, dass eine Kollegin den jungen Mann abschieben wollte. Er habe auf mehrere Einladungen nicht reagiert, sich nicht um einen Job bemüht. "Aber ich schiebe doch keinen Berliner Jungen ab", sagt Seiffert-Weiß, die ihn offenbar ins Herz geschlossen hat. Jetzt sei er schon seit Längerem nicht mehr negativ aufgefallen.

Doch für Seiffert-Weiß ist nicht jeder ein "Berliner Junge". Sie sagt: "Viele Türken sind im Gegensatz zu ihm nie richtig hier angekommen." Die Vorgabe, einen Sprachkurs zu machen, gibt es erst seit 2005 - "viel zu spät". Sie wolle die Leute nicht ärgern. "Aber es ist doch Mist, wenn eine Mutter nicht mal mit den Lehrern ihrer Kinder sprechen kann."

Bevor Seiffert-Weiß das Sachgebiet für türkische Staatsangehörige übernahm, bearbeitete sie acht Jahre die Fälle von Flüchtlingen und Geduldeten. "Da wollte ich am Ende hinschmeißen." Zu viel Verzweiflung, Lügen, Druck. Im Grunde, sagt sie, gehe es dort zwar viel ruhiger zu, weil die Leute viel ängstlicher und unsicherer seien. "Das Gesetz ist so undurchschaubar, dass sie nicht wissen, was sie erwartet. Auch wegen der Gerüchte, wie es hier zugeht." Noch immer heiße es, die Behörde würde regelmäßig tausende Personen abschieben. "Dabei ist das 20 Jahre her."

Seiffert-Weiß verweist auch auf die Relationen im vergangenen Jahr: 336 Abschiebungen, aber 110.000 Personen, die 2012 eine Aufenthaltserlaubnis für mindestens ein Jahr bekommen haben.

17.30 Uhr. Abteilung Z2: Studierende und Wissenschaftler aller Länder und deren Familienangehörige

Fünf Menschen - zwei Männer, eine ältere, eine jüngere Frau und ein kleines Mädchen - betreten das kleine Büro von Detlev Hübl. Der Sachbearbeiter fragt nichts, er wartet einfach.

Ylli K., ein Albaner Mitte 30, weißer Kapuzenpulli, kurz geschorene Haare, möchte eine Aufenthaltserlaubnis. Seine polnische Frau lässt ihre Augen nervös durch das Büro wandern. Auf ihrem Schoß sitzt die kleine Tochter und starrt ein Bonbonglas auf dem Wandregal an.

Gerade erst haben Ylli K. und seine Frau geheiratet, jetzt wollen sie in Berlin wohnen. Sie kann als EU-Bürgerin arbeiten und leben, wo sie möchte. Er braucht dafür eine Aufenthaltserlaubnis. Hübl tippt Daten ein, Körpergröße und Fingerabdruck, spricht nur, wenn es absolut nötig ist. Die Begleiter übersetzen.

Ylli K. hat Glück, er darf erst einmal für fünf Jahre bleiben. Hübl überreicht ihm eine Rechnung über 28,80 Euro. "Bitte draußen am Kassenautomaten zahlen."

Die Anspannung des Albaners löst sich, seine braunen Augen werden von Tränen glasig. Für wenige Momente wirkt der große Mann mit der kämpferischen Körperhaltung verletzlich wie ein kleines Kind.

Kaum haben er und seine Begleiter das Büro verlassen, dreht sich Hübl zurück zum Bildschirm, ruft eine neue Akte auf. Gleich kommt der nächste Kunde. Das nächste Schicksal, über das er entscheiden wird.

Load-Date: August 5, 2013

Finger weg von der EU-Rettungspolitik; Sie darf nicht zum Faustpfand der SPD im Koalitionspoker werden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WIRTSCHAFT; Finger weg von der EU-Rettungspolitik; S. 25; Ausg. 40

Length: 438 words

Byline: Uwe Jean Heuser

Body

Als Bundeskanzlerin hat Angela Merkel in den vergangenen vier Jahren viele Sünden begangen. Sieht man einmal von den Geschenken an CSU (Betreuungsgeld) und FDP (Hotelier-Steuer) ab, handelt es sich vor allem um Unterlassungssünden. Wo ist das große Programm zur Integration der Migrantenkinder, wo die übergreifende Initiative dafür, Frauen in Deutschland die gleichen wirtschaftlichen Chancen zu ermöglichen wie Männern? Und warum hat Angela Merkel die Energiewende nicht so betrieben, dass die Deutschen sie als das sehen, was sie sein könnte und müsste: eine Jahrhundertreform?

Doch eine Sache hat die jetzt so eindrucksvoll bestätigte Bundeskanzlerin gut gemacht. Sie hat Europa durch die Krise geholfen, hat einen Ausgleich gefunden zwischen dem verständlichen Wunsch des Nordens, dem Süden keinen Freifahrtschein für den Schuldenzug auszustellen, und dem ureigenen Interesse des Südens, sich in und durch Europa wirtschaftlich zu kräftigen. Man kann über Einzelheiten streiten, vielleicht hätten die Griechen schneller die größte Armut überwunden, wenn sie vorübergehend aus dem Euro ausgestiegen wären. Aber alles in allem, und nicht zuletzt dafür ist sie wiedergewählt worden, hat Angela Merkel Europa vorangebracht. Die Euro-Zone hat einen gemeinsamen Krisenfonds, ESM genannt, die Banken müssen sich bald einer europäischen Kontrolle unterwerfen, Irland, Spanien, Portugal und sogar Griechenland können auf dem Weltmarkt wieder besser mithalten als zu Beginn der Euro-Krise.

Warum muss man das noch einmal sagen? Weil sich der mögliche Koalitionspartner SPD in seinem ersten Signal in dieser Woche genau gegen diese Politik richtete. Schluss mit der Austerität, sagte der führende Europa-Mann der Sozialdemokraten. Was er auch hätte sagen können: Schluss mit der Politik, die neben paneuropäischer Solidarität auch die Eigenverantwortung der Länder hochhält! Zu dieser Position passt auch der wieder erschallende Ruf nach gemeinsamen Anleihen der Euro-Staaten. Gemeinschaftliche Schulden würden das Ende genau dieser Eigenverantwortung bedeuten.

Wir brauchen also die gewohnte Mischung aus Härte und Mitleid, aus Fördern und Fordern noch - gerade jetzt, da Griechenland neue Hilfen braucht, vielleicht auch Portugal, vielleicht sogar Irland. Gerade jetzt, da Europa seine Banken prüfen will und dann in einigen Fällen entscheiden muss: Stützen oder schließen? Wie viel indes

Finger weg von der EU-Rettungspolitik Sie darf nicht zum Faustpfand der SPD im Koalitionspoker werden

reformiert wird, wenn Europa große Hilfe ohne große Gegenleistung verspricht, sieht man an Italien: so gut wie gar nicht mehr.

VON UWE JEAN HEUSER

28 Sterne, ein Banner: Die Flagge der EU

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Finger weg von der EU-Rettungspolitik; Sie darf nicht zum Faustpfand der SPD im Koalitionspoker werden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WIRTSCHAFT; Finger weg von der EU-Rettungspolitik; S. 25; Ausg. 40

Length: 423 words

Byline: Uwe Jean Heuser

Body

Als Bundeskanzlerin hat Angela Merkel in den vergangenen vier Jahren viele Sünden begangen. Sieht man einmal von den Geschenken an CSU (Betreuungsgeld) und FDP (Hotelier-Steuer) ab, handelt es sich vor allem um Unterlassungssünden. Wo ist das große Programm zur Integration der **Migrantenkinder**, wo die übergreifende Initiative dafür, Frauen in Deutschland die gleichen wirtschaftlichen Chancen zu ermöglichen wie Männern? Und warum hat Angela Merkel die Energiewende nicht so betrieben, dass die Deutschen sie als das sehen, was sie sein könnte und müsste: eine Jahrhundertreform?

Doch eine Sache hat die jetzt so eindrucksvoll bestätigte Bundeskanzlerin gut gemacht. Sie hat Europa durch die Krise geholfen, hat einen Ausgleich gefunden zwischen dem verständlichen Wunsch des Nordens, dem Süden keinen Freifahrtschein für den Schuldenzug auszustellen, und dem ureigenen Interesse des Südens, sich in und durch Europa wirtschaftlich zu kräftigen. Man kann über Einzelheiten streiten, vielleicht hätten die Griechen schneller die größte Armut überwunden, wenn sie vorübergehend aus dem Euro ausgestiegen wären. Aber alles in allem, und nicht zuletzt dafür ist sie wiedergewählt worden, hat Angela Merkel Europa vorangebracht. Die Euro-Zone hat einen gemeinsamen Krisenfonds, ESM genannt, die Banken müssen sich bald einer europäischen Kontrolle unterwerfen, Irland, Spanien, Portugal und sogar Griechenland können auf dem Weltmarkt wieder besser mithalten als zu Beginn der Euro-Krise.

Warum muss man das noch einmal sagen? Weil sich der mögliche Koalitionspartner SPD in seinem ersten Signal in dieser Woche genau gegen diese Politik richtete. Schluss mit der Austerität, sagte der führende Europa-Mann der Sozialdemokraten. Was er auch hätte sagen können: Schluss mit der Politik, die neben paneuropäischer Solidarität auch die Eigenverantwortung der Länder hochhält! Zu dieser Position passt auch der wieder erschallende Ruf nach gemeinsamen Anleihen der Euro-Staaten. Gemeinschaftliche Schulden würden das Ende genau dieser Eigenverantwortung bedeuten.

Wir brauchen also die gewohnte Mischung aus Härte und Mitleid, aus Fördern und Fordern noch - gerade jetzt, da Griechenland neue Hilfen braucht, vielleicht auch Portugal, vielleicht sogar Irland. Gerade jetzt, da Europa seine Banken prüfen will und dann in einigen Fällen entscheiden muss: Stützen oder schließen? Wie viel indes

Finger weg von der EU-Rettungspolitik Sie darf nicht zum Faustpfand der SPD im Koalitionspoker werden

reformiert wird, wenn Europa große Hilfe ohne große Gegenleistung verspricht, sieht man an Italien: so gut wie gar nicht mehr.

VON UWE JEAN HEUSER

Graphic

28 Sterne, ein Banner: Die Flagge der EU

Load-Date: September 26, 2013

End of Document